

sichende; ausgenommen sind zwei, an denen er, durch Krankheit verhindert, nicht teilnehmen konnte. Aber auch während seiner Krankheit ist er stets mit großem Interesse den Verhandlungen gefolgt. Er hat mit der Kritik und der Anerkennung nicht zurückgehalten und Zustimmung da gegeben, wo sie ihm am Platze zu sein schien. Wir danken ihm daher übers Grad hinaus noch für alles, was er in selbstloser hingebender Weise für die Partei geleistet hat. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen erhoben, ich konstatiere das.

Ich kann mitteilen, daß Genosse Gerisch endlich von der schweren Krankheit genesen ist und höchstwahrscheinlich in den nächsten Tagen sein Amt im Parteivorstande wieder einnehmen wird. (Beifall.)

Auf Vorschlag des Genossen Dr. Baufenberg-Hamburg werden in die Mandatsprüfungskommission gewählt: Bühler-Niederbarnim, Paul Hoffmann-Hamburg, Kinkel-Göppingen, Knieriem-München, Landsberg-Magdeburg, Ludwig-Hagen, Frau Matzke-Berlin, Poller-Kiel, Schrader-Hannover.

Die Beschwerdekommision setzt sich auf Vorschlag des Genossen Schmitt-München aus folgenden Genossen zusammen: Bartels-Altona, Frau Blasc-Mannheim, Gröger-Zelkow-Beckow, Hoffmann-Elberfeld, Husemann-Bochum, Nimmerfall-München, Rauch-Hildesheim, Rhsfel-Leipzig, Schaumburg-Hamburg.

Vorsitzender Dieß: Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein. Widerspruch gegen die Geschäftsordnung erhebt sich nicht. Sie ist also angenommen. Wir kommen jetzt zur Tagesordnung des Parteitages. Dazu liegen verschiedene Anträge vor. Der Antrag 3 verlangt, das Referat Debels über die Reichstagswahlen anschließend an den parlamentarischen Bericht folgen zu lassen. Ich bitte Sie, das dem Bureau zu überlassen. Debels will sein Referat möglichst an einem Morgen halten. Wir müssen also eine gewisse Freiheit für die Festsetzung des Tages haben. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Einige weitere Anträge beschäftigen sich mit der auswärtigen Politik Deutschlands. Der Antrag 1 will als besonderen Punkt auf die Tagesordnung setzen: Die auswärtige Politik Deutschlands. Im gleichen Sinne sind gehalten die Anträge 4, 6, 7 und 62.

Debel: Parteigenossen, ein Referat über die gesamte auswärtige Politik Deutschlands hier zu beschließen und zu verlangen, daß der Referent im Laufe des Parteitages darüber einen Bericht gibt, ist ein Ding der Unmöglichkeit. (Zustimmung.) Diese Frage muß sehr gründlich behandelt werden, und wer ein solches Referat bekommt, der hat ein schweres Stück Arbeit zu erledigen. Das kann man nicht ohne weiteres durch einen Beschluß hier verlangen. Die wichtigste Frage, die uns hier in bezug auf die auswärtige Politik Deutschlands beschäftigt, ist zweifellos die Marokkofrage, mit der ja auch eine Reihe von anderen Fragen der auswärtigen Politik in Verbindung steht. Der Parteivorstand hat schon vor Wochen darüber verhandelt, er hat bei Personen angefragt, ob sie bereit wären, das Referat zu halten. Es war niemand dazu bereit. Da habe ich erklärt: Gut, wenn es nicht anders geht, dann will ich bei meinem Referat über die Reichstagswahlen auch die Frage der Marokkopolitik mit behandeln, die ja mit anderen Fragen in naher Beziehung steht. Damit war der Parteivorstand einverstanden. Wenn aber hier jemand ist, der ein Referat über die Marokkofrage übernehmen will, dann verzichte ich mit Vergnügen darauf, selbst darüber zu sprechen. Sollte das nicht der Fall sein, dann muß ich wohl oder übel in meinem Referat die Frage behandeln. (Beifall.)

Müller-Breslau: Nach dieser Erklärung ziehen wir unseren Antrag 1 zurük. Es wird sich wohl niemand finden, der diese Frage besser behandeln kann als Debels.

Darauf werden auch die Anträge 4, 6, 7 und 62 zurückgezogen.

Der Antrag 2 wird nicht genügend unterstützt.

Auch der Antrag 5 findet nicht genügende Unterstützung, ebenso der Antrag 8.

Antrag 9 wird vorläufig zurückgezogen mit dem Bemerkten, daß die Zuspfrage auf dem nächsten Parteitag eingehender behandelt werden soll.

Vorsitzender Dieß: Damit ist die Frage der Tagesordnung erledigt. Es bleibt bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Die Verhandlungen sollen stattfinden von morgens 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr.

Genügend unterstützt ist noch folgender Antrag Bernstein eingegangen: Der Parteitag möge das Bureau beauftragen, am Denmal Ernst Abbes als Zeichen der ehrenden Anerkennung des hochherzigen Stifters des Volkshauses Blumen niederlegen zu lassen.

Eduard Bernstein: Nach den schönen Worten, die wir von Debels und Leber über den Stifter des Volkshauses gehört haben, bedarf es keiner Begründung des Antrages. Wir tagen hier in diesem herrlichen Gebäude, das Ernst Abbe für alle Parteien errichtet hat. Draußen vor dem Gebäude steht das Denkmal, das die Stadt, in der er gewirkt hat, ihm errichtet hat. Das allerwichtigste, was wir tun können, ist, daß der Parteitag in Anerkennung dieser hochherzigen Auffassung und zum Ausdruck der Empfindungen, die ihn befehlen, eine Anzahl Blumen niederlegen läßt, damit es von unserer Seite geschehen wird.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Schluß 8½ Uhr.

An die geschäftlichen Verhandlungen schloß sich ein Kommers mit reichhaltigem musikalischen und gesanglichen Programm an, der die Delegierten noch lange mit den Jenerer Parteigenossen in fröhlicher Stimmung vereinte.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 11. September 1911. — Vormittagsitzung.

Vorsitzender Dieß eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und fordert die Mandatsprüfungskommission und die Beschwerdekommision auf, sich zu konstituieren. Er macht weiter Mitteilung davon, daß eine Reihe von Begrüßungsschreiben und Telegrammen eingegangen sind, unter anderem von der dänischen Sozialdemokratie, von den Sozialdemokraten in Petersburg, von der Jüdischen Arbeiterpartei in Litauen, Polen und Rußland, von der ausländischen Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, von der norwegischen Arbeiterpartei, der englischen Independent Labour Party, von der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz usw.

Vorsitzender Dieß erklärt weiter: Außerdem haben wir eine Reihe lieber Gäste hier zu begrüßen, die das Ausland delegiert hat. Wir wünschen, daß die Parteigenossen mit einem guten Eindruck von der Stärke und der Einigkeit der deutschen sozialdemokratischen Partei wieder in ihre Heimat zurückkehren mögen. (Lebhafter Beifall.) Delegiert sind von Oesterreich Anton

Schäfer und Dr. Viktor Adler, von Niederösterreich Grassingel. Von der tschecho-slawischen Sozialdemokratie ist Dr. Soukop-Prag erschienen, die tschechische Sozialdemokratie ist durch Stein vertreten. Frankreich ist vertreten durch den Genossen Braçe, Belgien durch Vandermassen, die sozialdemokratische Föderation Englands durch den Genossen Quetch, die serbisch-bosnische Bruderpartei durch den Genossen Topalovic, die russische Sozialdemokratie durch Agelrod.

Es folgen Begrüßungsansprachen.

Dr. Soukop von der tschecho-slawischen Sozialdemokratie: Der freundlichen Einladung Ihrer Parteileitung gerne folgend, hat mich der Exekutiv-ausschuß der tschecho-slawischen Sozialdemokratie in Oesterreich beauftragt, den Parteitag der ältesten und größten sozialdemokratischen Partei der Welt im Namen des organisierten Klassenbewußten und internationalen tschechischen Proletariats zu begrüßen. Die tschecho-slawische Partei gedenkt mit Dankbarkeit alles dessen, was sie von der deutschen Sozialdemokratie, diesem großen Reservoir von Wissen, theoretischer Erkenntnis und praktischer Erfahrung, gelernt hat und ununterbrochen noch lernt. Heute sind es gerade 40 Jahre her, als die Rasselesche Bewegung die ersten Funken nach Böhmen geworfen und die besten und härtesten Köpfe des tschechischen Proletariats ergriffen hat. Vor 40 Jahren wurde das erste tschechisch-sozialdemokratische Parteiblatt begründet, und heute, nach vier Dezennien, ist die Partei nach schweren Mühen und Arbeiten zu der größten politischen Organisation des tschechischen Volkes emporgewachsen. Das, was wir geworden sind und wie wir gewachsen sind in der Organisation, in den Methoden des Klassenkampfes, in der internationalen Solidarität usw., das alles sind wir zum großen Teile durch das große Vorbild des bewunderungswürdigen Emanzipationskampfes der Massen des deutschen Proletariats jenseits der schwarzgelben Schranken geworden. Kommt jemand zu uns, so wird er in der kleinsten Hütte eines Klassenbewußten Proletariats die Namen und Bilder von Marx und Lassalle, von Engels, Liebknecht und Paul Singer finden. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die Verhandlungen dieses Parteitages auch für uns von einer eminenten Wichtigkeit sind, und daß diese Verhandlungen von unserer ganzen Partei mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Entschuldigen Sie, wenn ich das Bedürfnis fühle, auf diesem Platze auch ein Wort über Dinge zu sagen, die das bisherige Zusammenarbeiten der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich schwer beeinträchtigen. Ich spreche hier im Namen der Partei, die meiner Ansicht nach weit über die Grenzen Oesterreichs diffamiert ist. Wer die Geschichte der Partei kennt, der muß meiner bescheidenen Ansicht nach den Worten Adlers im letzten Kampfe zustimmen, daß die tschechische Sozialdemokratie eine durch und durch proletarische, in hundert schweren Kämpfen erprobte Partei ist, die sich mit Recht rühmt, eines der stolze Bataillone der internationalen Armee zu sein. In den letzten Jahren sehen wir leider die Degradation dieser Partei in der Internationale als eine nationalitische, als eine separatistische und als eine im Internationalismus minderwertige Partei. Ich wage zu behaupten, daß uns hier ein schweres Unrecht geschieht, das wir nicht verdienen. Es ist selbstverständlich hier nicht der Ort dazu, wo wir über rein österreichische, interne Parteiprobleme Vorträge halten können. Aber Ihnen gegenüber, deren Arbeit wir hoch schätzen und deren Urteil uns nicht gleichgültig ist, muß ich erklären: Wir sind keine Nationalisten, wir sind auch keine Separatisten, sondern wir sind internationale Sozialdemokraten, so, wie wir es seit vier Dezennien immer waren. Die Sache ist nicht so primitiv, wie man sie sich vorstellen könnte. Es ist gewiß nicht denkbar, daß die Tausende und Hundert-

tausende des tschechischen Proletariats, die die Sache der internationalen Sozialdemokratie 40 Jahre ununterbrochen und ehrlich hochgehalten haben, und die ihr in den Reihen des tschechischen Volkes zum großen Siege verholfen haben, nun mit einem Schlage aufgehört haben, sozialdemokratisch zu denken und zu handeln. Wir fordern, daß überall in Oesterreich, wo das Bedürfnis besteht, das Kind in der Schule die Muttersprache sprechen kann, die es versteht, und in der es sich am leichtesten die elementaren Kenntnisse aneignen, kann, um für das Leben gut gewappnet zu sein. Das ist nicht nur ein Gebot der modernen Pädagogik, sondern ein rein proletarisches Interesse. Wir wünschen auch, daß im Verkehrsleben ein Arbeiter überall, wo seine Sprache landesüblich ist, sich auch in dieser Sprache überall orientieren kann. Auch das ist ein rein proletarisches Interesse. Wenn wir wünschen, daß das Recht dem Proletarier in seiner Sprache gesprochen wird, so ist das nicht nur die höchste Maxime der modernen Straf- und Zivilprozessordnung, die Maxime der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit, daß der Mensch, der gerichtet werden soll, seinen Richter versteht, es ist ein rein proletarisches Interesse, daß der Mensch da, wo über seine materiellen und ideellen Güter verhandelt wird, sich auch vollständig verständigen kann. Das ist unser Nationalismus; darauf bestehen wir und können nicht anders und identifizieren uns hier mit August Bebel, der in einem Artikel vom Stuttgarter Parteitag ausgesprochen hat: „Die Aufgabe der Arbeiterklasse aller Kulturländer ist eine nationale und internationale. Indem sie innerhalb der eigenen Nation, des engeren Heimatlandes für die Durchführung von Maßregeln und Einrichtungen kämpft, die ihre Lebenslage verbessern, höhere Kulturbedürfnisse zu befriedigen ermöglichen und schließlich die Gleichberechtigung und soziale Gleichstellung aller ermöglichen, muß sie auf internationalem Gebiete die gleichen Bestrebungen durchzuführen suchen, weil sie sich dadurch allein die Dauer der Verbesserungen im eigenen Heimatlande erst garantiert und sichert. National und international sind also keine Begriffe und Bestrebungen, die sich gegenseitig ausschließen, sondern sie ergänzen sich gegenseitig.“ Natürlich, Parteigenossen, sind bei der praktischen Durchführung dieser Probleme Schwierigkeiten und Differenzen vorhanden, weil die innere Entwicklung Oesterreichs, der Kampf der Nationen um den Staat noch lange nicht finalisiert und durch das allgemeine Wahlrecht noch nicht zum Ende gebracht wurde.

Wir sind, Parteigenossen, aber auch keine Separatisten. Wir wollen uns separieren nur von dem Unverstand, mit dem unabänderliche Tatsachen bei uns begriffen werden. Aber die Absicht einer Separation von der Internationale oder von unseren deutschen Brüdern in Oesterreich uns zuzuschreiben, ist ein Un Ding. Wir werden, Parteigenossen, in der deutschen Presse, speziell in Deutschland, diffamiert, wir werden als diejenigen hingestellt, die die Wirren in die österreichische Sozialdemokratie hineingetragen und die die Lebenskraft des österreichischen Proletariats gelähmt haben. Tatsache ist, daß in Oesterreich fast alle gewerkschaftlichen Organisationen auseinandergegangen sind in dem Sinne, daß sich selbständige Gewerkschaften gebildet haben und daß der Kopenhagener Kongress nicht imstande war, diesen Prozeß aufzuhalten oder eine Revidifikation herbeizuführen. Das alles aber sind Symptome einer schweren Krise, die in Oesterreich der Internationale beschieden ist und die überwunden werden muß. Wir sind zu stark und zu schnell gewachsen. Die Partei hat das allgemeine Wahlrecht erobert und ist mit einem Schlage zu einer parlamentarischen Macht mit etwa 80 Mandaten geworden. Eine große Reihe von Fragen, an denen die Partei früher vorbeigehen konnte, sind lebendig geworden und rufen nach Lösung. In

Oesterreich sind zwei Parteien vorhanden, die tschechische und die Deutsche. In der Art ihrer Ausdehnung liegt die Zukunft in Oesterreich. Wir haben, Parteigenossen, schwer beklagt, daß einer der hervorragendsten Männer der deutschen Sozialdemokratie und ein Träger der Wissenschaft in diesen Kampf eingetreten ist, wobei er das erste Gebot der Objektivität und Kritik fallen gelassen hat. Ich glaube, mit Brandfackeln und Kriegsproklamationen wird man nichts ausrichten können da, wo nur Ruhe und Objektivität Heilung bringen können. Und kann die österreichische Internationale nicht als eine mathematische Einheit existieren, so kann sie doch weiter bestehen als eine Konföderation, in der große Einheiten zusammengefaßt werden. Und wenn die ruhig denkenden Männer der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich die Ueberzeugung gewinnen werden, daß die stramme Zentralisation in Oesterreich, speziell was die tschechische Sozialdemokratie anlangt, ein Ding der Unmöglichkeit ist, so bleibt nur ein technisches Problem, das zu lösen nicht unmöglich ist. Auch in der Gewerkschaft wünscht das tschechische Proletariat nur so viel Bewegungsfreiheit, als unbedingt nötig, und so viel Vertrauen verdient es schon, daß es im Moment der Gefahr alles aufwiegen wird, um der gemeinsamen Sache des Proletariats zum Siege zu verhelfen. Das tschechische Proletariat ist dasselbe geblieben, wie seit vierzig Jahren, nur die Methoden des Kampfes haben sich geändert. Das tschechische Proletariat hat vor kurzem einen Kampf bestanden, der ohne Beispiel in der Geschichte ist. Die gesamte Bourgeoisie hatte sich zu einem vernichtenden Schläge organisiert. Aber wir haben den Schlag pariert und das behauptet, was wir früher erobert haben. Aber die Zeiten sind zu ernst, nicht zu einem Bruderkampfe dürfen wir rufen, sondern zu einer Ausöhnung zwischen den Rührern, die miteinander kämpfen müssen. In keinem Staate gibt es so viele verwickelte Probleme wie in Oesterreich, in keinem werden auch so viele Ansprüche an die Vernunft und Ruhe des Proletariats gestellt, und ich habe keinen heißeren Wunsch, als daß wir in Oesterreich Bahnen wandeln, die uns zu dem Ziele führen, auf dem nächsten internationalen Parteitag in Wien der ganzen Welt beweisen zu können, daß das österreichische Proletariat nicht nur in den Zeiten des Sturmes und Dranges, sondern auch in den Zeiten der positiven Arbeit immer auf der Höhe gestanden hat und stehen wird. In diesem Sinne begrüße ich Ihren Parteitag und wünsche Ihren Verhandlungen den besten Erfolg.

Stein-Wien (tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs): Sehr verehrte Parteigenossen und Genossinnen, als eine Art Verlöcherung des österreichischen Sammers komme ich hierher als Vertreter der von der Not der Verhältnisse geschaffenen politischen Organisationen der zentralistischen internationalen tschechischen Sozialdemokratie Oesterreichs. Ich bin nicht hierher gekommen, um Klagen zu erheben, denn zum Klagen fühlen wir uns viel zu stark, da wir auf den Beschlüssen des Kopenhagener Kongresses und den bewährten sozialistischen Prinzipien fußen. Wir sind auch nicht hierher gekommen, um irgendwelchen Sentimentalitäten nachzugehen, sondern Ihnen zu sagen, daß wir aus Ihren Verhandlungen, aus der Geschichte Ihrer Partei neue Kraft schöpfen und mit Leidenschaftlichkeit und Ausdauer den schwereren, leidvollen Kampf für die Erhaltung der einheitlichen internationalen gewerkschaftlichen Organisationen in Oesterreich führen wollen, und uns bemühen, soviel an uns liegt, eine einheitliche Partei in Oesterreich zu erreichen. Wir hoffen, daß wir aus den Verhandlungen Ihres Parteitages, der nicht bloß eine der jährlichen Nebenversammlungen der deutschen Sozialdemokratie, sondern die Einleitung eines triumphalen Wahlsfeldzuges werden soll, wiederum neue Anregungen und neuen Mut gewinnen werden.

In diesem Sinne begrüße ich Ihren Parteitag und wünsche Ihnen besten Verlauf. (Lebhaftes Bravo!)

Dr. Adler-Wien (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Im Namen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich begrüße ich Sie. Sie sind zu diesem Parteitag zusammengetreten in einem geschichtlich entscheidenden Moment, in einer Zeit der größten Erregung, in einer Zeit, wo alle Interessen unseres Lebens auf dem Spiel stehen, wo jeder Nerv in uns auf das größte gespannt ist. Wir haben eine herrliche Kultur! In diesem Moment ist unser großes herrliches Deutschland, sind unsere großen herrlichen Reiche in ganz Europa bedroht von Krieg, Hungernot und Pestilenz, als ob noch alles so wäre, wie vor vielen hundert Jahren. Wir haben alle die Empfindung, daß mit der Abnahme der Fähigkeit der herrschenden Klassen, die Welt zu beherrschen, das Proletariat die Fähigkeit gewinnen muß, entscheidend eingzugreifen. Wir haben alle das Bewußtsein, daß der eigentlich wichtige geschichtliche Prozeß dort vorgeht, wo das Proletariat in allen Ländern langsam, langsam, aber mit wachsender Stärke und Intensität Kraft ansammelt, um die Geschichte der Welt in die Hand zu nehmen. Die heute herrschen, stehen, obwohl sie alle Macht in Händen haben, der Hungernot wehrlos gegenüber und ebenso dem Kriege, wir wissen nicht in diesem Moment, ob sie ihn werden hindern können. Parteigenossen, Sie haben wohl alle mit mir das Gefühl, daß dieser Parteitag, der die beste Kraft des deutschen Volkes repräsentiert, die unsere Hoffnung, die unsere Zukunft ist, daß dieser Parteitag, indem er die Arbeit vorbereitet, die der Macht des Proletariats einen kräftigen politischen Ausdruck geben soll, das Wichtigste vollziehen wird, was heute zu tun ist. — Ich komme aus Oesterreich, aus dem Lande der tragischen nationalen Konflikte, und wenn Sie hier einen kleinen Auschnitt davon zu hören bekommen haben, so bitte ich Sie, nicht allzu weitgehende Schlüsse aus diesen Konflikten zu ziehen. Parteigenossen, wir deutsche Sozialdemokraten in Oesterreich, die von Euch getrennt sind nur durch die Grenze, durch sonst aber gar nichts, die mit Euch geboren wurden, die mit Euch gewachsen sind, haben wohl das schwerste und komplizierteste Geschäft, das je einer Sozialdemokratie zugebacht war. Ich bin darin mit meinem Vorgesetzten einverstanden, daß hier nicht der Ort ist, um unsere Schmerzen vor Sie zu bringen, um Fragen zur Entscheidung, auch nur zur Beurteilung zu bringen, an denen wir uns jahraus, jahrein abplagen müssen. Das eine Wort möchte ich Ihnen aber doch sagen: Wenn es sich in dem Kampfe, der sich leider innerlich und zwischen den einzelnen nationalen Organisationen in Oesterreich nunmehr entsponnen hat, nur um die nationalen Forderungen handeln würde, die Ihnen Genosse Soulop entwickelt hat, das Recht des tschechischen Proletariats auf tschechische Schulen, auf tschechisches Amt, dann würde dieser Konflikt nicht existieren. (Vielfaches Sehr richtig!) Mehr will ich darüber nicht sagen. (Bravo!) Wir haben den Kampf bei uns auszufechten, und seien Sie überzeugt, wir fühlen die Kraft in uns, trotz dieser Widerwärtigkeiten und trotz dieser furchtbaren Konflikte die Verantwortung voll zu tragen für die Geschichte des Proletariats aller Zungen in Oesterreich. (Bravo!)

Und nun lassen Sie mich Ihnen kurz danken für die Hilfe, die Sie uns wieder bei den letzten Wahlen haben angedeihen lassen, wie Sie es ja immer getan haben, und wie Sie es hoffentlich auch wieder tun werden. (Heiterkeit.) Man kann nicht vorsichtig genug sein. (Erneute Heiterkeit.) Sie wissen, wir haben einen schweren Wahlkampf geführt, ungefähr unter denselben Verhältnissen, wie Sie das letztmal. Auch haben wir so was wie einen blauschwarzen Modus gehabt, nur wissen Sie, in Oesterreich sind die Blöcke nicht so fest, wie bei Euch. (Heiterkeit.) Und wenn wir

auch in den Industriegegenden, in den Sudetenländern sehr ernst damit zu rechnen hatten, daß die Klassengegensätze sich endlich in einem Grade zugegriffen haben, daß darüber selbst die österreichische Gemüchlichkeit Gott sei Dank zum Teufel gegangen ist (Heiterkeit und Sehr gut!) — wenn wir also da Mandate verloren, allerdings zugleich unsere Stimmenzahl ansehnlich vermehrt haben, so haben wir, wie Sie wissen, in Wien einen Teil dieses schwarzblauen Blods, wenigstens den schwarzen Teil davon (Heiterkeit), ordentlich besiegt. (Bravo!) Wenn das liberale Bürgertum auch mit davon profitiert hat — das ist ja immer so, die Arbeit machen wir —, so war es doch kein Kompromiß, wie ich den Genossen sagen möchte, die sich noch darüber im Zweifel befinden. Es war keine Abmachung, es wurden keine Bedingungen gestellt, wir haben kein Wort geredet, sondern wir haben, ohne ein Wort mit denen zu sprechen, die davon profitiert haben, daß wir so stark wurden, die zum Teufel gejagt, die uns am zwiddersten waren. (Sehr gut!)

Nun, Parteigenossen, möchte ich aber nicht, daß das Bild von Euch allzusehr überschätzt wird. Ein guter Teil vom Bürgertum, das mit uns da gefiegt hat gegen die Kerisfalen, ist bereit, mit den Kerisfalen wieder uns zu besiegen (Hört! hört!), und Sie dürfen sich darunter nicht etwa den strammen Liberalismus im alten Sinne vorstellen. Das wissen wir ganz genau, es ist eine Schicht, die bereit ist, zu jedem Verrat an ihren angeblich heiligsten Gütern zu jeder Stunde. (Zuruf: Ganz wie bei uns.) Das hindert uns nicht, gegen diejenigen, die die Allmacht hatten, die die politische Gewalt hatten und mißbrauchten, loszugehen. Aber die Feinde unserer Feinde — das will ich hier ausgesprochen haben — sind noch lange nicht unsere Freunde. (Sehr gut!) Ich sage Ihnen das, damit Sie unsere nächsten Wahlen, die vielleicht sehr bald kommen können, verstehen. Wenn es wieder dazu kommt, dann werden die jetzigen Sieger — sie heißen sich Nationalverband, was Ihnen ja auch so ein bißchen vertraut klingen mag (Heiterkeit) — der Feind, der Klassenfeind, der konsolidierte Klassenfeind, der von Tag zu Tag mehr bewußte Klassenfeind des Proletariats sein. Dieser Kampf steht vor uns, diesen Kampf werden wir zu führen haben, und wir müssen ihn führen in einer Zeit, wo nächst der Kriegsgefahr die furchtbare Not heute schon — ich weiß nicht, wie es in Deutschland ist — aber bei uns in Oesterreich heute schon in jeder Familie sich geltend macht, in einem Grade, wie wir, soweit ich zurückdenken kann, nicht erlebt haben. (Bewegung.) Demgegenüber natürlich steht, genau wie bei Euch, die agrarische Festigkeit der Grundbesitzer, die, mag auch alles verhungern, auch noch kein Schwein hereinlassen will (Hört! hört!), und steht Ohnmacht und Schwäche der Regierungen. Und so steht wahrscheinlich bevor, daß nächst der großen Erregung, die der Hunger mit sich bringen muß, das Proletariat gezwungen sein wird, da man ihm billige Lebensmittel nicht verschaffen kann, den Kampf um höhere Löhne mit um so größerer Intensität zu führen. Das steht uns bevor; wie weit es für Deutschland zutrifft, weiß ich nicht. Und nun werden Sie begreifen, Parteigenossen, mit welchem Schmerz wir gerade in diesem Moment organisatorische Schwierigkeiten in unserer gewerkschaftlichen Organisation sehen, nun werden Sie begreifen, was für uns in diesem Moment mehr wie je die Einheit der Gewerkschaft bedeutet, die Frage, um die sich heute alles in der Arbeiterschaft Oesterreichs dreht. (Lebhafter Beifall.)

Und nun will ich Sie nicht länger aufhalten. Ich wünsche Ihnen Glück zu Ihrer Arbeit, ich wünsche Ihnen Glück zu dem neuen großen Kampf, der Ihnen bevorsteht, und ich wünsche uns, daß wir so wie von je so auch ferner in engster Solidarität und Freundschaft bleiben mit der von uns so geliebten deutschen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Agelrod (Vertreter des Auslandskomitees der russischen Sozialdemokratie): Werte Genossen und Genossinnen! Im Auftrage der ausländischen Zentralbehörde der sozialdemokratischen Partei Rußlands überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße und Glückwünsche zu Ihren Beratungen und zu Ihrem bevorstehenden Wahlkampf. (Bravo.) Gleichzeitig habe ich Ihnen zu danken für die Lehren, die Sie uns bis jetzt erteilt haben, wenn wir sie auch — das muß ich offen gestehen — nicht immer voll in die Praxis umgesetzt haben. Die deutsche Sozialdemokratie war seit jeher unsere Lehrmeisterin, in gewissem Sinne verdankt ihr unsere Partei selbst ihr Dasein. Das ist keine Uebertreibung. Aber in der neuesten Phase der Entwicklung unserer Partei müssen wir erst recht von der deutschen Sozialdemokratie lernen, und zwar in noch viel höherem Grade als früher. In der vorrevolutionären Periode konnte die Entwicklung unserer Partei vor sich gehen, wenn wir uns auch die allgemeinen Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus eigneten und in primitiver Weise in unserer Praxis sie anwendeten. Nun sind wir in eine Periode eingetreten, wo wir unsere Praxis konsequent und nach allen Richtungen hin auf der Basis der taktischen Grundzüge der internationalen Sozialdemokratie aufbauen müssen. Und in dieser Beziehung ist ja gerade die deutsche Sozialdemokratie vorbildlich.

Vielleicht wird mancher von Ihnen denken: Was für eine neue Phase macht denn die russische Sozialdemokratie jetzt durch, die Bewegung ist ja halb tot? Dem gegenüber betone ich, daß gerade unter dem konterrevolutionären Regiment unsere Partei große Fortschritte gemacht hat. Nach außen treten sie allerdings nicht in großen, blendenden Taktiken und Ereignissen hervor. Aber sie sind doch von großer prinzipieller Bedeutung. Die konterrevolutionäre Periode ist zugleich eine Uebergangsperiode in der Entwicklung der russischen Sozialdemokratie; sie trennt zwei von Grund aus verschiedene Epochen in der Entwicklung unserer Partei. In der ersten Epoche, die ihrem Ende naht, war das russische Proletariat geistig, kulturell und politisch noch so rückständig und zu ihrem Beginn numerisch so schwach, daß sogar seine Existenz, als die einer selbständigen Klasse mit sonderem Interessen von der revolutionären Intelligenz geleugnet wurde. Und es mußte noch theoretisch bewiesen werden, daß auch in Rußland die Arbeiter schon eine besondere Klasse bilden, die eine große historische Mission sogar in unserer bürgerlichen Revolution zu erfüllen hat. Es fehlten überhaupt noch die historischen Vorbedingungen für die Bildung einer lebensfähigen wirklichen Arbeiterpartei. Der eigentliche Träger der russischen sozialdemokratischen Bewegung war die revolutionäre Intelligenz, und die russische Sozialdemokratie war eine Organisation dieser Intelligenz für die Propaganda und Agitation unter den Arbeitern. Die Arbeiter selbst aber waren nur das Objekt der Erziehung und Bevormundung seitens der sozialdemokratischen Intelligenz.

Die Revolution gab einen mächtigen Anstoß der geistigen und politischen Entwicklung des russischen Proletariats, sie rief auch ins Leben die notwendigsten objektiven Voraussetzungen für die Bildung einer wirklichen Arbeiterpartei in Rußland. Und die langjährige Tätigkeit der sozialdemokratischen Intelligenz hatte ihrerseits zur Folge, daß die im Sterben begriffene Epoche der Entwicklung unserer Partei der konterrevolutionären Periode ziemlich weite Kreise vom sozialdemokratischen Geiste erfüllter Arbeiter als Erbschaft hinterlassen hat. Die Elite dieser Arbeiterkreise ist es nun, die in der konterrevolutionären Periode alle ihre Kräfte darauf konzentrierte, die Errungenschaften der Revolution — unter dem schrecklichen Druck eines brutalen reaktionären Regierungssystems — zur Entwicklung der organisatorischen und politischen Selbstbetätigung ihrer Klasse auszunutzen.

nugen. Auf diese Weise bereitet sich jetzt eine neue Epoche im historischen Leben der russischen Sozialdemokratie vor, aus einer revolutionären Organisation der Intelligenz wird sie sich bald in eine wirkliche Klassenorganisation des Proletariats umwandeln.

Unsere Partei ist jetzt allerdings desorganisiert und das wirkt auch dezentralisierend auf unsere gesamte Arbeiterbewegung. Und es ist leider nicht nur die brutale Macht der konterrevolutionären Regierung daran schuld, auch unsere Partei selbst ist dafür mehr oder weniger verantwortlich. Nicht etwa in dem Sinne, daß rein persönliche Momente die Hauptwurzel der Schwäche unserer Partei im gegenwärtigen Moment sind. Sie liegen tiefer — nämlich in den früheren Entwicklungsbedingungen der russischen Sozialdemokratie. Die Epoche ihrer langjährigen Entwicklung auf einen historischen Boden, welcher nicht vorbereitet war für eine wirklich proletarische sozialdemokratische Bewegung, hinterließ uns nicht nur eine positive, sondern auch eine negative Erbschaft, nämlich gewisse Traditionen, taktische und organisatorische Gewohnheiten, die im unerbittlichen Gegensatz zu den neuen Aufgaben und Bedürfnissen der Partei und der Arbeiterbewegung stehen. In diesem Gegensatz wurzeln unsere inneren Streitigkeiten und Wirren, welche ein so großes Hindernis zur Vereinheitlichung der zerplitterten Elemente unserer Arbeiterbewegung sind.

Um Ihre Zeit nicht länger in Anspruch zu nehmen, muß ich der Versuchung widerstehen, Ihnen Tatsachen vorzuführen, in welchen die bedeutenden, epochenmachenden Fortschritte unserer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung unter dem konterrevolutionären Regime am deutlichsten sich äußern. Ich kann nur mit Sicherheit sagen, daß die Zeit, wo die russische Sozialdemokratie als eine wirkliche Arbeiterpartei auf der politischen Arena aufmarschieren wird, nicht mehr fern ist. In wenigen Jahren wird unsere sozialdemokratische Arbeiterschaft als eine selbständige politische Macht einen ehrenvollen Platz in den Reihen der internationalen Sozialdemokratie einnehmen. Und um zur Lösung der Aufgaben, die mit dieser Umwandlung organisch verbunden sind, zu gelangen, müssen wir viel gründlicher als früher Ihre Taktik verfolgen — entsprechend unseren Verhältnissen. Wenn Sie noch dazu in Betracht ziehen, daß auch wir bald einen Wahlkampf haben werden, daß die Neubelebung der Streikbewegung und eine Reihe anderer Erscheinungen auf eine herannahende neue revolutionäre Periode hindeuten, so werden Sie wohl begreifen, welche spezielle Bedeutung für uns Ihre jetzigen Beratungen haben. Ich begrüße Sie zum Schluß nochmals und wünsche Ihnen beste Erfolge.

Brade-Frankreich: Es ist nicht das erstemal, daß ich die Freude genieße, der deutschen Sozialdemokratie den brüderlichen Gruß der französischen Sozialisten zu überbringen. Manches Gesicht sehe ich hier wieder, das ich schon in Lübeck kennen gelernt habe, als noch der unbergeßliche Singer den Vorsitz führte. Ein besonderes Glück aber ist es für mich, der Wote Ihrer Brüder aus Frankreich hier in Yona zu sein, wo nun zum zweiten Male der Parteitag stattfindet. Im Jahre 1905 zeigte Sie dem internationalen Proletariat, wie der Begriff des Massenstreiks aus dem Reiche anarchoistischer Träume auf den Boden der Tatsachen zu übertragen ist, so daß daraus eine zweckmäßige Waffe im Kampfe um die politische Macht wird. Der heutige Parteitag findet vor den Wahlen statt, in einer Zeit auswärtiger Verwicklungen. Da muß das Proletariat der verschiedenen Völker gegen den Imperialismus im Interesse des Weltfriedens protestieren. Gegenüber den Kapitalisten und ihren Interessen, die sich in der Marokkfrage um den Profit streiten, bin ich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß das französische

Proletariat mit dem deutschen Proletariat durch die intimsten Solidaritätsgefühle verbunden ist. (Lebhafter Beifall.) Es weiß sich eins mit dem deutschen Proletariat und mit der ganzen Internationale, mit der ganzen Arbeiterpartei. (Erneuter Beifall.) Wir werden mit Ihnen allen zusammen arbeiten, um die kapitalistische Festung zu sprengen und damit für immer die Gefahr der Konflikte und der Kriege zu beseitigen. Glück auf denn! Hoch der Parteitag! Hoch die deutsche Sozialdemokratie! Hoch die internationale Arbeiterpartei! (Stürmischer Beifall.)

Ducloux-London: Ich komme hierher, um Euch die brüderlichen Grüße der sozialdemokratischen Partei Großbritanniens zu überbringen, um Euch deren Mitgefühl und Teilnahme bei der gewaltigen Aufgabe, die Ihr zu leisten habt, auszusprechen, sowie die tiefe Bewunderung für die Arbeit, die Ihr schon geleistet habt. Wir in England haben unsere eigene, besondere Arbeit zu leisten, unsere eigenen, speziellen Schwierigkeiten zu bekämpfen und zu überwinden, und unsere eigenen Aufgaben in der internationalen Bewegung. Wir stehen aber mit Stolz und Befriedigung die großartigen Fortschritte und Leistungen unserer deutschen Brüder, an deren Siegen wir uns freuen, deren Niederlagen wir beklagen, und deren Verluste wir betrauern. Wir sind uns dessen, was wir unseren deutschen Genossen verdanken, wohl bewußt, des Belehrenden und der Führung, die sie uns verliehen haben. Die Namen von Marx und Engels sind unter englischen Sozialdemokraten wenigstens ebenso bekannt und hochgeschätzt als unter deutschen. Wir erinnern uns mit Stolz daran, daß sie als wahre Internationale, Vaterlandslose ein Heim und eine Zufluchtsstätte in England gefunden haben und in England ebensoviel für ihre monumentale Arbeit sich aneigneten als von dem Lande ihrer Geburt. Auch uns hat der Tod unseres unvergeßlichen Paul Singer schwer betroffen.

Ihr versammelt Euch hier zu einem Zeitpunkt, der für die internationale Sozialdemokratie äußerst wichtig ist. Es hat Krisen gegeben, Gerüchte und Vorahnungen von Konflikten zwischen den Großmächten Europas. Die geheime Diplomatie und die kapitalistischen Interessen haben die Beziehungen der Großmächte zueinander getrübt. Ich erkläre hier möglichst nachdrücklich im Namen der sozialdemokratischen Partei Englands, daß wir mit Euch vollkommen einig sind in der Verurteilung dieser geheimen Diplomatie und dieser kapitalistischen Interessen. Wir erklären, daß keiner der Streitpunkte einen Gegenstand des Zankes im internationalen Proletariat bilden kann, daß nichts auf dem Spiele steht, was des Blutes eines einzigen deutschen, französischen oder englischen Proletariats wert ist. (Lebhafter Beifall.)

Eine solche Zusage unsererseits sollte angesichts unserer bisherigen Tätigkeit kaum nötig sein; angesichts der Hartnäckigkeit, mit der wir den Chauvinismus und Imperialismus in England von jeher bekämpfen, angesichts unserer Agitation gegen den Burenkrieg und der Unterstützung, die wir der nationalistischen Bewegung in Indien und Ägypten immer zuteil werden lassen. Diese Zusage scheint aber geboten infolge von Mißverständnissen und Mißdeutungen einer auf unserer Jahreskonferenz angenommenen Resolution. Diese Resolution wurde von unseren Feinden und auch von einigen Freunden so aufgefaßt, als stellten wir uns damit im Falle irgendwelcher Streitfragen zwischen den europäischen Mächten an die Seite der Chauvinisten und Imperialisten. Das Gegenteil ist richtig. Die Resolution sprach sich ausdrücklich gegen den Imperialismus und Militarismus sowie gegen die Ausdehnung der Rüstungen aus. Sie tat dies, während sie die Notwendigkeit anerkannte, unter den obwaltenden Umständen eine für die nationale Verteidigung ausreichende Flotte zu erhalten.

Dadurch ist unsere Erklärung gegen den Imperialismus und die Nüftungen nach unserer Ansicht nicht abgeschwächt, sondern vielmehr gestärkt worden. Wir als Sozialdemokraten sind weder Antinationalisten noch Imperialisten, sondern Internationalisten. Wir glauben an die nationale Autonomie und an die internationale Föderation. Während wir daher bereit waren, selbst bei beträchtlicher persönlicher Gefahr das Recht der Voren geltend zu machen, für die Verteidigung ihrer Autonomie zu rufen und zu kämpfen, konnten wir vernünftigerweise dasselbe Recht England nicht verweigern noch irgendeiner anderen Nation. Wir wollten aber nicht etwa der herrschenden Klasse Großbritanniens unsere Unterstützung bei irgendeinem Streitpunkt zusagen, den sie mit der herrschenden Klasse eines anderen Landes haben mag. Wir betrachten Britannien als eine Seeräubermacht, die mit Beute überfättigt ist, und die ängstlich bemüht ist, irgendeinen Teil ihrer mit Unrecht erworbenen Güter zu vertieren, und die durch diese Angst in die schädlichsten Bündnisse mit dem reaktionären Despotismus hineingetrieben wird. Das britische Proletariat hat kein Interesse daran, der herrschenden Klasse Britanniens das Eigentum an dieser Beute zu bewahren und diese schädlichen Bündnisse zu verteidigen. Es gibt keinen Sozialdemokraten in England, der einen Finger erheben oder einen Groschen bewilligen würde, um die Integrität des mit Blut und Verrat gefestigten britischen Reiches aufrecht zu erhalten. Wenn das ganze Proletariat Großbritanniens von diesen Gefühlen befestigt wäre, so wäre ein Krieg infolge dieser Konflikte absolut unmöglich. Wie die Sache nun aber liegt, sind wir eine Minorität. Wir können nur alles tun, was in unserer Macht steht, um dem Volke die Wahrheit einzuschärfen, daß kein wahrer Grund für irgendwelchen Haß zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder vorhanden ist. Ihre Interessen sind die gleichen. Der Feind ist nicht in irgendeiner anderen Klasse oder Nation zu erblicken, sondern im internationalen Kapitalismus. In dieser Propaganda haben wir die allgemeine Zustimmung unserer Arbeiterklasse gewonnen, in der Theorie, wenn nicht in der Praxis, und wenigstens mit dem Resultat, daß die vor kurzem gehaltene kriegerische Rede unseres „pazifistischen“ Schatzkanzlers Lloyd George fast allgemeine Verurteilung fand außerhalb der chaubinistischen und imperialistischen Kreise.

Jedenfalls dürfen sich die deutschen Genossen auf die britischen Sozialdemokraten verlassen. Bei irgendwelchen internationalen Komplikationen werden sie ihre Pflicht erfüllen und alles tun, was in ihrer Macht steht, um den Frieden zu sichern. Ich persönlich bedauere, daß wir während dieser Krise keine Gelegenheit hatten, mit Euren Vertretern die Lage zu besprechen und gemeinsame Maßnahmen zu beschließen. Ein europäischer Krieg wäre das größte Unglück für die Arbeiterklasse und die internationale Sozialdemokratie. Keine Anstrengung unsererseits sollte gespart werden, um ein solches Unheil abzuwenden. In der Zuversicht, daß Ihr von denselben Gefühlen durchdrungen seid und von derselben Hoffnung für die Zukunft besetzt seid, danke ich Euch für die freundliche Aufnahme hier und beglückwünsche Euch zu Eurem Parteitag. Ich wünsche der großen deutschen Sozialdemokratie den besten Erfolg für ihre Arbeiten für das deutsche Volk und für die internationale Sozialdemokratie. Es lebe die Internationale! (Lebhafter Beifall.)

Anfermit (Vertreter der holländischen Partei): Werte Genossen! Bei der langen Reihe der Gäste, die der deutschen Mutterpartei ihre Aufmerksamkeit machen, glaube ich in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich mich kurz fasse. Ich möchte also nur das große Interesse, das die holländische sozialdemokratische Partei der deutschen Sozialdemokratie immer bewiesen hat, hier bekunden und als Ausdruck dafür andeuten, daß meine Partei mich hier-

hergekömmt hat, um Ihren Verhandlungen beizuwohnen und darüber unseren Arbeitern Bericht zu erstatten, die jederzeit den Verhandlungen der deutschen Partei und ihrer Parteitage mit größter Aufmerksamkeit folgen. Ich möchte Ihnen einen guten Parteitag wünschen, nicht nur für Ihre eigene Partei, sondern für die ganze Internationale. (Lebhafter Beifall.)

Vandermissen (Vertreter der belgischen Partei, spricht französisch, seine Ausführungen werden von der Genossin Zetkin überseht): Genossen und Genossen! Als Delegierter der sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens überbringe ich die Grüße des belgischen Proletariats. In der Armee der internationalen Sozialdemokratie repräsentiert Belgien nur ein verhältnismäßig kleines Land, aber innerhalb dieses Landes ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei bemüht, immer mehr an Kraft und Stärke zu gewinnen, und bei diesem Bemühen zur äußerer und inneren Entwicklung hat die belgische Sozialdemokratie, haben die belgischen Gewerkschaften, Anlehnung, Aufseherung und Nachahmung suchend, immer nach Deutschland hinübergeblickt. Sie sind vor allem erfüllt von Bewunderung für die festgefügte einheitliche Organisation, welche die Bewegung der deutschen kämpfenden Arbeiterklasse kennzeichnet. Sie sind auch erfüllt von Bewunderung für die freigewollte und angenommene Disziplin, mit welcher die von den Organisationen gegebenen Richtlinien befolgt werden. Und sie sind weiter von Bewunderung erfüllt für die unwiderstehliche Energie, mit welcher das deutsche Proletariat seine Überzeugungen aus der Theorie in die Praxis umgesetzt hat. Von diesen Gedankengängen geleitet sind erst kürzlich Delegationen der belgischen Arbeiterpartei und der belgischen Gewerkschaften in Deutschland gewesen, und sie haben nach ihrem Heimatlande zurückgebracht eine reiche Ernte von neuen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen, die ungewißhaft ihren befruchtenden Wert für die politische und gewerkschaftliche Entwicklung in Belgien haben werden.

Ich bin nicht nur hergekömmt, um den Ausdruck brüderlicher Sympathie und höchster Anerkennung für die deutsche Sozialdemokratie hierher zu bringen, sondern ich bin auch hergekömmt, um von Ihren Beratungen und Ihren Beschlüssen neue Anregungen, neue Kenntnisse, neue Erfahrungen zu gewinnen und mit nach Hause zu nehmen. Ich habe die Überzeugung, daß die Beratungen, daß das Werk dieses Parteitages über die Grenzen Deutschlands hinaus auch auf die Entwicklung in Belgien von Einfluß sein wird, wo die Sozialdemokratie, das organisierte Proletariat, ebenfalls dem organisierten Kapitalismus im Kampfe gegenübersteht, einem Kapitalismus, der um so gefährlicher ist, als er sich einseitigen noch mit schönen prinzipiellen Phrasen zu schmücken vermag, und der auch deshalb um so gefährlicher ist, weil er nicht ein Proletariat sich gegenüber hat, das sich der Schule und Kenntnisse der deutschen Arbeiter zu erfreuen hat, sondern das infolge der Rückständigkeit der Schulverhältnisse in Belgien, der Aufklärung und Organisation durch die Sozialdemokratie große Schwierigkeiten entgegensteht.

Die deutsche Sozialdemokratie schickt sich gegenwärtig an, dem Kapitalismus im Deutschen Reich bei den nächsten Wahlen einen Riesenkampf ohnegleichen, eine Entscheidungsschlacht zu liefern; ich bin überzeugt, daß in diesem Kampfe die Solidarität des belgischen Volkes mit dem deutschen sich bewähren wird. Ich wünsche dem deutschen Parteitag zu seinen Arbeiten und zu seinen Beschlüssen im Hinblick auf den sicheren Erfolg des bevorstehenden Riesenkampfes viel Glück. (Lebhafter Beifall.)

Topanovic (Vertreter für Serbien und Bosnien): Ich komme weit von hier, aus den Balkanländern. Es ist zum erstenmal der Fall, daß ein Orientale auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erscheint. Schon

dies ist ein Zeichen dafür, daß sich auf dem Balkan neue Kraft entwickelt hat, daß die sozialistische Internationale in eine neue Fassung tief eingedrungen ist. Die Idee des Sozialismus hat auf dem Balkan einen so festen Boden gefunden, daß ihre Träger heute freudig und würdig ihren älteren Brüdern die Hände drücken können. (Bravo!) Es ist Ihnen bekannt, daß die Balkanhalbinsel politisch zerfallen ist. So hat die europäische Diplomatie die Dinge eingerichtet, um jeden Teil unfähig zum selbständigen Leben zu machen, aber fähig, um Pandurendienste den verschiedenen Großmächten zu leisten. Selbst auf die Gefahr, der hohen Diplomatie verhaßt zu werden, beachten wir Sozialdemokraten diesen Statusquo gar nicht. Wir haben auf Grundlage derselben ökonomischen Entwicklung, derselben politischen und ökonomischen Bedürfnisse eine sozialistische Einheit im Balkan geschaffen, und es ist unseren gemeinsamen Bemühungen überall gelungen, die größten Fortschritte zu machen. In dem durch den Alerikalismus verseuchten Kroatien zählen wir heute bis zehntausend gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter. (Bravo!) In dem Kolonialgebiet Bosnien und der Herzegovina scharten sich um die Fahne der Sozialdemokratie über zehntausend Arbeiter und Arbeiterinnen. (Bravo!) Derselbe Fall ist in Griechenland. In Serbien zählen unsere Organisationen über 20 000 Mitglieder. In Bulgarien haben die sozialdemokratischen Kandidaten bei den letzten Parlamentswahlen 40 000 Stimmen auf sich vereinigt. (Bravo!) Eine rege Bewegung besteht auch in Rumänien, wo das wilde junkerliche Regiment von dem russischen Zaren geleert hat, wie man die proletarische Bewegung behandeln soll. Auch in der Türkei gibt es zurzeit etwa 50 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und in allen Städten sind lokale sozialistische Gruppen gegründet. Das jungtürkische Militärregiment unterdrückt mit eiserner Faust jede politische Betätigung im Lande überhaupt. Aber trotzdem ist es uns durch die mühsame Geheimarbeit, die Anfertigung von Zeitungen und Flugschriften auf dem Boden von Serbien und Bulgarien gelungen, auch in der Türkei überall vorwärts zu bringen. Wie Sie aus diesen Angaben sehen, sind die ersten 150 000 Sozialdemokraten im Balkan schon da. Und gelingt es unseren Bemühungen, auch in der Türkei, wo zurzeit über eine Million Arbeiter unter dem Joche des Kapitalismus tröden, eine einheitliche Partei zu gründen, so seien Sie sicher, die Lösung der Orientfrage wird nicht im Sinne des russischen Absolutismus, nicht im Sinne des europäischen Großkapitalismus erfolgen, sondern im Sinne des revolutionären Sozialismus. (Bravo!) Unsere Zukunft liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Gegenden. Wir leiden nicht nur unter dem Druck des einheimischen Kapitalismus, sondern auch unter den kolonialpolitischen Maßnahmen der europäischen kapitalistischen Großmächte. (Hört! hört!) Nicht nur, daß dadurch die schnelle wirtschaftliche Entwicklung unserer Gegenden gewaltig gehemmt wird, sondern unsere Länder stehen immer in Gefahr, von dem großen kapitalistischen Angeheuer verschlungen zu werden. In Zukunftsausblick haben wir nur einen Beschützer in der Welt: das ist der prinzipielle Gegner jeder kolonialpolitischen und jeder Unterdrückung, das ist das sozialistisch gekulte internationale Proletariat. (Bravo!) Wir sind Ihnen dankbar als unserem Lehrer in der Gegenwart, denn unsere ganze politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung, unsere Presse, unsere Literatur ist nur ein Abbild von dem, das wir bei Ihnen gefunden haben. Wir sind Ihnen aber auch dankbar als unserem Beschützer in der Zukunft. Wir werden Ihnen dadurch danken, daß wir auch den letzten Mann in die Reihen der Klassenkämpfer einführen werden. Wir werden Ihnen dadurch danken, daß wir alles tun, was die sozialistische Internationale, was der

Generalstab der nächsten sozialen Revolution von uns fordert. Wenn unsere Patrioten, unsere Nationalisten kriegslustig sind, so sind wir Sozialdemokraten revolutionslustig. Sollte die große Tat der Befreiung des Proletariats zur Wahrheit werden, bevor wir nach dem Grabe der ökonomischen Entwicklung insstande sind, tätig mitzuwirken, so seien Sie sicher: Wir werden nicht bloß im Geiste mit Ihnen gemeinsam sein, wir werden, um als Ihre Vorposten betrachtend, die Grenzen der jungen sozialen Republik überwachen und werden alles, was wir haben, zu ihrem Gelingen einsetzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dieh: Ich glaube im Sinne des Parteitages zu handeln, wenn ich unseren Gästen den Dank ausspreche für die herzlichsten Glückwünsche, die sie uns überbracht haben. Wir wollen hoffen, daß die Wünsche und Erwartungen, die sie auf die deutsche Sozialdemokratie gesetzt haben, in Erfüllung gehen werden. (Bravo!)

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter S. Müller-Berlin: Werte Genossinnen und Genossen! Es ist mir nicht möglich, auf jedes einzelne Kapitel des gedruckten Berichts einzugehen. Ich will mich vielmehr auf eine Reihe von Ergänzungen beschränken, da ich ja außerdem noch die Aufgabe habe, die Angriffe zu widerlegen, die in letzter Zeit gegen den Parteivorstand erfolgt sind. Aus dem gedruckten Bericht erkennen Sie, daß das lebhafteste politische Treiben des verflochtenen Jahres den günstigsten Einfluß auf die Organisationsverhältnisse und die Agitation in der Partei gehabt hat. Wir haben in diesem Jahre einen außerordentlich starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Während im Jahre 1907 nur 18,5 Proz. unserer Wähler organisiert waren, ist die Zahl diesmal auf 25,6 Proz. emporgeschwungen. Es darf freilich nicht vergesen werden, daß in dieser Zeit die Frauenbewegung einen großartigen Aufschwung genommen hat, daß also, wenn wir nur die Männer in Parallele ziehen, der Prozentfuß kein so großer ist. Aufgabe der kommenden Wahltagung wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Zahl der neuen Mitglieder so groß wird, daß das Prozentverhältnis zu den Wählern weiter in diesem Maße steigt. Wir müssen auf die Million organisierter Genossen kommen. Die 163 498, die noch daran fehlen, müssen bei den kommenden Kämpfen für die Partei gewonnen werden. (Bravo!) Neben der Frauenbewegung hat insbesondere die Jugendbewegung einen großartigen Aufschwung genommen. Das Nähere erfahren Sie aus dem Bericht der Zentralstelle der arbeitenden Jugend Deutschlands, der eine Reihe wichtiger Einzelheiten enthält und neue Ziffern über den Stand der Bewegung bringt. Die Jugendbewegung der deutschen Sozialdemokratie ist noch verhältnismäßig jungen Datums. Erst der Nürnberger Parteitag hat sich damit befaßt, und wir haben in diesen drei Jahren Erfolge erreicht, wie sie selbst viele Optimisten damals nicht erwartet hatten. (Sehr richtig!) Allerdings haben wir durch unsere Tätigkeit auch die Gegner der proletarischen Jugendbewegung mobil gemacht. Alle jene Faktoren, die, bevor wir uns um die Jugend kümmerten, für die Arbeiterjugend nichts übrig hatten, werden jetzt aufgeboten gegen die Arbeiterjugend und geben Mittel her für die Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendbewegung. Ja selbst das preussische Dreiklassenhaus hat eine Million Mark zur Verfügung gestellt, damit die staatlich organisierte Jugendpflege unserer Jugendbewegung entgegenarbeiten kann. Selbstverständlich werden wir uns dadurch nur anspornen lassen, noch mehr zu tun für die Aufklärung und Ausbildung der Arbeiterjugend. (Bravo!) Wir haben die Aufgabe, nicht nur die Lücken auszufüllen, die die Schule

Bildung der Arbeiterjugend, die die Armenthule durchlaufen hat, enthält, sondern wir haben auch die Aufgabe, jene Schulweisheit zu korrigieren, die auf geschichtlichem und auf naturwissenschaftlichem Boden der Jugend in der heutigen Schule eingepflanzt wird. Wir haben selbstverständlich unsere Tätigkeit genau den Gegebenheiten angepaßt, die der Klassenzeit geschaffen hat, um unsere Tätigkeit zu hindern, und auch hier sehen die Gegner bereits, daß unter der Geschmähigkeit unsere Bewegung Fortschritte macht und daß die Geschmähigkeit es ist, die tötet. (Sehr gut!) Ich will über die Judikatur gegen die Jugendbewegung nicht reden, weil sie noch im Fluß ist, und weil man noch nicht weiß, bis zu welchen Konsequenzen diese Justiz gehen wird. Sie wissen, daß der Reichskanzler an die Verbündeten Regierungen ein Zirkular erlassen hat, um sich zu unterrichten über die Tätigkeit der Arbeiterjugend in den einzelnen Bundesstaaten, und um zu erwägen, was demgegenüber geschehen kann. Aber man beschränkt sich nicht darauf, zu verhindern, was von uns beabsichtigt ist, sondern man sucht mehr und mehr mit allerhand Hilfsmitteln die Arbeiterjugend einzufangen für die Zwecke der herrschenden Klassen. In einigen Städten hat man sogar eine militärische Organisation der Jugend mit Hilfe der Militärbehörden ins Leben gerufen. Man glaubt, daß die Jugend dadurch untauglich gemacht wird für die Ziele der Sozialdemokratie, und daß man damit jenen Kadavergehorsam hervorgerufen kann, der nach Ansicht militärischer Fachleute das beste Solbatenmaterial schafft. Man hat sogar Jugendliche schon zu Weisheiten ernannt, ihnen goldene Litzen gegeben, um das militärische Bewußtsein der Jugend zu wecken und sie abzuhaken von der Verührung mit der klassenbewußten Arbeiterschaft. Wir zweifeln nicht, daß es nicht gelingen wird, mit solchen Mitteln die Jugend einzufangen. Weber mit der Weisheit noch mit dem Zuckerbrot wird den Bestrebungen der klassenbewußten Arbeiterjugend Einhalt geschaffen können. (Sehr richtig!) Im Gegenteil, die Folge davon wird sein, daß Partei und Gewerkschaften noch mehr als bisher die Jugend der klassenbewußten Arbeiter deren Veranstaltungen zuführen werden. (Sehr wahr!) In dieser Beziehung wird noch viel gesündigt und der einzelne kann hier viel tun, damit wir noch ganz andere Erfolge erzielen. Die besten Erfolge wird diese Kleinarbeit zeitigen.

Wir müssen ja mehr und mehr eine riesige Kleinarbeit leisten, nicht nur in der Jugendbewegung, sondern auch in der allgemeinen Parteibewegung. Sie haben die Zahlen unserer Kleinarbeit in dem gedruckten Bericht vor sich, aber diese Zahlen sind zum Teil noch zu niedrig gegriffen. Aus einigen Bezirken wurde uns nachträglich mitgeteilt, daß weit mehr Flugblätter, Kalender und dergleichen verbreitet wurden; solche Zeitümer können am besten vermieden werden, wenn die Fragebogen, bevor sie an den Parteivorstand gesandt werden, von den Bezirksorganisationen gesammelt und durchgesehen werden, damit ebent. Zusätze und Korrekturen gemacht werden können. Die intensive Kleinarbeit ist um so notwendiger, als auch die Gegner sich in immer steigendem Maße dieser Kleinarbeit widmen. Ich will heute keinen Vergleich ziehen zwischen der Tätigkeit des Volksvereins für das katholische Deutschland und der unserigen, sondern ich will einmal auf den Bund der Landwirte hinweisen, der im vorigen Jahre nicht weniger als 10 840 Versammlungen vorbereitet hat, darunter 930 Wahlversammlungen, und der 113 Beamte beschäftigt, die die Aufgabe haben, für seine Ziele zu wirken. (Hört! hört!) Demgegenüber können sich unsere Zahlen sehen lassen, und wir können die feste Zuversicht haben, daß wir auch diesen Bestrebungen ein Paroli bieten werden. (Sehr richtig!) Unsere Bruderparteien freuen sich immer über die intensive Kleinarbeit, die in Deutschland geleistet wird. Diese mannig-

faltige Tätigkeit ist nur möglich, weil wir neben der stark durchgeführten Zentralisation auch ein reges geistiges Leben in den einzelnen Bezirksorganisationen haben. Es wäre der größte Fehler, wollte man in allen Bezirken reglementieren. (Sehr richtig!) Dieser Fehler ist in Deutschland vermieden worden und so ist es gekommen, daß unsere Massen in freiwilliger Disziplin zusammen mit den Führern, mit den Bezirksvorständen und der Zentralverwaltung diese große Arbeit für die Partei leisten. Darauf beruht die Macht unserer Organisation, die Intensität unserer Agitation und die Wucht unserer Aktionen. Neben dieser allgemeinen Aktion sind wir in Deutschland in den letzten Jahren immer mehr dazu übergegangen, für die spezielle Agitation etwas zu tun. Wir haben den Anfang gemacht mit der Agitation für die Winnschiffer. Wir haben einen Kalender herausgegeben, der in 50 000 Exemplaren in den Stromgebieten verteilt wurde, und wir haben Einrichtungen getroffen, daß die Schiffer in den Hafenplätzen für die Sozialdemokratie gewonnen werden und ihre Beiträge abführen können. Dieser Schifferkalender ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern er wird dauernd die Schiffer an uns fesseln und mit den Zielen der Partei und der Gewerkschaften bekanntmachen. Auch das hat die Gegner natürlich mobil gemacht, und namentlich die Pastoren warnen die Schiffer vor uns.

Wie für die Schiffer, haben wir auch für die Eisenbahner Spezialflugblätter herausgegeben. Auch diese haben die Behörden auf den Plan gerufen und auf Veranlassung des preussischen Eisenbahnministeriums sind Anschläge in den Werkstätten erfolgt, die das Personal vor diesen neuen Drucksachen der Sozialdemokratie warnen. Der preussische Eisenbahnminister hat neulich Anlaß genommen, in einer Standrede den Eisenbahnern Marzuzumachen, daß sie sich mit solchen Dingen nicht abgeben dürfen. Aber alle Angst der preussischen Zentralbehörde vor dieser Agitation für die Eisenbahner wird die Herren von dieser Agitation nicht befreien. Wir werden Mittel und Wege finden, an die Eisenbahner heranzukommen.

Wir werden ferner die besonders günstige Gelegenheit benutzen, in den Reihen der technischen Angestellten für die Sozialdemokratie zu werden. Die technischen Angestellten sind besonders enttäuscht über die Art, in der ihre Interessen bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung von den bürgerlichen Parteien verraten wurden, und bei der Beratung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes wird es wahrscheinlich nicht anders zugehen. Wir haben Vorsorge getroffen, daß eine Broschüre für die Handlungsgehilfen und technischen Angestellten vor den Wahlen rechtzeitig erscheinen wird.

Aus dem Bericht ersehen Sie, daß auch die Landarbeiterorganisation gute Fortschritte gemacht hat. Nicht weniger als 382 Ortsgruppen dieser Gewerkschaft sind in Deutschland vorhanden. Diese Gruppe von Arbeitern hat in Preußen das Streikrecht nicht, und das weist sie besonders darauf hin, sich politisch zu betätigen und sich bekannt zu machen mit den Aktionen, die die politische Vertretung der Arbeiter, die Sozialdemokratie, im Reichstag und in den Landtagen im Interesse der Landarbeiter unternommen hat. Die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaft für den Landarbeiterverband war in vielen Bezirken eine gute, wie überhaupt im allgemeinen das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in den letzten Jahren ein gutes gewesen ist.

Immer mehr wird eingesehen, daß beide Bewegungen nicht gegeneinander zu arbeiten haben, sondern miteinander und füreinander im Interesse des klassenbewußten Proletariats. Welche Fortschritte hierzu gemacht sind, zeigt deutlich ein Blick auf die Verhandlungen des Jenaer Parteitages vor sechs Jahren über die Maifeier. Da haben einige Redner geäußert, daß sich unsere Gewerkschaftsbewegung dem englischen Trade-Unionismus zu nähern scheine,

daß eine wachsende Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaft eintreten würde. Diese Befürchtungen haben sich nicht bestätigt und werden sich um so weniger bestätigen, als wir gesehen haben, wie auch die englischen Arbeiter kampfbereit dem Kapitalismus gegenüberstehen. Die Arbeiter Englands haben jetzt im Feuer des Klassenkampfes in einer Weise exerziert, wie es viele noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten hätten. Also auch hier sind die Differenzpunkte geringer geworden.

Selbstverständlich tauchen hier und da Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft auf, und wir haben uns in letzter Zeit auf diesem Gebiet eingehend mit solchen Differenzen zu beschäftigen gehabt, ich meine die Debatten, die herborgerufen wurden durch die Veröffentlichung unseres sogenannten „Geheimzirkulars“ durch ein bürgerliches Blatt Sachsens. Ich will mich darüber nicht entrüsten. Das Zirkular hatte das Recht nicht zu scheuen. Wir geben überhaupt keine Geheimzirkulare heraus. Wir haben keinen Anlaß dazu, sondern wir haben in den Mitteilungen an die Organisationen immer nur unterschieden zwischen Zirkularen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind und solchen, die nicht ohne weiteres für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Bei dem Betriebe, wie er sich in den modernen Organisationen mit ihrer Vielgestaltigkeit nötig macht, läßt es sich nicht vermeiden, daß auch nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Zirkulare herausgegeben werden. Es wäre ganz unzweckmäßig, alles das, was den Organisationsleitern mitgeteilt wird, ohne weiteres durch die Presse auch der gesamten Öffentlichkeit zu übergeben. Nun bleibt freilich der Streit darüber, ob es zweckmäßig gewesen ist, ein solches Zirkular herauszugeben. Als wir über dieses Zirkular beraten haben, nachdem die Generalkommission der Gewerkschaften sich an uns gewandt hatte, haben wir diese Zweckmäßigkeitsfrage selbstverständlich eingehend geprüft, und es ist ein allgemeiner und ein spezieller Grund gewesen, der uns veranlaßt hat, auf dem Wege des Zirkulars vorzugehen. Der allgemeine Grund war der, daß wir glaubten, in der jetzigen politischen Situation sei wirklich kein Bedürfnis vorhanden, eine große Debatte über das Thema „Gewerkschaften und Parteipresse“ hervorzurufen, und der spezielle Grund war der, daß bereits seit langem beabsichtigt war, alles damit Zusammenhängende in einer Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure zu besprechen. Schon am 22. März haben wir ein Zirkular an die Redaktionen herausgegeben, worin über eine Reihe die Gewerkschaftsinteressen berührender Fragen Mitteilung gemacht war, namentlich auch über die Behandlung schwebender Lohnkämpfe in der Presse, und worin es hieß: daß das Recht auf Kritik der Parteipresse in keiner Weise genommen werden soll, sondern daß nur für beide Teile unangenehmen Polemiken nach Möglichkeit vorgebeugt werden soll. Im übrigen würden diese Fragen auf die Tagesordnung der diesjährigen Redakteurkonferenz gesetzt werden. Zugleich hatten wir am 24. Mai bereits mitteilen lassen, daß die Redakteurkonferenz im September stattfinden sollte, so daß auch dieses bekannt war, wenn es vielleicht auch hier und da vergessen wurde, weil mehrere Monate darüber hingegangen waren. Daß die Konferenz vom Mai bis zum Herbst hinausgeschoben wurde, lag daran, daß vorher ausprobiert werden sollte, ob das sozialdemokratische Pressebureau die Berichterstattung über die Generalversammlungen der Gewerkschaften übernehmen könne.

Wir haben bei der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes bekanntlich einen solchen Versuch gemacht. Der Versuchskarakter wurde ausdrücklich betont. Nach den Erfahrungen, die man dabei machen würde, sollte eventuell weiteres nach Anhörung der Redakteure beschlossen werden. Nun ist in der Debatte über dieses Zirkular gesagt worden, daß unsere Anschauungen in Bezug auf die Resolutionen von Mannheim und Jena den Gewerkschaften gegenüber in diesem Falle nicht zutreffend seien. Das ist besonders in der Protesterklärung der rheinisch-westfälischen Blätter behauptet worden. Diese dort niedergelegte Anschauung ist durchaus irrig. In der Mannheimer Resolution heißt es ausdrücklich, daß beide Organisationen in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und gegenzeitiges Zusammenwirken angewiesen sind. Und wenn dieses Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft nach Auffassung der Generalkommission durch Polemiken beeinträchtigt wird, wie sie sich gegen die Gauderstreikerkonferenz des Buchdruckerverbandes richteten, so hat die Generalkommission wohl das Recht, an uns heranzutreten. Wir mußten der Sache näher treten und sehen, was zu tun war, um Gehässigkeiten in solchen Polemiken zu vermeiden. Die Jenaer Resolution besagt, daß gegen gehässige, die persönliche und Parteilehre verletzende Arten der Diskussion der Parteitag Einspruch erhebt und der Parteivorstand beauftragt wird, dagegen zu wirken. Nun hat man gesagt, daß diese Resolution nur auf die Parteidiskussionen zutrifft, nicht aber auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Ich glaube, daß niemand bei der Beschlußfassung über diese Jenaer Resolution an diese Auslegung gedacht hat (Sehr richtig!), sondern daß es als selbstverständlich erachtet wurde, daß diese Grundsätze auch für Polemiken gegenüber den Gewerkschaften gelten. Aber selbst, wenn das unzutreffend wäre, auch dann wäre die Art der Polemik, wie sie von den beiden zitierten Parteiblättern geführt worden ist, ganz entschieden zu verurteilen. Denn wir haben bisher in dem Kampfe der Meinungen innerhalb der Partei und gegen andere Parteien die Grundsätze aufrechterhalten, die schon in dem Statut der Internationale von 1864 niedergelegt wurden und die 1891 in Erfurt ganz ausdrücklich bestätigt wurden, wonach Wahrheit, Recht und Sitte die Grundlagen sein sollen für das Betragen allen Mitmenschen gegenüber ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis und Nationalität. Diese Grundsätze der alten Internationale sind niemals verleugnet worden. Deshalb hätte man auch nicht kommen und in persönlicher, gehässiger Weise eine Funktionärversammlung so angreifen dürfen. Ich glaube nicht, daß irgend jemand diesen Ton der Angriffe rechtfertigen wird.

Nun wurde allerdings erklärt, daß auch in der Gewerkschaftspresse Neuerungen laut geworden sind, die mindestens ebenso stark gegen diese Resolution verstößen, und die ebenso scharf verurteilt werden müssen. Das gebe ich ohne weiteres zu. Wir haben in jener gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Generalkommission auch diese Dinge besprochen und mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß in der Gewerkschaftspresse Neuerungen geschehen sind, die die allerhöchste Mühe verdienen. Ich will nur darauf hinweisen, daß es zum Beispiel in einem Berichte aus Essen in Nr. 87 des „Korrespondent“ heißt: „Wui Teufel über solches Demagogengehämme! Diese Drahtentöler mit dem Strohalm aus beiden Lagern scheinen anstatt des Kopfes mit Verstand eine Konserbenbüchse mit Dörrgemüse auf den Schultern zu tragen, die beim Klänge des Wortes Buchdruckerverband toll zu rasseln beginnt.“ Das stellt alles in den Schatten, was in der Parteipresse gesagt worden ist. Ich bedaure es außerordentlich, daß solche Äußerungen gefallen sind. Angesichts eines solchen Tones kann man sich nicht wundern, wenn auch von der Gegenseite über die Schnur gehauen wird.

Nun wurde weiter behauptet, daß wir mit unserem Zirkular die Absicht gehabt hätten, der Parteipresse in Gewerkschaftsfragen einen Maulkorb anzulegen und daß wir damit die Unabhängigkeit der Parteipresse antasteten wollten. Wer unseren Verhandlungen beigewohnt hat, der kann feststellen, daß davon ganz und gar nicht die Rede sein kann. Wir haben mit aller Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß die Freiheit der Kritik der Partei-

presse gewährleistet werden muß, soweit sie sich in anständigen Formen hält. Wo würden wir auch hinkommen, wenn wir anders verfahren würden. Wir würden dann zu dem Zustande kommen, daß die Parteipresse schlechter gestellt wäre, als die Gewerkschaftspresse, weil diese sich das Recht nicht hat nehmen lassen, auch in solchen Situationen ihre Meinung zu äußern. Ich erinnere an die bekannten Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ beim Scherikonstift. Wir können aber der Parteipresse nach dieser Richtung hin gar keine Vorschriften machen, weil ja die einzelnen Parteiorgane die Publikationsorgane der örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen sind. Es ist gemutmaßt worden, daß eventuell auf der kommenden Redakteurkonferenz Beschlüsse gefaßt werden sollen, die die Rechte der Parteipresse beschnitten. Das kann schon deshalb nicht der Fall sein, weil wir immer daran festgehalten haben, daß alle diese Konferenzen keine Beschlüsse zu fassen haben, sondern nur der Aussprache und Verständigung dienen sollen. Es besteht keine Veranlassung, von diesem Grundsatz abzugehen. Genosse Kautsky hat in der „Neuen Zeit“ ausgeführt, daß wir auf eine schiefe Ebene kämen, wenn wir anfangen, die Parteipresse zu zensurieren. Ja, so liegen doch die Verhältnisse nicht. Wir haben in den letzten Jahren schon mehr als einmal, wenn uns ein Parteigenosse um ein Urteil über Angriffe ersuchte, die von Parteiblättern gegen ihn gerichtet worden waren, die betreffenden Blätter zensurieren müssen. Etwas Bequemes gäbe es für die Parteileitung natürlich nicht, als in solchen Fällen sagen zu dürfen, wir sind nicht in der Lage, ein derartiges Urteil abzugeben. Wir haben das bisher nicht getan und glauben damit im Sinne der Parteigenossen zu handeln. Das sogenannte Geheimzirkular war durchaus nicht ein Zirkular, das aus dem Handgelenk heraus erlassen wurde, sondern der Parteivorstand hat genau erwogen, was in dem vorliegenden Falle zu tun war. Er hat nur die Zensur-Resolution zur Grundlage der Klagen genommen. Wir haben auch erst veranlaßt, daß in der Erklärung der Generalkommission die beiden Parteiblätter, die sich durch diesen gehässigen Ton ausgezeichnet haben, mit Namen genannt wurden, damit nicht andere in falschen Verdacht kamen. Das Ganze war wohl überlegt. Es haben mehrere Beratungen darüber stattgefunden, wie es überhaupt eine Legende ist, daß solche Dinge gemacht werden, ohne genügend vorbereitet zu sein.

Alle die Angriffe, die in der letzten Zeit gegen uns gerichtet wurden, weil wir angeblich nicht die Zeit gehabt hätten, etwas zu tun, beruhen auf unrichtigen Voraussetzungen. Soviel Zeit ist immer da, um ein Zirkular, ein Flugblatt oder einen Aufruf herauszugeben. Die Zeit spielt da absolut keine Rolle.

Damit möchte ich nun übergehen zu den Angriffen, die gegen den Parteivorstand wegen seiner Tätigkeit oder angeblichen Untätigkeit in der Frage des Marokkofonflikts erhoben worden sind. Wir haben Ihnen die darüber geführte Korrespondenz im Druck vorgelegt*, und Sie können sich danach selbst ein Urteil bilden über das, was der Parteivorstand bei den Verhandlungen hierüber getan hat. Ich will auf die Einzelheiten dieser Korrespondenz, die Ihnen nun vorliegt, zunächst nicht eingehen, sondern nur feststellen, daß es nicht richtig ist, wenn behauptet wird, der Parteivorstand habe in dieser Frage wochenlang nichts getan und andere Länder hätten in ganz anderer Weise die Arbeiterbewegung gegen die Kriegshetze aufgeboten. Wie lagen die Dinge? Die deutsche Regierung entsandte am 2. Juli den „Panther“ nach Agadir und verschärfte dadurch die internationale Situation ganz ungeheuer. Wir hatten kurz vorher eine Sitzung der preussischen Landeskommission gehabt, und dort wurden Wahlrechtsversammlungen über ganz Preußen angeordnet, die an

die Verabschiedung der elsass-lothringischen Verfassung anknüpfen sollten. Es war nun ganz selbstverständlich, daß in allen diesen Versammlungen neben der preussischen Wahlrechtsfrage die inzwischen wider Erwarten aufgetauchte Marokkofrage Gegenstand der Verhandlung gewesen ist. In den Versammlungen in Berlin und in allen größeren Städten wurden auch Resolutionen angenommen, die nicht nur der preussischen Wahlrechtsfrage, sondern auch Marokko galten. Auch in den anderen Bundesstaaten, für die ein Anlaß zur Veranstaltung solcher Versammlungen wie in Preußen nicht vorlag, wurden vielfach Versammlungen wegen der Marokkofrage abgehalten. Die Korrespondenz zeigt weiter, daß wir die internationalen Vorgänge sehr eingehend verfolgt haben. Debel war in Holland, in der nächsten Nähe des internationalen sozialistischen Bureaus, mit dem er in ständiger Fühlung stand. Er berichtete uns über seine Aussprache mit dem Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus. Wir haben also dieser Frage unsere volle Aufmerksamkeit geschenkt, wenn wir auch nicht alle Nachrichten, die in die Presse lanciert wurden, so ernst genommen haben, wie das vielleicht einzelne talent; so zum Beispiel die Nachricht von dem Ultimatum, die nachher mit Recht von der „Leipziger Volkszeitung“ als „Sensationchen“ bespottet wurde. Am 9. August hatte der Vorstand seinen Aufruf erlassen. Er hatte in den Wochen vorher mehreremal beraten, ob jetzt der geeignete Zeitpunkt für eine Agitation über das ganze Land bis in das kleinste Dorf hinein gekommen sei. Denn darüber waren wir uns im Vorstände klar, daß die Marokkofrage nicht so bald von der Tagesordnung verschwinden wird, und daß ihr schon deshalb nicht ausgewichen werden kann, weil ja unsere Gegner gerade aus der Marokkofrage ihre nationale Wahsparole gewinnen wollen, ähnlich wie bei den Pottentottenwahlen. Wir waren uns klar, daß etwas geschehen soll und muß, nur der Zeitpunkt, wann etwas über das ganze Reich hin zu geschehen habe, war Gegenstand der Beratung. Man nahm dabei allerdings an, daß über die konkreten Absichten des Auswärtigen Amtes früher etwas verlaubar würde, als tatsächlich geschehen ist. Als dann in einem Moment, wo die Situation zunächst wieder friedlicher erschien, unsere bürgerlichen Parteien in ihren offiziellen Organen in unerhörtester Weise Kriegshetze betrieben, da sagten wir uns, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, um gegen diese herrische Tätigkeit ein Gegengewicht zu schaffen. Vorher hatten einige alldeutsche Blätter, die zu den rheinisch-westfälischen Panzerplattenfabrikanten Beziehungen haben, allein in diese Kerbe gehauen, aber damals machte selbst die parteiisoffizielle nationalliberale Korrespondenz diese Schammaschereien mit. Der geeignete Zeitpunkt war also gekommen, und ich kann feststellen, daß unser Aufruf im ganzen Reiche von den besten Folgen begleitet war. Nicht nur in den Industriegebieten und Großstädten, sondern auch auf dem flachen Lande ist Aufklärung über die Marokkofrage, wie sie im Interesse und zu den Zwecken der Sozialdemokratie notwendig war, gegeben worden. Sofort nach Erlaß des Aufrufs haben wir auch das notwendige Material beschafft, um jene Kreise sozialdemokratisch aufzuklären, die nicht in unsere Versammlungen kommen und unsere Zeitungen nicht lesen. Wir haben das Flugblatt schreiben lassen, das Ihnen allen gewiß bekannt ist. Wir haben für dieses Flugblatt keinen besseren, geeigneteren Parteigenossen gewußt, als unseren Genossen Kautsky. Wir hatten uns allerdings auch darin getäuscht (Heiterkeit), wie der weitere Verlauf der Debatte über das Flugblatt gezeigt hat. (Erneute Heiterkeit.) Es ist dem Flugblatt vorgeworfen worden, daß es nicht den notwendigen Ton treffe usw. Ich will nicht alles wiederholen, was in jenem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ stand. Unsere Absicht mit dem Flugblatt war, den Leuten, die bisher nur aus der Kreisblatt- oder Generalanzeigerpresse etwas über

* Diese Korrespondenz ist im Anhang am Schluß des Protokolls abgedruckt.

Marokko und die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge der Marokkokrife gehört hatten, Aufklärung zu bringen, und es war für jene breiten Massen berechnet, die in unsere Versammlungen nicht zu bringen sind. Als wir das Manuskript des Flugblattes hatten, waren wir im Parteivorstand überzeugt, daß für diesen besonderen Zweck ein besseres Flugblatt kaum geschrieben werden konnte. Ich will nicht viele Worte verlieren darüber, was sich dann abgespielt hat. Ich kann feststellen, daß die Partei, soweit sie sich in Presse und Versammlungen mit diesen Vorgängen beschäftigt hat, einmütig abgelehnt hat, die Art und Weise, wie die „Leipziger Volkszeitung“ und Rosa Luxemburg vorgegangen sind, zu billigen. Unter keinen Umständen darf es während einer Aktion gestattet werden, mag man das Flugblatt für noch so schlecht halten, in solcher Weise vorzugehen. Ich glaube, es genügt, wenn ich unterstreiche, was die einmütige Auffassung der Partei hierüber ist.

Es ist uns gesagt worden, sehr einmal, wie in Spanien und Frankreich schon in der ersten Juliwoche Protestversammlungen abgehalten worden sind. Demgegenüber genüge das nicht, was in Deutschland geschehen ist. Aber auch in Deutschland wurde bereits im Juli, nicht nur in der Presse, sondern auch in Versammlungen für den Frieden und gegen den Krieg agitiert, und die ganze Marokkofrage wurde aufgewollt. Aber wenn einmal schon eine Parallele gezogen werden soll zwischen dem, was zur Aufklärung und Abwehr in der Marokkokrife getan worden ist in Deutschland und in den anderen Ländern, die hiezu beteiligt sind, so können wir Deutsche ohne Ueberhebung feststellen, daß in keinem Lande so viel getan worden ist, wie im Deutschen Reiche. Wir können das um so ruhiger feststellen, als uns die ausländischen Bruderparteien ihre Bewunderung ausgesprochen haben über die großen Aktionen, die wir jetzt in der Marokkokrife gehabt haben. (Ein Zuruf: Jetzt!) Ich erinnere an die ungeheure Beteiligung bei der Demonstration im Trepower Park, in Leipzig und in anderen Großstädten. Die Massen sind da in einer Weise in Aktion getreten, die bei den Organisationsverhältnissen anderer Länder nirgends zu beobachten war. Aber nicht nur unsere Einzelaktionen halten der Vergleich mit den anderen Ländern aus, sondern es ist auch nirgendwo eine so intensive, in die Breite gehende Agitation getrieben worden, wie wir sie uns im Deutschen Reiche leisten können, weil wir in alle Gegenden hineinkommen und in der Lage sind, überall für unsere Ideale wirken und gegenüber Kapitalismus und Imperialismus die Ziele der Sozialdemokratie propagieren zu können. Wir brauchen uns also durchaus nicht zu verstecken, sondern im Gegenteil, wir können stolz sein auf das, was wir im Deutschen Reiche geleistet haben.

Es ist behauptet worden, daß noch mehr und manches noch früher hätte geschehen können. Es wird wahrscheinlich hierüber noch hier in der Debatte gestritten werden. Daß der Vorstand sich bei dieser Gelegenheit seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt habe, können wir nicht zugeben. Es sind eine Reihe von unzutreffenden Einzelheiten bekanntgegeben worden. Beispielsweise wurde in dem Artikel, den Genosse Kautsky, wie ich überzeugt bin, in der besten Absicht zum Parteitage geschrieben hat, gesagt, daß es vorkommen könne, daß gerade in kritischen Situationen nur ein Vorstandsmitglied auf dem Bureau anwesend sei. Daß zufällig einmal nur einer auf dem Bureau ist, wenn sich vielerlei zusammenbringt, das kann vorkommen und wird auch noch vorkommen, wenn der Vorstand verstärkt werden sollte; aber, und darauf kommt es an, stets sind von den neun Mitgliedern des Vorstandes mindestens fünf in Berlin gewesen, und sie konnten jederzeit zu einer Sitzung zusammenberufen werden. Gerade an dem Tage, wo Rolkenbuhr den bekannten Brief geschrieben hat, war er nicht allein auf dem Bureau, sondern es war noch ein Kollege anwesend,

Bebel hat gestern als ein Zeichen der Gesundheit einer Partei die Kritik erwägt und zur Kritik an dem Vorstand aufgefordert. Ich kann das nur unterstreichen. Gerade hier auf dem Parteitag ist die Gelegenheit gegeben, Auge in Auge Kritik am Parteivorstand zu üben, und wir sind die letzten, die irgendwie dagegen empfindlich sind. Wir können aber nicht zugeben, daß wir unsere Aufgaben vernachlässigt haben. Es wird in dem von Kautsky geschriebenen Artikel auch ein Satz zitiert, den Pfannuch auf der sächsischen Landeskonferenz in Weissen gesprochen hat, daß der Parteivorstand nicht immer in der Lage gewesen sei, das tun zu können, was er gewollt habe. Aber im folgenden Satz hat Pfannuch ausdrücklich erklärt, nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“: „So erkläre ich doch, daß Veräumnisse von ihm (dem Parteivorstand) auf keinem Gebiete gemacht sind.“ Dadurch wird doch das, was aus dem ersten Satz eventuell herausgelenkt werden könnte, ausdrücklich wieder aufgehoben. Was Pfannuch hier sagte, ist nicht nur seine Privatansicht, der gesamte Parteivorstand teilt die Auffassung, daß Veräumnisse nicht gemacht worden sind. Es ist auch nie der Fall gewesen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes wichtige Entscheidungen im Namen der Partei getroffen hat. Im Gegenteil, wir haben nie diesem Ressortpartikularismus gehuldigt und niemals die Dezernentenwirtschaft so weit getrieben, daß im Namen der Partei ein Dezernent eine bestimmte Frage zu entscheiden gehabt hätte. Immer sind alle wichtigen Dinge der gemeinsamen Beschlußfassung des Vorstandes unterbreitet worden. Selbstverständlich werden Kleinigkeiten, die im laufenden Geschäftsverkehr erledigt werden können, nicht erst der Sitzung vorgelegt, wie zum Beispiel, wenn ein Bezirk 5000 Flugblätter unentgeltlich verlangt. Genosse Dittmann hat im „Vorwärts“ gefordert, daß der Vorstand mindestens zwei Sitzungen in der Woche abhalte. Wir haben in der Zeit der regen politischen Arbeit, im Winter, während der Parlamentstagung, wo häufig wichtige Fragen plötzlich auftauchen, die die Parteileitung interessieren, zwei Sitzungen in der Woche als Norm festgehalten. Allerdings können wir vielfach während der Parlamentsferien, oder im Sommer, wenn nichts Besonderes vorkommt und keine wichtigen politischen Ereignisse eintreten, mit einer Sitzung ganz gut auskommen. Was die Frage der Ressorts anbelangt, die auch in diesem Artikel behandelt wird, so ist es selbstverständlich, daß das, was hier gewünscht wird, soweit es augenblickliches Bedürfnis ist, entweder bereits durchgeführt oder im Keime da ist. Wir haben von den dort genannten zwölf Ressorts heute schon neun, nur werden diese neun Ressorts nicht von je einem Sekretär verwaltet, sondern es sind mehrere Ressorts in einer Hand vereinigt. Die Entwicklung der gebietsrisch diese Einrichtung gefordert. Der Vorschlag Dittmanns ist nichts Neues, sondern die Genossen Quard, Keil und Kautsky haben früher ähnliche Vorschläge, teilweise unter Hinweis auf die Organisationen der Bruderparteien des Auslandes, gemacht.

Nun ist die Frage aufgetaucht: Ist der Parteivorstand überlastet oder ist er bei seiner jetzigen Zusammensetzung imstande, die für die Partei notwendige Arbeit zu leisten? Wir haben alle die Geschäftsverteilung im Vorstande betreffenden organisatorischen Fragen in den letzten Jahren unter dem Vorsitz unseres unergleblichen Paul Singer behandelt und immer das, was uns als notwendig erschien, in die Praxis umgesetzt. Wir haben es für notwendig gehalten, die Mitglieder des Vorstandes soviel als möglich von mechanischen Hilfsarbeiten zu entlasten und diese Hilfsarbeitern zu übertragen, die natürlich nur unter Aufsicht und Kontrolle des Parteivorstandes arbeiten. Verantwortlich ist selbstverständlich nur der Parteivorstand. Wir haben nicht weniger als drei Hilfskräfte im Bureau, und wir hatten bereits,

bevor diese Debatten losgingen, beschlossen, einen vierten, der vor seiner Militärzeit bei uns war, wieder zu engagieren. Weiter haben wir dem Parteivorstand einen technischen Gutachter für die Parteipresse angegliedert, ohne daß er Sitz und Stimme im Parteivorstand hat. Wir halten es nicht für angängig, daß im Vorstand einer Kampfpartei die Dezerimten technischer Messors überwiegen, sondern wir müssen dazu übergehen, neben dem Vorstand Kräfte heranzuziehen, die solche Arbeiten unter Verantwortung des Vorstandes erledigen. Man darf aber dabei nicht außer acht lassen, daß sich in gewisser Beziehung die Arbeiten des Parteivorstandes verringert haben. Wir kriegen mehr und mehr eine Menge Kleinigkeiten vom Halbe, mit denen wir uns früher beschäftigten mußten. Je mehr wir draußen die Bezirksorganisationen ausbauen, je mehr die einzelnen Wahlkreise wegen der gestiegenen Mitgliederzahl zur Anstellung von Beamten übergehen müssen, um so mehr schreiben Leute, die Rat suchen, nicht an den Parteivorstand in Berlin, sondern sie wenden sich an ihre Bezirksvorstände. Allerdings ist im letzten Jahre, wenn auch unserer Auffassung nach nichts Notwendiges vernachlässigt wurde, doch die Arbeit der im Bureau beschäftigten Personen sehr groß gewesen. Das lag daran, daß Gerisch von seiner langwierigen Krankheit noch nicht genesen war und daß wir infolgedessen seine Arbeit in Vertretung mit zu übernehmen hatten. Einen Teil der Arbeiten seines Messors hat Gerisch auch während des letzten Jahres erledigt. Er befindet sich jetzt auf dem Wege der Besserung und es ist zu hoffen, daß er bald einen großen Teil seiner Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Schon bevor die Debatten über die Vermehrung der Sekretäre einsetzten, haben wir uns mit der Frage der Verstärkung des Parteivorstandes beschäftigt, und wären diese Anregungen nicht gekommen, so wären wir an den Parteitag herangetreten und hätten ihn gebeten, die Zahl der Sekretäre um einen zu vermehren. Nun ist aber gemüthlich worden, daß der Parteivorstand um zwei Sekretäre vermehrt werde. Wir halten einen Sekretär für genügend, wenn aber die Mehrheit zwei für notwendig hält, so wird das durchaus kein Streitpunkt zwischen uns und dem Parteitag sein.

Es ist dann weiter gesagt worden, daß die Parteileitung nicht in der nötigen Fühlung mit den Massen draußen sei. Gerade hierzu muß konstatiert werden, daß wir in den letzten Jahren mit unseren Bezirken viel mehr in Fühlung gewesen sind als jemals früher. Wir haben die wichtigsten Fragen des Parteilebens mit unseren Bezirkssekretären erörtert. Das Protokoll über diese Verhandlungen erweist das. Wir haben auf der letzten Konferenz der Bezirksvorstände auseinandergesetzt, was alles für die nächste Zeit beabsichtigt war, und wir haben mit Freuden konstatieren können, daß die Bezirkssekretäre mit allem, was wir vorgeschlagen haben, einverstanden waren, daß man geradezu gesagt hat, daß der Parteivorstand ein Füllhorn ausschütete, und daß man bezweifelte, ob das alles ausgeführt werden könnte, was der Parteivorstand anregte. Wenn Sie das Protokoll vornehmen, werden Sie sehen, daß alles, abgesehen von einigen Dingen, die mit der Reichstagswahl im Zusammenhang stehen und naturgemäß noch nicht erledigt sein können, auch ausgeführt wurde, so daß wir ausgeführt haben, was wir in der Sitzung mit den Landesvorständen und den Bezirksvorständen versprochen hatten. Mehrfach sind wir im Laufe der Jahre im Gegentheil gebeten worden, nicht soviel Zirkulare herauszugeben, weil die Bezirke nicht alles das ausführen können, was in diesen Zirkularen von ihnen verlangt wird. Namentlich trifft das für solche Bezirke zu, in denen Mangel an Kräften herrscht.

Wir haben ferner auf Grund der besonderen organisatorischen Verhältnisse, die in Preußen bestehen, zur Besprechung der Wahlrechtsfrage die

Landeskommission zusammengehört, die aus den Delegierten der einzelnen Bezirke zusammengesetzt ist, die uns über die Stimmung in den Bezirken unterrichtet haben, so daß eine Fühlung zwischen der Parteileitung und der Masse der Parteigenossen in Preußen vorhanden war, wie in den früheren Jahren nicht; und alles, was auf diesem Gebiete geschehen ist, ist in Uebereinstimmung mit den Delegierten geschehen, die schon für Preußen eine Art erweiterter Ausschuß neben der Parteileitung sind.

Weiter haben wir im Gegensatz zu der Gepflogenheit der früheren Jahre dieses Jahr der Kontrollkommission, die vierteljährlich einmal zum Revidieren der Bücher und Kassen zusammentritt, vor dem Beginn ihrer Arbeit durch ein Mitglied des Parteivorstandes einen Vortrag halten lassen über alle wichtigen Dinge, die die Parteileitung im vorhergegangenen Quartale beschäftigt hatten. Auch hier haben wir nur einmal Einwendungen gehabt, wo einzelne Mitglieder der Kontrollkommission meinten, es sei nicht früh genug etwas geschehen. Das betraf die Maroffsofrage, wo man meinte, es hätte zur Aufklärung der Parteigenossen früher mehr geschehen müssen. Doch befände sich die Angelegenheit noch in einem Stadium, daß auch da noch nichts verpaßt sei.

Wer die Verhältnisse in der Parteileitung kennt, muß ohne weiteres zugeben, daß noch niemals, seit die Partei besteht, so viel Anregungen gekommen sind, und so viel neue Institutionen geschaffen wurden, wie seit den letzten Wahlen. Wir haben uns nicht damit begnügt, daß die Organisationen ausgebaut und Mitglieder herangeholt wurden, sondern auch die Institutionen sind gegründet und ausgebaut worden, die dafür sorgen sollen, daß eine Vertiefung der Parteigrundfälle bei den neugewonnenen Massen eintritt. Was auf diesem Gebiete geschehen ist, konnten Sie in den letzten Jahren verfolgen; der Bildungsausschuß hat eingehend Bericht erstattet und aus diesem Bericht ersehen Sie, daß nicht weniger als 60351 Personen an den von ihm eingerichteten Kursen teilgenommen haben, so daß hier etwas geleistet ist, was für uns in der Zukunft von großem Vorteil sein wird. Genosse Schulz hat über die Parteischule einen eingehenden Artikel in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht, so daß ich nicht näher darauf einzugehen brauche. In 5 Jahren wurden 141 Parteischüler ausgebildet. Viele von Ihnen werden vor Kenntnis dieses Artikels nicht gewußt haben, daß so viele Parteischüler in verantwortlichen Stellungen in der Partei und in der Gewerkschaft stehen und ihre Kenntnisse im Interesse der Arbeiterschaft verwerten. Ich habe ferner eingangs erwähnt, welche Fortschritte im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften die Jugendbewegung gemacht hat. Die „Arbeiter-Jugend“ hat bereits einen Abonnentenstand von 65 000 gegen 25 600 vor zweiund-einhalb Jahren.

Weiter ist das sozialdemokratische Pressebureau begründet und ausgebaut worden. Wie notwendig diese Einrichtung war, zeigt sich an der Gründung immer neuer Tagesblätter. Als seine Einrichtung 1907 zur Debatte stand, hatten wir 65 sozialdemokratische Tageszeitungen, deren Zahl jetzt auf 81 angewachsen ist. In neuester Zeit haben wir Beratungen gepflogen, inwieweit durch Einrichtung des Auslandsdienstes die Parteipresse in ihrem Bestreben der Aufklärung der Massen durch das Pressebureau noch mehr gefördert werden kann. Es ist dann das im vorigen Jahre angefundigte sozialdemokratische Bureau für Rheinland und Westfalen gegründet worden. Es sind nicht weniger als 2024 Mk. für diesen Zweck ausgegeben worden, eine Summe, die manchem als hoch erscheinen mag, die uns aber nicht zu hoch erscheint, weil gerade dort die Gegner mit den reichlichsten Mitteln arbeiten, weil dort das raffiniert arbeitende Bureau des katholischen Volks-

vereins in Tätigkeit ist. Wir haben weiter im letzten Jahre die „Partei-Korrespondenz“ ausgebaut. Wir sind dabei, eine neue Registratur für sie zu schaffen. Wir haben das Inhaltsverzeichnis der letzten 5 Jahre herausgegeben und haben im letzten Jahre eine besondere Abteilung zur Abfassung von Broschüren und Flugblättern eingerichtet. Sie hat schon soviel Material auf den Markt geworfen, daß schon gesagt wurde, man könne das gar nicht alles lesen. Wir sollten mit diesem reichen Segen einhalten.

Das alles sind Institutionen, die zum großen Teil der Abwehr gegnerischer Angriffe dienen. Wir haben aber auch Positives für unsere Ziele geleistet, damit in weiteste Kreise hinein immer mehr Aufklärung darüber getragen wird, was die Sozialdemokratie eigentlich will. Auch auf diesem Gebiete gilt das Wort, daß die beste Waffe der Sieb in der Offensive ist.

Wir können nicht zugeben, daß wir in den letzten Jahren irgend etwas versäumt haben, was zur Ausbreitung unserer Parteigrundzüge geschehen mußte. Wir können nicht zugeben, daß wir etwas versäumt haben, was nach den vorhandenen Mitteln und Kräften für die Ausriistung unserer Organisationen hätte geschehen könne. Wir müssen bekreiten, daß uns irgendein Vorwurf gemacht werden kann, nicht diejenige Initiative entfaltet zu haben, die zur Befruchtung unseres Parteilebens notwendig ist. Es müßte merkwürdig zugehen, wenn während der kommenden großen Kämpfe, nicht nur der Wahlkämpfe, sondern auch der Massenaktionen, diese reiche Tätigkeit der sozialdemokratischen Parteileitung und der Parteigenossen im Lande draußen der Partei nicht reiche Früchte bringen würde. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß wir auch in dem letzten Jahre alles dasjenige getan haben, was notwendig ist, um unsere Siege vorzubereiten und um dahin zu wirken, daß sobald als möglich die Arbeiterklasse von dem Doppeljoch der politischen und ökonomischen Knechtschaft befreit wird. (Beifall.)

Ueber Kasse und Presse

Berichtet

Ebert (vom Parteivorstand): Der Kassenbericht des Parteivorstandes hat in der gesamten Partei eigentlich nur freundliche Aufnahme gefunden, so daß ich mich auf notwendige Ergänzungen beschränken kann. Wir haben wiederholt dargelegt, daß die Finanzgebarung der Partei erheblichen Schwankungen unterworfen ist. Im vergangenen Jahre ließ der Kassenabluß manches zu wünschen übrig. Der diesjährige Abschluß dagegen ist ein durchaus günstiger. Unsere Gesamteinnahmen sind um 422 362 M. höher als im vorigen Jahre. Sie stiegen von 958 400 auf 1 357 761 M. Das ist die höchste Einnahme, die die Partei bisher in einem Jahre zu verzeichnen hatte. Die Steigerung der Einnahmen ist in der Hauptsache auf die erhöhte Einnahme aus den Beiträgen zurückzuführen. Wir haben in diesem Jahre an Beiträgen der Organisationen 691 975 M. eingenommen. Das sind 207 650 M. mehr als im vergangenen Jahre. Diese erhebliche Steigerung der Einnahmen aus Organisationsbeiträgen zeigt, daß die innere Festigkeit und die Leistungsfähigkeit unserer Organisationen ganz erheblich gewachsen sind. Die Zahl der Wahlkreisorganisationen, die ihre Pflicht gegen die Parteikasse erfüllt haben, ist im letzten Jahre wiederum erheblich gestiegen. Im vergangenen Jahre hatten 335 Wahlkreise Beiträge an die Zentralkasse abgeführt, in diesem Jahre waren es 362. Darunter war sogar ein Wahlkreis, der über eine Vereinigungsorganisation noch nicht verfügt. Nach Abschluß unserer Jahresabrechnung haben dann noch 10 weitere Wahlkreisorganisationen ihren Beitrag für das vergangene Geschäftsjahr abgeführt. Es sind das: Muppin-Templin 100 M., Arnswalde-Friedeberg 76 M., Sangerhausen-Edaritzberga 100 M., Naum-

Burg-Beiß 3500 M., Raderborn-Würen 4,85 M., Warburg-Göfzer 7,55 M., Pippstadt-Drilon 28,02 M., Bentheim-Wingen 3,26 M., Wiesbaden-Rheingau 1000 M., Reichenbach i. W. 1908,25 M. und Leer-Emden 473,48 M. Bei etwas weniger Lässigkeit hätten auch diese Wahlkreise ihre Beiträge so rechtzeitig abführen können, daß wir sie ebenfalls in die Tabelle aufnehmen konnten. Wenn den Kreisen dadurch irgendwelche Verlegenheiten bereitet sind, so haben sie das selbst verschuldet. Es ergibt sich danach, daß von den bestehenden 388 Wahlkreisorganisationen 371 Beiträge an die Zentralkasse abgeführt haben. Nur 12 haben dieser Pflicht nicht genügt. Diese 12 Kreise verteilen sich so, daß einer auf den Bezirk Oberrhein, einer auf den Niederrhein, einer auf das Großherzogtum Hessen, vier auf Frankfurt a. M. und fünf auf Elsaß-Lothringen entfallen. Bei gutem Willen wäre jeder Wahlkreis in der Lage, die ihm auferlegte Beitragspflicht zu erfüllen. Aus der Tabelle geht hervor, daß selbst die ärmsten und kleinsten Wahlkreise ihrer Pflicht genügt haben. Es muß deshalb dringend verlangt werden, daß künftig alle Wahlkreisorganisationen ihrer Beitragspflicht nachkommen. (Sehr richtig!) Insbesondere die Bezirksvorstände möchte ich bitten, darauf ein wachsames Auge zu haben. In einigen Bezirks- und Landesorganisationen verfährt man so, daß die Wahlkreisorganisationen ihre Beiträge an den Bezirksvorstand abführen und daß diese dann die Beiträge an die Zentralkasse übermitteln. Wir haben mit dieser Einrichtung die allerbesten Erfahrungen gemacht. Dadurch werden unsere Geschäfte nicht unerheblich vereinfacht; die Beitragsabführung wird aber auch eine geordnetere. Zu klagen bleibt allerdings immer noch über die Höhe der abgeführten Beiträge. Die alte Methode, daß sich so mancher Wahlkreisaktiver bei Berechnung der Beiträge zuungunsten der Zentralkasse vorrednet, herrscht leider immer noch. (Geisterzeit.) Manchem Kassierer haben wir da nachhelfen müssen. Es muß Sorge getragen werden, daß endlich eine völlige Ordnung in unser Beitragswesen kommt, die einzelnen Kreise müssen voll ihrer Pflicht genügen. (Sehr richtig!) Nach § 5 des Statuts hat der Parteivorstand das Recht, gemeinsam mit den Bezirks- oder Landesvorständen Wahlkreisbeiträge zu ermäßigen. Wir haben von dieser Befugnis nur in ganz außerordentlichen und besonders gelagerten Fällen Gebrauch gemacht. Die Zahl der Wahlkreise, die sich auf diese Bestimmung beriefen und eine Kürzung oder einen Erlass der Beiträge verlangten, war aber nicht sehr gering. Es sind das vielfach Wahlkreise, die an sich nicht zu den kleinen und armen zu rechnen sind (Sehr richtig!), wenn sie auch durch besonders ungünstige Verhältnisse einen schweren Stand haben. Hätten wir diesen Anträgen stattgegeben, dann hätten wir Konsequenzen geschaffen, die eine geordnete Beitragsabführung geradezu gefährdet hätten. Wir haben daher diese Anträge fast alle abgelehnt. Der Parteivorstand ist aber in allen solchen Fällen, besonders wo die Notwendigkeit nachgewiesen war, bereit gewesen, durch Erhöhung des Agitationszuschusses an den Bezirk oder Wahlkreis einen Ausgleich zu schaffen.

Der im Statut festgesetzte Mindestbeitrag hat sich erfreulicherweise fast überall durchgesetzt. Von den Wahlkreisen, die uns berichteten, haben nur zwei den Mindestbeitrag für männliche Mitglieder nicht eingeführt. Es ist das ein Wahlkreis aus dem Eulengebirge und ein Kreis aus dem allerdings weniger armen, aber für uns nicht sehr fruchtbaren Elsaß. Beide Kreise besitzen ganz junge und schwache Organisationen. Alle übrigen Kreise haben einen Mindestbeitrag von 30 Pf. monatlich für männliche Mitglieder eingeführt, 32 haben den 10-Pf.-Wochenbeitrag, 48 weitere erheben einen Beitrag von monatlich 40 Pf., 2 erheben monatlich 35 Pf., 3 erheben sogar 50 Pf. monatlich von den männlichen Mitgliedern. Der 10-Pf.-Wochenbeitrag, von dem bei

der letzten Aenderung unseres Organisationsstatuts viel die Rede war, setzt sich erfreulicherweise mehr und mehr durch. In den letzten Wochen hat die badische Landesorganisation auf ihrem Parteitag beschlossen, den 10-Pf.-Wochenbeitrag obligatorisch einzuführen.

Trotz der guten Entwicklung der Beitragsleistung, der Organisationen machen die Beiträge doch nur 50 Proz. unserer gesamten Einnahmen aus. Die Partei ist also nach wie vor in hohem Maße auf besondere Zuwendungen angewiesen. Darin beruht die große Schwankung unserer Finanzgebarung. Die sonstigen Einnahmen sind zu einem erheblichen Teil freiwillige, zum Teil beruhen sie auf Ueberschüssen unserer Parteigeschäfte. Beide Quellen fließen aber sehr verschieden und dies beeinflusst unsere Finanzen ungemein. Will man den Stand und die Gebarung unserer Finanzen beurteilen, so darf man die Einnahmen aus sonstigen Beiträgen daher nur in bedingtem Maße in Rechnung stellen. Im letzten Jahre waren diese Einnahmen sehr hoch. Sie sind von 365 076 auf 528 669 Mk. gestiegen. Es ist das zurückzuführen auf eine ganze Reihe besonderer Zuwendungen, unter anderem befindet sich darunter auch das Vermächtnis unseres unvergeßlichen Singer. Bei dieser Gelegenheit ein Wort über eine Schenkung, die zur Zeit des Kollerkurfes von einem Parteigenossen der Zentralkasse in Höhe von nominell 50 000 Mk. mit der Bedingung gegeben ist, daß diese Zuwendung als besonderer Fonds unter der Bezeichnung „Juliuskurm“ verwaltet werden soll und daß daraus Opfer polizeilicher und gerichtlicher Verfolgungen zu unterstützen seien. Bei Neuregelung unserer Finanzverwaltung ist nun im Einvernehmen mit dem Stifter beschlossen worden, daß der in diesem Fonds vorhandene Betrag dem allgemeinen Parteivermögen zugeführt werden soll. Da es sich dabei nicht um eine neue Einnahme der Partei handelt, geht das aus unserem schriftlichen Bericht nicht hervor. Die Kontrollkommission wird uns aber bestätigen, daß so verfahren ist.

Die Ausgaben der Zentralkasse sind um 81 622 Mk. höher als im Vorjahre. Die Steigerung der regelmäßigen Ausgaben ist aber in Wirklichkeit erheblich höher, denn wir hatten im vorigen Jahre Aufwendungen von über 60 000 Mk. infolge der schwedischen Aussperrung machen müssen. Dieser Ausgabeposten fällt in diesem Jahre fort, die regelmäßigen Ausgaben sind also ganz erheblich gestiegen. Müller hat schon darauf hingewiesen, daß die Parteileitung in den letzten Jahren eine ganze Anzahl neuer Institutionen geschaffen hat: die Parteischule, den Bildungsausschuß, die „Partei-Correspondenz“, das Pressebureau, die Flugblattzentrale, das Rheinisch-Westfälische Bureau u. a. m. Diese Institute sind besonders im letzten Jahre erheblich ausgebaut und erweitert worden, infolgedessen die regelmäßigen Ausgaben erheblich gestiegen sind. Im Jahre 1900 betrug die Gesamtausgabe der Partei 283 800 Mk., 1905 waren es bereits 499 118, 1909 621 202, 1910 815 557 und 1911 897 180 Mark. Im nächsten Jahre werden die Ausgaben für das Rheinisch-Westfälische Bureau wahrscheinlich doppelt so hoch werden, auch die Ausgaben für die seit dem 1. Januar bestehende literarische Abteilung werden erheblich höher werden. Vor allem werden aber die bevorstehenden Reichstagswahlen ganz gewaltige Anforderungen an die Zentralkasse stellen. Wenn wir daher im letzten Jahre in der Lage waren, unsere Reserven um 490 000 Mk. zu verstärken, so war das nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig. Nun ist die Partei auch finanziell so gestärkt, daß die Genossen auch in dieser Hinsicht mit vollem Vertrauen den kommenden Kämpfen entgegensehen können! (Bravol) Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß künftig alles Heil von der Zentralkasse zu erwarten ist. (Geisterleit.) Der alte Grundsatz: „Der Krieg muß den Krieg ernähren“ muß auch in Zukunft zur Geltung gebracht

werden. Die Genossen müssen deshalb neben den sonstigen Vorbereitungen für die Reichstagswahlen auch die Sammlung von Geldern entscheiden betreiben. Unser günstiger Kassenabluß hat ja großes Aufsehen erregt, insbesondere hat er bei unseren Gegnern großen Meid hervorgerufen, und die bürgerliche Presse, die sonst nur verächtlich auf die Arbeiter herabblüht, die täglich die Partei herunterreißt, hat ihren Parteifreunden dieses günstige Ergebnis als ein Muster von Idealismus und Opferfreude vorgeführt und zur Nachahmung empfohlen. Unsere Genossen dürfen sich dadurch nicht täuschen lassen! Das kann für sie nur ein Ansporn sein, ihre Opferfreudigkeit künftig noch zu erhöhen. Täuschen wir uns nicht! Die Gegner sind auch am Werke, ihre finanziellen Kräfte nach Möglichkeit zu stärken. Der Dollar des Hansabundes und der Juliuskürmer, die Kalischmiedelger des Bundes der Landwirte und der Rubel des Reichsverbandes werden bei den nächsten Wahlen eine große Rolle spielen. Aber wenn wir alle unsere Schuldbigkeit tun, wenn die Hunderttausende von Genossen in ihrer Opferfreudigkeit nicht erlahmen, dann werden wir trotzdem frohen Mutes der Zukunft entgegengehen. (Bravol!)

Ueber die Finanzgebarung der Wahlkreisorganisationen sind uns 374 Berichte zugegangen. Dies Material haben wir statistisch bearbeitet. Die Tabellen geben auch einen sehr interessanten Einblick in die Finanzwirtschaft der Gesamtpartei. Wir haben sie dem schriftlichen Bericht nicht beigefügt, weil sowieso schon über die Länge des Berichts geklagt wird. Das Material ist aber auch nicht nach einheitlichen Grundsätzen gegeben und läßt sich daher nicht ganz einwandfrei statistisch bearbeiten. In bezug auf die einheitliche Gestaltung unseres Verwaltungsmaterials macht sich eine Entwicklung zum Besseren bemerkbar. Noch vor wenigen Jahren hatte fast jede Wahlkreisorganisation eine andere Art der Verwaltung. Heute hat bereits die größte Zahl unserer Bezirksorganisationen einheitliches Verwaltungsmaterial. Dreißig Bezirke haben einheitliches Verwaltungsmaterial für ihre Organisationen, und eine weitere Anzahl von Bezirken ist dabei, diese Einrichtung durchzuführen. In mehreren Bezirken allerdings ist davon noch nichts zu spüren, und gerade in diesen Bezirken hapert es noch sehr mit der Berichterstattung. Ich will diese Bezirke hier nicht rügen, möchte aber doch dringend bitten, daß sie endlich Maßnahmen treffen, um eine einheitliche Verwaltung durchzuführen. Wo das geschehen ist — ich darf da besonders auf Bayern hinweisen — hat man mit dieser Einrichtung die besten Erfahrungen gemacht. Wenn wir erst in allen Bezirken einheitliche Verwaltungen haben, dann können wir auch zu einer einheitlichen Regelung für das ganze Reich kommen, und erst dann sind die Unterlagen gegeben für eine einheitliche spezialisierte Statistik über die Finanzgebarung der gesamten Parteiorganisation.

Die Gesamteinnahmen der erwähnten 374 Wahlkreisorganisationen betragen im letzten Jahre 3 732 757 Mk., darunter befinden sich Einnahmen aus Beiträgen von männlichen Mitgliedern 2 311 067, von weiblichen Mitgliedern 161 825 Mk., Zuschüsse von Bezirks- und Landesorganisationen 46 055 Mk. Die gesamten Ausgaben dieser Wahlkreisorganisationen beliefen sich auf 2 978 781 Mk., und zwar für Gemeindevahlen 65 792, für Landtagswahlen 14 772, für Reichstagswahl 32 597, für allgemeine Agitation und Bildungszwecke 737 593, für Straf- und Prozeßkosten 42 930, Beiträge an die Bezirks- und Landesstellen 398 306 Mk., sachliche und persönliche Verwaltungskosten 390 906 Mk. Am Schluß des Jahres hatten diese 374 Kreise einen Gesamtvermögenbestand von 733 976 Mk. Berechnet man an der Hand der Berichte der Wahlkreise und der Zentralkasse die Einnahmen und Ausgaben der gesamten Parteiorganisation, so ergibt sich im letzten Jahre eine Einnahme von 4 468 605 Mk. und eine Ausgabe von 3 895 960 Mk.

Einige Worte über den Stand der Parteipresse. Nach den Berichten unserer Parteiblätter, einschließlich der „Gazetta Robotnicza“, der Wochenblätter für Bayern und Danzig und der „Gleichheit“, hatten wir am 30. Juli 1911 einen Abonnentenstand von 1 806 465. Wegen das vergangene Jahr ist das eine Zunahme von 146 449 Abonnenten der Parteipresse. Die Einnahmen aus Abonnements sind im letzten Jahre um 875 465 Mk. gestiegen, die Einnahmen aus Inseraten um 873 048 Mk. Es ist interessant, kurz auf den Entwicklungsgang der Parteipresse hinzuweisen. Im Jahre 1890 hatten wir 254 000 Abonnenten, 1899 waren es 400 000, 1906 schon 837 790, 1909 waren es 1 041 488, 1910 waren es 1 160 016 und 1911 sind es 1 806 465. Die Einnahmen aus Abonnements betrugen 1910 6 965 253 Mk., 1911 7 840 718 Mk. Die Einnahmen aus Inseraten betrugen 1910 4 980 254 Mk., 1911 5 853 302 Mk. Wir haben also neben den gewaltigen Fortschritten in der Parteiorganisation auch eine geradezu glänzende Entwicklung unserer Parteipresse in den letzten Jahren zu verzeichnen. Ich glaube, daß den an der Parteipresse tätigen Genossen und nicht zuletzt den Tausenden von Parteigenossen, die im Dienste unserer Parteiorganisation Tag für Tag unter erheblichen Opfern die Kleinarbeit für die Partei leisten, der besondere Dank und die Anerkennung der Partei ausgesprochen werden muß. (Beifall.) Bei den letzten Reichstagswahlen hatten wir einen Abonnentenzuwachs von 211 000 zu verzeichnen. Wenn überall bei den kommenden Kämpfen unsere Parteigenossen die Wahlbewegung mit einer systematischen und energischen Propaganda für unsere Parteipresse verknüpfen, dann werden wir im nächsten Jahre nicht nur 1½ Millionen Abonnenten erreichen, sondern kräftig auf die zweite Million losmarschieren. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission

erstattet

Kaden: Genossen und Genossinnen! Die Kontrollkommission hat einem seit Jahren geübten Gewohnheit gemäß, der in den früheren Organisationsverhältnissen begründet war, in den letzten Jahren noch mit dem Parteivorstand zusammen eine mitleidende Tätigkeit ausgeübt und über alle wichtigen politischen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinsam mit dem Parteivorstand beraten und Beschluß gefaßt. Sie bildete gewissermaßen mit dem Parteivorstand die Parteileitung. Diese Tätigkeit der Kontrollkommission ging über die ihr durch das Organisationsstatut zugewiesenen Befugnisse hinaus. Einige Vorkommnisse gaben der Kontrollkommission daher die Veranlassung, mit dem Parteivorstand über die Grenzen der gegenseitigen Rechte und Pflichten zu beraten, um für die Zukunft darüber Klarheit zu schaffen. In dieser gemeinsamen Beratung wurde Einverständnis darüber herbeigeführt, daß es bei dem derzeitigen Umfang der Verwaltungstätigkeit des Parteivorstandes für das gegenseitige Verhältnis förderlicher wäre, wenn die Kontrollkommission von jeder mitleidenden Tätigkeit absehe und sich darauf beschränke, lediglich ihre in den §§ 14, 15 und 20 des Organisationsstatuts niedergelegten Rechte und Pflichten auszuüben. Danach hat die Kontrollkommission lediglich die Tätigkeit des Parteivorstandes zu kontrollieren und als Berufungsinstitut für Beschwerden über den Parteivorstand zu fungieren sowie die in §§ 14 und 15 des Organisationsstatuts übertragenen Wahlen zu vollziehen. Innerhalb dieser Grenzen hat die Kontrollkommission im Berichtsjahre ihre Tätigkeit ausgeübt.

Eine für das Zusammenwirken der Kontrollkommission und des Parteivorstandes förderliche Einrichtung wurde damit geschaffen, daß bei dem vierteljährlichen Zusammenkommen der Kontrollkommission in einer gemeinsamen Sitzung der Parteivorstand zur Orientierung der Mitglieder der Kontrollkommission und um deren Tätigkeit zu vereinfachen, über alle wichtigeren Vorgänge im verfloffenen Vierteljahr Bericht erstattet.

Weiter hielt es die Kontrollkommission für notwendig, zur zweckmäßigeren Erfüllung ihrer Aufgaben auf allen wichtigeren vom Parteivorstand veranstalteten Konferenzen sich durch eins ihrer Mitglieder vertreten zu lassen.

Durch den Tod unseres unvergeßlichen Paul Singer mußte die Kontrollkommission zu einer Ersatzwahl für den Parteivorstand zusammentreten.

Nach eingehender Erörterung kam die Kontrollkommission in Rücksicht darauf, daß der nächste Parteitag voraussichtlich früher tagen würde, zu dem Beschluß, von dem nach § 15 des Organisationsstatuts ihr zustehenden Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen, die Wahl vielmehr dem nächsten Parteitag vorzubehalten.

Beschwerden über den Parteivorstand lagen der Kontrollkommission nicht vor.

Die Revisions-tätigkeit der Kontrollkommission nimmt einen immer größeren Umfang an. Durch das stetige sehr erfreuliche Wachsen der Partei und der dadurch notwendig werdenden Einrichtungen, die Parteischule, Partei-Correspondenz, Pressebureau, Bildungsausschuß und ähnliches mehr, haben die Kassengeschäfte eine große Ausdehnung erfahren. Außer diesen mit der Verwaltungstätigkeit des Parteivorstandes enger zusammenhängenden Kassengeschäften hatte die Kontrollkommission auch noch die Bücher der naturgemäß sich auch immer weiter ausdehnenden Parteibetriebe wie Buchhandlung Vorwärts, „Kommunale Praxis“ usw. zu revidieren. In Ausübung dieser umfangreichen Revisions-tätigkeit wurde im Laufe des Jahres mit dem Parteivorstand auch eine Vereinbarung getroffen, die eine größere Vereinheitlichung und Vereinfachung der Kassenerführung herbeiführen soll. Wegen des von Ebert erwähnten, unter der Bezeichnung „Juliussturm“ geführten Fonds kann ich namens der Kontrollkommission bestätigen, daß wir bei der letzten Revision festgestellt haben, daß der Bestand des Fonds in Höhe von nominal 50 000 Mark dem allgemeinen Parteivermögen zugeführt worden ist.

Bei den Revisionen hat sich zu Beanstandungen kein Anlaß gefunden, es muß vielmehr hervorgehoben werden, daß die Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung wie auch in allen Betrieben in musterhafter Ordnung befunden wurde. Wir beantragen daher, dem Parteivorstand Decharge zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Wir kämen jetzt zur Diskussion, und zwar gemeinschaftlich über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, den Bericht der Kontrollkommission und die Anträge, die zur Agitation und Organisation gestellt werden.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 10 und 17. Der Antrag 13 wird zurückgezogen. Von den nachträglich eingegangenen und sonstigen Anträgen werden mit zur Diskussion gestellt 55, 63, 64 und 66.

Darauf werden die Verhandlungen um 1 Uhr auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Nachmittags-sitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung kurz nach 3 Uhr.

Leber teilt mit, daß die thüringischen Wahlkreise während der Parteitagswache eine ganze Anzahl von Versammlungen veranstalten und bittet die Parteitagsglieder und vor allem die Reichstagsabgeordneten, sich als Redner zur Verfügung zu stellen.

Dann wird in die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes und die dazu vorliegenden Anträge eingetreten. Auf die Marokkofrage soll sachlich nicht eingegangen werden. Dieses Thema soll erst nach dem Referat Welbers verhandelt werden.

Rosa Luxemburg: Sie werden alle die kleine Schrift des Parteivorstandes erhalten haben, die sich speziell gegen meine Person richtet. Diese Schrift enthält eine Reihe scharfster Angriffe. Sie werden mir zugeben, daß die Verbreitung dieser Schrift von der höchsten Parteibehörde aus ein etwas ungewöhnliches Vorgehen ist. Ich schließe daraus auf eine ungewöhnliche Geistesverfassung unserer Parteibäter. (Chorus!) Ich finde eine Befätigung dieser ungewöhnlichen Geistesverfassung in dem Inhalt der Schrift selbst. Denn das erste, was nach einer aufmerksamen Lektüre dieser Schrift in die Augen springt, ist, daß meine Ankläger sich in der Eile des Gesichts nicht einmal Zeit und Mühe genommen haben, das in Frage stehende Objekt, das corqus delicti durchzulesen. Wenn Sie den Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ durchgelesen hätten, so könnten Sie unmöglich alle die Angriffe erheben, wie Sie es getan haben. Ich werde sie der Reihe nach Punkt für Punkt widerlegen. Der erste Wortwurf, der mir gemacht wird, ist der: „Weiter ließ sich die Genossin Luxemburg auch eine grobe Irreführung der Genossen zuschulden kommen, als sie den Brief des Genossen Mollenbuhr mit Weglassung des Anfangsatzes veröffentlichte und berichtete, der Brief enthalte offenbar die Meinung des Parteivorstandes.“ Es war also „eine grobe Irreführung“ von mir, daß ich der Partei den Anfangsatz des Briefes Mollenbuhrs untergeschlagen habe, worin klipp und klar gesagt wird, daß es sich nur um die Privatmeinung Mollenbuhrs handle und nicht um die Ansicht des Parteivorstandes. Sehen Sie nun nach, was in meinem Artikel „Um Marokko“ am 24. Juli in der „Leipziger Volkszeitung“ stand. Da hieß es: „Nur bei dem deutschen Parteivorstand die Anregung bezüglich der Marokkofrage keine Gegenliebe fand. Die Antwort wurde zwar nur von einem Mitgliede des Parteivorstandes als seine Privatmeinung mitgeteilt, doch haben sich offenbar die übrigen Mitglieder derselben angeschlossen, denn eine weitere Kundgebung von dieser Seite erfolgte nicht.“ Es ist also klipp und klar von mir gesagt worden, daß es sich nur um die Privatmeinung eines Vorstandsmitgliedes handelte, und die Behauptung des Parteivorstandes, ich hätte durch die Unterschlagung dieses Satzes mich einer groben Irreführung schuldig gemacht, ist eine Handlung, die ich vor lauter Verehrung vor unserer obersten Parteibehörde nicht näher bezeichnen will.

Zweite Tatsache: „Die Genossin Luxemburg unterschlug die Tatsache, daß auch der Genosse Wibel sich zu der Frage der Konferenz geäußert habe, und zwar, wie die gedruckten Briefe zeigen, die der Genossin Luxemburg bekannt waren, in zustimmendem Sinne.“ Also in zustimmendem Sinne zu dem Vorschlag, eine Sitzung des Internationalen Bureaus wegen der Marokkofrage abzuhalten. Wir haben die Anschuldigung gehört: ich „unterschlug“ die Tatsache, daß Genosse Wibel sich zu der Frage geäußert, und zwar in zustimmendem Sinne geäußert hat. Was steht nun in meinem Artikel? „Das deutsche Mitglied des Internationalen Bureaus erklärte gleichfalls zunächst die Konferenz für nicht empfehlenswert und die geplante Zusammenkunft unterließ aus diesem Grunde.“

Ich habe also die Tatsache angeführt, allerdings ohne den Namen des Genossen Wibel zu nennen, wie ich überhaupt keine Namen genannt habe. Ich habe also die Tatsache nicht nur nicht „unterschlagen“, sondern sie selbst ausdrücklich angeführt. Aber ich habe nicht angeführt, daß Wibel sich zustimmend geäußert hat. Wir wollen sehen, was Genosse Wibel selbst geschrieben hat. Es sind zwei Briefe von ihm vorhanden. In dem ersten heißt es: „Wie ich vernehme, soll in Wäbe eine Konferenz des Internationalen sozialistischen Bureaus in Sachen der Marokkoaffäre stattfinden. Ich beabsichtige, wenn irgend möglich, an der Konferenz teilzunehmen.“ Dieser Brief ist vom 10. Juli. Es

folgt aber dann am 12. Juli, also zwei Tage nach dem Briefe Mollenbuhrs, ein zweiter Brief, worin es heißt: „Werter Genosse, die Marokkoaffäre hat neuerdings einen Charakter angenommen, daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen sozialistischen Bureaus nicht empfehlenswert erscheint.“

Diese Erklärung soll jetzt, wie der Parteivorstand sagt, in zustimmendem Sinne aufgefaßt sein. Wenn mich meine Augen nicht trügen, so ist das ein ablehnender Sinn, aber ich wage nie, wenn der Parteivorstand etwas behauptet, es nicht zu glauben, da für mich als ein frommes Parteimitglied der alte Satz gilt: Wenn der Parteivorstand geredet hat: Credo quia absurdum — ich glaube, weil es absurd ist. (Geisterzeit.) Die dritte Behauptung ist, daß ich überhaupt den Brief des Genossen Mollenbuhr an das Internationale Bureau veröffentlicht habe. Damit hätte ich mich einer groben Indiskretion schuldig gemacht. (Webel: Diese Meinung hat auch das Internationale Bureau.) Nun, im Eingang des Briefes des Genossen Mollenbuhr, der in der uns vorgelegten Korrespondenz abgedruckt ist, steht folgender einleitender Satz: „Vorläufig will ich meine persönliche Ansicht mitteilen, die ich auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen habe.“ (Hörl hört!) Es war also eine so hoch sekretierte Sache, daß sie Mollenbuhr vor versammeltem Volke in Berlin erzählt hat. Es wird weiter in der Schrift des Parteivorstandes zur Begründung gesagt: „Sollen solche Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß führen, dann ist Diskretion Ehrensache für alle Beteiligten“ und „diese Korrespondenz unter den Mitgliedern des Internationalen sozialistischen Bureaus, die eine Verständigung bezweckte, war daher ihrer Natur nach streng vertraulich“. Man könnte meinen, ich hätte durch Veröffentlichung des Briefes von Mollenbuhr etwa die Veröffentlichung des Internationalen Bureaus, die zu einem gedeihlichen Ende führen sollte, verhindert. Die Korrespondenz mit dem Internationalen Bureau war abgeschlossen am 12. Juli, mein Artikel erschien am 24. Juli, reichlich 12 Tage später und die große Aktion war längst abgeschlossen und leider nicht zu einem gedeihlichen Ende geführt. Gerade deshalb ist es notwendig, auf die Frage einzugehen, war es denn nötig, sie zu diesem ungedeihlichen Ende zu führen oder hätte man ihr noch eine andere Wendung geben sollen? Ich bestreite überhaupt nicht nur die Tatsache, daß es irgendwie eine Indiskretion eines Parteimitgliedes ist, sich in der Offentlichkeit kritisch mit den Handlungen des Parteivorstandes im Interesse der Partei zu befassen in Fragen, die die Lebensinteressen der Gesamtpartei berühren, sondern ich gehe weiter und sage: Der Parteivorstand hat sich einer Unterlassung seiner Pflicht schuldig gemacht, da er nicht selbst an uns herantreten ist. Es war seine Pflicht, seine Korrespondenz zu veröffentlichen und der Kritik der Partei zu unterbreiten. Denn, ganz offen, es handelt sich doch nicht um Formalitäten, sondern um die große Frage, ob sich der Parteivorstand einer Unterlassungssünde schuldig gemacht hat oder nicht (Geisterzeit), ob er sich verspätet hat mit dem Auftrage, große Protestationen gegen den Imperialismus zu veranstalten oder nicht. Man sagt, ich hätte die Partei irre geführt, indem ich die Auffassung Mollenbuhrs als die Auffassung des Parteivorstandes ausgegeben hätte. Wenn die Auffassung Mollenbuhrs nicht die des Vorstandes war, ich nehme es nach der Erklärung an, dann frage ich, welche andere Auffassung hat Euch dazu geführt, daß Ihr nichts getan habt in der Zwischenzeit, wo etwas getan werden sollte? (Sehr richtig!) Rückt doch mit dem holden Geheimnis heraus, die vorgelegte Korrespondenz enthält nicht ein Wort einer anderen Erklärung. (Webel: Mit dieser Schrift haben wir gar keine Erklärung abgegeben.) Meine große Sünde ist also, daß ich eine vielleicht verbesserte, aber an sich denkbare Auffassung zur Erklärung herangezogen habe, aus der ich mir die Handlungen resp. Unterlassungen des Parteivorstandes be-

greiflich zu machen suchte. Der Parteivorstand fühlt sich verletzt und indigniert, er gibt aber nicht die geringste Erklärung ab, weshalb er nichts getan hat. Ueberhaupt der Natur nach schließt diese ganze Angelegenheit jeden Begriffs von Indiskretion aus. (Zustimmung und Widerspruch.) Der Parteivorstand ist nichts anderes als unser Beauftragter, er handelt für uns in unserem Namen, und wenn wir ihm sagen, er hat nicht das Nichtigste getan, dann steht es ihm nicht zu zu sagen: Das ist unsere diskrete Angelegenheit, nicht Euch nicht ein. Und war es denn so unwahrscheinlich anzunehmen, daß der Parteivorstand hier aus falschen Rücksichten auf die Reichstagswahlen sich von einer wirklichen Aktion hat zurückhalten lassen? Ist es das erstemal, daß wir eine solche Angelegenheit diskutieren? Ich bitte Sie, das Protokoll des Mainzer Parteitagcs nachzulesen. Damals standen wir mitten in der China-Krise, auch damals hatte der Parteivorstand nicht im richtigen Moment die richtige Aktion hervorgerufen. Ist es denn so unwahrscheinlich anzunehmen, daß er mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen auch diesmal die Aktion unterlassen hat? Hört man denn nicht seit Jahr und Tag auf Schritt und Tritt die Rücksicht auf die Reichstagswahlen als Grund für alles, was getan und unterlassen wird? Sogar der „Vorwärts“ hat sich genötigt gesehen, dem Parteivorstand einen kritischen Vorwurf daraus zu machen, daß er sich zu sehr von Rücksichten auf die Reichstagswahlen leiten läßt. Ich würde Ihnen gern das Zitat vorlesen, aber ich habe die Nummer des „Vorwärts“ nicht hier, ich habe sie mir einrahmen lassen. (Geisterzeit.) Wenn der Vorstand nicht zugeben will, daß er eine Unterlassungssünde begangen hat, so haben doch die folgenden Tatsachen bewiesen, wie angebracht die Kritik war. Nicht nur, daß unsere Protestation sich verspätet hat, sind wir auch in eine ganz schiefte Lage gegenüber der Internationale geraten. (Lebhafter Widerspruch von Bebel.) Zamaul, in Berlin haben wir gefeiert als Vertreter des französischen Proletariats Syndikalisten, mit denen wir politisch nichts zu tun haben, und in Paris haben wir zusammen mit den Syndikalisten protestiert, und wir haben durch unsere Ungehorsamkeit ausgeschaltet die berufenen Vertreter des Proletariats, mit denen wir fraternisieren sollten. Das läßt sich nicht bestreiten und ich muß mich wundern, daß der Parteivorstand, der ein so langes Sündenregister hat, hier mit Anklagen auftritt. (Lachen.) Eine Körperschaft, die so von Natur aus der Kritik ausgesetzt ist, sollte sich doch sehr hüten, ihren Kritikern den Vorwurf der Inkohärenz zu machen. Im Gegenteil. Ich, die ich unseren Parteivorstand ja kenne, bin sehr weit entfernt von irgend solchen falschen Auffassungen oder Mißdeutungen, aber unsere Gegner könnten vielleicht auf die Idee kommen, daß dieser ganze Donner und Bliz nur den Zweck hatte, abzulenken von den wirklichen Fragen, von der Frage, warum der Parteivorstand nicht auf der Höhe der Aufgaben war in der Aktion gegen den Imperialismus. . .

Vorsitzender Diez: Die Redezeit ist längst zu Ende, ich habe Ihnen reichlich Zeit gelassen.

Rosa Luxemburg (fortfahrend): Ja, ich verteidige mich doch gegen solche Vorwürfe, daß ich glaube, Sie mühten mir noch ein paar Minuten schenken. (Bebel: Dann müssen aber auch alle anderen dies Recht haben!) Nun, dann will ich schließen. Ich wollte sagen, daß in der ganzen Marokkoangelegenheit der Parteivorstand nicht der Ankläger ist, sondern er ist derjenige, der sich vor allem vor uns verantworten muß für seine Unterlassungssünden. (Sehr richtig!) In einer wie unangenehmen Situation er war, das beweist ja am besten der Bericht des Genossen Müller. In meinem Leben habe ich noch nicht ein Bild einer so rührenden Sinnlosigkeit gesehen. (Lachen. Bebel ruft: Na, na!) Deshalb nehme ich Eure Anschuldigungen nicht krumm, ich verzeihe

Euch und gebe Euch den väterlichen Rat (Webel: Dem mütterlichen Rat — große Geisterzeit): bessert Euch, (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Dr. Lensch: Ich bin in der seltenen Lage, mich zuerst gegen einen Vorwurf zu wehren, der gegen die „Leipziger Volkszeitung“ erhoben ist. Es handelt sich darum, daß die Kritik des bekannten Marokkoflugblattes hier von Müller und auch in der Parteipresse als eine Handlung bezeichnet ist, die die Aktion der Partei deswegen besonders geschädigt habe, weil sie „mitten in die Aktion“ gefallen sei. Dies Wort „mitten in die Aktion“ ist ohne Frage ein außerordentlich populäres Argument, aber wenn man es genauer prüft, so wird man zugeben, daß es speziell in dieser Situation vollständig in sich zusammenfällt.

Schon die Tatsache allein ist nicht zu bestreiten, daß dieser Artikel die Aktion der Partei gegen die Marokkokrise nicht geschädigt hat. Eine Woche nach diesem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ war ja die große Demonstration der Berliner Genossen, und wir sind alle einig, daß diese Aktion durch den Leitartikel in der „Leipziger Volkszeitung“ nicht gelitten hat. Auch hat ja der Parteivorstand in seinen Manifesten gegen die „Leipziger Volkszeitung“ und gegen die Genossin Luxemburg eine derartige Geringschätzung der Artikel, die in der Parteipresse erschienen, gezeitigt, daß er sagte: solange diese Sachen bloß in der Zeitung stehen, reagiere ich nicht darauf, aber als der Genosse Rosenfeld sie in der Versammlung erwähnte, war die Aktion so gefährdet, daß der Vorstand nunmehr während der Aktion darauf reagierte.

Was bedeutet überhaupt dieses Argument von der Kritik „während der Aktion“? Wir sind Sozialdemokraten, die immer in der Aktion sind, und wenn wir Kritik nur üben dürfen, wenn wir nicht in der Aktion stehen, dürfen wir überhaupt keine Kritik üben. Es ist auch nicht wahr, wie Genosse Müller es darstellte, als ob man in der ganzen Parteipresse nur einer Ansicht war über das Angehörige dieses Artikels. Ich könnte auf mehrere Parteiblätter verweisen, so in Erfurt, Halle, Elberfeld, deren Haltung dieser Behauptung widerspricht. Sollte es dahin kommen, daß wir während der Aktion die Kritik unterdrücken, dann Parteigenossen, sehen Sie sich politische Schlafmügen in die Redaktionen der Parteipresse. Wir stehen bekanntlich immer im Kampfe. Es ist das Vorrecht eines Stubengelehrten, aber nicht eines politischen Kämpfers, darauf zu verzichten, während der Aktion Kritik zu üben an der Aktion der Partei. Ich erinnere daran, daß man in den letzten 1½ Jahren gegen die Kritik am Parteivorstand und an der „Neuen Zeit“ immer wieder dasselbe Argument erhoben hat. Das geschah damals, als vor 1½ Jahren die Genossin Luxemburg über den Massenstreik polemisierte, und ebenso vor einem halben Jahre, bei der Kritik wegen der Abrüstungsfrage, hieß es: wir sind mitten in der Aktion. Muten Sie denn einem politischen Kämpfer zu, erst dann aufzustehen, wenn die anderen Leute sich schon zu Bette gelegt haben? Führt man dieses Argument logisch durch, daß man in der Aktion nicht kritisieren soll, so fällt überhaupt jede Kritik in sich zusammen. Wäre etwa am Sonntag oder am übernächsten Sonntag eine allgemeine Verbreitung des Flugblattes geplant gewesen, so hätte man vielleicht sagen können, das ist die Aktion, die wollen wir nicht stören. Dann hätte ich vielleicht mit mir reden lassen und gesagt, diese eine Woche wollen wir uns den Artikel noch verkneipen. (Geisterzeit.) Aber so steht es nicht. Es handelte sich um eine Stellungnahme des Parteivorstandes zur Politik des Imperialismus, und da war es selbstverständlich, daß der Parteipresse die Kritik freigegeben wurde.

Nun komme ich zu einem anderen Flugblatt in der Marokkoaffäre, dem Flugblatt, das hier verbreitet ist, und mit dem sich auch die Genossin Luxemburg schon beschäftigt hat, und wir müssen geteilt, dieses Marokkoflugblatt,

das den Vorzug genießt, vom Parteivorstand selber verfaßt zu sein, verrät keine glücklichere Hand als das erste. Ueber den Marokkoflugblättern des Parteivorstandes scheint ein ungünstiger Stern zu leuchten. Wenn man am Vormittag die Rede des Genossen Müller hörte, so hatte man die beruhigende Gewißheit, der Parteivorstand hat über die Marokkoaffäre „seine Akten in Ordnung“. Seine Akten in Ordnung zu haben, ist ja ein sehr beruhigendes Bewußtsein. Aber es wäre auch sehr schön, wenn man daneben auch die politische Initiative in Ordnung hätte, und das ist es, was der Parteivorstand, und nicht bloß in letzter Zeit, so außerordentlich vermessen läßt. Genosse Müller erklärte ja, der Vorstand ist sich keiner Schuld bewußt und gibt nicht zu, irgend etwas verfehlt zu haben. In diesem neuesten Marokkoflugblatt, wo die persönliche Verärgerung aus jeder Zeile dieses Flugblattes spricht, werden der Genossin Luxemburg die unehrerlichsten Vorwürfe gemacht, Vorwürfe von Unterschlagung und anderen Dingen, so daß man meinen könnte, es müßte gegen sie wegen ehrloser Handlungen vorgegangen werden. Ich bewundere in dieser Situation, wo schon nachgewiesen ist, daß die sachlichen Argumente des Flugblattes nicht zutreffen, wo bewiesen ist, daß die „Leipziger Volkszeitung“ nichts unterschlagen hat (P f a n n k u c h: Das Datum auch nicht!), auch nicht, daß es sich um eine Privatmeinung des Genossen Mollenhuth handelte, ich bewundere, sage ich, den Mut, mit dem das Flugblatt davon spricht, sie „unterschlug“ das und das, ihr Verfahren ist „loyal“, ein „geordnetes Parteileben würde unmöglich sein, wenn dieses Verfahren üblich werden würde“. Ich bewundere diesen Mut des Parteivorstandes um so mehr — das sage ich dem Parteivorstand nach Leipziger Tradition direkt ins Gesicht —, weil er sich sagen mußte, daß gerade diese Schlußfolgerungen sich auch gegen den Parteivorstand selbst wenden können. Wenn er einer Genossin Unterschlagung und ähnliche Dinge vorwirft, und er sich im selben Augenblicke selbst nachweisen lassen muß — ich will keine scharfen Worte gebrauchen —, wie leicht er sich diese Argumentation gemacht hat, dann beneide ich den Parteivorstand nicht um die Leistung, die er hinter sich hat. (Unruhe.) Ich sage, nicht als subjektiv gewolltes, aber als objektives Ergebnis dieses Marokkoflugblattes haben wir nichts weiter als den Versuch, diese ganze Marokkodebatte, diese ganze Szenerie, über die wir uns beim Geschäftsbericht des Vorstandes zu unterhalten haben, auf ein falsches Gleise zu schieben. Hier handelt es sich nicht darum, ob die Genossin Luxemburg taktlos gewesen ist, ob sie unterschlagen hat oder sonst was, hier handelt es sich überhaupt nicht um die Genossin Luxemburg, sondern nur um die Frage: Hat der Parteivorstand in der Marokkofrage seine Pflicht erfüllt oder nicht? Das ist die Frage, die wir uns nicht verdunkeln lassen wollen. Die deutsche Sozialdemokratische Partei hat einen Anspruch darauf, zu wissen, welche Anschauungen in der Frage der Weltpolitik im Parteivorstande herrschen, sie hat ein Recht darauf, zu wissen, aus welchen Gründen diese Marokkoaktion nicht vorgenommen worden ist. Und da sage ich ganz offen, daß diese Veröffentlichung des Mollenhuth'schen Briefes, die man der Genossin Luxemburg oder der „Leipziger Volkszeitung“ als Verbrechen auslegt, ein Verbrechen gewesen ist. Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im deutschen Parteivorstande betrieben wird. Die Anschauung Mollenhuth's, die in diesem Briefe zum Ausdruck kommt, geht dahin, immer wieder Wahrlichkeiten und nochmals Wahrlichkeiten vorzuschieben, und von diesem Standpunkt aus die ganze Marokkoaktion zu behandeln. Dem gegenüber sage ich: Die Partei hat ein Recht darauf, zu diesen Anschauungen Stellung nehmen zu können. Das ist kein Privatbrief, den Mollenhuth geschrieben hat. Als Mitglied des deutschen Parteivorstandes schreibt kein

Mensch Privatbriefe. (Widerspruch und Heiterkeit.) Gewiß! Die Vorstandsmitglieder sind neben ihrer politischen Tätigkeit als Vorstandsmitglieder auch Privatmenschen, aber in ihrer Stellung als Mitglieder des deutschen Parteivorstandes schreiben sie an auswärtige internationale Stellen keine Privatbriefe. (Weber: Das ist ja lächerlich, sie können doch für ihre Person Privatmeinungen äußern!) Die Kritik bricht jetzt über den deutschen Parteivorstand herein. Das ist ein Vorgang, der in der Parteinteresse notwendig ist. Wir wollen uns darüber klar sein, daß jahrelang Zurückhaltung geübt wurde und daß sich im Laufe der Jahre soviel angesammelt hat, daß wir uns jetzt einmal sagen müssen: Jetzt müssen wir diese Rückichten fahren lassen. (Beizeugte Zustimmung.)

Dittmann-Solingen: Die Frage, die von den beiden Vorrednern hier behandelt worden ist, ist eine der wichtigsten Fragen, die überhaupt den Parteitag beschäftigen können. Es ist letzten Endes die Frage der Aktionsfähigkeit unseres Parteivorstandes in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung. Und es ist daher auch die Frage, ob es auf die Dauer bei dem gegenwärtigen Zustande in bezug auf die Zusammenfassung des Parteivorstandes so bleiben kann oder nicht. Das leitet hinüber zur Frage der Reorganisation der Parteileitung, die in den letzten Wochen in der Presse und in den Versammlungen im Lande überall besprochen worden ist. Ich kann leider darauf nicht eingehen, weil ich persönlich genötigt bin, zu einer anderen Frage zu sprechen. Das Blatt, in dessen Redaktion ich beschäftigt bin, die „Bergische Arbeiterstimme“ in Solingen, gehört nämlich zu denjenigen Parteiblättern, denen die Ehre zuteil geworden ist, in dem berühmten gewordenen „Geheimerlaß“ des Vorstandes mit Namensnennung gerüffelt zu werden. Und da bin ich doch wohl genötigt, mich mit diesen Dingen hier etwas näher zu beschäftigen, damit mir nicht der Vorwurf gemacht werden kann, ich hätte darauf geschwiegen, weil ich die Rüge des Parteivorstandes für berechtigt gehalten hätte. Auch diese Frage steht insofern in einer gewissen Parallele mit der Frage, die von der Genossin Luxemburg und dem Genossen Lenich behandelt worden ist. Alle beide zeigten, daß unsere Parteileitung sich in einer gewissen Abhängigkeit von der Zentralleitung der Gewerkschaften befindet. (Sehr richtig!) Es ist durch diese beiden Redner bereits darauf hingewiesen worden, daß die Gewerkschaften in Berlin es gewesen sind, die die Initiative zur internationalen Friedenskundgebung in Berlin ergriffen, und daß der Parteivorstand dabei, sagen wir drastisch, das fünfte Rad am Wagen gewesen ist. Und in der Frage des Geheimzirkulars liegen die Dinge so, daß der Parteivorstand sich direkt von der Generalkommission hat schieben lassen. Der Ausbruch ist nicht zu kraft, ich werde den dokumentarischen Nachweis führen. Es kann mir nicht einfallen, auf den Scherl-Konflikt selbst einzugehen und auf die sonstigen dabei in Frage kommenden Details. Unser Blatt, die „Bergische Arbeiterstimme“, hat bis zur Veröffentlichung der Resolution der Gauvorsteher-Konferenz überhaupt keine besondere Stellung eingenommen, und wir wurden zur Stellungnahme erst durch folgenden Passus dieser Resolution veranlaßt: „Die Konferenz erblickt in der ungeschriebenen Art, in der einige sozialdemokratische Parteiorgane das Urteil des Pariser Komitees sowie die Stellungnahme des Verbandsvorstandes glossierten, einen neuen Beweis für die abfällige Beurteilung, deren sich die Ausbrücker seit Jahren von dieser Seite zu erfreuen haben. Sie bringt zum Ausdruck, daß eine solche Einmischung in interne Organisationsfragen nicht im Interesse der Arbeiterschaft liege und deshalb zurückgewiesen werden muß.“ In diesem Satze liegt nicht mehr und nicht weniger als das Verlangen, daß die Parteipresse sich überhaupt jeder Kritik an den Handlungen der leitenden Gewerks-

schäftsinstanzen zu enthalten habe. Und gegen ein derartiges Verlangen mußte die Parteipresse im Interesse ihrer Würde und im Interesse der Arbeiterklasse selbst Stellung nehmen. (Sehr richtig!) Es ist auch bezeichnend, daß die Klagen, die später in dem Geheimzirkular und auch in der Erklärung der Generalkommission gerügt worden sind, nach dieser Resolution der Gewerkschaften gefallen sind, nicht vorher. Trotzdem ist aber diese Klage an die Parteipresse bereits in der Resolution der Gewerkschaften enthalten gewesen. Der beste Beweis wohl, daß es sich nicht darum handelte, eine angeblich unsachliche Kritik zu treffen, sondern daß man jede Kritik der Parteipresse hat unterbinden wollen. (Sehr richtig!) Was war der Kern der Sache? Die „Holzarbeiterzeitung“, eines der angesehensten Gewerkschaftsorgane, hat in einer ihrer letzten Nummern geschrieben: „Wir wollen doch die Standpunkte nicht verwischen. Es ist uns nicht eingefallen, das Tarifamt deshalb zu tadeln, weil es bemüht war, dem Tarif Anerkennung zu verschaffen. Hätte das Tarifamt nach gewissenhafter Prüfung entschieden, daß die Arbeiter tariffrühdig geworden seien, dann hätten sie eben die Folgen ihrer Schuld zu tragen gehabt und es wäre schwerlich einem außerhalb des Verbandes Stehenden eingefallen, das Urteil zu kritisieren. Es ist ausschließlich jener Passus des Urteils, durch welchem der Unternehmer ermächtigt wurde, die Vertrauensmänner der Arbeiter zu maßregeln, der unsere Kritik herausfordert, und es bleibt uns noch heute unbegreiflich, wie geschulte Gewerkschaftler ein solches Vorgehen billigen können.“ Diese Bemerkung des Verbandsorgans der Holzarbeiter möchte ich den nach mir zum Worte gemeldeten Mitgliedern der Generalkommission Robert Schmidt und Legien zur ganz besonderen Beachtung empfehlen. (Sehr gut!) Das ist auch der Standpunkt, von dem aus die „Vergißliche Arbeiterstimme“ Kritik geübt hat. Nach dem Geheimverbot und dem Zirkular der Generalkommission mußte es scheinen, als ob die „Vergißliche Arbeiterstimme“ den deutschen Buchdruckerverband „eine gelbe Streikbrecherorganisation“ genannt hätte. Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ hat wochenlang Nummer für Nummer diese Behauptung aufgestellt und den Verbandsmitgliedern in sämtlichen Hüllen diese suggeriert. Seit langem bringt er Artikel gegen die „Vergißliche Arbeiterstimme“, gegen die „Freie Presse“ in Elberfeld, gegen die „Eisener Arbeiterzeitung“ usw. Wollte man alle diese Spalten ausschneiden und zusammenkleben, es gäbe einen papiernen Lindwurm von der Länge dieses Saales — lauter Schimpfartikel gegen die Partei, vollgepropt mit den saftigsten und knotigsten Ausdrücken, formale Beleidigungen, wie sie kein einziges Parteiblatt gegen eine Gewerkschaft überhaupt jemals gebraucht hat. (Zustimmung.) Die „Vergißliche Arbeiterstimme“ hat vier Punkte festgestellt, von denen ihre Kritik ausgeht: 1. die tarifwidrige Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, 2. die Maßregelung der Verbandsvertrauensmänner, 3. die Verfehlung der gewerkschaftlichen Solidarität und 4. die Aufforderung der Verbandsleiter zum Streikbruch. Von diesem Standpunkt sind, dem Sinne nach, auch die „Holzarbeiterzeitung“ und eine Reihe anderer Gewerkschaftsblätter ebenfalls ausgegangen. Die „Vergißliche Arbeiterstimme“ hat gesagt: „Wenn solche Handlungen, wie sie sich die leitenden Instanzen des Buchdruckerverbandes haben zuschulden kommen lassen, bisher von Girsch-Dunderschen, Christen, Gelben vorgekommen sind, so war die ganze Partei- und Gewerkschaftspresse einzig in der Verurteilung dieser Vorgänge“. Und in der Kritik, auf die es ankommt, da ist von uns gesagt: „Der Beschluß der Gewerkschaftskonferenz wird in der ganzen freiorganisierten Arbeiterklasse jedenfalls lebhaftes Befremden und stärkste Verurteilung hervorrufen. Die Sprache dieses Beschlusses atmet den Geist eines unerbittlichen Bureaukratenabsolutismus, der jede solidarische Handlung der

Mitglieder als Verbrechen brandmarkt und mit dem toten Buchstaben einen blinden Fetischkultus treibt. Das ist nicht die Sprache einer selbstbemühten freien und demokratisch verwalteten Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutztruppe des Unternehmertums stülft. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der Mitglieder des Buchdruckerverbandes diesen Beschluß billigt, so daß der Verband gerade in der Zeit der neuen Tarifrevision eine schwere innere Krise durchzumachen haben wird. Dank dem Unverstand seiner führenden Elemente.“ (Die Redezeit ist abgelaufen, sie wird aber durch Zuruf verlängert. Hebel ruft: Für alle!) Die Sprache der Gewerkschaftenresolution also, die Art, wie in ihr mit den Mitgliedern geredet wird, das hat die „Arbeiterstimme“ gekennzeichnet. Aus der Gewerkschaftenresolution klingt zweierlei heraus. Erstens eine Unterwürfigkeit nach der Unternehmerseite: „Zu Befehl, alleruntertänigster Diener, Herr Kommerzienrat Bügenstein“; und andererseits ein barisches und herrisches: „Duch dich, fuß!“ den eigenen Verbandsmitgliedern gegenüber. Diese Sprache ist das Empörende, das hat auch die Kritik der „Vergißlichen Arbeiterstimme“ herausgeholt. Man kann sagen, sie sei scharf, scharf, kraß, aber sie war trotzdem eine durchaus sachliche Stellungnahme. (Stimme des Vorsitzenden.) Die Zeit gestattet es mir nicht mehr, darauf einzugehen. Ich muß deshalb abbrechen, aber ich bitte Sie, das eine im Auge zu behalten: es kommt darauf an, daß nicht durch die leitenden Instanzen der Gewerkschaftsbewegung ein Druck ausgeübt wird auf die Parteipresse, die notwendige Kritik an der Arbeiterbewegung, auch die notwendige Kritik an der Gewerkschaftsbewegung zu unterbinden. (Lebhafter Beifall.)

Oskar Hoffmann - Elberfeld: Als Mitglied der Redaktion der „Freien Presse“ gehöre ich ja auch zu den Sündern, die die Polemik in einer Art geführt haben sollen, wie es unserer Sache nicht würdig sei. Man kann der „Freien Presse“ nicht den Vorwurf machen, daß sie jemals die gewerkschaftlichen Interessen verletzt hätte; in der sachlichsten Form hat sie die Interessen der Arbeiter, speziell auch des Buchdruckerverbandes stets wahrzunehmen gewußt. Hier aber handelt es sich um einen Ausnahmefall, um einen Konflikt, der die ganze Arbeiterbewegung interessiert, und wir haben in der sachlichsten Form dazu Stellung genommen. Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ dagegen hat in der gewöhnlichen Weise wochen- und monatelang gegen die „Freie Presse“ und die Arbeiterpresse überhaupt Front gemacht. Es steht der Generalkommission nicht besonders schön an, in dieser Weise Kritik zu üben, zumal da Legien auf dem Dresdener Gewerkschaftskongress selbst erklärt hat, daß man mit Seide keinen groben Saß näht. Es ist bezeichnend, daß man mit Rücksicht auf die politische Situation sachliche Kritik nicht mehr dulden will. Wundern muß man sich, daß der Parteivorstand jetzt erst zu einer solchen Maßnahme, wie es das Geheimzirkular darstellt, greift, wo doch der „Korrespondent“ seit vierzehn Jahren in der schärfsten Weise gegen die Arbeiterpresse polemisiert, in einer Weise, die manchmal unter jeder Kritik ist. Gerade in diesem Fall kann man die Rolle des Parteivorstandes nicht schön nennen. Die Generalkommission fühlt sich da in einer weit besseren Rolle, sie sucht die Interessen ihrer Beamten in jeder Form zu vertreten, aber der Parteivorstand desabonniert seine Parteipresse. Man kann doch nicht sagen, daß die Kritik nicht sachlich war. Selbst der „Korrespondent“ sagt, daß die andere Parteipresse, die sich nicht so ausgedrückt habe, wie die „Vergißliche Arbeiterstimme“, die „Freie Presse“ usw., noch weit gefährlicher für den Buchdruckerverband sei. Da muß der Parteivorstand eine andere Sprache reden und von der Generalkommission her

langen, daß die Gewerkschaftsblätter das auch beachten. Wenn man weiter sieht, daß Döbblin in den „Monatsheften“ erklärt, die Gewerkschaftsbewegung müsse daher dringend fordern, daß beratungsfähige Presborengane den Gewerkschaften die Wahrung ihrer Aufgaben nicht erschweren, so haben wir das von der Gewerkschaftspresse noch viel mehr zu verlangen. Vor allen Dingen müssen wir die Unabhängigkeit der Parteipresse in jeder Beziehung verlangen.

Lebebour - Berlin: Ueber die letzten Fragen, die meine beiden Vorredner erörtert haben, will ich nur einige Worte sagen. Der Kern der berechtigten Beschwerden der Parteipresse — nicht des Parteivorstandes —, sondern der Parteipresse gegen den Vorstand, ist, daß er dieser Rüge seine Zustimmung gegeben hat, durch die nicht bloß der schlechte Ton der Parteipresse gerügt, sondern überhaupt die Kritik an der Gewerkschaftsbewegung unterbunden werden soll. (Zustimmung und Widerspruch.) Es ist darin ausdrücklich gesagt, daß die „Offener Volkszeitung“ allerdings vorsichtig genug gewesen sei, im Ton nicht zu verstoßen, daß sie aber dem Sinne nach verletzende Kritik geübt habe, und das sei nicht zulässig. Es ist nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht der Parteipresse, an allen Dingen öffentlich Kritik zu üben, die die Arbeiterbewegung berühren, und auch an Vorgängen, wo so gegen den Geist der Solidarität des Proletariats gesündigt ist, wie in der Angelegenheit der Buchdrucker. Nun zu der berechtigten Anklage gegen den Parteivorstand wegen seines Verhaltens in der Marokkoangelegenheit. Es hat sich hier niemand zu verteidigen außer dem Parteivorstand. Man hat der Genossin Luxemburg — ich habe das ja prophezeit — einen Strich aus der Veröffentlichung des Briefes zu drehen gesucht, man hat auch die wirklich unverantwortliche Uebereilung ausgenutzt, die sie mit der Kritik des Flugblattes geübt hat. Alles das wird jetzt benutzt, um den Kern der Frage zu vertuschen. Genossin Luxemburg hat mit mir sehr häufig in Konflikten gestanden, und wie ich die Genossin Luxemburg kenne, und wie ich mich kenne (Geiterkeit), werden wir im Laufe unseres hoffentlich noch recht langen Wirkens für die Partei noch öfter in Konflikt geraten. Aber das hält mich doch nicht ab, ausdrücklich zu erklären, daß, wenn es überhaupt jetzt in Deutschland zu großen Aktionen, zu großen Demonstrationen gegen den Krieg und die Kriegsheher gekommen ist, nicht Müller, der hier den Glorienzchein auf sich und seine Genossen herabzuwinden sucht, das Hauptverdienst daran hat, sondern die Genossin Luxemburg durch ihre Kritik. (Zustimmung, Widerspruch.) Wenn die Kritik nicht gekommen wäre, Genossen vom Parteivorstand, Sie sähen heute noch vergnügt da und hätten den Finger nicht gerührt (Geiterkeit bei den Mitgliedern des Parteivorstandes), ebenso vergnügt, wie Sie jetzt dasitzen. (Erneute Geiterkeit bei den Mitgliedern des Parteivorstandes. —) Scholich - Breslau ruft: Lebebour wird es besser machen!) Weil ich weiß, daß man diese verwickelten Fragen hier nicht gründlich und vollständig erörtern kann, habe ich sie vorher im „Volksblatt für Halle“ schriftlich niedergelegt.

Das Anklageflugblatt, das jetzt vom Parteivorstand gegen die Genossin Luxemburg veröffentlicht ist, das würde, wenn die Genossin Luxemburg nicht selbst den Brief vorher veröffentlicht hätte, die schwerste Selbstbegünstigung des Parteivorstandes sein. Was würde denn dabei herausgekommen sein, wenn, ohne daß eine Aktion nachträglich erfolgte, diese Geschichte in die Öffentlichkeit gekommen wäre. Die Hauptsache ist: was von der Genossin Luxemburg publiziert wurde, folgte erst nach der vorherigen Veröffentlichung der grabierendsten Tatsachen. Ich habe in dem Halleischen „Volksblatt“ die dokumentarischen Beweise dafür erbracht. Syndman hatte schon im Frühjahr die schwersten Anklagen gegen den deutschen Parteivorstand er-

hoben, daß er nichts getan hat. (Zuruf vom Parteivorstand: Das stimmt nicht!) Ich habe auch nicht behauptet, daß Syndman recht hat. (Weber: Wozu dann die Anklage?) Aber der Parteivorstand mußte aus dem Vorgehen von Syndman, aus seiner Anklage, daß der Parteivorstand auf die Anregungen nicht eingegangen sei, wie das im Auslande aufgefaßt und ausgenutzt wurde, und trotzdem ist er auf die abermalige Anregung nicht eingegangen, und der Vorsitzende der Federation in England hat dann auch wieder die Anklage gegen die deutsche Partei erhoben, daß sie die Aktion durchkreuzt hat, obwohl Frankreich, Spanien, England ihr mit Freuden zugestimmt haben. Sie sagen „vorläufig“. Im Moment der Kriegsgesfahr, wenn es sich um eine Aktion für den internationalen Frieden handelt, ist die Aktion sofort geboten. Da heißt es: jetzt oder nie. Das beweist uns ja auch, wie nachteilig die Ablehnung im Auslande gewirkt hat. Bei solchen Gelegenheiten gilt das Wort: der andere hört vor allem nur das Nein. Das Nein hat das Ausland herausgehört, und das hat demprimierend gewirkt und das Ansehen der deutschen Partei im Auslande geschädigt. Wie damals Syndman, wie ich gern glaube fälschlich, die Anklage gegen die deutsche Partei erhoben hat, so hat diesmal Macdonald, der Führer der Labour Party, ausdrücklich erklärt, als ihm seine nationalisistische Erklärung im Parlament zum Vorwurf gemacht wurde: Die deutsche Partei tut ja nichts gegen den Krieg. Durch Ihr Nichtstun haben Sie im Auslande diesen Glauben erweckt, der nur ausgebreitet werden kann dadurch, daß wirklich energisch vorgegangen wird. Nur dann kann der Anschein zerstört werden, daß die deutsche Partei entweder nicht wolle oder nicht wage, diejenigen internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, die ihr aus ihrer Stärke erwachsen in dem Kampfe gegen die internationalen Unterdrücker. Eines der größten Probleme, deren Lösung der internationalen Sozialdemokratie noch harzt, ist die Frage, wie soll einem Kriege begegnet werden. Darüber, denke ich, sollte jeder Parteigenosse klar sein, daß es mit dem Handaufheben in einer Demonstrationsversammlung, und wenn es 200 000 Hände sind, mit Sympathie Kundgebungen nicht getan ist. Die Frage ist zu erörtern, was zu geschehen hat. Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen. (Teilweise Geiterkeit.) Wir können nicht sagen, wir werden einen Generalkstreik machen. Noch viel weniger aber können wir sagen, wir werden keinen Generalkstreik machen. Aber wir müssen unter allen Umständen mit den Parteigenossen der fremden Länder uns verständigen. Das hätte längst eingeleitet werden müssen. Denn eine Aktion kann nicht von einem Lande allein ausgeführt werden, sondern nur von den Proletariern aller Länder muß gleichzeitig eine überwältigende Aktion ausgeführt werden, und bei der jetzigen Zerfahrenheit der Anschauungen der Sozialdemokraten der verschiedenen Länder ist die Einleitung einer solchen Aktion eben die Aufgabe vertraulicher Besprechungen unter den leitenden Genossen, Besprechungen, die sich vielleicht monatelang hinziehen werden, in denen alle Chancen der Entwicklung in den einzelnen Ländern zu erörtern sind. Als diese Aufgabe an den deutschen Parteivorstand herantrat, hat er sie leider nicht erkannt, sie nicht aufgenommen; er hat in dieser großen Situation versagt. Diese Situation kann jeden Augenblick wiederkehren, und deshalb ist es unsere Aufgabe, den Vorstand vorwärts zu treiben, um diese gegenwärtig größte und wichtigste Aufgabe des kämpfenden revolutionären Proletariats zu erfüllen. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

Düwell-Berlin: Genosse Lebebour schloß mit der Aufforderung an die Parteigenossen, den Parteivorstand vorwärts zu treiben. Ich habe Anträge zu vertreten, die die Aktionskraft des Parteivorstandes stärken sollen. In seinem Bericht hat er bereits anerkannt, daß auch er eine solche Verstärkung

für notwendig halte. Die Antragsteller wollen allerdings weiter gehen, als Genosse Müller glaubte zugehen zu sollen. Die Anträge sind aus der Erkenntnis erwachsen, daß mit der Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die Anforderungen an den Parteivorstand außerordentlich wachsen. Der erste Wahlkreis hat in seinem Antrag keine bestimmte Zahl genannt, weil man noch nicht weiß, ob die leitende Stelle, die durch den Tod des Genossen Singer frei geworden ist, in Zukunft amtlich oder ehrenamtlich besetzt werden wird. Der Antrag des Kreises Nieder-Barnim fordert die Anstellung von drei neuen Sekretären. Auch hier ist das Motiv gewesen, den Parteivorstand zu ergänzen, und die Kräfte der vorhandenen Personen nach Möglichkeit zu schonen. Wir stehen vor einem Wahlkampf, bei dem die Klassengegensätze wie noch niemals aufeinanderprallen werden. Bei diesem Kampf hat der Parteivorstand große Aufgaben zu erfüllen, und mit der Wendigung des Kampfes hören die erweiterten Aufgaben nicht auf. Die Interessengegensätze, die bei dem Wahlkampf diesmal eine noch nie dagewesene Rolle spielen werden, werden auch nach dem Wahlkampf in einem Ansturm auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in die Erscheinung treten, und da sind an den Parteivorstand ganz außerordentliche Anforderungen zu stellen. Wenn man die Anträge rückschauend begründet, so muß man sagen, die Parteigenossen haben das Gefühl, daß, wenn der Vorstand in einer stärkeren Kopfgahl vorhanden gewesen wäre, vielleicht manche Differenzen, die im Laufe der Zeit erwachsen sind, nicht möglich gewesen wären; der Parteivorstand hätte dann ein wachsameres Auge auf die sich entwickelnden Differenzen und Meinungsverschiedenheiten haben und sie sicher oft schon im Keime erlösen können. Auch hat man hier und da das Gefühl gehabt, daß bei Bezirks tagen und sonstigen Veranstaltungen der Mangel an Personen im Parteivorstand die erforderliche Vertretung nicht erlaubt hat. Im Antrag 15 kommt zum Ausdruck, daß der Parteivorstand auch organisatorisch und politisch mit allen Parteinstanzen einen viel engeren Kontakt unterhalten soll. Schließlich kommt noch hinzu, daß der Kreis der Aufgaben des Parteivorstandes in Zukunft ein viel viel größerer werden wird. Nicht nur die Gegner werden stärker, auch unsere eigenen Reihen mehren und stärken sich. Auch unsere Parteipresse wird umfangreicher und stärker. Der Parteivorstand hat die Pflicht der Lieberwahrung der Parteipresse in ihrer taktischen und prinzipiellen Haltung. Um diese Pflicht ausüben zu können, wären vielleicht ein oder zwei Personen nötig, die nichts anderes zu tun hätten, als sich dieser Aufgabe zu widmen, indem der eine Genosse die Haltung der Parteipresse, der andere ihre geschäftlichen Verhältnisse in seine Obhut zu nehmen hätte. Wenn das alles gemacht werden soll, dann ist zweifellos eine erhebliche Verstärkung des Parteivorstandes nötig. Wenn Müller bemerkte, der Parteivorstand würde auch zwei Sekretäre akzeptieren. (Webel: Er muß annehmen, was beschlossen wird!) Nun, ich glaube, er würde es nicht unangenehm empfinden, wenn drei beschlossen würden. (Zuruf vom Parteivorstand: Warum nicht sechs?) Wenn der Parteivorstand es begründet, wird der Parteitag wohl auch sechs Sekretäre nicht ablehnen. Wir sind noch bescheiden und begnügen uns mit dreien. Bei dem Wachstum unserer Truppen müssen wir auch Generale haben, und deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie den Anträgen zu.

Webel: Ich werde nur auf einen Teil der gegen den Vorstand gerichteten Angriffe eingehen und zwar auf den rein politischen Teil. Das andere werden meine Kollegen im Vorstande, bzw. die Berichterstatter, erledigen. Ich habe mich zunächst mit der Sache Lugemburg zu befassen. Sie äußerte: es sei ein ganz ungewöhnliches Vorgehen, daß der Parteivorstand gegen sie beliebt habe. Das Vorgehen ist allerdings insofern ungewöhnlich, als vorher das Vorgehen

der Genossin Lugemburg sehr ungewöhnlich war. (Beifall.) Sie hat unser Vorgehen provoziert. Sie hat aus Verhandlungen, die entschieden vertraulicher Natur waren, sich erlaubt, bruchstückweise Veröffentlichungen zu machen, die alle Beteiligten als Indiskretion empfinden mußten. Und sie hat das in einer Weise getan, die mit der Wahrheit im Widerspruch steht. (Lebhaftes Hört, hört!) In der Konferenz, die ich am 30. Juli mit dem Sekretär des Internationalen Bureaus hatte, wobei auch diese Angelegenheit erörtert wurde, hat er mir gesagt, sie wären übereingekommen, künftig der Genossin Lugemburg als Mitglied des Internationalen Bureaus überhaupt keine Informationen mehr zu geben. (Beifall und Hört, hört!) Denn das sei nicht die erste Indiskretion gewesen. (Lebhaftes Hört, hört!) Ich habe darauf geantwortet: Nun Sie das nicht, darüber zu verhandeln ist Sache des Internationalen Bureaus. Nun hat die Genossin Lugemburg behauptet, sie habe sich eine unrichtige Darstellung der Dinge nicht zuschulden kommen lassen. Sie hat die Sache so dargestellt, als wenn sie in durchaus loyalen und korrekter Weise verfahren sei. Sie habe nur ausgeführt, daß wahrscheinlich die übrigen Vorstandsmitglieder sich der Ansicht Molkenbuhrs angeschlossen hätten. Das ist eine Vermutung, für die sie nichts als ihre eigene Meinung hat. Sie hat in dem Briefe Molkenbuhrs den ersten Satz weggelassen, in dem es heißt: „In einer Vorstandssitzung habe ich Ihren wertvollen Brief noch nicht vorlegen können.“ Trotzdem erweist sie in ihrem ganzen Artikel die Meinung, daß der Vorstand die Ansicht Molkenbuhrs teile. Sie schreibt klipp und klar: „Endlich kommt in der Stellungnahme des Parteivorstandes eine allgemeine Auffassung über den Wahlkampf zum Ausdruck, die uns nicht einwandfrei erscheint.“ Die Ansicht Molkenbuhrs wird also ohne weiteres als die des Parteivorstandes hingestellt. Wenn das nicht eine Verdrehung ist, dann gibt es überhaupt keine Verdrehungen. (Lebhafte Beifall.) Die Parteipresse, die natürlich nicht informiert war, hat dann zum Teil in daselbe Horn geblasen und Beschuldigungen gegen den Vorstand erhoben, die nicht berechtigt waren. Die Genossin Lugemburg hat weiter behauptet, daß Molkenbuhr und der Vorstand die Konferenz glatt abgelehnt haben. Sie konnte diese Behauptung nur aufstellen, weil sie den Schlusssatz unterschlagen hat. Sie druckt den ganzen Brief ab, läßt aber den ersten Satz und den Schlusssatz weg, in dem gesagt wird, daß wir vorläufig mit der Besprechung warten könnten. (Lebhaftes Hört, hört!) Molkenbuhr war also mit einer Besprechung im Internationalen Bureau einverstanden, er sagte nur: vorläufig könnten wir warten. Das ist der Schluß des Briefes. Da appelliere ich nun an den ganzen Parteitag, da appelliere ich an die ganze Partei und frage: hat die Genossin Lugemburg damit nicht eine ganz falsche Darstellung von der Sache gegeben? (Stürmische Zustimmung, Rufe: Es ist eine Niedertracht!) Sie hat die Haltung des Parteivorstandes vollständig falsch dargestellt. Sie hat nicht allein den Brief Molkenbuhrs mißhandelt, sie hat auch meine Auslassungen mißhandelt. Sie kommt darauf zu sprechen, daß ich am 10. Juli mitteilte, daß ich der geplanten Marokkofonferenz beiwohnen wollte. Sie behauptet dann, zwei Tage später hätte ich abgelehnt. Das ist einfach nicht wahr! (Hört, hört!) Ich habe vielmehr erklärt und zwar am 12. Juli, daß die Marokkofrage neuerdings einen Charakter angenommen habe, so daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen Bureaus nicht empfehlenswert erscheine. Ich erklärte, wir wollten einstweilen mit der Einberufung warten und unser Pulver nicht zu frühzeitig verschießen. Daraus macht die Genossin Lugemburg eine glatte Ablehnung. Das ist ein ungewöhnliches Verfahren. Sie hat auch wieder vollständig unterschlagen und verschwiegen, daß ich mit Huhsmans zusammengekommen bin und darauf hingewiesen habe, daß er wohl selbst die inzwischen eingetretene Verschärfung des

Marokkofonfliktes nach der Rede Lloyd Georges erkannt habe. Er solle die Gelegenheit scharf im Auge behalten und, sobald sich die Notwendigkeit einer Einberufung des Internationalen Bureaus ergebe, nicht nur die Mitglieder der zunächst interessierten Staaten einberufen, sondern das ganze Bureau. (Hört, hört!) Denn die Frage sei eine internationale, und ein daraus entstehender Krieg würde jedenfalls ein Weltkrieg werden. Hier geht also die deutsche Vertretung allein weiter als alle anderen Vertreter, die in der Frage der Konferenz das Wort nehmen. Was verlangten die Franzosen und die Engländer? Nur eine Zusammenkunft zwischen Frankreich und Spanien, dann nachher eine Zusammenkunft zwischen England, Frankreich und Deutschland. Ich ging aber weiter und sagte: so kann das nicht gehen, die Frage ist international, darum muß das ganze Bureau zusammenreten. Ich habe mit Hübsmans verabredet, daß die Eröffnung der Internationalen Konferenz durch eine große Demonstration in Brüssel eingeleitet werden sollte; das alles hat die Genossin Luxemburg nicht mitgeteilt. Ihre ganze Darstellung über das Verhalten des Parteivorstandes ist von A bis Z falsch oder mißverstanden worden. Das ist das allermindeste, was man darüber sagen kann. Nun hat sich Ledebour auf die dokumentarische Darlegung berufen, die er der Sache gegeben hat. (Ledebour: Wie das gewirkt hat!) Dann hätten Sie auch sagen müssen, daß die Sache schon verhandelt wurde, und welches Resultat die Verhandlung hatte. Dabon hören aber die Leser nichts. In der Ausführung, die in der „Justice“ enthalten sind, habe Syndman die deutsche Partei angeklagt, man sei dreimal wegen Friedensdemonstrationen an sie herangetreten, hätte aber regelmäßig eine Ablehnung erfahren. Die Sache wurde zunächst in der Fraktion besprochen, wo Ledebour sie vorbrachte. Wir waren ganz verdußt, wir, die Mitglieder des Internationalen Bureaus, hatten nicht mal von einer einzigen Anfrage etwas gehört. Wir erkundigten uns, erhielten aber keine Auskunft. Auch das Internationale Bureau hat uns erklärt: wir wissen nichts davon. Auch aus England konnten wir keine Antwort erhalten. Ich habe nun den Genossen Queliß gefragt, der heute den Verhandlungen beiwohnt und der derselben Organisation angehört wie Syndman, und was kam dabei heraus? Zu einer Zeit, als die Marokkofrage gar keine Rolle spielte, hätten sie einmal an uns geschrieben, wir sollten eine gemeinschaftliche Friedensdemonstration machen, und die Deutschen hatten abgelehnt. Das war aber im November 1900. (Große Heiterkeit.) Ich weiß aber auch von dieser Sache nichts. Auch Mollenbuhr weiß nichts davon. Die ganze Geschichte schwebt in der Luft. Und auf Grund dieser Tatsachen erklärt Ledebour in vollem Brustton der Ueberzeugung und der Enttäuschung: die Deutschen wollten nichts tun. Und doch haben wir überall unsere Pflicht getan. Wenn es eine Nation gibt, das sage ich ohne irgendeine andere Verlegen zu wollen, die gegenüber der Internationalen alle Zeit in erster Linie ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan hat, dann war es die deutsche Partei. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Es ist eine der schwersten Gerabwürdigungen der eigenen Partei, wenn solche in keiner Weise begründeten Angriffe gegen uns erhoben werden. (Erneuter Beifall.) Alle Zeit haben wir unsere Schuldigkeit getan. Wir sind zum Beispiel materiell und finanziell für die Opfer der russischen Revolution eingetreten und haben eine halbe Million Mark dafür aufgebracht. Das ist weit mehr, als die ganze Internationale zusammen aufzubringen imstande war. (Beifall.) Ueberall haben wir ähnlich gehandelt. Die ganze Darstellung der Genossin Luxemburg ist durch und durch unrichtig. Daß diese Darlegung, die seit Wochen durch die Presse ging, große Aufregung verursacht, ist verständlich. Nun glaubt man mit dem Parteivorstande gründlich abrechnen zu müssen. Ich habe mich nur über eines gestreut, nämlich, daß Ledebour forderte, man müsse vertrauliche

Besprechungen abhalten. Vertrauliche Besprechungen? Die Genossin Luxemburg bringt auch die aller vertraulichsten Besprechungen an die Öffentlichkeit. (Heiterkeit.) Sie sind ja alles Genossen und Genossinnen, die in der Organisation erfahren sind. Nun frage ich Sie alle auf Ehre und Gewissen, ob nicht in jeder Organisation vertrauliche Zusammenkünfte und schriftliche Erörterungen stattfinden, die man vorläufig oder überhaupt verschweigt? (Sehr richtig!) Wie will denn der Vorstand mit den Landes- und Bezirksvorständen anders beraten? Wie würden wir uns wehren, wenn auf einmal die vertraulichen Zirkulare oder privaten Veröffentlichungen allgemein bekanntgegeben werden, weil das einem Quersopf so einfällt! (Lebhafte Zustimmung.) Die Landesorganisationen, die Bezirksorganisationen, die gewerkschaftlichen Organisationen müssen es ebenso machen. Wenn eine Gewerkschaft zum Beispiel in einen großen Kampf verwickelt ist, dann ist es absolut notwendig, daß die Verhandlungen streng vertraulich geführt werden. (Sehr richtig!) Soll das alles veröffentlicht werden, was da erzwogen wird? Der ganze Verband würde dann in die Luft gesprengt werden. (Zustimmung.) Ueberlegt Euch das! Dann wißt Ihr, was Ihr von der Kampfesweise der Genossin Luxemburg zu halten habt. Sie hat es im vorigen Jahre mit Kautsky ebenso gemacht. Als er sich damals in den Streit mit ihr einließ, erklärte ich: Du hättest gescheiter getan, Deine Feder vorstoßen zu lassen. (Hört, hört!) Da nimmt sich die Genossin Luxemburg heraus, meine Privatbriefe Kautskys zu veröffentlichen. Das hat Kautsky natürlich mit vollem Recht als eine grobe Indiskretion angesehen. Von dem Augenblick an habe ich mir vorgenommen, nicht etwa, du willst nicht mehr an die Genossin Luxemburg schreiben — das geht nicht — aber du willst ihr nichts schreiben, wovon sie möglicherweise Gebrauch machen könnte. (Heiterkeit.) Das ist die Wirkung ihres Auftretens, das haben Sie erreicht, und das stimmt genau überein mit der Ansicht, die das Internationale Bureau von Ihnen hat. Ich war es, wie gesagt, der abriet, daß der Vorschlag ausgeführt würde.

Noch eins, man verlangt vom Parteivorstand innerer Initiative. Ganz meine Meinung. Glauben Sie denn, ich wäre mit dem Parteivorstand immer zufrieden? (Große Heiterkeit.) Da irren Sie sich. Ich habe manchmal meinen Kollegen gesagt: seid nur froh, daß ich Euer Kollege bin. (Große Heiterkeit.) Wenn ich der nicht wäre, Euch ginge es schlecht. Die hätte ich ganz anders geschüttelt als Ihr alle. (Stürmische Heiterkeit.) Es ist auch eine ganz falsche Darstellung der Genossin Luxemburg, als sei der Parteivorstand der Meinung, er sei gewissermaßen eine sakrosancte Einrichtung, die man nicht kritisieren dürfe. Der Schlußsatz unseres Schreibens lautet ausdrücklich: „Es ist der Genossin Luxemburg gutes Recht, die Handlungen oder Unterlassungen des Parteivorstandes zu kritisieren; aber es sollte jedes Mitglied der Partei es unter seiner Würde halten, mit illohalen Waffen und irreführenden Darlegungen einen Kampf zu führen.“ Ich möchte den Parteigenossen sehen, der es sich gefallen lassen würde, wenn man ihm sagte: Du darfst den Parteivorstand nicht kritisieren. Wir würden doch nicht die Partei sein, die wir sind, wenn wir so dumme wären, die Kritik zu verbieten. Selbstverständlich hat jeder Genosse das Recht zu kritisieren, ebenso wie es unser Recht ist zu antworten, wenn wir es der Mühe für wert halten. (Heiterkeit.) Aber die Kritik zu verbieten, fällt keinem ein, das ist in einer demokratischen Partei wie der unsrigen ganz unmöglich. Ich habe mich oft gemunbert, daß Ihr so wenig an uns kritisiert, es ist viel mehr an uns zu kritisieren als Ihr glaubt, ich will Euch aber nicht alles sagen. (Große Heiterkeit.) Uns tut die Kritik nicht weh, wenn Sie glauben, man müsse uns vorwärts schieben, nun, wir lassen uns ganz gern schieben, vorausgesetzt, daß die Schiebung nach

der richtigen Seite hin geht, und daß wir von der Richtigkeit überzeugt sind. Sind wir davon nicht überzeugt, dann werden wir uns nicht schieben lassen. Also donnert weiter, über den Erfolg bin ich außer Zweifel. (Stürmischer Beifall.)

Grumbach-Kolmar: Da Bebel die Freundlichkeit hatte, zu schließen mit den Worten, donnert weiter, so werde ich trotz meines innigen Wunsches, dem Parteivorstand Liebenswürdigkeiten zu sagen, eine kleine Kritik üben. Ich werde mich dabei bemühen, weder etwas Illudales zu tun, noch eine Indiskretion zu begehen. In der Kritik des Verhaltens der Genossin Lugemburg stimme ich vollkommen mit Bebel überein, obwohl ich nicht umhin kann zu erklären, daß ich die Art und Weise, wie der Parteivorstand in der Marokkofrage vorging, nicht für richtig gehalten habe. Aber es ist kein gutes Recht, Fehler zu machen wie jeder andere, und wir haben das Recht, an der richtigen Stelle Kritik zu üben. Wie unvorsichtig der Parteivorstand in dieser Frage war, will ich Ihnen an einem Beispiel beweisen. Sie werden wissen, daß sowohl in Berlin als auch in Paris große Demonstrationen der deutschen und der französischen Arbeiter stattgefunden haben. An der Demonstration in Paris will ich Ihnen zeigen, welchen schweren Fehler die deutsche Partei gegen die französische beging. (Hört! hört!) Vor dieser Demonstration, die ausgegangen ist von der Confédération Générale du Travail, fand in Paris eine Demonstration statt, die von der französischen sozialdemokratischen Partei ausging. Zu dieser Demonstration wurde der deutsche Parteivorstand vom Nationalrat, das heißt von einem kleinen Kongreß der französischen Partei, telegraphisch aufgefordert, Delegierte zu schicken. Die Depesche wurde vier Tage vorher abgefaßt, aber leider war es dem Parteivorstand durch eine Verkettung von Umständen, auf die ich nicht eingehen will und die ihn entschuldigen mögen, nicht möglich, einen Delegierten zu schicken. Bei der Demonstration der sozialdemokratischen Partei war der deutsche Parteivorstand vertreten durch eine sehr große Depesche, unterzeichnet von allen Parteivorstandsmitgliedern, die auch auf die 6000 bis 7000 Versammlungsbesucher den nötigen Eindruck hervorrief. Aber bei der Demonstration der Syndikallisten war er durch Delegierte vertreten. Und nun ergibt sich, angesichts der sehr komplizierten innerpolitischen Parteiverhältnisse Frankreichs, eine sehr seltsame Lage, die ich Ihnen an einem Beispiel, übertragen auf Deutschland, klarmachen will. Nehmen Sie an, die deutsche Generalkommission würde der deutschen sozialdemokratischen Partei nicht nur feindlich gegenüberstehen, sondern die Gewerkschaftsmitglieder auffordern, der sozialdemokratischen Partei fernzubleiben oder aus ihr auszutreten, und nun würden zwei Demonstrationen gemacht, eine von der sozialdemokratischen Partei und eine von der Generalkommission, und zu der von der Partei veranstalteten Demonstration würde die französische Partei nur ein Telegramm schicken, zu der Demonstration der Generalkommission dagegen, die die Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpft, würde sie ihre namhaftesten Vertreter entsenden. (Hört! hört!) Es ist kein Vorwurf gegen den Parteivorstand, sondern eine Folge der sehr komplizierten Verhältnisse in Frankreich, daß es so war. Aber es ist zweifellos auch eine Folge einer gewissen oder ungewollten Unkenntnis der Verhältnisse in Frankreich, die sich der deutsche Parteivorstand nicht erlauben darf. Ich kann schon glauben, daß der Vorstand die gute Absicht hatte, wieder gutzumachen, was er gefehlt hatte, indem er keinen Delegierten zur Demonstration der Partei entsandte. Ich glaube, daß er von der guten Absicht befeelt war, zu zeigen, wie einig die Proletarier der beiden Nationen sind, und deshalb bin ich auch in der Beurteilung dieser Dinge sehr milde, soweit meine Jugend es mir erlaubt, gegenüber dem Parteivorstand milde zu

sein. (Heiterkeit.) Tatsache ist, daß das in Frankreich aufgefallen ist und daß die Syndikallisten das ausbeuten werden, und daß die Autorität der C. G. T. gestärkt wurde. Ich kann es mir kraft meiner Stellung, da ich nicht Beauftragter der französischen Partei bin, erlauben, das in aller Freundschaft zu sagen. Hätte Ledebour diese Frage nicht angeschnitten, dann hätte ich überhaupt nicht dazu gesprochen. Meiner Meinung nach muß diese Angelegenheit im Internationalen Bureau besprochen werden, und ich würde es sogar bedauern, wenn die französische Partei in einer Sitzung des Internationalen Bureaus nicht die Gelegenheit benutzen würde, in aller Ruhe und Sachlichkeit den Vertretern der deutschen Partei zu sagen: So etwas darf nicht wieder vorkommen. Andererseits hat die Erwähnung dieser Tatsache das Gute, daß die Schlussfolgerungen, die ein Teil der bürgerlichen Presse in Frankreich daraus gezogen hat, widerlegt werden können, und daß wir zeigen können, daß gewisse Maßnahmen des Parteivorstandes nicht bedeuten, daß er mehr auf Seiten der Syndikallisten steht, daß er in der Frage der Marokkopolitik nicht lässig ist, sondern nur daß die Regierungen sich nicht gerichtet haben nach dem, was der Parteivorstand beschlossen oder nicht beschlossen hat. (Heiterkeit.) Mollenbuhr hat in seinem Brief an Gussmans geschrieben: „Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen, so daß daraus eine wirksame Wahlparole gegen uns geschmiebelt werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen.“ Ja natürlich, es ist unangenehm, wenn plötzlich im letzten Augenblick eine solche Frage auftaucht, aber wir können doch nicht verhindern, daß die Ereignisse selbst automatisch diese Frage in den Vordergrund rücken, und damals, als der Brief geschrieben wurde, am 8. Juli, war die Frage schon sehr brennend gewesen, das waren die gefährlichsten Tage der Marokkopolitik. (Zuruf: Alle Tage sind gefährlich! — Bebel: Aber Jaurès ist nach Amerika gereist!) Ich bedaure das. Ich gebe zu, daß Jaurès nach Schluß der Kammer nach Argentinien abgereist ist, auf Grund einer früheren Verpflichtung, die er vielleicht hätte lösen müssen angesichts der sehr gefährlichen Lage. Ich möchte noch einmal versuchen, liebenswürdig zu sein. (Bebel: Das waren Sie ja immer! — Heiterkeit.) Was ich gesagt habe, war kein Vorwurf, sondern nur die Aufrollung einer gewissen Seite der Marokkofrage, die sehr wichtig ist. Solche ungewollten Mißgriffe dürfen nicht mehr vorkommen, sondern wir müssen zeigen, daß die sozialistischen Parteien beider Länder solidarisch sind. (Bravo!)

Klara Zetkin: Wahrscheinlich stoße ich bei der Majorität auf Widerspruch, wenn ich das folgende erkläre: Mein Eindruck von dem Vorgehen des Parteivorstandes und Bebels Rede ist der: die Parteigenossen haben das Recht, Kritik an den Aktionen des Parteivorstandes zu üben, wer aber dieses Recht gebraucht, läuft sehr leicht Gefahr, abgefanzelt und bestraft zu werden. (Widerspruch. — Zustimmung bei einem Teil der Delegierten. — Frohme: Da hört doch alles auf!) Ich kann mich den Behauptungen Bebels und den Auslassungen des Parteivorstandes nicht anschließen, so bestechend sie auch scheinen mögen, daß Genossin Lugemburg irrezuführen gesucht und die Meinung Mollenbuhrs als die des Parteivorstandes schlechtweg hinzustellen gesucht hat. Genossin Lugemburg hat ausdrücklich erklärt, daß der Brief die private Meinungsäußerung des Genossen Mollenbuhr sei. Wenn sie im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen aus dem Brief Schlüsse auf die Haltung des Parteivorstandes gezogen hat, so hat sie nicht bloß ihre persönliche Vermutung ausgedrückt, sondern sie hat sich auf einen bestimmten Tatbestand gestützt. Dieser Tatbestand aber heißt die Untätigkeit des Parteivorstandes ungefähr während eines ganzen Monats. (Sehr richtig!) Vergessen wir nicht, daß der

Briefwechsel, auf den sich Bebel beruft, aus der ersten Hälfte des Juli stammt, während der Aufruf des Parteivorstandes zu Protestversammlungen erst am 9. August erfolgt ist. (Sehr wahr!) In der ganzen Zeit ist von seiten des Parteivorstandes auch nicht die kleinste Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit erfolgt, wie er sich zu der aus dem historischen Moment herausgewachsenen Aufgabe der Sozialdemokratie gegenüber dem deutschen Proletariat und der sozialistischen Internationale stellt. Bebel meint freilich, eine solche Stellungnahme sei nicht notwendig gewesen, über sie könne man nicht im Zweifel gewesen sein. Er beruft sich darauf, daß in seinem Brief ja ausdrücklich stand, daß nur zunächst von der Verständigung über die nötigen Schritte Abstand genommen sei. Ja das „zunächst“ ist eben der springende Punkt für uns. (Sehr richtig!) Es handelte sich nicht darum, am Sankt-Nimmerleinstag zu handeln, oder wenn die Hauptwelle der Bewegung verzauscht war, sondern sofort aktiv eingzugreifen. (Sehr richtig!) Das ist der Punkt, auf den es uns ankommt, und alles Drehen und Dackeln ändert nichts daran, daß der Parteivorstand in der Angelegenheit nicht von Anfang an die nötige Entschiedenheit gezeigt hat. Dafür einen Beweis, selbst auf die Gefahr hin, daß man auch mir den Vorwurf der Indiskretion macht. Ich würde das Folgende nicht anführen, wenn Genosse Müller sich heute morgen nicht so breit und positiv über die Entschlossenheit des Parteivorstandes, in der Sache vorzugehen, geäußert hätte. Nachdem die beanstandeten Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen waren, hatte die Kontrollkommission, die zufällig gerade zu der Zeit in Berlin war, eine gemeinsame Sitzung mit dem Parteivorstand. In ihr wurde auch die Frage dieser Artikel bezw. der Stellungnahme zum Marokkohandel angeschnitten. Wir hatten noch nicht alle betreffenden Artikel gelesen und konnten uns mithin nicht zu ihnen äußern. Die Mehrzahl der Mitglieder der Kontrollkommission war jedoch der Ueberzeugung, daß der Parteivorstand in der Sache selbst lässig gewesen sei, daß er hätte rascher zugreifen und entschiedener handeln müssen. (Obert: Das ist nicht wahr, Sie haben selbst gesagt, es ist nichts veräumt!) Ich habe gesagt, es ist noch nicht zu spät, aber es ist reichlich spät. (Hört! hört!) Ich stelle fest, daß ein Teil der Mitglieder des Parteivorstandes derselben Meinung war (erneutes Hört! hört!); daß ein anderer Teil die Ansicht vertrat, es wäre klüger gewesen, bis jetzt abzuwarten, weil die Situation sich unaufhörlich ändere; daß andere Mitglieder der Ueberzeugung Ausdruck gaben, eine Protestaktion sei gewiß gut, wenn sie zustande käme, aber man wäre ja nicht ganz sicher, ob sie Erfolg hätte. Eine Einstimmigkeit in der Sache war nicht vorhanden. Es wurde uns erklärt, der Parteivorstand werde die Anregung der Kontrollkommission in Erwägung ziehen, eine Massenaktion durch Versammlungen und Flugblätter zu entfalten. Als Genosse Müller heute mitteilte, daß der Parteivorstand energisch und einheitlich in die Aktion eingetreten sei, hat mich das gefreut. Aber es ändert nichts an der Tatsache, daß zuerst, daß zu einem früheren Zeitpunkt diese Einmütigkeit und diese Entschiedenheit noch nicht vorhanden gewesen sind. Ich fühle mich verpflichtet, angesichts der Situation das hier festzustellen. (Sehr gut!) Meiner Ansicht nach ist es eine unabwendbare Pflicht für die Partei, dafür zu sorgen, daß ihre Beauftragten die Initiative gerade in einem solchen Moment ergreifen, in der deutsche Arbeiterklasse den schwersten Gefahren entgegenführen kann, und der daher die Sozialdemokratie vor die verantwortungsvollsten Aufgaben stellt. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist für die Partei bedeutend wichtiger als die Streitfrage um den sogenannten Fall Luxemburg, den man mit Unrecht in den Vordergrund geschoben hat. (Sehr richtig!) Die Situation war dazwischen, daß wir sagen mußten, entweder kommt es zum Weltkrieg, oder es erfolgt eine

Steigerung des Rüstungswahnsinnes, und es tritt damit die Gefahr des Weibhütens der Nationen ein. Auf alle Fälle lag deshalb die Pflicht, die Notwendigkeit vor, in schnellster Weise tatkräftig die Massen zur Aktion aufzurufen. (Sehr richtig!) Das hat der Parteivorstand meiner Meinung nach etwas sehr nachträglich getan. Das müssen wir gerade auf diesem Parteitag offen aussprechen, der sich mit Fragen der inneren Organisation zu beschäftigen hat, die sich darum drehen, unseren Parteivorstand politisch aktionsfähiger zu machen. Unsere leitende Instanz muß so organisiert werden, daß der Parteivorstand in jedem Augenblick an der Spitze der Aktionen steht. Wenn wir aber diese Aktionsfähigkeit, wenn wir insbesondere den festen inneren Zusammenhang zwischen der Leitung der Partei und den Massen aufrecht erhalten wollen, so müssen wir als das Kostbarste, als das unantastbare Gut das Recht der freien Kritik auch an den Handlungen des Parteivorstandes aufrechterhalten. (Sehr richtig!) Denn aus der Kritik heraus wächst die lebendige Kraft, welche die Leitung in jedem Augenblick, in jeder verantwortungsvollen Situation in die Lage versetzt, führend an der Spitze voranzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Es ist Ihnen bekannt, daß im Juli eine Anzahl französischer Gewerkschaftsführer nach Berlin kamen, um sich die Einrichtungen unserer Gewerkschaftsorganisationen anzusehen. Von dieser Seite wurde der Wunsch geäußert, auch in Berlin in einer großen Versammlung einmal zu Worte zu kommen. Da die Marokkofrage im Mittelpunkt des Interesses stand, lag es nahe, sich mit der Erörterung dieser Frage zu beschäftigen. Selbstverständlich konnten wir diesen Wunsch nicht ablehnen; wir taten in dieser Situation, was uns richtig erschien, wir verständigten uns mit der Parteileitung. Es ist also in Uebereinstimmung zwischen Gewerkschaften und Partei die Demonstration zustande gekommen. Nun wird gesagt, die Veranstaltung in Paris habe diesen Charakter nicht getragen, diese Veranstaltung sei nicht mit Zustimmung der Partei zustande gekommen. Das ist zum Teil richtig. Wir standen vor einer vollendeten Tatsache, als uns die französische Confédération du Travail bekräftigte, sie habe eine große Kundgebung in Paris veranstaltet, zu der sie die Generalkommission einlade. Wir haben uns in einer etwas unangenehmen Situation befunden, weil wir wünschten, daß solche Kundgebungen im Einverständnis mit der deutschen und französischen Partei stattfinden und haben von Anfang an an die französischen Gewerkschaften die Forderung gestellt, daß auch die französische Partei eingeladen werde. Gegen die Hinzuziehung der deutschen Partei wurde von französischer Seite nichts eingewandt. Wer aber die französischen Verhältnisse kennt, und Grumbach kennt sie, der weiß, daß es unter der gegenwärtigen Situation nicht möglich war, von den französischen Gewerkschaftsführern die direkte Einladung der französischen Partei zu verlangen. Wir standen also vor der Entscheidung der Frage: Sollen wir bei dieser Kundgebung, von der uns die Confédération du Travail sagte, daß bereits aus Spanien, England, Holland und Belgien die Zustimmung eingelangt sei, fehlen, weil die Partei in Frankreich nicht eingeladen ist? Wir haben uns gesagt, es würde nach außen hin bei der internationalen Verbindung, die die Gewerkschaften zueinander pflegen, einen außerordentlich unangenehmen Eindruck machen, wenn wir an dieser Frage die Beteiligung scheitern ließen. Wir haben uns ausdrücklich versichert, daß die französische Partei der Situation Rechnung getragen hat. Es ist uns versichert worden, daß die Partei in Frankreich der Sache sympathisch gegenüberstehe und die Kundgebung unterstütze. (Hört! hört!) Das gab uns die Befriedigung, daß wir auch eventuell unter diesen Umständen teilnehmen konnten. Wir haben

aber bei unserer Ankunft in Paris noch einmal darauf hingewirkt, daß die französische Partei eingeladen werde. Nach eingehenden Verhandlungen erreichten wir, daß auf unseren Wunsch die französische Partei eingeladen wurde, und sie war auch auf der großen Kundgebung in Paris vertreten. (Hört! hört!) Damit waren alle Schwierigkeiten beseitigt und ich glaube, Sie werden es verstehen, daß wir in einer solchen Situation nicht aufs neue Irrtümer und falsche Meinungen über die Stellung der deutschen Arbeiterbewegung zu solchen internationalen Kundgebungen aufkommen lassen konnten. Fragen der Kompetenz müssen nach meiner Ansicht in solchen Fällen zurücktreten. Auf der anderen Seite lag uns daran, das Verhältnis mit der französischen Gewerkschaftsbewegung enger zu knüpfen als bisher. Wir haben mit unserer Meinung nicht zurückgehalten, daß wir den lebhaftesten Wunsch hätten, das Verhältnis zur Partei in Frankreich besser zu gestalten, daß wir keine Freunde des Antiparlamentarismus seien und es im Interesse der Arbeiterbewegung liege, wenn Partei und Gewerkschaft in guter Beziehung zueinander stehen. Wir konnten natürlich nur einen Wunsch aussprechen, es lag uns fern, uns in französische Verhältnisse einzumischen. (Sehr richtig!) Es hat uns ganz angenehm berührt, daß wir hier von einer Seite, von der wir es gar nicht erwartet haben, von der Genossin Lugemburg (Seiterkeit), großes Lob für unsere Aktion eingeerntet haben. Auf der anderen Seite hat uns Ledebour einen Vorwurf aus den Beziehungen zu dem Syndikalismus (Seiterkeit) gemacht. Genosse Lensch kommt schließlich in einem Parteitagartikel dazu, die alten Theoretiker in der Partei für übermüht zu erklären, jetzt gelte es zum Angriff, zur Praxis überzugehen. (Große Seiterkeit. Zuruf von Webel: Wer älter ist als 50 Jahre, muß aus der Partei heraus! — Erneute stürmische Seiterkeit.) Das ist der Genosse Lensch, der Mann der neuen Praxis. (Übermüht lebhaft Seiterkeit.) Ich bezweifle, daß die neue Praxis die rechte ist. Mit welchem Recht, frage ich, konnte aber Genosse Lensch sagen, der Parteivorstand möge seine imperialistische Politik begründen. (Hört! hört!) Es ist das der schwerste Vorwurf, den den Parteivorstand treffen kann. Darin hat Webel recht: In der Partei und natürlich erst recht in ihrer Leitung kann von Imperialismus keine Rede sein, und es ist ein höchst bedauerlicher Zustand, daß es in unserer Organisation Männer gibt, die den Vorwurf hier erheben können, daß in unseren Kreisen imperialistische Neigungen vorhanden sind. Man mag über die Stellungnahme des Parteivorstandes urteilen wie man will, aber in der Auffassung bin ich sicher, daß der Parteivorstand mit uns allen imperialistische Bestrebungen der bürgerlichen Parteien entschieden abweist, und ich möchte doch bitten, in die Diskussion nicht diese Uebertreibung hineinzutragen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Aber es gibt eben eine Anzahl Parteiblätter, die seit Jahr und Tag immer und immer nur in der gehässigsten und kurzschichtigsten Weise unsere eigene Partei, unsere Taktik herunterziehen. (Sehr richtig!) Das verbittert den schwersten Kampf, den wir durchzuführen haben, und ich glaube, es liegt im Interesse der Partei, daß hier einmal etwas mehr Zurückhaltung geübt werde. (Lebhafter Beifall und anhaltende Bewegung.) Ich hätte noch gern über den „Geheimerlaß“ gesprochen, will aber keine längere Redezeit in Anspruch nehmen, über diese Dinge wird nachher mein Kollege Ledebour (stürmische Seiterkeit) — Regien sprechen.

Dr. Süßheim-Nürnberg: Ich bitte, den Anträgen auf Vergrößerung des Parteivorstandes zuzustimmen. Ueber die Notwendigkeit einer Ergänzung des Vorstandes besteht keine Meinungsverschiedenheit. Die Frage ist nur, um wieviel Mitglieder er verstärkt werden soll. Es muß dem Parteitag überlassen bleiben, ob er der Ansicht von Niederbarnim ist, daß drei neue Vor-

standsmitglieder gewählt werden sollen, oder ob er, wie der Parteivorstand, nur ein neues Mitglied will. Unter den Delegierten dürfte Einstimmigkeit darüber bestehen, daß die Anträge Königsberg und Bremen auf Vermehrung um zwei Sekretäre durchaus das mindeste sind, was bei den vermehrten und wachsenden Aufgaben der Partei gefordert werden muß.

Ich glaube, daß gerade die Genossen von Königsberg durchaus richtig die Bedürfnisse der Partei nach dieser Richtung erkannt haben und bitte Sie, möglichst einmütig ihrem Antrag die Zustimmung zu geben. Die Notwendigkeit der fortwährenden Vermehrung der Sekretärstellen legt es nahe, sich auch mit der weitergehenden Frage zu befassen, ob nicht die Organisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission einer Neuregelung zu unterziehen ist. (Sehr richtig!) Schon jetzt ist in der Presse darüber geschrieben worden; es ist zu vermuten, daß darüber in den nächsten Monaten eine noch viel eingehendere Erörterung eintreten wird. Die Aufgaben der Partei sind so groß geworden, daß die Frage der Neuorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eingehend zu prüfen ist. Ich schlage vor, eine Kommission zur Prüfung dieser Frage einzusetzen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat, ob und in welcher Richtung eine Neuorganisation am Platze ist.

Weiter habe ich den Antrag 16 von Nürnberg zu vertreten. Er entspringt dem Wunsche, unsere Waffen für die vermehrten Kämpfe zu stärken. Die Nürnberger Genossen verlangen, daß eine Instanz im Anschluß an das Pressebureau geschaffen wird, die eine bessere, billigere und schnellere Herausgabe von Agitations- und Aufklärungsflugschriften und Broschüren ermöglicht. Wir wissen ja alle, welche ungeheuren Anstrengungen unsere Gegner machen, Anstrengungen, die durch die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Laufe der nächsten Jahre sicher sich verdoppelt und verdreifacht werden. Nicht nur der Reichsverband, auch das Zentrum macht die ungeheuersten Anstrengungen, um seine Machtstellung zu behaupten. Nicht bloß Reichstahl und Kangel werden in den Dienst dieser bolschewerärischen Partei gestellt, sondern auch durch eine ungeheure Zahl von Flugblättern soll das Volk gekäufelt werden. Es ist zu prüfen, ob nicht auch von uns an Agitation mehr hätte gesehen können, und ob unsere Waffen in Zukunft nicht verbessert werden können. Die Nürnberger Genossen meinen, daß dies der Fall ist. So hätte die Reichsfinanzreform eine ganz andere Ausnutzung erfahren können. Es genügt nicht, nach längerer Zeit ein Werk über sie herauszugeben, sondern ihr agitatorischer Wert hätte in Agitationsbroschüren ausgenutzt werden können. Ebenso liegt es mit der Reichsversicherungsbildung. Was ist denn in dieser Richtung von der Parteileitung gesehen? Man hört, es ist eine Schrift in Vorbereitung. Seit Wochen hätte sie schon in Massen verbreitet sein müssen; gerade die Reichsversicherungsbildung gibt uns Gelegenheit, die trügerische Rolle der bürgerlichen Parteien aufzudecken; die Anstrengungen der christlichen Arbeitersekretäre bei der Verteidigung der Haltung des Zentrums beweisen, daß hier ein wunder Punkt im Turme des Zentrums ist.

Auch zu teuer sind unsere Agitationsbroschüren, als daß sie für einen Massenabfaß in Betracht kommen. So kostet die Broschüre „Russische Gesandnisse“ von Vera Ziegner, die 35 Seiten stark ist, 75 Pf., die 64 Seiten starke Broschüre über „Genossenschaften“ von Gertrud David 60 Pf., der „Referentenführer“ von Eward David 1,50 Mk. Freilich sind sie durch die Organisationen billiger zu beziehen; sie sollten aber auch im Einzelverkauf billig abgegeben werden. Das Zentrum verbreitet seine „Soziale Volksbibliothek“ zu 5 Pf. das Stück. 22 Nummern dieser Bibliothek sind bereits erschienen; von den letzten 7 befassen sich nicht weniger als 6 mit der Sozialdemokratie. Etwas Ähnliches muß auch uns möglich sein. Wenn auch der finanzielle

Erfolg der Broschüren dadurch in Frage gestellt werden sollte, so schadet es nichts, wenn bei der einen oder der anderen der Parteivorstand etwas zulegen muß. Deshalb habe ich mich sehr über die Ausführungen Eberts gefreut; ich hoffe, daß unser Antrag wenigstens nicht finanziellen Bedenken begegnen wird. Vor kurzem ist der „Zentrumswähler“ herausgekommen, ein Buch von 318 Seiten, das für 60 Pf. abgegeben wird. Bei uns würde es wahrscheinlich viel teurer sein. Daß eine Verbilligung möglich ist, beweist die kleine Bibliothek von Dieck, bei der jedes Exemplar nur 50 Pf. kostet. Je billiger ein Buch ist, um so größer ist seine Verbreitung. Dann bitte ich noch um Beantwortung der Frage, wer denn den Preis der Broschüren festsetzt, die Vormärzbuchhandlung oder der Parteivorstand? Wir meinen, wenn einige besonders befähigte Schriftsteller an das Pressebureau angegliedert würden, so würde auch die Abfassung von Agitationsbroschüren schneller möglich sein, weil keine Verzögerung dadurch eintritt, daß der Parteivorstand erst Verbindung mit Schriftstellern suchen muß. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, dem Verlangen der Nürnberger Parteigenossen Rechnung zu tragen.

Dr. Quard-Frankfurt a. M.: Ich habe zunächst einer parteigenössischen Anstandsspflicht zu genügen. Es ist hier die Nummer der „Erfurter Tribüne“ vom 12. September 1911 verteilt worden mit einem Artikel über unseren ersten Kongreßtag. Darin ist gesagt: „Zum Vorstehenden — —

Vorsitzender Dieck: Ich weiß nicht, was das mit unserer Tagesordnung zu tun hat und ich bitte Sie, hierauf nicht einzugehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Quard-Frankfurt a. M.: Ich bin von zwei Seiten gebeten worden, das zur Sprache zu bringen, und mir ist gesagt worden, Sie hätten Ihre Zustimmung dazu gegeben.

Vorsitzender Dieck: Das ist falsch, ich habe vielmehr ausdrücklich erklärt, daß ich meine Zustimmung dazu nicht geben kann.

Dr. Quard: Ich befand mich also im Irrtum. Dann will ich an eine Neuerung der Genossin Jettin anknüpfen, Webel habe wohl Kritik für erlaubt erklärt, sich aber eine solche Kritik vorbehalten, die den Parteivorstand an einem verwundbaren Punkt treffe. So habe ich das nicht aufgefaßt, was hier gegen die Kritik der Genossin Rosa Luxemburg gesagt ist. Ich darf es wohl kurz so zusammenfassen, und ich glaube auch im Sinne meiner Frankfurter Genossen zu sprechen, daß wir nicht wünschen, daß solche Mittel der Kritik verwendet werden, wie in diesem Fall. (Zustimmung.) Es sieht doch verdammt bürgerlichen und polizeilichen Methoden ähnlich, wenn vertrauliche Briefe eines Genossen gegen ihn ausgeschlachtet werden. Das wird nicht dazu beitragen, daß ein sachlicher Erfolg erzielt wird; vielmehr kann es die Stellung der Partei bei internationalen Konflikten nur verschlechtern. Solche Folgen sollte sich die Genossin Luxemburg vor Augen halten, dann wird sie wohl auf derartige Mittel verzichten. Nun gewiß, auch Homer schläft einmal. Der Parteivorstand mag bei der Marokkaffäre nicht schnell genug gehandelt haben. Aber ich will doch eines anführen auch für den Brief von Wollenbuhr. Während eines vierzehntägigen Landauferhalls, wo ich keine anderen als Kreisblätter zu sehen bekam, konnte ich konstatieren, daß jetzt bereits eintritt, was Wollenbuhr gesagt hat, daß in jenen Blättern die Marokkaffäre unter Zurückdrängung aller anderen Fragen auszuschlachten versucht wird (Sehr richtig!), so daß der Gesichtspunkt, den Wollenbuhr hervorgehoben hat, nicht als so falsch erscheint, wie man hier gemeint hat. Und zweitens: Sie, die Sie eine gewisse politische Inaktivität des Parteivorstandes kritisieren, haben Sie denn praktische Vorschläge zur Erhöhung der Aktivität des Parteivorstandes gemacht? Das vermisse ich. Ist denn die Vermehrung von Beamtenstellen eine Garantie

daß für die Parteivorstand vor etwaigen Unterlassungsfünden, die bei seiner Niefenarbeit vorkommen, gesichert wird? Sagen Sie doch offen heraus, ebenso wie ich, wir müssen wieder, wie in den Zeiten, wo Webel, Liebknecht, Singer zugleich die politischen Führer und die politisch Verantwortlichen waren, statt eines Beamtenministeriums, eine Vereinigung der politisch Verantwortlichen an der Spitze der Partei finden. Das ist das Problem, und ich würde es begrüßen, wenn Webel, wenn Wollenbuhr, der heute gerade seinen 60. Geburtstag feiert, in die von Süßmann angeregte Kommission sich hincinjekten und uns helfen würden, von dem alten Zustand hinüber zu kommen in den neuen, der durch die Entwicklung geschaffen ist. Die Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß die Besetzung des Parteivorstandes mit Sekretären nicht mehr genügt. Da handelt es sich gar nicht um einen Gegensatz von Revisionisten und Radikalen. Die, die draußen im Lande am besten gekämpft und sich bewährt haben, die gehören als Leiter an die Spitze. Die Form dafür zu finden, ist eine andere Frage. Daß das sehr schwierig ist, davon bin ich überzeugt. Aber die Partei, die schon so manches Problem gelöst hat, wird auch dieses lösen, und ich wiederhole, wenn gerade auch unsere alten Genossen zu dieser Lösung beitragen würden, würde uns das eine große Freude sein. (Bravos!)

Legien: Die Frage ist kritisch, ob es wirksamer war, wenn zu der Zeit, in der Wollenbuhr den Brief schrieb, von dem Internationalen Bureau eine Zusammenkunft von Vertretern Englands, Frankreichs und Deutschlands veranstaltet worden wäre, oder ob das, was nachher getan, das wirksamere war. Nach meiner Ansicht ist es das letztere. Es ist bezüglich der Marokkoeffaktion alles geschehen, was geschehen konnte. Ich bin der Ansicht, daß die Aktion, wie sie sich schließlich vollzogen hat, viel wertvoller war, als wenn früher vom Internationalen Bureau eine Veröffentlichung wäre. Aber es lohnt wahrhaftig nicht, diese Frage hier noch länger zu erörtern, ob die Aktion jetzt oder früher nachhaltiger gewesen wäre. Eine andere Frage ist allerdings die Handlungsweise der Genossin Luxemburg. Ich sehe ganz davon ab, ob dieser Brief gefertigt worden ist und ob entscheidende Stellen weggelassen worden sind. Dieser Brief ist der Genossin Luxemburg nicht als sozialistischer Schriftstellerin, oder als Mitglied der deutschen Partei, sondern als Mitglied des Internationalen Bureaus übermittelt worden. Und zwar ist sie dort nicht Mitglied für die deutsche Nation. Sie hat infolgedessen kein Recht, diesen Brief für eine schriftstellerische Arbeit und einen Zeitungsartikel zu verwenden. (Webel: Sehr richtig!) Wir müssen feststellen, daß hier ein Mißbrauch getrieben worden ist. Wohin sollen wir kommen, wenn das zur Praxis wird? Vergessen Sie nicht, daß unsere Parteiorganisationen immer konzentrierter werden. Infolgedessen kann manches nicht ausgeführt werden wegen Mangel an Kraft und Zeit. Die ganzen Vorkommnisse in der Partei, die Auseinandersetzungen in den einzelnen Landesorganisationen nehmen die Kraft und Tätigkeit der meisten Parteivorstandsmitglieder tage- und wochenlang in Anspruch, und dann kommt man mit solchen Angriffen wegen eines angeblichen Fehlers, obgleich gar nichts versäumt worden ist. (Webel: Der Meinung bin ich auch!) Die Art dieser Angriffe kann nicht zum Nutzen der Partei sein. (Weißall.) Das Verantwortlichkeitsgefühl wird mit dem Ausbau der Organisationen immer größer. Die Verhandlungen werden größtenteils einen internen Charakter tragen müssen. Wenn das nun üblich wird, was die Genossin Luxemburg hier getan hat, dann würden wir in der Aktionsfähigkeit der Partei recht bald Schaden leiden. Infolgedessen müssen wir die Handlungsweise der Genossin Luxemburg auf dem Parteitage mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Lebhafte Weißall.) Eine derartige Praxis darf unter Parteigenossen oder Genossinnen nicht üblich werden.

Bezüglich der Demonstration mit den Franzosen ist es nicht wahr, daß die Generalkommission dem Parteivorstand zuborgekommen ist. Die betreffende Versammlung war schon im Jahre 1909, lange vorher verabredet, ehe man an Marokko dachte. Die Generalkommission hatte damals die französischen Gewerkschaftsführer eingeladen, um sie über die Einrichtungen und die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften zu unterrichten. Nun fand der Besuch zu einer Zeit statt, als der Marokkorummel gerade größere Wellen schlug. Darum wollten die Franzosen in der Versammlung über die Kriegsgefahr sprechen, während sie nach der Verabredung über die französische Gewerkschaftsbewegung sprechen sollten. Es wurde ihnen erklärt, daß die Versammlung, wie es bei uns üblich sei, dann nur in Gemeinschaft mit der deutschen Sozialdemokratie stattfinden könne. In Berlin wurde nach dieser Versammlung über die Annahme der Einladung zu der von der Confédération zu veranstaltenden Friedensdemonstration beraten und da erklärte der Vorsitzende der Confédération, daß er auch den Vorstand der französischen Sozialdemokraten einladen werde. Daß dies zunächst nicht geschehen ist, dafür kann unser Parteivorstand nichts. Wenn wir aber die Confédération dann in der Besprechung in Paris genötigt haben, doch und zwar zum ersten Male die französischen Sozialdemokraten zu einer gemeinsamen Veranstaltung einzuladen, so ist das ein Schritt zum Näherkommen zwischen diesen beiden Organisationen. Daraus braucht man wiederum dem Vorstände keinen Vorwurf zu machen, wenn er nicht erklärte, er würde sich nur vertreten lassen, wenn die Demonstration gemeinsam veranstaltet würde, und sich mit der Zusage begnügte, daß die sozialdemokratische Partei Frankreichs nur eingeladen werden sollte.

Nun zum geheimen Zirkular. Dittmann sagte, der Parteivorstand befinde sich in Abhängigkeit von der Generalkommission. Sehr schmeichelhaft für die Generalkommission. Wenn aber jemals zwei Körperschaften loyal miteinander verhandelt haben, so gilt das von diesen beiden Organisationen. Wenn aber der Vorstand gewissermaßen in einzelnen Fragen unsicher wird, so liegt das an der Behandlung, die ihm von einem Teil der Parteipresse und von gewissen Delegierten auf dem Parteitage hier zuteil wird. (Sehr richtig!) Sehen Sie sich die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses an. Dort werden die Generalkommissionsmitglieder, denen man das Vertrauen geschenkt hat, nicht so behandelt, wie das hier dem Parteivorstand geschieht. (Hört! hört! und Zustimmung.) Wenn Sie das Gefühl haben, als feste beim Parteivorstand etwas, dann schieben Sie es auf die Art der Polemik in der Presse und auf die Angriffe hier auf dem Parteitage. Was das Geheimzirkular anlangt, so wiederhole auch ich: Es hat böllig ferngelegen, der Parteipresse irgendwelche Vorschriften zu machen oder sie zu zensurieren. Ein Teil der Presse hat sich gegen den Beschluß der Gauvorsteherkonferenz des Buchdruckerverbandes gewendet. (Dittmann: Nur gegen die Sprache dieses Beschlusses!) Der Beschluß liegt vor und nicht die Sprache. Der Beschluß ist von der Gauvorsteherkonferenz gefaßt worden. Alles, was Sie dagegen gesagt haben, richtet sich gegen die Organisationsleitung. (Dittmann: Das ist ja Unsinn!) Wenn Sie solchen Unsinn schreiben, dann ist das nicht meine Schuld. (Große Heiterkeit. — Dittmann: Ich meine Ihre Ausführungen.) Selbst der Gewerkschaftskongress lehnte es ab, irgendeine Entscheidung in dieser Sache zu treffen. Er erklärte, dritte Stellen haben sich in dieser kritischen und so heißen Angelegenheit des Urteiles zu enthalten bis die Organisationsinstanzen gesprochen haben. Es handelt sich tatsächlich um eine Angelegenheit, die für unsere gewerkschaftliche Aktionsfähigkeit und die Einheitslichkeit der Handlungen der einzelnen Organisationen, besonders des Buchdruckerverbandes,

von einschneidender Bedeutung sein wird. Glauben Sie, daß diese Gauvorsteherkonferenz in der Luft schwebt? Hinter ihr stehen die Mitglieder des Buchdruckerverbandes. Wenn man die Schwierigkeiten, in der die Organisation sich infolge dieses Konfliktes befindet, nicht kennt, dann soll man die Finger von solchen Schreiberereien lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Generalkommission hatte beschlossen, im Interesse der Gewerkschaften mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die Probengriffe vorzugehen. Ein großer Preßkonflikt wäre entstanden. War das praktisch angesichts der Reichstagswahlen? Darum hielt sich die Generalkommission für verpflichtet, entsprechend der Mannheimer Vereinbarung dem Parteivorstande von dieser Absicht Kenntnis zu geben. Sie übermittelte ihm das, was sie veröffentlichen wollte. Der Vorstand erklärte aber: „Lut es nicht!! Wir bekommen sonst einen Nieseniskandal. Wir glauben, wenn wir ein Zirkular an die Presse richten, dann wird die ganze Angelegenheit erledigt sein!“ Nun kommen einzelne Delegierte und machen dem Vorstand Vorwürfe, obgleich er in der besten Absicht gehandelt hat. Auch die Gewerkschaftspresse hat sich in der Frage des Buchdruckerstreiks große Zurückhaltung aufgelegt. Auch die „Holzarbeiter-Zeitung“ hatte nicht das Recht zu ihrem Urteil, weil auch ihr die Unterlagen fehlten. Wir wenden uns entschieden gegen die Art, mit der man gegen die Gauvorsteherkonferenz vorgeht, wie man den Verband angriff. (Dittmann: Nicht den Verband!) Die Gauvorsteherkonferenz ist die Instanz, die in der strittigen Frage zuerst zu entscheiden hatte. (Dittmann: Das ist aber nicht der Verband!) — Dann ist es ja kein Wunder, wenn solche Differenzen zustande kommen, wo derartige Redakteure in unseren Parteizeitungen sitzen, die nicht einmal mit den einfachsten Organisationsfragen vertraut sind. — Ich habe Ihnen in aller Kürze dargestellt, wie sich die Vorgänge vollzogen haben, aber Sie müssen gerade hiernach zu der Erkenntnis kommen, daß der Parteivorstand in diesem Falle entsprechend der Mannheimer Vereinbarung gehandelt und zweifellos den besten Willen gehabt hat, im Interesse der Partei zu handeln. Soweit ich die Tätigkeit des Parteivorstandes beurteilen kann, müssen wir ihm auf allen Gebieten dieses Zeugnis ausstellen, und es ist sehr unangebracht, in dieser Weise gegen den Parteivorstand zu operieren. (Lebhafte Beifall.)

Walther - Nürnberg: Im Parteibericht ist nur von drei Landtagswahlen in Bayern gesprochen. Die vierte Landtagswahl, die in Weihenburg, dürfte übersehen worden sein. In diesem rein agrarischen Wahlkreis ist unsere Stimmengahl von 328 auf 1300 gestiegen. (Bravo!) Daß unsere Aussichten für die bevorstehenden Gemeindevahlen in Bayern günstige sind, beweist auch eine Ersatzwahl zum Gemeindevorstand in Erlangen, wo unsere Stimmengahl von 160 auf 484 gestiegen ist. (Beifall.) Der Antrag von Berlin IV ist sicherlich ganz gut gemeint, und ich gebe ohne weiteres zu, daß er einen guten Kern enthält. Es ist aber nicht notwendig, jeden guten Gedanken, so wie er auftaucht, sofort zu einem Parteibeschlusse zu stampfen. Der Antrag selbst wird von uns längst praktisch durchgeführt. Es gibt aber bestimmte Formen der Agitation, die von diesem Antrag nicht getroffen werden, deshalb ist es nicht gut, ihn zum Beschluß zu erheben. Ich hätte gewünscht, daß der Antrag Frankfurt von Quard mit begründet worden wäre. Der Antrag kann nicht angenommen werden. Man müßte erst die Art der Ausführung kennen. Es bestehen doch in unseren Parteigeschäften ganz genau festgelegte Rechtsverhältnisse. In seiner jetzigen Form könnte der Antrag Mißtrauen erwecken. Die Vermehrung der Mitglieder des Parteivorstandes ist notwendig. Ich kann mich aber nicht entschließen, über das hinauszugehen, was der Parteivorstand selbst verlangt, und ihm ein viertel oder halbes Duzend neue Sekretäre aufzuhalsen. Das Handbuch über die Reichsversicherungs-

ordnung sollte nicht wieder so spät wie das über die Reichsfinanzreform erscheinen. Wir brauchen das Material außerordentlich gegenüber der demagogischen Agitation des Zentrums. Den Münchener Antrag auf Verbilligung der Broschüren unterstütze ich. In der Marokkofrage muß ich mich gegen die Auffassung von Lenß wenden, daß wir doch immer an aktuellen Fragen interessiert sind und insolge dessen derartige Zwischenhandlungen der „Leipziger Volkszeitung“ kommen könnten. Ich glaube, das darf nicht sein. Jede derartige Aktion würde sonst wirkungslos und unserem Protest der Eindruck genommen. Eine derartige Praxis darf nicht Mißbrauch werden.

Wels-Berlin: Die Ausführungen Legiens, die auf das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft hinausgehen, finden wohl den ungeteilten Beifall der ganzen Partei. Ich betone, es ist eine zwingende Notwendigkeit, daß in allen Bezirken des Reiches das Zusammenarbeiten, wie es uns hier als zwischen Parteivorstand und Generalkommission bestehend geschildert wird, eintreten möchte. So werden eine ganze Reihe schiefer, falscher Auffassungen und Zwistigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Nur dadurch kann man aber auch in gewerkschaftlichen Kreisen zur objektiven Kritik der Parteipresse kommen. (Sehr richtig!) Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ hat uns ja längst so sehr an seine Angriffe gewöhnt, daß sie kaum noch wirken. Der „Vorwärts“ hat sich beim Scherikskontflikt zurückhaltend benommen, und er fand den ungeteilten Beifall des größten Teiles der Berliner Gewerkschaftler. Er prüfte erst objektiv, mußte aber als Berliner Mann im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung Stellung nehmen, und er tat dies gerecht und unter Berücksichtigung all der großen Schwierigkeiten, die in dieser Frage namentlich der Buchdruckerorganisation erwachsen sind. Trotzdem ist auch der „Vorwärts“ mit anderen Blättern in einen Topf geworfen worden. Organisationserschütternde Kritik hat man gewiß nicht im „Vorwärts“ gefunden. (Beifall.) Dem Antrag 12 von Berlin bitte ich Ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen. Er zielt auf eine Landagitation, die sich die verwandtschaftlichen Beziehungen zunutze macht. Ich bin überzeugt, daß dieser Antrag sehr wohl der Beratung wert ist und in die Tat umgesetzt werden kann. Da er aber zur Verhandlung auf dem Parteitag selbst kaum geeignet ist, möchte ich Sie bitten, ihn dem Vorstand zur Prüfung und Beratung mit den Bezirkssekretären zu empfehlen. Genosse Lenß hat hier in seinen Angriffen gegen den Parteivorstand betont, daß er sich gegen die vom Parteivorstand geübte Unterbindung der Kritik wehren müsse. Ich habe die Ausführungen des Parteivorstandes lediglich so verstanden, daß er bestreut ist, den Krakeel in der Partei, der von gewisser Seite immer wieder angefangen wird, vielleicht aus Originalitätsstucht, vielleicht aus anderen Gründen zu verhindern. (Sehr richtig!) Dafür verdient der Vorstand nicht Tadel, sondern Unterstützung und Anerkennung des ganzen Parteitags. (Lebhaftes Bravo!) Wenn wir uns die politische Situation betrachten und die Kritik, die von Ledebour, Luxemburg und Zeitin an dem Parteivorstand geübt worden ist, dann müssen wir sagen, daß diese Kritik grundsätzlich ist und ganz gegen die Grundzüge aller Kritik verstoßt. Gewöhnlich übt man am sachkundigsten Kritik, wenn man das zu kritisierende abgeschlossen vor sich hat. Es sind heute vier Wochen verflossen seit den Vorwürfen der Genossin Luxemburg und es zeigt sich jetzt, daß der Parteivorstand alle die Dinge damals richtig aufgefaßt hat, daß er vor allem die Agitation einsehen und wirken ließ, die das Land in diesen Tagen in Leidenschaft brachte und die Bewegung über das ganze Land erstreckte. Diese Art der Agitation war die einzig richtige für Durchsetzung der Friedensidee im deutschen Volke. (Bravo!) Nach der Art und Weise, in der immer von der bestimmten Stelle (Heiterkeit) Kritik geübt wird

an allem, was geschieht (erneute Heiterkeit), macht diese Kritik auf mich absolut keinen Eindruck mehr. Ob Genossin Luxemburg oder Genosse Ledebour mit etwas einverstanden sind oder nicht, das ist mir schon längst ganz egal mit etwas einverstanden sind oder nicht, das ist mir schon längst ganz egal. Tätigkeitsdrang Ledebours in der Marokkofrage? Wir in Berlin, die doch so eng beieinander sind, wir hätten doch Gelegenheit gehabt, von Ihnen vorwärts geschoben zu werden. (Heiterkeit.) Wir haben aber nichts davon gespürt. (Schallendes Gelächter.) Als die Marokkofrage einsetzte, da haben wir, ehe wir zu großen Demonstrationen schritten — daß wir die auch machen können, haben wir wohl zur Zufriedenheit der ganzen deutschen Arbeiterschaft bewiesen! (Sehr wahr!) — da haben wir uns an Ledebour mit der Aufforderung gewandt, einer Manifestation von Organisations wegen den Schwung nach vorwärts zu geben. Er sollte auf der Verbands-Generalsversammlung von Groß-Berlin das Referat übernehmen. Darauf erhielten wir von ihm folgende aus der Erinnerung wiedergegebene schriftliche Antwort: „Ich kann das Referat nur unter der Bedingung übernehmen, daß ich an den Maßnahmen des Parteivorstandes Kritik üben kann. (Lachen.) Da Sie aber das voraussichtlich nicht wollen, schlage ich Ihnen den Genossen Lämmig vor, der die Verhältnisse kennt.“ (Rufe: Wohl und Bewegung.) Als Ledebour heute hier die Fahne der Empörung erhob und Ihnen klar machen wollte, daß durch die Versäumnisse des Parteivorstandes das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie vor dem Auslande empfindlichst geschädigt sei, da mußte ich mir so vergegenwärtigen, daß das der Mann ist, der in Berlin nur dann über Marokko sprechen wollte, wenn er den deutschen Parteivorstand herunterholen kann. (Große Heiterkeit, Hörl! hört! und Bewegung.) Die ganze Art der Kritik, wie sie da geübt wird, führt naturgemäß dazu, daß man ihr in der Partei immer weniger Gewicht beimißt. (Sehr richtig!) Ich lese da zum Beispiel in dem Begrüßungsartikel der „Leipziger Volkszeitung“, wie die Leute, denen wir die wissenschaftliche Führung der Proletariatsmassen fast der ganzen Welt zu verdanken haben, wie der Vorläufer des Marxismus, Kautsky, erbarmungslos ins alte Eisen geworfen wird (Hörl! Hörl!); da wird uns die Aufklärung, daß jetzt von der Theorie zur Praxis, von der Verteidigung zum Angriff übergegangen wird, und daß es kein Zufall sei, daß in der Abrüstungsdebatte die „Neue Zeit“ total verlage, wie es ebenfalls kein Zufall sei, daß sich als Verfasser des allgemeinen, als unzulänglich bezeichneten Flugblattes, das immer strenger verklagt werde, derselbe Kautsky herausstelle, der Leiter der „Neuen Zeit“. Solche Erscheinungen — sagt man vorichtig — seien Lebergangsepochen, und wer dies als Literatenkrakeel bezeichnen wolle, der verammle sich selbst den Weg zum Verständnis der Situation. (Hörl! hört! und Heiterkeit.) Also, wer nicht derselben Meinung ist, wie der Genosse Lenß, der wahrscheinlich der Verfasser dieses Artikels ist, der verammle sich selbst den Weg zum Verständnis politischer Situationen. Na, das Verständnis des Genossen Lenß berechtigt ja zu den schönsten Hoffnungen! (Große Heiterkeit und Beifall.)

Volkensbuhr (beim Betreten der Rednertribüne mit langanhaltendem, brausendem Beifall und Händeklatschen begrüßt): Ich danke für die freundliche Begrüßung, die Sie mir zuteil werden lassen, aber ich glaube, es geschieht wesentlich aus dem traurigen Grunde, daß ich jetzt eben ein Schwed Naher meines Lebens vollendet, wovon ich allerdings zwei Drittel im Dienste der Partei verlebt habe. (Stürmischer Beifall.) Aber zur Sache. Daß der Parteivorstand auf diesem Parteitage strenge kritisiert werden würde, war schon lange vorauszusehen; nicht deshalb, weil wir uns irgendeiner Schuld bewußt waren, sondern weil das Wetterleuchten vorher ging. Wir konnten

es der „Leipziger Volkszeitung“ gar nicht rechtmachen, was wir auch taten. Als das Pressebureau eine Bornotiz über die Tagesordnung des Parteitag veröffentlichte, gleich zeigte es sich, daß der Parteivorstand es verkehrt gemacht habe, es mußte etwas anderes sein. Man hätte nun glauben sollen, daß dieser Faden weiter gesponnen werden würde, aber da bekam die Genossin Lugemburg, die ja ein Teil einer Nation ist, die dem Internationalen Bureau angeschlossen ist, meinen Brief in die Hand. Das gab Gelegenheit zu neuen Angriffen. Der Vorwurf lautete: der Parteivorstand tut nichts! Wir gaben das Flugblatt heraus, und als es herauskam, da hatten wir wieder etwas Verkehrt's getan. (Lebhafte Heiterkeit.) Man konnte machen, was man wollte, es war immer verkehrt, immer nicht das, was die Genossin Lugemburg gewünscht hätte. Es ist ja das Recht jedes Genossen, Kritik zu üben, wie er will, und ich bin der letzte, der darüber einem Menschen Vorwürfe machen wollte; nur muß er sich gefallen lassen, daß man der Kritik eine Antikritik entgegensetzt. Ich will mich deshalb mit dem befassen, woran ich persönlich beteiligt bin. Genossin Lugemburg bekommt also den Brief, den ich an das Internationale Bureau geschrieben habe, in die Hand, und sie nimmt das zum Ausgangspunkt einer Kritik. Nun muß ich eins vorausschicken. Ich halte es immerhin für bedenklich, Briefe auszugeben als die ganze Meinung eines Menschen über irgendeine Frage. Briefe werden in der Regel nicht in der Weise geschrieben wie ein Artikel, wo man lediglich die ganze Sache behandelt, sondern jeder Brief wird geschrieben im Hinblick auf den Empfänger. (Sehr gut!) Und alles das, wovon man weiß, daß man mit dem Empfänger übereinstimmt, oder daß es ihm bekannte Tatsachen sind, übergeht man. Wenn man nun sagt, der Brief gebe die ganze Darstellung der Sache, dann muß das von vornherein ein schiefes Urteil werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Genossin Lugemburg konnte aber den Brief noch nicht so gebrauchen, wie er vorlag. Ich will höflich sein, sie mußte ihn korrigieren, und zwar nicht nur so, daß die beiden Sätze, die Nebel vortragen hat, nicht zum Abbruch kommen konnten, sondern es mußten auch noch Bestandteile von nicht untergeordneter Bedeutung beseitigt werden, nämlich das Datum. (Hört! hört!) Der Brief wurde geschrieben am 8. Juli, da möchte ich einmal die Artikel sehen, welche die Genossin Lugemburg und der Genosse Ledebour vor dem 9. Juli geschrieben haben. (Sehr richtig!) Am 8. Juli war die Marokkofrage eine ganz andere als vierzehn Tage später, und das geht ja auch aus dem Briefe von Guyhamars hervor, der ja auch den eigentümlichen Passus enthielt von einer Zusammenkunft sozialistischer Delegierter Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und selbst auch Englands. England war damals an der Marokkofrage noch nicht beteiligt. Aber erst durch seine Beteiligung wurde die Marokkofrage zu einer akuten Kriegsfrage für uns. (Sehr wahr!) Am 8. Juli dieses Jahres war die Marokkofrage für Spanien und Frankreich eine andere. Es war zu mehreren Konflikten zwischen Spanien und Frankreich in Marokko gekommen, und wenn damals die spanischen und französischen Genossen angingen, Demonstrationen zu machen, so ist das begreiflich, weil zu jener Zeit es so schien, als ob es zu einem sehr ernstlichen Konflikt zwischen Frankreich und Spanien kommen sollte. Das deutsche Kanonenboot „Ganther“ lag allerdings schon 8 Tage im Hafen von Agadir. Was es da wollte, war wenigstens offiziell nicht bekanntgegeben. Es hieß, es soll deutsche Bürger schützen. Zu diesem Zweck läuft ja manchmal ein deutsches Kriegsschiff in einen fremden Hafen ein. Wenn wir auch annehmen konnten, daß hinter der Aktion bereits ein erheblicher Teil der Kapitalisten stand, die Raubzüge ausführen wollen, so hatten wir wenige

keinen handgreiflichen Beweis, den wir als Grundlage einer Aktion benutzen konnten. Es waren lediglich Vermutungen, die wir aufstellen konnten. Später ist eine Aenderung eingetreten, die in bestimmter Form in die Öffentlichkeit trat, und zwar am 21. Juli, als Lloyd George seine bekannte Rede hielt. Das war für die Genossin Lugemburg das wunderbare Fressen (Heiterkeit), daß sie den Brief nicht vor dem 21. Juli, sondern drei Tage danach veröffentlichte, als die Situation eine ganz andere war. (Wha!) Das Datum des Briefes hat man ja vergessen, mitzuteilen (hört! hört!), es war natürlich nicht beabsichtigt, derartige Kleinigkeiten wegzulassen! Gerade das durch kriegt aber der Brief das eigenartige Aussehen, wodurch das Aussehen hervorgerufen wurde. (Sehr richtig!) Hätte man nicht geflissentlich das Datum weggelassen und geflissentlich „korrigiert“, wie ich noch einmal sagen will, dann wäre die Frage vielleicht doch auf der einen oder anderen Seite anders aufgefaßt worden. (Sehr richtig!) Nun wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir nach der oder jener Richtung hin verlagert hätten. Genossin Lugemburg sagt, der Brief kann nicht als vertraulich angesehen werden, denn Moldenbuhr schreibt selbst, daß er das, was im Briefe steht, auch in einer Versammlung gesagt hat. Natürlich, das habe ich auch, aber ich habe nicht nur das gesagt, was ich in dem Briefe schrieb, das ist nur ein Teil davon. (Hört! hört!) Ich kann hier nicht auf alles eingehen, ich sprach davon, daß man doch im Auslande nicht den ganzen Stand der Marokkofrage in Deutschland vor Augen habe. Meine Meinung bleibt, daß wenn wir unseren Gegnern Niederlagen bereiten wollen, es immer wieder darauf ankommt, die Sünden der inneren Politik in den Vordergrund zu schieben (Sehr richtig!) und mit unseren Grundfragen zu agitieren. Nun zur Frage der Teilnahme an den internationalen Kundgebungen. An einer allgemeinen Friedensdemonstration im Dezember 1910 zu London haben wir teilgenommen. Es ist uns ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß wir am 12. Juli an einer Demonstration in Paris, die von der französischen Partei veranstaltet war, nicht teilgenommen haben. Grumbach hat uns bereits erzählt, daß die betreffende Depesche vier Tage vorher abgesandt worden ist. An einem Sonntag, so daß sie eigentlich zur Kenntnis des Parteibureaus erst Montag morgens kam. (Zuruf: Das war noch Zeit genug!) Zwei von den vier Tagen waren also verfloßen. Am 12. Juli war aber die Frage noch nicht in dem Maße akut, weil ja erst die Einmischung Englands am 21. Juli den Konflikt akut machte. Als Ende Juli die Franzosen bei uns waren, da wurde dies zu der Demonstration in Berlin ausgenutzt, und wir nahmen in Paris an der Demonstration teil, weil die Gefahr brennend war, und deshalb ließen wir die sonst nötigen Rücksichten in den Hintergrund treten. Wir sagten uns, es kommt darauf an, daß das Ausland sieht, daß die deutsche Sozialdemokratie immer dabei ist, für den Frieden zu demonstrieren, wenn in Deutschland die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung besteht. Nach meiner Meinung haben wir gar nichts versäumt. Ob man früher oder später hätte beginnen sollen, darüber kann man ja verschiedener Auffassung sein. Ich will den Genossen gern das Recht geben, zu glauben, es hätte irgend etwas anderes geschehen können. Das eine möchte ich aber doch sagen, daß es meiner Meinung nach nicht ganz gehörig ist, wenn Briefe so ohne weiteres an die Öffentlichkeit kommen. (Lebhafte Zustimmung.) Es sind manchmal Anwendungen in Briefen, die nach einer anderen Seite hin beleidigend sein können. Es wird vielleicht einer abweichenden Meinung eine drastische Form gegeben, und unter Umständen kann die Veröffentlichung von Briefen die schlimmsten Folgen haben. (Sehr wahr!) Es ist bisher im Parteileben nicht Mißgeschick gewesen, daß derartige Briefe veröffentlicht worden sind. Wenn Genossin

Luzemburg sagt, es wäre die Pflicht des Parteivorstandes, derartige Briefe an die Öffentlichkeit zu bringen (Geiterzeit), dann wäre gerade ich derjenige, der solche Taktik auf das heftigste bekämpfen würde. Wollten wir alle unsere Ein- und Ausgänge veröffentlichen, dann würde unsere ganze Tätigkeit lahmgelegt. (Sehr wahr!) Allerdings Leute, die nur recht viel Krakeel machen wollen, würden in solchen Briefen immer nur ein gefundenes Fressen haben. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Stubbe-Hamburg: Zu der Aktion in der Marokkoangelegenheit will ich nur bemerken, daß der Parteivorstand hätte früher aufstehen sollen. Hätte die Marokkofrage in den letzten Wochen sich auf das Äußerste zugespitzt, dann wäre auch das Urteil über den Parteivorstand anders ausgefallen. Die inneren Einrichtungen des Parteibureaus sowie die Zusammensetzung des Parteivorstandes müssen so gestaltet werden, daß Fehler verhütet und eine gründliche Verbesserung gewährleistet werde. Sie werden sich erinnern, daß bereits im vorigen Jahre angeregt wurde, die Zahl der Parteisekretäre zu vermehren, nicht etwa deshalb, damit sie im Parteibureau unbeschäftigt sitzen, sondern weil die vermehrte Arbeit eine Vermehrung der Arbeitskräfte notwendig macht. Oder will man vielleicht bestreiten, daß die Arbeit auf dem Bureau sich nicht vermehrt hat? Der Vorstand hat sich mit der Anstellung von Hilfskräften geholfen. Das halte ich nicht für richtig. Wir haben nicht ein kaufmännisches Bureau, sondern in unserem Bureau sind die Arbeiten für eine kämpfende Partei zu erledigen, die zuverlässige Genossen erfordern. Wenn ich auch gegen die Zuverlässigkeit der Hilfskräfte nichts sagen will, so ist es aber doch ein Unterschied, ob auf dem Bureau junge Hilfskräfte oder von uns gewählte Sekretäre vorhanden sind. Durch Vermehrung der Arbeit hat auch eine Teilung der Arbeit eintreten müssen, so daß ein Sekretär die Arbeit des anderen nicht mehr übersehen kann. Das Amt des Vorsitzenden ist bis jetzt ehrenamtlich verwaltet worden, und wir sind wohl alle überzeugt, daß die bisherigen Vorsitzenden ihr Möglichstes getan haben. Die Geschäfte sind aber so gewachsen, daß das Amt des Vorsitzenden ehrenamtlich nicht mehr ausgeführt werden kann. Es handelt sich nicht nur um die Leitung der Sitzungen, sondern einer der beiden Vorsitzenden muß die Fäden des ganzen Parteibetriebes in der Hand haben. Im Nebenamt ist das nicht möglich. Nicht mit Schreibwerk soll der Vorsitzende auf dem Bureau beschäftigt werden, sondern er muß leitende Person sein, die zur gegebenen Zeit auch anregend wirken kann. Zur Erledigung dieser inneren Verwaltungsangelegenheiten und Ergänzung des Vorstandes hätte der Parteivorstand sich mit den Bezirkssekretären in Verbindung setzen sollen; das wäre um so mehr seine Pflicht gewesen, als die Kontrollkommission geglaubt hat, für die ihr statutenmäßig zustehende Ergänzung des Parteivorstandes nicht sorgen zu sollen. Da wäre es doppelte Pflicht gewesen, mit den Parteisekretären diese Frage zu beraten und nicht, wie es geschieht, die Angelegenheit unvorbereitet an den Parteitag zu bringen. Das halte ich für einen großen Fehler, denn die Aktionsfähigkeit hängt von der richtigen Besetzung des Parteivorstandes ab. Es ist erfreulich, daß der Parteivorstand erklärt hat, sich gegen die Vermehrung der Sekretäre nicht mehr zu wollen, im vorigen Jahre hat er sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, trotzdem im vorigen Jahre die Verhältnisse schon ebenso lagen wie heute und die Sekretäre zu sehr belastet waren. Deshalb wäre es Pflicht gewesen, frühzeitig für die Vermehrung Sorge zu tragen, damit wir bei den kommenden Reichstagswahlen es nicht mit neuen, sondern mit eingearbeiteten Sekretären im Bureau zu tun haben.

Der hier auch schon erwähnte Antrag auf eine Herstellung billiger Broschüren ist wohl allen Anwesenden sympathisch, und sicherlich kann auch

auf diesem Wege manches getan werden. Der Vorstand wird ja in der Lage sein, anzugeben, daß viele billige Broschüren in der letzten Zeit herausgegeben sind. Mir scheint aber, daß der systematische Aufbau zur Weiterbildung dabei gefehlt hat. Wir werden deshalb diesem Antrage zustimmen, in erster Linie bitten wir Sie aber, dafür zu sorgen, daß das Parteibureau aktionsfähig wird.

Dikmann-Ganau: Der Parteivorstand hat uns ein erfreuliches Bild über die Entwicklung unserer Bewegung im Lande entrollt. Das nehmen wir gern entgegen. Wir wollen auch unsere ganze Kraft einsetzen, um die erste Million organisierter Arbeiter im nächsten Jahre zu erreichen. Wir müssen aber auch die Frage entscheiden, ob der Parteivorstand in der Marokkofrage auf dem Posten war. Nun ist gesagt worden, wir hätten selbst Demonstrationen veranstalten und nicht erst auf einen Aufruf der Zentrale warten sollen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß bei unserer ganzen Organisation die Massen allmählich dahin gebracht werden, daß sie darauf warten, daß von der Zentrale die Auf kommt. Eine allgemeine Massenaktion hat natürlich auch eine ganz andere Wirkung, wenn sie auf der ganzen Linie einheitlich ist, als wenn sie in Bruchstücken ihren Ausguß findet, heute hier, morgen dort. Wenn die Einheitlichkeit fehlt, dann verpufft die Aktion. Denken wir an die Erfahrungen, die wir mit unserer Aktion gegen die Reichsversicherungsgesetzgebung gemacht haben. Gerade dort haben wir die Höhe der Aktion nicht im wünschenswerten Maße erreicht. Es wird noch Gelegenheit sein, bei dem besonderen Punkte der Tagesordnung darüber zu sprechen.

Selbstverständlich müssen wir in solchen Fragen voraussetzen, daß die Zentrale zu gegebener Zeit im richtigen Moment zur Aktion aufruft, und wir haben dann dafür zu sorgen, daß im Lande der nötige Nachdruck dahinter gesetzt wird. Heute sind wir uns zweifellos über die Bedeutung des Marokkonfliktes einig. Einer meiner Vorredner hat gesagt, die Verhältnisse auf dem Lande haben den Sähen des Briefes von Rellensbuhr recht gegeben, daß die Gegner den Marokkorummel dazu benutzen würden, um in ihrem Sinne den Wahlkampf einzuleiten. Das stimmt. Nicht nur die Blätter der Alldeutschen gehen in dieser Weise vor, sondern wir können das bis tief in die sogenannten liberalen Kreise hinein seit einer Reihe von Wochen und Monaten beobachten. Aber da entsteht doch die Frage: Was machen wir? Sollen wir Gemoehr bei Fuß stehen? Glauben wir, wenn unsere Gegner die Aufmerksamkeit der Massen von den Zuständen der inneren Politik ablenken, um eine ähnliche Stimmung zu erzeugen, wie 1907, daß wir dann dadurch, daß wir Gemoehr bei Fuß stehen, die Situation in unserem Sinne gestalten können? O nein! Noch immer ist die beste Waffe der Sieg. Es herrscht wohl kein Zweifel darüber, daß keine Frage der letzten Jahre, weder die Reichsversicherungsgesetzgebung noch die Steuervorlagen noch selbst die Wahlrechtsfragen, die Massen mehr aufgeweckt hat, als die Marokkofrage. Das beweisen uns alle Versammlungen. Mögen die Gegner in dieser Form weiter den Wahlkampf vorbereiten, wir haben keine Ursache, ihn zu fürchten. Wenn wir über den Marokkonflikt sprechen, dann müssen wir die Affäre natürlich im Zusammenhange mit den gesamten Verhältnissen erörtern, so auch der innerpolitischen Situation. 1907 der Kolonialschwindel, dann folgten die neuen Steuern! Heute sind die Massen längst aufgeweckt und wenn die Gegner dieselbe Stimmung wie 1907 zu erzeugen suchen, dann werden sie sich ganz gewaltig täuschen. (Sehr richtig!) Der Streit darüber, ob rechtzeitig eingegriffen ist, ist jetzt wohl genügend erörtert worden und Bebel hat ja selbst gesagt, daß der Parteivorstand bereit ist, sich vorwärts schieben zu lassen.

Müller hat heute morgen das Geheimzirkular erwähnt und treffend auf der Gegenseite gedacht, indem er einige Sätze aus dem „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker verlesen hat. Wenn Parität beim Geheimzirkular gehalten worden, dann wäre sicherlich die Aufregung in keiner Weise vorhanden gewesen. (Sehr richtig!) Wäre das, was Müller heute morgen gründlich hinzufügte, bereits im Zirkular enthalten gewesen, dann wäre nach meiner Meinung ein großer Teil der Aufregung nicht entstanden. (Sehr wahr!) Es wird wohl von keiner Seite bestritten werden, daß wir besonders nach dem Beschluß von Mannheim alles daransehen müssen, das einträchtigliche Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft zu fördern. Es wird hüben und drüben einmal über die Hut schnur gehauen, und der Stimmen sind bekanntlich nicht wenige, daß das auch im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission mal vorgekommen ist. Wenn man also glaubte, eine Mahnung an die Parteiredaktionen zu richten, dann hätte man in der Mahnung auch der anderen Seite gedenken müssen. Wir sind einig, das Zusammenarbeiten zu fördern, und am allermeisten in der Zeit, in der wir uns jetzt befinden. (Sehr wahr!) Im „Korrespondent“ der Buchdrucker heißt es in einem Hinweis auf die verschiedensten Parteiblätter: „Man brachte zum Ausdruck, daß diese Parteiblätter stets angeben, Arbeiterinteressen zu vertreten, aber ihr ganzes Sinnen und Trachten gehe darauf hinaus, gegen die Buchdrucker und deren Verband Stellung zu nehmen und sie in oft wahrhaftigster Weise anzupöbeln, gerade wie es der „Gutenbergsbund“ (christlich-jesuitische Buchdrucker-Gewerkschaft. Red. der B. A.) und sein Anhang tut.“ Wenn gesagt wird, man mache den Gewerkschaften keine Schwierigkeiten, dann müssen wir auch verlangen, daß der Partei in dem bevorstehenden Wahlkampf keine unnötigen Schwierigkeiten bereitet werden. (Sehr richtig!) Wenn wir das tun, und wenn dabei selbstverständlich auch die sachliche Kritik nicht gehindert wird, dann wird das der gesamten Arbeiterbewegung zum Vorteil gereichen. Wenn aus dem Geheimzirkular nach den mündlichen Darlegungen von Müller dieser Schluß allerseits gezogen wird, dann wird daraus wenigstens das eine Gute entstanden sein. Der Wahlkampf wie die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Zukunft zwingen uns, noch gemeinsamer und geschlossener und enger verbrüderter als bisher die Kämpfe zu führen. (Sehr wichtig!) Das müssen wir auf allen Seiten jeden Augenblick im Auge behalten, und je mehr wir das beachten und je selbstverständlicher wir das von der Parteiorganisation sowie auch von der letzten Gewerkschaft finden, um so besser für die gesamte Arbeiterbewegung. In diesem Sinne wollen wir tätig sein. (Bravo!)

Die Debatte wird verlag.

Ueber den Antrag 55 (Bremen) liegt ein genügender unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

Vorsitzender Dieß: Genosse Mollenhuth vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich ihm die herzlichsten Glückwünsche des Parteitages übermittle. (Lebhafter Beifall.)

Mollenhuth: Meinen besten Dank für die Glückwünsche. Ich habe mein ganzes Leben, solange ich selbständig bin, im Dienste der Partei zugebracht. Ich befürchte nur, daß in Zukunft die Kräfte manchmal nicht mehr ausreichen werden, aber alle meine Kräfte werde ich demselben Dienst widmen, dem ich sie bisher gewidmet habe. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 12. September 1911. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Dieß eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr. Einige Begrüßungs-telegramme werden zur Verlesung gebracht.

Dann wird in der Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgefahren.

Dr. Laufenberg-Hamburg begründet den Antrag 18. Der Antrag wünscht, daß mit der Bekanntmachung der Tagesordnung zum Parteitag zugleich auch der Bericht des Parteivorstandes veröffentlicht wird. Ich glaube ja kaum, daß der Parteitag den Antrag annehmen wird, aber ich möchte im Interesse zumal derjenigen Orte, die stets frühzeitig mit den Beratungen zum Parteitag beginnen müssen, den Parteivorstand ersuchen, den Antrag in wohlwollende Ermöglichung zu ziehen. (Pfanntuch: Das geschieht immer!)

Nun zum sogenannten Geheimzirkular. Man versteht wohl, wenn in den Kreisen der Angestellten der Gewerkschaften Empfindlichkeit herrscht, wenn sie in dieser oder jener Frage, die ihnen vielleicht in den eigenen Reihen Schwierigkeiten macht, angegriffen werden. Aber es darf nicht verkannt werden, daß wir uns in einer Zeit großer wirtschaftlicher und damit auch organisatorischer Umwälzungen befinden. Da ist es unbedingt notwendig, daß die Parteipresse sich über die abweichenden Fragen äußert und ebenso die Gewerkschaftspresse. Dieses Recht dürfen wir unter keinen Umständen verkümmern lassen. Speziell gegenüber möchte ich bemerken, daß unter allen Umständen das Recht der Presse aufrecht erhalten werden muß, sich zur Sache, den Personen und ihren Beschüssen zu äußern. Wenn nun die Ausführungen des Solinger Blattes angegriffen worden sind, so hätte auch ich gewünscht, daß dessen Redaktion eine andere Form des Ausdrucks gefunden hätte. Aber es darf doch auch nicht verkannt werden, daß die Stellung zur Tariffrage, wie sie die Gausortreferenten der Buchdrucker eingenommen, im Westen seit langen Jahren seitens der christlichen und kirchlich-Dunkerschen Gewerkschaften zur Begründung der eigenen Daseinsberechtigung dient. Wenn nun der Parteivorstand glaubte, in diesem Falle eine väterliche Ermahnung an die Presse richten zu sollen, so glaube ich kaum, daß sie in Anbetracht der Umstände viel gefruchtet hat. Vor allem muß bei derartigen Ermahnungen die volle Parität gewahrt werden. Ich hoffe, daß auch die Vertreter der Generalkommission die Erkenntnis mit nach Hause nehmen, daß es notwendig ist, in dieser Weise zu verfahren, und nicht so, wie es der Parteivorstand getan hat.

Nun ist berührt worden, neben der Marokkoangelegenheit einen speziellen Fall Luxemburg zu konstruieren. Zweifellos hat sich die Genossin Luxemburg eine Indiskretion zuschulden kommen lassen, und Indiskretionen machen nach außen niemals einen hübschen Eindruck. Aber es handelt sich hier nicht allein darum, was sie, sondern mehr darum, was der Parteivorstand getan hat. Die Ausführungen des Genossen Bebel haben trotz ihrer geschickten oratorischen Einleitung auf mich in einem Punkte einen peinlichen Eindruck gemacht. In demselben Augenblick, wo Bebel der Genossin Luxemburg Indiskretion vorwarf, hat er selbst über interne Vorgänge im Internationalen Bureau Mitteilung gemacht. (Lachen.) Es wäre dem Eindruck der Bebel'schen Ausführungen dienlicher gewesen, wenn dies unterblieben wäre. War nun das Vorgehen der Genossin Luxemburg notwendig? Sie hat in Bebel selbst einen Eideshelfer gefunden, allerdings nicht in dem Bebel von gestern, sondern in dem Bebel vom letzten Sonntag. Ich erinnere an seinen

Hinweis auf die große und steigende Teuerung, seine Ausführungen über die Klüftungen, die kommenden Steuerborlagen, den Imperialismus, an seinen Hinweis, daß sich die Dinge so zugespielt haben, daß sie nur in einem allgemeinen Zusammenbruch erden können. Diese Ausführungen waren sichtlich die schärfste Zurechtweisung des Parteivorstandes in der Marokkofrage. (Widerpruch.) Mich freut das Eingeständnis Bebel's, daß er selbst den Vorstand geschüttelt haben würde, wenn er nicht dessen Kollege wäre. Wenn nun Genosse Wels Arm in Arm mit Robert Schmidt das Jahrhundert in die Schranken fordert und wie die personifizierte Ueberzeugung Groß-Berlins nicht dick genug in die Backen blasen konnte, weil alles sich so herrlich erfüllt habe, während doch Bebel selbst den Parteivorstand sächlich preisgab (lebhafter Widerspruch), so ist man versucht zu sagen, der Himmel bewahre den Parteivorstand vor solchen Freunden und die Berliner Genossen vor solchem Vorkühler. (Unruhe.) Die Frage der afrikanischen Höfen ist doch nicht jungen Datums; als die Entsendung des Kriegsschiffs nach Agadir erfolgte, mußte der Parteivorstand handeln. An der ganzen Entwicklung ist aber nicht allein der Parteivorstand schuld, sondern in gleichem Maße die Partei selbst. Wir müssen alles tun, um den Parteivorstand wieder aktionsfähiger zu machen. Darum stimme ich der Anregung Süßheims zu, zunächst eine Revisionskommission einzusetzen, die eventuell dem nächsten Parteitag Vorlagen macht. Ferner muß der Parteivorstand um mindestens zwei Sekretäre verstärkt werden. Auch einen besoldeten zweiten Vorsitzenden halte ich für notwendig. Wie immer die nächsten Wahlen ausfallen, auf jeden Fall wird die Partei in einer kritischen politischen Situation stehen. Darum müssen wir dafür sorgen, daß die Partei in diesem Augenblicke schlagfertig ist. Schlagfertigkeit der Partei aber ist in erster Linie Schlagfertigkeit des Parteivorstandes. (Beifall.)

Vorsitzender Diez teilt mit, daß Antrag 73 eingegangen ist.

Richard Fischer-Berlin: Als ich gestern all die großen Männer auf jener Seite da (auf die Seite zeigend, wo die Genossen sitzen, die gestern gegen den Parteivorstand gesprochen haben) ihr Scheiteln hier heraufschleppen sah zu dem Scheiterhaufen, auf dem der Parteivorstand verbrannt werden soll, da fiel mir die bekannte Geschichte von den Regern ein, die ihren hölzernen Götzen immer prügeln, wenn er ihre Bitte um den nötigen Regen nicht erfüllt. (Heiterkeit.) Aber die Regier haben wenigstens den Vorzug, daß sie wissen, warum sie ihren Götzen prügeln. (Sehr gut!) Ich habe gestern in all den Reden nicht eine einzige Tatsache anführen gehört, die das Kesseltreiben gegen den Parteivorstand rechtfertigt. (Zustimmung und Widerspruch.) Freilich eine Wendung ist gefallen, die darüber vielleicht Klarheit gibt. Dittmann hat ja mit bekannter diplomatischer Schläuheit (Heiterkeit) einen Zipfel von dem Mantel abgehoben, unter dem die eigentlichen Motive verborgen sind. Er sprach von dem Parteivorstand „in seiner jetzigen Zusammensetzung“. (Hört! hört!) Also, nicht was der Parteivorstand getan oder nicht getan hat, ist maßgebend, sondern seine Zusammensetzung. (Heiterkeit und Unruhe.) Es soll ein Parteivorstand zusammengesetzt werden von Dittmanns Gnaden. (Heiterkeit. Sehr gut! Große Unruhe!) Ich gratuliere der Partei. (Hoch: Das ist sächlich!) Mein lieber Hoch, ich kann ja begreifen, daß Ihnen das unangenehm ist, ich sage es aber. (Erneute große Unruhe und Heiterkeit.) Genossin Lugemburg hat freilich gestern nachmittag gemeint, ein Bild so vollendeter Hilflosigkeit wie Müller gestern am Schluß seiner Ausführungen gegeben habe, habe sie noch nie gesehen. Ihre bekannte Bescheidenheit (Heiterkeit) war es jedenfalls, die sie verhindert hat zu sagen und zu sehen, daß sie selbst in der Tat ein Bild vollendeter Hilflosigkeit

an dem Tage gegeben hat, wo sie den Artikel von Kautsky zu Gesicht gekriegt hat (Heiterkeit und Unruhe), gegen den sie dann nur das hilflose Gestotter loslassen konnte: „Ja, wenn ich gewußt hätte, daß es Kautsky war, dann hätte ich die Finger davon gelassen.“ (Sehr gut! und große Unruhe.) Und auch gestern nachmittag, als sie aus der Misfretung Bebel's abermals sah, daß sie wieder daneben geraten hatte, sah sie nicht wie Salome aus, die triumphierend das Haupt Johannes brachte (Heiterkeit), was sie vor sich sah, war nicht der Kopf Mollenbuhrs. (Große Heiterkeit.) Nun haben freilich ihre Freunde alles getan, um den Vorwurf der Indiskretion und der Unwahrheit wegzuwischen. Es war bloß eine „kleine“ Indiskretion, hat uns Lensch gesagt, die Indiskretion war notwendig und gerechtfertigt, meint Laufenberg. Aber das ist ja gerade das Gefährliche jeder Indiskretion, daß sie den anderen zwingt, mehr zu sagen, mehr zu enthüllen, als er vielleicht beabsichtigt hatte. (Sehr richtig!) Wer hatte denn ein ganz besonderes Interesse, das Wie und Was zu erfahren, das der Parteivorstand, das Internationale Sekretariat im Namen der internationalen Arbeiterchaft gegen den Krieg plane. (Sehr gut!) Ich glaube nicht, daß das die — Partei trat. (Zuruf: Unsere Feinde!)

Es war auch nur eine „kleine“ Unwahrheit, sagt die Genossin Zetkin in bezug auf die Entstellung der Mollenbuhrschen Darlegungen in der „Leipziger Volkszeitung“. Genossin Lugemburg soll „nicht schlechtweg“ die Privatmeinung Mollenbuhrs, die er ausbrüchlich als solche bezeichnete, als Meinung des Parteivorstandes hingestellt haben. Ja, wenn man bei Feststellung der Wahrheit so subtile Unterscheidungen machen muß, wie schlecht hin, schlechtweg und dergleichen, dann stinkt es gewöhnlich in der Geschäftstube. (Große Heiterkeit!)

Man kann ja gewiß über die Frage geteilter Meinung sein, ob der Parteivorstand nicht besser getan hätte, seine Aufforderung an die Parteigenossen zu Demonstrationen früher zu erlassen. Aber zweierlei müssen wir uns da fragen: Ist etwas verjäumt worden, und was? Und da möchte ich Tatsachen hören und nicht bloß Redensarten, wie bis jetzt. Wer hat denn all die radikalen Jeremiaffe verhindert, ohne den Parteivorstand mit ihren Genossen am Ort solche Demonstrationen zu veranstalten? (Sehr gut!) Seit wann ist denn der Parteivorstand der Leitstamm, hinter dem die Partei hermarschiert; wenn er nicht vorausläuft, laufen wir nicht nach! Das ist die Auffassung, die Sie vertreten. Am 2. Juli hat der „Panther“ vor Agadir Stellung genommen und bereits am 4. Juli hat der „Vormärz“ an hervorragender Stelle in hervorragender Schrift aufgerufen, zum Protest gegen den Imperialismus, gegen das Treiben der Chaubinisten, zur Zeugnisablegung für die Freiheit und den Frieden, für die internationale Solidarität, gegen kapitalistische Völkerverhetzung und gegen koloniale Raubpolitik. Bloß das Wörtchen „Parteivorstand“ steht nicht unter dem Aufruf. (Pfannkuch: Aber im Einverständnis mit dem Parteivorstand!) Ja selbstverständlich im Einverständnis mit dem Parteivorstand hat das Zentralorgan diese Aufforderung am 4. Juli, also zwei Tage nach der Agadiraffäre, erlassen. Wem es also um machtvolle Demonstrationen gegen den Krieg zu tun war, gegen diese Raubpolitik, der hatte Gelegenheit, sie vom 4. Juli ab zu machen. Wem es aber nur um Parteikrafte zu tun war, der konnte wieder die Schlafmütze über den Kopf ziehen und warten, bis die Posaune des Parteivorstandes ihn erweckt. (Heiterkeit und Unruhe.) Man muß die Sachen chronologisch betrachten, dann fällt der ganze Vorwurf zusammen. Lebebour hat allerdings gestern in Anwesenheit des Parteivorstandes mit dem besseren Teil der Tapferkeit seinen Angriff auf den Parteivorstand auf die sittliche

Entrüstung über die Verschiebung der internationalen Konferenz beschränkt. Ich möchte gegenüber der Behauptung Laufenbergs zunächst feststellen, daß in dieser Frage Vebel in eigener Sache gesprochen hatte, solidarisch mit dem Parteivorstand, und nicht zur Verteidigung anderer Parteivorstandsmitglieder, wie Laufenberg es hinstellt. (Sehr richtig!) Also Ledebour erhebt den Vorwurf, daß die bekannte Konferenz nicht sofort an dem von den Anregern bestimmten Tage stattfand. Da ist doch die erste Frage die: sind denn die Gründe, die den Parteivorstand und den Genossen Vebel dazu geführt haben, die Konferenz hinausschieben zu lassen, nicht durch die Entwicklung der Dinge, durch die Tatsachen gerechtfertigt worden? Wenn man diese Frage stellt, ist sie natürlich auch schon beantwortet. Ledebour nennt freilich im Widerspruch mit der Wahrheit die Hinausschiebung jener Konferenz ein „Durchkreuzen der internationalen Verständigungsaktion“. In dem Artikel des „Volksblatts für Halle“ hat er mindestens ein halbes Duzend mal diese Wendung wiederholt. An einer Stelle sagt er sogar, der Parteivorstand habe die internationale Verständigungsaktion zum Scheitern gebracht. (Zuruf: Stimmt auch!) Er erweckt also die Vorstellung, der Parteivorstand sei Gegner einer internationalen Verständigung des Proletariats aller Länder, denn sonst hat es doch keinen Sinn, zu sagen, man habe die Verständigungsaktion durchkreuzt, man habe sie zum Scheitern gebracht. Dann erhebt er den Vorwurf, der Parteivorstand habe das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie geschädigt, der Parteivorstand wolle oder wage nicht, die internationalen Verpflichtungen zu übernehmen. Wenn dieser Vorwurf wahr ist, dann her mit den Beweisen und weg mit einem Parteivorstand, der so feige ist, daß er die internationalen Verpflichtungen nicht zu erfüllen wagt, oder so hinterlistig, daß er sie nicht erfüllen will. Hat man aber keine Beweise für solche ungeheuerlichen Vorwürfe, die tatsächlich das Ansehen der Partei schädigen, dann soll man mit solchem Geschwätz vom Parteitag wegbleiben. (Unruhe.) Der Parteitag hat das Recht, sich zu verbitten, daß persönliche Geschäftigkeit und persönliche Wichtigerei hinter solche geschwollenen Redensarten (große Unruhe und Zustimmung, in der der Schluß dieses Satzes untergeht). Was wollte denn eigentlich Ledebour? Er sagt in seinem Artikel, eine „wirksame Aktion“ werde nur möglich sein, wenn sie gleichzeitig und in gleichen Formen in allen beteiligten Ländern erfolgt. Gleichzeitig, in gleichen Formen in allen beteiligten Ländern! Wenn wir uns da nicht gegenseitig anklagen wollen, so ist das doch nichts anderes als das bekannte Getue von der gemeinsamen Anwendung des internationalen Generalstreiks beim Ausbruch eines Krieges, wogegen sich die deutsche Sozialdemokratie in Stuttgart und jüngst wieder in Kopenhagen gewandt hat. (Ledebour: Nein!) Die Protokolle darüber sind zur Hand. (Ledebour: Unwahr!) Und Ledebour selbst, der es als ein Durchkreuzen der internationalen Verständigungsaktion bezeichnet, wenn nicht an einem bestimmten Tage die Konferenz zusammentritt, schreibt in dem genannten Artikel, daß der internationale Kongreß in Kopenhagen erst jüngst wieder gezeigt habe, wie weit darüber die Meinungen auseinandergehen. „Wir können erst an eine internationale Aktion gegen den Krieg herantreten, wenn der gesamte politische Kampf der sozialistischen Parteien von dem nämlichen Grundgedanken beseelt ist.“ Erst dann kann man an die Aktion herantreten, die der Parteivorstand jetzt schon gefährdet und zum Scheitern gebracht hat, weil er nicht auf eine bestimmte Stunde die Konferenz einberufen hat. (Ledebour: Lächerlich!) Ja, genau, das ist lächerlich. (Heiterkeit.) Das ist ja meine Auffassung über das geschwollene Getue, hinter dem nichts steckt. (Lebhafter Beifall und große Unruhe.)

Ed. Bernstein-Teltow-Beckow: Von Ledebour ist der englische Genosse MacDonald als Nationalist hingestellt worden. Er habe seine nationalisistische Rede mit der Untätigkeit der deutschen Sozialdemokratie in der Kriegssache verteidigt. MacDonald ist nicht mehr Nationalist als der Genosse Gumbman, der jüngst in so scharfen Worten Befürchtungen aus sprach, die man in England wegen der deutschen Flottenrüstungen hat. Wie damals gegen Gumbman, so sind jetzt auch die Vorwürfe gegen MacDonald im höchsten Grade ungerichtet. Man darf die Schwierigkeit der Situation nicht übersehen, in welcher MacDonald sprach. Er mag das rechte Wort in dieser Situation nicht gefunden haben, aber im „Vorwärts“ ist er in maßlos übertriebener Weise angegriffen worden — allerdings, wie ich ausdrücklich hinzufügen will, nicht von der Redaktion, sondern von ihrem Londoner Korrespondenten. Ein Teil der ausländischen Korrespondenten gerade unserer großen Parteiblätter scheint ihre Aufgabe zu verkennen. Statt objektive Berichte zu geben, beschimpfen sie die auswärtigen Parteien. Darüber wird vielleicht noch an anderer Stelle zu sprechen sein. MacDonald hatte gesagt, die deutsche Partei habe nichts getan, aber er hat ihr keine Vorwürfe gemacht und den Ausruf des deutschen Parteivorstandes, der erst kurz vor Redaktionschluß bei der „Socialist Review“ eintraf, hat er sofort noch in der gleichen Nummer abgedruckt.

Bei dem Geschrei gegen den Parteivorstand ward ich lebhaft an den Hirzenjungen erinnert, der so oft Wolf, Wolf rief, daß ihm niemand mehr glaube, als wirklich der Wolf kam. Der Vorstand einer großen Partei darf erst eine Entscheidung treffen, wenn die Situation klar daliegt und nicht auf bloße Gerüchte hin. Zwei Tage, nachdem Mollenbuhr den angefeindeten Brief schrieb, schrieb auch Eduard Vaillant aus Paris: „Andererseits ist die Gefahr nicht so unmittelbar, daß diese Einberufung ohne Bestätigung der nationalen Parteien stattfinden müßte.“ Also eine nahe Gefahr lag in jenem Moment nicht vor, und dann ist es auch ein Unterschied, ob man Vorstand einer Dreimilionspartei ist oder einer kleinen Partei ohne Einfluß. Mit dem, was der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei tut, übernimmt er eine große Verantwortung, was aber Leute tun, die Führer einer kleinen Partei sind, ist für ihr Land nur von geringer Bedeutung, und ich verstehe, daß Leute an der Spitze solcher kleinen Parteien das Bedürfnis haben, so oft wie möglich internationale Konferenzen zusammenzuberufen — sie werden moralisch dadurch gehoben. Aber Parteien, die eine wirkliche Macht hinter sich haben und deshalb eine ganz andere Verantwortung tragen, haben jenes Bedürfnis nicht. Die müssen sehen, in dem Moment zu handeln, wo die Sache klar ist. Und noch eins. Der Krieg kommt heute so schnell nicht, wenn er überhaupt kommt. Die Gefahr liegt meiner Ansicht nach weniger im Krieg — davor haben alle Regierungen Furcht —, die Gefahr liegt in der Kriegsbege und in ihrer Rückwirkung auf die innere Politik der verschiedenen Länder, und gerade, weil die Gefahr in der ganzen weltpolitischen Situation liegt, mußte auch der richtige Moment für die internationale Aktion des Proletariats gewählt werden. Nach der Richtung hin sind also die Vorwürfe durchaus unbegründet und keine auswärtige Partei tadelt die deutsche Sozialdemokratie deshalb, weil sie, als die Landung bei Agadir bekannt wurde, nicht schon für den nächsten Tag die Konferenz zusammenberufen hat. Aber wenn etwas die deutsche Partei im Auslande unbeliebt machen kann, so sind es die gefälligen Kritiken, die von einer ganzen Anzahl unserer Korrespondenten gegen die Bruderparteien geübt werden, und ich will hoffen, daß diesem Unfug endlich ein Ende gemacht wird. (Beifall.)

Bischhoff-Altona: Die Parteigenossen im 8. und 10. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis waren allgemein der Meinung, daß der Parteivorstand nicht rechtzeitig auf den Plan getreten ist. Nach den Ausführungen von Nebel und Mollenbuhr kann man allerdings eine andere Ansicht erlangen. Der Antrag 14 zielt darauf ab, in unserem Organisationsstatut den Absatz des § 7 zu streichen, wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll möglichst eine Genossin darunter sein. Wir haben nicht die Absicht, den Genossinnen die Erlangung eines Mandats zu erschweren, aber es ist undemokratisch, für einen Teil der Mitglieder besondere Bestimmungen zu schaffen. Die Genossinnen, die sich regt an der Entwicklung der Partei beteiligen, kommen ohnedies in den Vordergrund und haben dadurch die Gelegenheit, ein Mandat zu erlangen. Wir haben den besten Beweis dafür in unserer Kreise. Wir haben schon jetzt zwei Genossinnen gewählt und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß einmal noch mehr Genossinnen gewählt werden. Schließlich könnte es auch einmal dahin kommen, daß man die gerechte Bitte stellen müßte, daß auch ein Genosse berücksichtigt werden soll. (Heiterkeit.) Andererseits gibt es jetzt schon Wahlkreise, die sich nicht an diese Bestimmung halten, aber weder der Parteitag, noch der Parteivorstand haben dazu Stellung genommen. Eine Bestimmung, die im Statut steht, muß aber eingehalten werden. Es herrschen aber verschiedene Auffassungen darüber und daher ist es besser, sie ganz wegzulassen. Eine solche Bestimmung mag notwendig gewesen sein, als die Frauen noch nicht der allgemeinen Parteiorganisation als gleichberechtigte Mitglieder angehört haben. Das sind sie aber seitdem geworden und deshalb bitte ich, unserem Antrage zuzustimmen.

Dittmann-Solingen: Ich bedanke es dem Entgegenkommen eines Parteigenossen, der mit mir in der Rednerriehe getauscht hat, daß ich gegenwärtig noch einmal zu Worte kommen kann. Ich freue mich darüber besonders deshalb, weil ich dadurch dem Genossen Richard Fischer antworten kann. Er hat vorher erklärt: Dittmann hat ja den Mantel gelüftet, indem er gesagt hat, es kommt bei der Kritik des Parteivorstandes nur darauf an, den Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu treffen. Es ist richtig, daß ich den Ausdruck „in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung“ gebraucht habe. Aber wer den Sinn meiner Worte nicht absichtlich verdrehen will (Sehr richtig!), der wird etwas anderes heraus hören müssen, und besonders derjenige, der weiß, daß ich eine Woche vor dem Parteitag im „Vorwärts“ in einem längeren Artikel auseinandergesetzt habe, weshalb nach meiner Auffassung der Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung den Wünschen der Genossen im Lande nicht entspricht. (Sehr richtig.) Ich habe dort vor aller Öffentlichkeit auseinandergesetzt, worin meines Erachtens diese Dinge begründet sind, und kein Mensch, der den Artikel objektiv gelesen hat, wird behaupten können, daß auch nur der Funke einer Animosität gegen irgendein Vorstandsmitglied darin enthalten wäre. (Sehr richtig.) Es sind durchaus sachliche Gründe in diesem Artikel für die Notwendigkeit der Reorganisation unserer Parteileitung enthalten. Alle Redner, die sich damit hier auf dem Parteitag beschäftigt haben, führten nacheinander Mann für Mann genau dieselben Gründe an, auch Müller vom Parteivorstand hat erklärt, daß die neuen Aufgaben, die der Partei zugewachsen sind, dazu führen müssen, auch den Parteivorstand entsprechend umzugestalten. Ich behaupte jedenfalls nicht zumiel, wenn ich sage, auch Richard Fischer hat den Artikel gelesen, er suchte also, was für eine Bedeutung der Ausdruck „der Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung“ in meinem Munde hat, wenn ich selbst hier nicht auch noch direkt gesagt hätte, daß eine allgemeine Reorganisation der Parteileitung notwendig ist, daß ich aber im Rahmen

der 10 Minutenrede nicht darauf eingehen könne, weil ich persönlich angegriffen war und mich zu anderen Dingen äußern mußte. Es liegt mir vollständig fern, mich irgendwie über das aufzuregen, was Richard Fischer hier gesagt hat. Ich sage nur, das war ganz Richard Fischer! (Lebhaftes Sehr richtig!) Damit ist alles gesagt, was zur Kritik überhaupt gesagt werden kann. (Erneute lebhaftes Zustimmung.) Ich will Ihnen an einer kleinen Einzelheit zeigen, wie ich mir die Reorganisation des Parteivorstandes denke. Ich habe gestern gerade über diese Dinge in eingehender Weise mit Auer-München gesprochen und er hat mir in sehr vielen Punkten recht gegeben, was er jetzt durch Kopfnicken bestätigt. Für unsere süddeutschen Freunde ist es von der größten Bedeutung, daß ein Sekretär des Vorstandes für Landesangelegenheiten eingesetzt werde, der in ständigem Konnex, schriftlich und persönlich mit den Landtagsfraktionen und Landesorganisationen der einzelnen Länder stehen und wissen muß, was für wichtige Gesetzesvorlagen in den Einzelparlamenten eingebracht werden. Er muß eine Zentral sammlungs- und Auskunftsstelle bilden für die einzelnen Landtagsfraktionen. Wo irgendwelche wichtigen Gesetze in den Landtagen zu erledigen sind, die neue Wege für die Partei erschließen könnten, da wäre es die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit des Sekretärs für Landesangelegenheiten im Parteivorstande, sich rechtzeitig mit den Fraktionen ins Benehmen zu setzen und kameradschaftlich über alle Möglichkeiten Rücksprache zu nehmen. Dadurch könnte verhindert werden, daß, wie es in den letzten Jahren öfters geschehen ist, plötzlich ein recht unangenehmer Eklat entsteht. Hätten wir einen solchen Sekretär für Landesangelegenheiten in den letzten Jahren im Parteivorstand gehabt, dann wären vielleicht manche der Differenzen, die die letzten Parteitage beschäftigt haben, überhaupt nicht oder doch nicht in so unangenehmer Form zutage getreten, wie dies leider der Fall gewesen ist. (Zustimmung.) In ähnlicher Weise denke ich mir die Dinge in bezug auf die Kommunalpolitik. Wer sich die Zusammenstellung der Kommunalprogramme in der uns hier überreichten Nummer der „Kommunalen Praxis“ ansieht, der wird einsehen, daß hier ein ungeheures Arbeitsgebiet für einen Sekretär für Kommunalpolitik liegt. (Zustimmung.) Und ich meine, man hat wohl das Recht, in der Partei solche Ansichten auszusprechen zu dürfen, ohne von vornherein verdächtigt zu werden (lebhaftes Zustimmung), daß man irgendwelche persönliche Interessen vertrete oder persönliche Streberei betreibe. (Erneute Zustimmung.) Ich meine, so stehen die Dinge noch nicht, daß man nicht das Recht hätte, sich darüber zu äußern. (Ein Zuruf: Die Pflicht!) Jawohl, es ist Pflicht, das zu tun. Man wird mir nicht vorwerfen können, daß ich irgendwie verlebend in der Form gewesen wäre.

Ich verzichte darauf, auf Einzelheiten der Angelegenheit des Geheimzirkulars noch weiter einzugehen. Es ist um so dringender notwendig, daß die Parteipresse Kritik an den Maßnahmen der Gewerkschaften übt, als leider bei diesem im Laufe der letzten Jahre die Kritik in der Verbandspresse außerordentlich eingestellt worden ist. (Hört! Hört!) In früheren Jahren hat man auch in den Gewerkschaften den Standpunkt vertreten, daß auch das Verbandsorgan unabhängig der Zentralleitung gegenüberstehen müsse, heute aber haben sich die Dinge vielfach so entwickelt, daß Verbandsvorstand und Verbandsorgan eine gemeinsame Politik verfolgen und diese Politik unter allen Umständen durchzusetzen suchen. Gerade dadurch entsteht vielfach die Rebellion unter den Mitgliedern der Gewerkschaften. Sie haben das Empfinden, nicht zum Wort kommen zu können, und gerade beim Buchdruckerkonflikt ist das wieder zutage getreten. Wochenlang hat der Buchdrucker-„Korrespondent“ stets nur Artikel veröffentlicht, die dem Standpunkt

der Zentralinstanzen entsprachen. Die Buchdrucker haben in ihrer Masse Beschwerden erhoben, daß die Stimme der Opposition nicht zu Worte gekommen ist, und es wäre daher um so schlimmer, wenn auch in der Parteipresse solche Meinungsäußerungen unterdrückt würden. Es ist im Gegenteil die Pflicht der Parteipresse, sich auch mit den internen Angelegenheiten der Gewerkschaften zu befassen und rücksichtslos auszusprechen das, was ist. Nur dadurch kann verhindert werden, daß sich Explosionsstoff in den Gewerkschaften ansammelt, der dann einmal unliebsame Katastrophen im Gefolge haben kann. Es war außerordentlich kurzfristig vom Parteivorstand, glauben zu wollen, daß es möglich sein würde, die ganze Angelegenheit geheim behandeln zu können. Der „Grundstein“, das Verbandsorgan der Bauarbeiter, hatte bereits öffentlich den Parteivorstand aufgefordert, einzugreifen, der „Korrespondent“ hatte sich angeschlossen und ebenso der Verbandsvorstand der Buchdrucker, der ja einen förmlichen Antrag an die Generalkommission gestellt hatte. Da konnte doch von Geheimbleiben keine Rede mehr sein. Das Eingreifen des Parteivorstandes wäre sehr bald öffentliches Geheimnis, mindestens im Buchdruckerverband, geworden, der Parteivorstand hätte sich sagen müssen, es ist nicht möglich, die Geheimhaltung durchzusetzen und er hätte seine Finger davon lassen sollen. — Aber ich will nicht weiter darauf eingehen und mich auch nicht aufregen über die Rede Legiens. Ich will nur das eine betonen, daß mich auch Legien in keiner Weise befehrt hat und ich nach wie vor den Standpunkt vertrete, daß die leitenden Instanzen einer Gewerkschaft nicht mit dem Verbands identisch sind, nicht mit der Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder, und wenn man die leitenden Instanzen kritisiert, so kritisiert man damit noch lange nicht alle Verbandsmitglieder und die Gesamtorganisation. Ein anderer Standpunkt führt zu dem absolutistischen Bekenntnis Ludwigs XIV.: „Der Staat bin ich.“ (Sehr gut!) Das ist die Konsequenz des Standpunktes von Legien. Dabin sollen wir es in Gewerkschaft und Partei nicht kommen lassen. Auch die leitenden Instanzen müssen der Kritik unterliegen und es gibt Situationen, in denen die Kritik an den Führern notwendiger ist als die an den Massen. (Weisfall.)

Abolf Hoffmann: Legien erklärte gestern, eine Kritik des Parteivorstandes bezüglich des Geheimnisses wäre hier nicht notwendig gewesen. Diese Kritik war aber nicht nur unser gutes Recht, sondern unsere Pflicht. Wenn der Parteivorstand in diesem Zirkular Licht und Schatten in der gehörigen Weise verteilt hätte, dann wäre viel Aufregung erspart worden und viele Worte wären hier überflüssig gewesen. Auch die Gewerkschaftspresse muß das halten, was man von der Parteipresse verlangt. Wir sind hier ohne Ausnahme alle der Meinung, daß Partei und Gewerkschaft zusammenarbeiten müssen. Aber auch jede Kritik ist berechtigt und notwendig, wenn sie sich in den Formen hält, daß ein Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft nicht unmöglich gemacht wird. Aber diese Formen müssen auch auf beiden Seiten gewahrt werden. Und wenn ein Mißfall notwendig wird, dann muß er auch nach der anderen Seite erteilt werden, weil man ja nachher nicht mehr weiß, welches Karmidell eigentlich angefangen hat.

Ich will auf die Marokkofrage an sich nicht eingehen, weil ich durch die Liebdenwürdigkeit der Genossen im Reiche Gelegenheit genug habe, über Marokko zu sprechen, wenn ich dafür ein Bedürfnis habe. Nun hat man vielfach gesagt, die Kritik, die an dem Parteivorstande in dieser Frage geübt wurde, war nicht die richtige. Gewiß haben sich auch in der gestrigen Debatte die Genossen alle Mühe gegeben, den Rahmen der Parteigenüßigkeit nicht zu überschreiten, und doch sind Dinge vorgekommen, die besser unterblieben wären. Da trifft aber das Wort des Dichters zu: „Wer nie zu weit ge-

gangen, ging selten weit genug!“ Und wenn die Kritik der Genossin Lugemburg und Lebeours angegriffen wurde, so dürfen wir uns doch darüber nicht täuschen, daß gerade sie es sind, die den Parteivorstand vorwärts geschoben haben. (Weisfall.) Es ist im Parteivorstande ein Fehler begangen worden. Das müßte aber nicht unser August Bebel sein, wenn er nicht Solidarität bewahrt hätte und mit ganzer Kraft für den Parteivorstand eingetreten wäre, um ihn herauszubauen. Das ist selbstverständlich. Ich erkenne auch die hohen Verdienste Mollenbuhrs um die Partei an. Ich brauche nur an das sozialpolitische Gebiet zu erinnern. Aber wir wissen auch, daß Mollenbühr sich nicht leicht aufregt, daß er seine Ruhe bewahrt, daß er, wie der Berliner sagt, ein bißchen pomadig ist. (Geiterkeit.) Ich halte es sogar für sehr wertvoll, daß ein Mann im Vorstande ist, der seine Ruhe stets behält, der sogar sehr ruhig ist. Aber in dem Augenblick, wo er allein zu entscheiden hat, kann die Ruhe ein Hemmnis werden. Dagegen müssen wir Vorkehrungen treffen. Denn es dreht sich oft bei Aktionen darum, daß schnell gehandelt wird, sonst wird viel verpaßt. Genüß ist im vorliegenden Falle nichts verpaßt worden, aber es hätte auch anders kommen können. Nun weist Mollenbühr in seinem Briefe auf die Rücksicht auf die Reichstagswahlen hin. Da bin ich entgegengesetzter Meinung wie er. Denken wir an die Dinge, die wir bei den sogenannten Karnevalswahlen 1887 und bei den Pottentottenwahlen 1907 erlebt haben. Gerade in bezug auf die indifferenten Wähler, die Heeresfolge leisten, weil die Massen über den Kriegs- und Kolonialtrummel nicht genügend orientiert waren. Auch hinsichtlich der Marokkofrage müssen wir Vorbereitungen treffen, denn wir wissen nicht, was bei der kommenden Wahl daraus für eine Wahlparole gemacht wird. Darum müssen wir solche Gelegenheiten mit allen Mitteln ausnützen. Notwendig ist eine Vermehrung des Parteivorstandes. Ein fest angestellter Vorsitzender würde ein Hemmnis werden. Er würde den weiten Blick für die politischen Fragen und Aktionen verlieren, wenn er mit Geschäften zu sehr überlastet wird. Die Mehrheit im Parteivorstande dürfen nicht die besoldeten Mitglieder haben. Wir müssen zur Erledigung der Frage der Reorganisation des Parteivorstandes die vorgeschlagene Kommission wählen. Das ist das wichtigste neben der Frage der Vermehrung des Parteivorstandes.

Vorsitzender Dieck macht darauf aufmerksam, daß die Redner nur zehn Minuten sprechen dürfen. (Geiterkeit.)

Dr. Liebknecht: Ich hoffe, daß diese freundliche Ermahnung auf meine Redezeit nicht angerechnet wird. (Geiterkeit.) Ich will mich nur mit dem Punkt Marokko befassen und einige Ergänzungen und Nichtigkeiten geben. Als der „Panther“ nach Agadir ging, erschienen sofort in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und der „Konservativen Korrespondenz“ jene wüsten Kriegshörkartikel, die überall berechtigtes Aufsehen erregten. Wenige Tage danach kamen bereits aus England und Frankreich offizielle Mitteilungen, wonach England unter keinen Umständen dulden würde, daß Deutschland einen Flottenstützpunkt an der nordwestlichen Küste Afrikas erwerben würde. Damit war die Situation schon Anfang Juli ganz klar, die Stellung Englands scharf markiert. Man brauchte nicht erst auf die Rede Lloyd Georges zu warten.

In Preußen traf der „Panther“-Bluff gerade in die neue Wahlrechtsbewegung, die durch den jämmerlichen Zusammenbruch des preussischen Abgeordnetenhauses angefeuert war. Es trat der innerpolitische bonapartistische Verwirrungszweck der Affäre hier besonders aufdringlich zutage — was mag das Verständnis für Mollenbuhrs Haltung etwas erleichtern. Die Berliner Parteigenossen allerdings waren auf dem Plane. Sofort wurde nicht nur — wie Genosse Fischer hervorhob — im „Vorwärts“ ein Aufruf erlassen, es wur-

den auch die Wahlrechtsversammlungen zu gleichzeitigen Friedensdemonstrationen ausgestaltet. Das muß zur Ehre der Berliner Parteigenossen gesagt werden; und von den Genossen im übrigen Deutschland gilt das gleiche: auch sie haben nicht auf den Aufruf des Parteivorstandes gewartet und auf die sogenannte Indiskretion der Genossin Luxemburg. Sie haben sich vielfach gerührt und gezeigt, daß sie den Ernst der Situation besser ergriffen hatten als der Parteivorstand.

Gerade der 9. August, an dem der Parteivorstand endlich seinen Aufruf erließ, war einer der unglücklichsten Momente in dieser ganzen Zeit für eine solche Veröffentlichung. Anfang August war der Kaiser in Swinemünde. Am 5. August erschien jenes Communiqué, das eine beruhigende Wirkung ausüben sollte und in gewissem Umfang ausübte. Just da kam der Parteivorstand mit seinem Aufruf. Das war eine Krähminkerei, wie sie schlimmer bisher in der deutschen Partei noch nicht passiert ist. Man hat fast ausgeatmet, als nach kurzer Zeit die Sache sich wieder so heftig zuspitzte, daß diese zeitliche Inopportunität verwischt wurde.

Ueber die „Indiskretion“ will ich mich nicht verbreiten. Ich kann mir aber vorstellen, daß sich jemand sagt: „ich kann nicht schweigen; die Situation ist zu ernst; es steht zu viel auf dem Spiel — wenn ich auch bedauere, daß die Sache in solcher Weise zur Sprache gebracht werden muß.“

Es ist ein verkehrter Vorwurf, daß jede Kritik mitten in der Aktion vermieden werden müsse. Mitunter kann es notwendig werden, mitten im heftigsten Kampfe zu kritisieren. Die Art der hier geübten Kritik hat auch nicht hemmend, sondern vorantreibend gewirkt. Sie hat gezeigt, daß die Masse der Parteigenossen mit viel größerem Eifer und größerem Interesse auf die Marokkoaffäre blickt, als gewisse leitende Stellen in der Partei. (Sehr richtig!)

Webel hat darauf hingewiesen, daß die Partei durch Gewährung von Geldmitteln an die Bruderparteien, durch die Unterstützung der russischen Revolution, ihre internationale Gesinnung und Bereitschaft deutlich genug bekundet habe. Hier aber hat es sich um ernstere Dinge gehandelt, als um die Bewilligung von Geldmitteln. Das internationale Proletariat war vor Aufgaben von so ungeheurer revolutionärer Bedeutung gestellt, wie sie ihm noch nie gegenübergetreten waren.

Man möchte dem Genossen Müller vom Parteivorstand zurufen: Mensch, bekenne Deine Sünden. (Heiterkeit.) Wir wissen ja doch, wie mildernnd ein Geständnis wirkt. Hätte der Parteivorstand zugegeben, daß Erhebliches versäumt worden ist, dann wäre die Kritik hier viel sanfter gewesen. Statt dessen konstituiert der Parteivorstand einen Fall Luxemburg und schlägt die Taktik ein, zu rufen: Haltet den Dieb.

Niemand hat gefordert, daß der Parteivorstand einen Massenstreik oder eine sonstige entscheidende Aktion sofort habe inszenieren sollen. Darum handelt es sich ganz und gar nicht. Das ist eine kleine Verschiebung. Er sollte nur mit dem Internationalen Bureau zusammenkommen. Das bedeutet noch längst nicht die Inszenierung eines Massenstreiks und noch längst nicht die Anwendung der äußersten und stärksten Maßnahmen. Je weniger man aber über den Massenstreik und diese äußersten Mittel einig war, um so notwendiger war es gerade, zusammenzukommen. Ganz zu Unrecht hat Fischer behauptet, der Internationale Kongreß von Kopenhagen habe sich gegen den Massenstreik ausgesprochen. Er hat die Frage offen gelassen und nur abgelehnt, sich auf dieses Mittel festzulegen. Für den Parteivorstand galt also das Wort: „Du sollst in Deines Liebchens Kammer, nicht etwa in den Lob.“

Es ist richtig, daß die „radikalen Jeremieff“ nicht verhindert wären, die von ihnen für nötig gehaltene Protestbewegung auf eigene Faust durchzuführen. Und sie haben das auch nach Kräften getan. Aber der Parteivorstand soll vor den Wagen und nicht hinter den Wagen gespannt sein. (Sehr richtig!)

Die hier geübte Kritik erscheint mir höchst erfreulich, mag sie auch zeitweise heftige Formen angenommen haben. Sie beweist, daß unsere Genossen in dieser bedeutsamen Frage keinen Spaß verstehen. Das ist von großer Wichtigkeit. Das besonders Wertvolle an dieser Debatte aber ist, daß wir trotz alledem die einheitliche Geschlossenheit des deutschen Proletariats in allen wesentlichen Punkten aus unseren Verhandlungen haben hervorleuchten sehen. Wir dürfen das Wichtigste nicht vergessen: daß trotz der Fehler, die begangen worden sind, die deutsche Partei und die Gewerkschaften noch niemals so geschlossen und so einig waren, wie gerade jetzt, und vor allem in der Marokkofrage. (Beifall.) Das sollen sich unsere Gegner gesagt sein lassen! Und wenn sie sich etwa einbilden, aus unseren heftigen Debatten auf Meinungsverschiedenheiten über die Stellung der Sozialdemokratie zur Marokkofrage schließen zu können, so irren sie sich gründlich. Solche Meinungsverschiedenheiten existieren nicht. Wir stellen fest, daß das ganze deutsche Proletariat wie ein einziger Mann in machtvoller Aktion gegen die Kriegshetze geschlossen steht. (Beifall.)

Wozu noch viel über das Vergangene sinnieren. Laßt das Vergangene vergangen sein. Es hat ja zum Glück nichts Nennenswertes geschadet. Jetzt gilt es, frisch auf in die Zukunft zu blicken, und dann mag kommen, was da will, ob Donnerkeil oder Wettereschlag, das kämpfende Proletariat wird sich bewähren. (Starker Beifall.)

Stassen-Berlin: Der Antrag 12 besagt, daß in jedem Bezirk der einzelnen Wahlvereine eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage eingerichtet werden soll. Und zwar so, daß die Parteigenossen angehalten werden sollen, die Adressen ihrer auf dem Lande lebenden Verwandten den Bezirksführern oder deren Vertretern mitzuteilen. Die so gewonnenen Adressen sind dann im Auftrage der Verwandten zu bearbeiten und später den zuständigen Landagitationskommissionen zu überweisen, um denselben als Stützpunkt für ihre weitere örtliche Agitation zu dienen. Der Antrag ist von der Erkenntnis getragen, daß in der Agitation auf dem Lande uns ganz andere Aufgaben erwachsen, wie in den Großstädten, und daher wollen die Antragsteller diese Agitation auf eine andere Grundlage stellen. Sie glauben mit dem Antrage das Richtige getroffen zu haben. Der Kostenpunkt dieser Agitation dürfte so gering sein, daß wir darüber nicht zu reden brauchen. Bei den Nachwahlen zum Reichstag ist bereits nach dieser Idee gearbeitet und sind die besten Erfolge damit erzielt worden. Ein Redner aus Nürnberg hat ja auch angeführt, daß in Süddeutschland diese Art der Agitation bereits in Gebrauch ist. Die Landarbeiter sind ja nur auf die Landratspresse angewiesen, in der sie nur Lügen und Verleumdungen über die Sozialdemokratie finden. Deshalb wollen wir versuchen, sie auf diese Weise aufzuklären und Drossel zu legen in den festesten Wall der Reaktion.

Göbner-Frankfurt a. M.: In die gegenwärtige Debatte paßt der Antrag 15, den ich zu begründen habe, nicht gut hinein. Frühere Parteitage haben den Antrag abgelehnt. Ein Teil des Antrages ist ja schon zur Durchführung gekommen, indem ein Genosse zur Geschäftsrevision bereits angestellt ist. Diese Tätigkeit soll weitergeführt werden. Die Fortschritte unserer Parteigeschäfte könnten durch einen erfahrenen Berater beschleunigt werden. So besonders im Inzeratenwesen und dem gemeinschaftlichen Papiereinkauf. Beim Papiereinkauf könnten wir billigere Preise und für die in Papier-

fabriken beschäftigten Arbeiter Vergünstigungen erzielen. Die Genossenschaften sind uns auf diesem Gebiete vorausgeeilt. Alles drängt nach Zentralisation und unsere Parteigeschäfte überlassen wir den einzelnen Orten, bis man durch Fehler der Geschäftsleitungen zum Schaden der Partei und der Parteigeschäfte klug wird. — Einige Worte zur Buchdruckerfrage. Hier wäre unseren Redaktionen dringend Reserve zu empfehlen. Hätten sie in den neunziger Jahren in der Karifrage schon auf dem Standpunkt gestanden, wie wir heute alle stehen, so wäre uns mancher Kampf mit den Buchdruckern erspart geblieben. Wehlich liegen die Dinge auch gegenwärtig. Innere gewerkschaftliche Angelegenheiten soll man den betreffenden Instanzen selbst zur Entscheidung überlassen. — Ueber die Marokkofrage braucht man kaum noch zu reden. In Frankfurt haben wir nicht gewartet, bis der Parteivorstand gekommen ist, sondern haben große öffentliche Versammlungen veranstaltet und auch in den Bezirken die Genossen aufgeklärt. Aber man muß doch sagen, daß der Parteivorstand mit der Einleitung der Aktion vorfichtig vorgehen mußte, denn er trägt eine weit größere Verantwortung als die Genossen im Lande, und deshalb ist sein Vorgehen durchaus korrekt gewesen. Die kleine Gruppe, die den Angriff gemacht hat, dürfte wohl selbst eingesehen haben, daß sie nicht gut abgeschnitten hat. Wir sind ja noch jetzt mitten in der Aktion und haben in der Marokkofrage nichts versäumt. Wir stehen hier in der Wahlbewegung und werden da überall über die Marokkofrage sprechen müssen — schon unsere Gegner werden uns dazu zwingen. Die deutsche Sozialdemokratie hat stets auf allen Gebieten der internationalen Fragen ihre Schuldigkeit getan und wird es auch hier tun. (Bravo!)

Anauer-Sonneberg: Die scharfen Angriffe gegen den Parteivorstand sind von ihm und seinen Verteidigern noch schärfer zurückgewiesen worden. Aber wir Genossen draußen in der Provinz hatten doch das Empfinden, daß eine Aktion früher eingeleitet werden mußte. Wir hatten auch nicht das Empfinden, daß erst Rosa Luxemburg und die „Leipziger Volkszeitung“ die Anregung dazu gegeben haben, sondern daß die Frage schon in vielen Orten diskutiert wurde, bevor der Brief des Genossen Mollenbuhr bekannt geworden ist. Freilich hatte er mit seiner Auffassung insofern etwas für sich, als in Marokko die Interessen der Gruppe Mannesmann und der Gruppe Krupp, beides deutsche Interessen, sich gegenüberstehen und dies wohl eine Garantie bot, daß es nicht zum äußersten kommen könnte. Mollenbuhr sagte, die Situation wurde erst ernster, als England Stellung nahm. Man kann auch der gegenteiligen Auffassung sein, denn gerade dadurch wurde den Kriegshebern erst zum Bewußtsein gebracht, daß die Situation viel ernster ist als sie glaubten, und eben dadurch wurde meiner Auffassung noch eine große Gefahr beseitigt. — Genosse Wels hat sich ganz besonders gegen den Ton angetan, der nicht besonders schön war, namentlich der Genosse Wels. Man soll aber überhaupt nicht immer über den Ton jammern und heulen, wenn einmal ein kräftiges Wort gesagt werden muß. Ich wurde auch das Gefühl nicht los, als ob man zu wenig Wert auf die Meinung der Genossen in der Provinz legt, und daß in Berlin viel Durchschnittsware vorhanden ist. Wels Rede kam mir überhaupt vor wie eine Kandidatenrede. (Zuruf.) Ein Wort zum Gesellschafterzirkular. Ebert hat gestern den Dank an die Genossen ausgesprochen, die in der Parteipresse sitzen, und dazu gehören doch auch die in so unerhörter Weise Angegriffenen. Die Freiheit der Presse muß unbedingt auch gegenüber den Angriffen aus Gewerkschaftskreisen gewahrt bleiben. War Anlaß zum Tadel, so mußte er nach beiden Seiten gerichtet werden. Man tut immer so, als ob die Genossen auf der rechten Seite allein Gewerkschaftler sind und

die gewerkschaftliche Taktik in Erbpacht genommen haben. Man soll doch nicht vergessen, daß die scharfen Angriffe aus gewerkschaftlichen Kreisen von Leuten ausgehen, die gar nicht Parteigenossen sind. (Sehr richtig!) — Die Handbücher, die herausgegeben werden, hätten jetzt bereits in den Händen der Vertrauensleute sein müssen. Ich bedauere auch, daß sie einen immer größeren Umfang annehmen. Eine sehr gut zusammengestellte Broschüre, die als Muster dienen könne, ist die Finanzgeschichte von Wurm.

Der Antrag 15 wird ja zweifellos angenommen werden. Ich habe schon auf dem Nürnberger Parteitag darauf hingewiesen, daß eine schärfere Kontrolle der Parteigeschäfte notwendig ist. — Noch eins. Ueber die eigentliche Agitation ist hier noch gar nicht gesprochen, und die Genossen draußen können verlangen, auch in dieser Richtung hier Direktiven zu bekommen, und deshalb wende ich mich dagegen, daß man von gewisser Seite erklärt, wie erst kürzlich ein süddeutscher Abgeordneter, daß wir mit Fortschrittler und Nationalliberalen zusammengehen müssen. Dadurch wird uns der Kampf außerordentlich erschwert. Wir haben jetzt gegen die gesamten bürgerlichen Parteien in schärfster Weise vorzugehen und nicht etwa einem Großklub, wie er vielleicht in Württemberg und Baden gewünscht wird, das Wort zu reden. Die Liberalen und Fortschrittler in Thüringen sind besonders reaktionär und daher erst recht zu bekämpfen.

Rosa Luxemburg: Die politische Seite der Streitfrage, um die sich die Verhandlungen gestern und heute drehen, ist bereits so klargelegt, daß ich gern auf das Wort verzichtet hätte. Aber ich bin gezwungen, mich gegen die persönlichen scharfen Angriffe zweier Parteivorstandsmitglieder, der Genossen Mollenbuhr und Webel, zu wenden. Mollenbuhr hat besonders als einen Beweis meiner teuflischen Bosheit hervorgehoben, daß ich bei der Veröffentlichung seines Briefes an das Internationale Bureau „geflissenlich“ das Datum „unterschlagen“ hätte. An dem Datum hing alles, der ganze Sinn und Inhalt des Briefes, denn das Datum hätte gezeigt, daß der Brief in völlig anderer Situation geschrieben war, als derjenigen, die erst nachträglich die Aktion des Parteivorstandes nötig gemacht hätte. Hätte ich gesagt, daß der Brief vor jener Rede des englischen Ministers Lloyd George geschrieben war, so hätte ich gezeigt, wie früh er geschrieben war, und damit wäre meine ganze Anklage in ein lägliches Nichts zusammengefallen. Mollenbuhr hat sich so festgeklammert an jene Rede Lloyd Georges, daß er gar nicht einfiel, daß seine Ausführungen nur dann einen Sinn hätten, wenn auch ich die Auffassung hätte, daß durch diese Rede die Situation erst geschaffen war, die die Aktion gegen die Kriegshebe nötig gemacht hätte. Aber das trifft ja eben gar nicht zu. Im Gegenteil, ich stehe heute wie damals — und ich glaube alle mit mir außer Mollenbuhr — auf dem Standpunkt, daß nicht diese oder jene Rede eines englischen Ministers, sondern die Tatsache der Abfertigung eines Kanonenbootes deutscherseits nach Agadir, d. h. ein tätlicher Eingriff des Deutschen Reiches in das Marokkoabenteuer, der gegebenen Moment war, um eine Aktion gegen die Marokkogefahr zu entfalten. (Sehr richtig!) Mollenbuhr sagt freilich, er habe auch gewußt, daß bereits am 2. Juli Deutschland ein Kanonenboot geschickt habe, aber er fügte hinzu, was das Kanonenboot in den Gewässern von Agadir wollte, das wußte man nicht. Vielleicht dachte man im Parteivorstand, daß es hingeschickt sei, um Fischlein zu fangen. (Geheul.) Ich bedauere diese harmlose Auffassung über so wichtige Vorgänge.

Nun zu Webel. — Ich bedauere sehr, daß Genosse Webel, der so sehr gegen Indiskretionen hier vorging, mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Schärfe, Lebhaftigkeit und Jugendfrische zugleich die Indiskretion verübt hat,

Ausführungen, die Genosse Guzmans in einem Privatgespräch mit Bebel über mich gebraucht haben soll, hier wiederzugeben. Es tut mir leid, daß ich auf die Worte eines Abwesenden scharf reagieren muß, es ist sonst nicht meine Gewohnheit, Abwesende anzugreifen, aber ich bin durch Bebel dazu gezwungen — Guzmans soll zu Bebel gesagt haben: (W e b e l : Soll? er hat gesagt!) — erstens, daß es nicht das erstmal sei, daß ich eine Indiskretion an Mitteilungen des Internationalen Bureaus verübt habe. Hat Genosse Guzmans das gesagt, was ich ja nicht weiß und nicht nachprüfen kann, so hat er eine Unwahrheit gesagt, eine aus der Luft gegriffene Behauptung aufgestellt, für die keinerlei Beweise zu erbringen sind. Weiter soll Genosse Guzmans die Absicht geäußert haben, mir zur Strafe für meine jüngst verübte Mistelart nunmehr alle Mitteilungen des Internationalen Bureaus sperren zu wollen. Hat Guzmans das gesagt, dann hat er seine Kompetenzen weit überschritten. (Sehr richtig! W e b e l : Das habe ich ja selbst gesagt!) Guzmans ist der angestellte Sekretär des Internationalen Bureaus, der unsere Arbeiten für uns erledigen muß und bis jetzt in dankenswertester Weise glänzend erledigt hat. Wer Mitteilungen vom Internationalen Bureau zu bekommen hat oder nicht, darüber kann Guzmans nicht befinden, sondern das Internationale Bureau, dessen Mitglied ich bin, und ich möchte das Bureau sehen, daß es wage würde, mir seine Mitteilungen zu sperren. (Lachen und Weisfall.) Weiter hat Bebel eine neue Beschuldigung zu meinen früheren Sünden hinzugefügt, er hat gesagt, ich hätte „unterschlagen“. (W e b e l : Sehr richtig!) Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen will, Genosse Bebel, beruhigen Sie sich, sitzen Sie ruhig (Lachen), Bebel hat gesagt, ich hätte eine „Unterschlagung“ dadurch begangen, daß ich nicht erwähnt hätte, daß er die vorgeschlagene Sitzung des Internationalen Bureaus nur zunächst, nur vorläufig abgelehnt hätte. In meinem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ steht schwarz auf weiß: „Das deutsche Mitglied des Internationalen Bureaus erklärte gleichfalls zunächst...“ (W e b e l : Davon haben Sie gestern kein Wort gesagt!) Ich habe das vorgelesen, Sie müssen eben zuhören und nicht immer durch Zwischenrufe stören. (Unruhe.) Ja noch mehr, ich habe nicht nur erwähnt, daß das „zunächst“ abgelehnt war, sondern ich habe mich weit und breit darüber verbreitet, um nachzuweisen, daß das „zunächst“ ganz anders aufgefaßt werden müßte. Ich sage in meinem Artikel weiter: „Die Ablehnung von deutscher Seite jedoch „zunächst“ ist als eine Abfrage an die Idee überhaupt aufgefaßt worden.“ Wie man angesichts des Wortlautes meines Artikels behaupten kann, ich hätte „unterschlagen“, daß die Ablehnung nur zunächst erfolgte, ist mir, um ein bekanntes Wort von Bebel zu gebrauchen, „ein psychologischcs Mittel“. Bebel macht mir weiter einen Vorwurf daraus, daß ich nicht erwähnt habe, daß er in einer Besprechung mit Guzmans sich im Gegenteil sogar für einen weitergehenden Vorschlag ausgesprochen hat. Bebel hat aber selbst gesagt, daß diese Besprechung am 30. Juli stattgefunden hat, mein Artikel aber war schon am 24. Juli erschienen. Bebel, dem in seinem Leben, nicht von mir und meinen Freunden, sondern von anderer Seite, so oft vorgeworfen war, daß er als Prophet auftritt, darf mir doch keinen Vorwurf daraus machen, daß ich kein Prophet bin. (Weiterkeit. — W e b e l : Das ist nur nicht der richtige Sachverhalt!) Bebel hat dann öffentlich erklärt, er habe sich vorgenommen, sich künftig in seinen Briefen an mich sehr in acht zu nehmen. Diese Vorsicht ist ganz überflüssig. Sie wissen, Genosse Bebel, ebensogut wie ich, daß die Briefe, die wir einander schreiben, gewöhnlich von vornherein nicht hinter den Spiegel zu stecken sind. (Große Heiterkeit.) Der Parteivorstand, namentlich Bebel, haben mit voller Macht aus ihrer Höhe als Jupiter auf mich die brennendsten Blitze und Donner herabgeschleudert, sie haben mich persönlich herunterzu-

reißen gesucht, soviel sie konnten, aber ich habe schon jetzt eine Satisfaktion erlebt. Und das war während der Rede von Ihnen, Genosse Bebel. Haben Sie vielleicht gesehen, woher Sie den stürmischen Applaus bekommen haben? (Lachen.) Die applaudierenden Hände waren alle aus Bayern, Baden. (Große Unruhe, Zurufe: Ist das so schlecht? Unverschämtheit! Unerhört! Das ist die Einheit der Partei!) Es waren vor allem die Revisionisten (großes Geräusch und Zustimmung), jawohl, und das ist der Beweis dafür, daß es sich hier nicht um persönliche Angelegenheiten handelt, sondern um politische Fragen, um eine taktische Meinungsdivergenz, die hier auf meinem Rücken ausgefochten wird. Ich gönne Euch diese Vorbeeren aus dem Süden, die habt Ihr diesmal reichlich verdient. (Weisfall und Zischen.)

Lebehour-Berlin: Von dem, was ich zu sagen hätte, ist vieles glücklicherweise überflüssig geworden durch die Ausführungen verschiedener anderer Redner, besonders durch Liebknecht, der einige sehr wichtige Tatsachen hier vortrefflich und klar dargelegt hat, die meine Stellung vollkommen rechtfertigen. Bebel hat sich gestern verhalten lassen, die Hauptsache seiner Polemik mit großer Entrüstung auf die sogenannte Indiskretion zu verschwenden, und er hat dann ebenfalls mit großer Entrüstung auch gegen mich polemisiert. Aber alles, was er gesagt hat, hat er indirekt selbst zurückgenommen durch seine Äußerung: „Wenn ich auspacken wollte, dann kriegtet Ihr noch ganz anderes zu hören.“ Es ist ja ein durchsichtiges Manöver, am durchsichtigsten bei dem berühmtesten Manövrieraktierer unserer Partei, den Genossen Fischer, daß man Bebel vorzieht, weil er an der Sache am wenigsten beteiligt ist. (W e b e l : Ich lasse mich nicht vorziehen. Das ist eine Unverschämtheit, so etwas zu sagen!) Ich weiß nicht, ob im nächsten Hügbrief des Parteivorstandes künftig der Presse die Mahnung gegeben wird, sich in der Polemik mit Parteigenossen des Ausdrucks „Unverschämtheit“ und nicht stärkerer Ausdrücke zu bedienen. (W e b e l : Das ist aber die richtige Antwort, es gibt kein anderes Wort!) Sie sind, abgesehen von der brieflichen Korrespondenz mit dem Bureau in Brüssel an der ganzen Sache nicht beteiligt, und insofern ist es nicht richtig, daß gerade Sie als Wortführer des Parteivorstandes in der Verteidigung von Vorgängen aufgetreten sind, an denen Sie nicht beteiligt gewesen sind. (Zurufe: Bebel ist doch Vorsitzender!) Es ist ein durchsichtiges Manöver von Fischer gewesen, daß er sagte, Bebel ist mit dem Parteivorstand in dieser Sache identisch. Ich habe in meinem Artikel im „Hallenjer „Volksblatt“ dem Parteivorstand nachgewiesen, daß er etwas Unwahres gesagt hat, ich bediene mich damit der Ausdrucksweise, die der Parteivorstand selbst in der Polemik gegen die Genossin Luxemburg gebraucht hat. Ich verlange ausdrücklich, daß die beteiligten Parteigenossen sich rechtfertigen darüber, daß sie bisher geschwiegen haben. Legien hat ausdrücklich wiederholt, daß zu der Pariser Versammlung die französische Partei eingeladen worden sei. Das ist nicht wahr, die Einladung ist nicht erfolgt an die französische Partei. Aber eine Anzahl von Parteivorstandsmitgliedern sind in den irrigen Glauben versetzt worden, daß das der Fall war, weil diejenigen Vorstandsmitglieder, die daran beteiligt waren, sie nicht informiert haben. In der Sitzung in der „Neuen Welt“, an der Mollenbuhr teilgenommen hat, ist ausdrücklich festgestellt worden zwischen den deutschen Gewerkschaftlern und den französischen Syndikalisten, daß an eine Einladung der französischen Partei nicht gedacht werden könne. Ueber diese Abmachung hat Mollenbuhr dem Parteivorstand nachher überhaupt nicht berichtet. Erst mehrere Tage darauf hat der Parteivorstand durch Anfragen der Generalkommission davon erfahren. Auch Ebert hat die übrigen Parteivorstandsmitglieder nicht hinreichend unterrichtet. So konnte Mangel am 2. August zu mir kommen und auf meine ausdrückliche Erklärung: „Ich

kann aber nur an einer solchen Reise nach Paris teilnehmen, wenn ich die Sicherheit habe, daß die Veranstaltung gemeinsam ausgeht von der Partei und den Syndikalistinnen, ausdrücklich und feierlichst erkläre: „Sie können sich darauf verlassen, daß die französische Partei daran beteiligt ist. Ebert ist ein viel zu vorsichtiger Mann, als daß er sich darauf einlassen würde, wenn die Parteigenossen in Frankreich daran nicht beteiligt wären.“ Ebert ist sogar so vorsichtig gewesen, von der Tatsache, daß die französische Partei nicht eingeladen war, die übrigen Vorstandsglieder nicht zu unterrichten. Sie haben das erst am 8. August nach meiner Rückkehr aus Paris so mit erfahren. Diese erste Unterlassung kann man immer noch damit entschuldigen, daß das in der Hast vergessen sein konnte. Aber nicht zu entschuldigen ist es, daß der Parteivorstand durch irgend jemand — ich weiß ja nicht durch wen — am 4. August die Behauptung in die Presse schickte, die französische Partei sei eingeladen worden. Ebert, der die Verhandlungen geführt hat, mußte doch wissen, daß der Brief geschrieben ist, worin die Luxemburg der Unwahrheit bezichtigt wird. Was der Parteivorstand sagt, ist unwahr, nicht aber was Genossin Luxemburg gesagt hat. Und nachdem Sie am 8. August aus meinem Munde erfahren haben, daß die Einladung an die französische Partei nicht ergangen ist, ist bis zum heutigen Tage noch nicht einmal auch nur ein Wort der Entschuldigung gesagt. Es ist unmöglich, daß Ebert, der doch der Veranstalter der ganzen Sache gewesen ist, von jener Erklärung des Parteivorstandes nichts gewußt hat. Er hat aber nicht gesagt, Ihr habt Euch geirrt, sondern er hat die unwahre Behauptung in die Welt gehen lassen, und damit hat er sich selbst einer bewußten Unwahrheit schuldig gemacht. (Unruhe.)

Sicher hat behauptet, auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen hätte die deutsche Partei sich gegen die Anwendung des Massenstreiks im Falle eines Krieges erklärt. Das ist nicht wahr. Das kann niemand besser feststellen als ich, weil ich namens der Partei in der Kommission war und mit den Vertretern der anderen Nationen über diese Fragen verhandelt und nachher auf den Internationalen Kongreß darüber Bericht erstattet und die von uns vereinbarte Resolution begründet habe. Unsere Stellung war die: ob einmal der Massenstreik angewendet werden kann, das ist keine Sache, die wir jetzt schon positiv oder negativ durch einen Beschluß festsetzen können. Also genau derselbe Standpunkt, den ich gestern hier in meiner Rede vertreten habe. Aber wir konnten in jener Situation unmöglich gegenüber den Parteiverhältnissen und aus anderen Gründen einen bindenden Beschluß fassen. Weder hier noch in einer Resolution ist aber das gesagt worden, was Richard Fischer hier fälschlich behauptet, daß wir gegen die Anwendung des Massenstreiks gewesen sind. Das ist es ja gerade, weshalb ich so großen Wert auf diese Verabredung unter den Vertretern der Nationen gelegt habe, daß es notwendig ist, unter den Vertretern der sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder über das, was in dieser ungeheuer wichtigen Frage zu tun ist, zu einer Abmachung kommen. Bebel erzählt, das einzige, worin er mit mir einverstanden sei, sei meine Erklärung, daß eine derartige Verhandlung natürlich diskret zu führen sei, und er glaubte, mich damit in Widerspruch zu setzen zu meinen früher geäußerten Worten, daß die sogenannte Indiskretion der Genossin Luxemburg eine entschuldbare sei. Das ist aber gar kein Unterschied, ich habe es selbst hervorgehoben. Im Prinzip war ja das, was die Genossin Luxemburg sagte, schon durch die englische Presse bekannt. Weiter handelte es sich in dem Briefe nur um eine Diskussion darüber, ob eine Konferenz einberufen werden solle. Aber wenn eine Konferenz zur Verständigung der Parteien der verschiedenen Länder einberufen ist, dann ist es selbstverständlich, und ich bin fest überzeugt, daß niemand im Saale, auch die Genossin Luxemburg nicht, da widersprochen wird — dann muß diese Verhandlung

diskret behandelt werden. Das ist der Unterschied, den ich selber hervorgehoben habe, und ich habe mich also in keiner Weise eines Widerspruchs schuldig gemacht. Wenn ich diese Frage angeschnitten habe, so deshalb, weil meiner Ueberzeugung nach es eine der wichtigsten Aufgaben für unsere und für alle sozialistischen Parteien ist, uns über diese Fragen zu verständigen und zu einem Beschluß zu kommen; daß wir uns in irgendeiner Form klar werden, was wir tun können, damit wir beim plötzlichen Ausbruch einer Krise gerüstet sind auf alles, was da vorkommen kann. Denn das eine ist die Hauptsache bei der ganzen Rederei darüber, ob einige Tage früher oder später hätte eingegriffen werden können, ob die Verständigungsaktion oder die Demonstrationen hinausgeschoben werden sollen: Hier ist gerüstet sein alles! Man muß jederzeit, gerade weil plötzlich aus heiterem Himmel eine Kriegsgefahr, eine Bedrohung des Weltkrieges über die Nationen hereinbrechen kann, gerüstet sein. Und mögen wir sonst mannigfach verschiedener Meinung sein, dafür muß gesorgt werden, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit allen unseren Bruderparteien für alle Möglichkeiten gerüstet ist. (Beifall.)

Genie-Bremen: Wir haben eine lange Reihe von Mendnern über den „Fall Luxemburg“ gehört. Wie sind wir zu diesem Fall gekommen? Die Genossin Luxemburg soll nach dem Ausdruck Bebel's unerhört in der Behandlung von Privatbriefen gehandelt haben. Ich bin in der Beurteilung des Gebrauchs solcher Briefe einer anderen Meinung als Bebel. Ich gebe ohne weiteres zu, was Mollenbuhr gestern über Briefe im allgemeinen sagte. In Briefen enthüllen wir oft unser Innerstes, und schon aus dem Grunde soll man mit Briefen auch sehr vorsichtig und vertrauenswürdig umgehen. Aber zwischen Briefen und Briefen muß doch auch ein Unterschied gemacht werden. Es handelt sich hier nicht um einen Brief Mollenbuhr's meinetwegen an eine Jugendliebe (Au! au!) oder um einen Brief, der sein Innerstes enthüllt, das er vor der Oeffentlichkeit nicht gern enthüllt sieht, sondern um einen Brief, der in einer Sache geschrieben war, die uns alle, die die gesamte Arbeiterschaft auf das innigste interessiert. Auf der einen Seite mußte sich nun die Genossin Luxemburg fragen, wie kann der Sache genügt werden durch den Gebrauch dieses Briefes, und auf der anderen Seite mußte sie sich all das fragen, was Bebel und Mollenbuhr bei ihr vermengt haben. Wenn sie dann lediglich im Interesse der Sache den Brief benutzt hat, so muß ich ihr in diesem Falle recht geben. Bei einem solchen Brief gibt uns das Interesse an der Sache das Recht, alle anderen formellen Bedenken, mögen sie auch sonst noch so wichtiger Natur sein, hinteranzusetzen. Wenn aus dem Gebrauch dieses Briefes ein „Fall Luxemburg“ konstruiert werden soll, so wird sich später bei ruhigerer Ueberlegung herausstellen, daß dieser „Fall“ in sich selbst zusammenfällt. (Müller-München: Ja, ja, Luxemburg ist gefallen! — Lebhafteste Heiterkeit.) Genosse Müller, Sie sind schon öfter gefallen. (Erneute Heiterkeit.) Wenn die Genossin Luxemburg das Mißfallen der Genossen aus Bayern erregt hat, so begreife ich das. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Aber auch Sie, Genossen aus Bayern, Württemberg und Baden, haben öfter das Mißfallen anderer Genossen erregt. (Sehr richtig!) Nun wird viel von der „Keinen Gruppe von Genossen“, die sich um die Luxemburg, Kanneföel'scharen — Kautsky scheidet ja leider heute aus (Lachen. — Bebel: Ja, die Gruppe wird immer kleiner!) — wenn Sie (zu den Süddeutschen) keine Broschüre „Der Weg zur Macht“ schon verdaut haben, dann wünsche ich Ihnen einen guten Appetit, dann werden Sie sich auch über die Luxemburg verständigen (Bebel: Dann werden wir auch die verdauen! — Heiterkeit.) — geredet und geschrieben. Ich bin überzeugt, daß die Tätigkeit gerade dieser Genossen, die in dieser Frage und in manchen

anderen, die jetzt in den Hintergrund gedrängt sind, den Parteivorstand kritisiert haben, genau so gut das Beste der Partei wollten, wie irgendein anderer in ihr. Was die Genossen mit dieser Kritik genügt haben, kann nicht heute entschieden werden, sondern wird sich erst in der Zukunft herausstellen. Nach meiner Auffassung ist das Wichtigste an der ganzen Frage, die uns beschäftigt, das, daß diese kleine Gruppe den Nachdruck auf den Hinweis legt: wir gehen großen, gewaltigen Kämpfen entgegen. Wir sind, um mit Kautský zu reden, in ein Zeitalter der Revolutionen eingetreten. (Frank-Mannheim ruft: Und der Katastrophe! — Heiterkeit.) Und in dieser Zeit kommt es darauf an, den Willen der Massen sprechen zu lassen und der Vollstrecker des Willens der Massen zu sein. Gewiß muß man dabei vorsichtig sein. Insofern hat Fischer recht, daß der Parteivorstand als Leitung einer Drei- und nächsten wohl Viermillionenpartei eine große Verantwortung hat und sich ihrer bewußt sein muß. Der Parteivorstand hat aber nicht nur die Verantwortung dafür, daß nicht zu früh losgeschossen wird, er hat auch die größere Verantwortung noch, dafür zu sorgen, daß er sich immer im innigsten Konnex mit dem Fühlen, Denken und Wollen der Masse hält. Das ist in der Marokkofrage anfänglich nicht der Fall gewesen. Den Eindruck haben wir ja nicht nur in Bremen gehabt. Was besagt demgegenüber die Briefgeschichte. Auch ein gewisser Engels hat einmal einen Brief veröffentlicht, der allerdings von einem Manne herrührte, der schon tot war. Der alte Liebknecht aber, gegen den sich der Marzische Programm-Brief richtete, lebte noch. Und er hat die Veröffentlichung bitter genug empfunden. Engels hat damals mancherlei Rücksichten auf Liebknecht in den Hintergrund gedrängt, um lediglich der Sache zu dienen. Das hat auch die Genossin Luxemburg getan, die ich nicht weiter verteidigen will. Dessen bedarf sie nicht. Ich stehe aber auf ihrer Seite, und dafür will ich den Grund nennen. Gewiß soll der Vorstand nicht der Leitfaden der Masse sein, aber er muß gleichwohl die Wege weisen, die die Masse zu gehen hat oder gehen will. Dann hat er richtig gehandelt und im Interesse der Partei. Man will den Vorstand mit dem Ausdruck „Leitfaden“ von uns abdrücken. Der Vorstand soll von den anderen mit Beschlag belegt werden, die ihm heute näher stehen. (Hört! hört!) Es ist ja allerdings merkwürdig, daß der Vorstand heute eine Mehrheit für sich hat, die z. B. im vorigen Jahre noch nicht hinter ihm stand. (Hört! hört!) Die Dinge ändern sich, sie ändern sich aber wohl auch bis zum nächsten Parteitag wieder. Die Reorganisation des Parteivorstandes wird das schon bewirken. Wir wollen eine Reorganisation des Vorstandes nicht deswegen, weil wir der Meinung sind, daß unfähige, untüchtige, schlechte Genossen im Vorstande sind. Dann wären wir ja Esel gewesen, daß wir sie gewählt haben. Nein, das Maß und die Last der Arbeit ist im Vorstande für den einzelnen zu groß geworden. Die Kräfte müssen ergänzt und vermehrt werden. Es muß mehr Fühlung hergestellt werden zwischen der Spitze der Partei und der Masse, der der Vorstand vorstehen soll. Wenn der Vorstand hier ergänzt wird durch zwei Sekretäre, wenn er reorganisiert wird, wie wir es wünschen, dann werden im nächsten Jahre auf dem Parteitag diejenigen, die ihm heute in der Marokkofrage zur Seite stehen, nicht mehr hinter ihm stehen, sondern er wird wieder die alte Mehrheit haben, mit der er ja bisher zufrieden war, und die nur heute mal nicht hinter ihm steht und mit ihm nicht zufrieden sein kann. Uns Bremern und auch den Leipziger sind böse Vorwürfe gemacht worden. Genosse Kautský ist davon der Urheber. Er hat sich in einem Artikel in der „Neuen Zeit“ so ausgelassen, als ob in Bremen die „Bürgerzeitung“ und als ob die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Meine“ verpönte Gruppe auf dem Wege zum Syndikalismus sei. Nach einem späteren Kommentar hat er, wenn ich nicht irre, uns nur warnen wollen. Er sagte, unser Weg münde aus im Syndikalismus,

(Widerspruch Kautskýs.) Das darf uns keiner, das wird uns im Ernst auch Kautský nicht zumuten, daß wir je Syndikalisten werden. Sonst müßten wir ja auch von Kautský erwarten, daß er nächstens an der Seite Bernsteins stehen wird. Sein Vorwurf soll uns aber nicht schmerzen. Ich verehere Kautský nach wie vor, aber mir gefällt neuerdings manches an ihm nicht. Die Folgen seiner ernährten Auslassung gegen uns zeigen sich schon. So bringt die „Frankfurter Volksstimme“ einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Anarcho-Syndikalisten an der Arbeit!“ Genosse Quard mag uns erklären, wie das Blatt zu dieser Abkehrheit kommt. Aber auch die neuesten Freunde des Parteivorstandes sind nicht überall mit ihm einverstanden. In der Rundschau der „Sozialistischen Monatshefte“ weist z. B. Schippel darauf hin, daß unser größtes süddeutsches Parteiblatt nicht einmal den Aufruf des Vorstandes aus Anlaß der Marokkokrises abgedruckt hat, obwohl es damit keine Verantwortung für den Inhalt übernahm. Schippel fügte hinzu, daß es bisher wohl kaum vorgekommen ist, daß Parteiblätter Anlaß nahmen, an einem Aufruf des Vorstandes so Zensur zu nehmen. Die nicht abgedruckte Stelle des Aufrufs lautet: „Die Sozialdemokratie ist eine konsequente Gegnerin des Imperialismus. Sie weist in Erinnerung der schweren Opfer an Gut und Blut, die das deutsche Volk bisher schon für die Kolonien in Asien und Afrika bringen mußte, jede Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes, auch durch irgendwelche Kompensationen, entschieden zurück. Neue Kolonien würden nur neue Lasten und Gefahren für das deutsche Volk bringen.“

Diese Weglassung ist doch recht bezeichnend. (Stimme des Vorstehenden.) Die Frage: Masse und Führer ist wieder aktuell geworden. Wenn ich auf der Seite der Pannetock und Luxemburg stehe, so nicht deshalb, weil sie es sind, sondern weil sie wollen, worauf auch Lassalle in seinem Brief an Marx über die tragische Idee seines „Franz von Sickingen“ hingewiesen hat. In diesem Briefe hebt er die große Bedeutung der Masse in allen revolutionären Kämpfen hervor. Lesen Sie diesen Brief nach und wir werden uns verstehen und vielleicht auch mit manchem wieder in Einklang kommen. (Beifall.)

Luise Zich: Ich hatte mich nicht zum Wort gemeldet, um zur Marokkofrage zu reden, aber gegenüber der immer wiederkehrenden Behauptung, daß der Parteivorstand zu seiner Aktion erst durch die Angriffe der Genossin Luxemburg genötigt worden sei, stelle ich ausdrücklich fest, daß das unrichtig ist. Ich bin auch der Meinung, daß Liebknecht unrecht hat, wenn er sagt, der Parteivorstand sei mit seiner Aktion zu spät gekommen. Ich gehöre zu denjenigen im Parteivorstande, die allerdings gewünscht hätten, daß der Aufruf etwas früher erschienen wäre. Aber ich bin nichtsdestoweniger der Meinung, daß der Aufruf und die ganze Aktion deshalb nicht zu spät gekommen ist. Der Aufruf erschien, als in der alldeutschen Presse eine ganz unglaubliche Kriegsheke aufs neue einsetzte. Als Protest gegen diese Kriegsheke kam unsere Aktion. Der Parteivorstand hat lange vorher, ehe der Artikel der Genossin Luxemburg erschienen ist, Stellung zu der Marokkofrage genommen. Er war der ganz selbstverständlichen Ansicht, daß wir zu einer Protestaktion aufrufen müßten, und daß sie vor allen Dingen nicht nur in Versammlungen, sondern auch in der allgemeinen Verbreitung eines Flugblattes zur Aufklärung der Massen bis ins kleinste Dorf hinein bestehen müsse. Nur über den Zeitpunkt war man verschiedener Meinung. Wir waren uns im Vorstand sehr wohl bewußt, daß, nachdem die Anklagen der Genossin Luxemburg erschienen waren, es nach außenhin den Anschein erwecken konnte und würde, als ob wir dadurch vorwärts getrieben worden wären. Aber so wenig wie der Parteivorstand durch die Angriffe der Luxemburg vorwärts getrieben worden ist, ebensowenig durfte er sich davon abhalten lassen, das zu tun, was die Mehrheit des Parteivorstandes für richtig hielt. (Sehr richtig!)

Kann zum sogenannten Geheimerlaß. Es ist vor allen Dingen bemängelt worden, daß der Vorstand bei dem Rat an die politische Presse: in partei-gewöhnlicher Weise Differenzpunkte zum Antrag zu bringen, nicht die Parität gewahrt hat, indem er den Rat nicht auch an die Gewerkschaftspresse richtete. In unserer Sitzung wurde aber auch in der allerschärfsten Weise an den Auslassungen der Gewerkschaftspresse Kritik geübt, die wir nach Ton und Inhalt zu verurteilen hatten. In schärfster Weise wurde die Haltung des Buchdruckerorgans, des „Korrespondenten“ kritisiert, Silberfäsmidt, der anwesend war, wird das bestätigen. In nachdrücklichster Weise wurde hervor-gelassen, daß nicht nur in der jüngsten Zeit, sondern auch früher jahrelang vom „Korrespondenten“ nicht Kritik geübt, sondern unsere Partei herunter-gerissen worden ist. (Sehr richtig!) Das hat die allerschärfste Zurückweisung erfahren. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Angriffe uns bei unserer Aktion außerordentlich geschadet haben. Ich stelle fest, daß darauffhin ausdrück-lich von dem Vertreter der Buchdrucker erklärt worden ist, daß, nachdem dieser Rat an die Presse gegeben worden war, es ganz selbstverständlich sei, daß der „Korrespondent“ seine Angriffe gegen die Partei unterlasse und einstelle. Es wäre vielleicht gut gewesen, wenn diese Vorkommnisse erwähnt worden wären. (Sehr richtig!) Man mag das als eine Unterlassungssünde bezeich-nen. (Sehr richtig!) Ich will das gar nicht verteidigen, aber Sie dürfen nicht den Eindruck haben, als ob der Vorstand nicht für das Interesse und das Recht der politischen Redaktionen eingetreten sei. Das ist in ausgiebiger Weise geschehen. Ich bin aber allerdings im Gegensatz zu Laufenberg der Meinung, daß Ratschlüsse des Parteivorstandes, die sich noch dazu auf Partei-tagsschlüsse stützen, beachtet werden sollen. Es wäre ja sehr schlimm, wenn solche Hinweise, die etwas Gutes wollen, nicht beachtet würden. Ich bebauere, daß das Zirkular veröffentlicht und diskutiert worden ist, aber ich hoffe, daß man hüben und drüben nun etwas mehr in genösslichem Sinne arbeiten wird. (Beifall.)

Dann habe ich noch zu Antrag 14 zu sprechen, der den Passus des Organi-sationsstatuts, daß, wo mehrere Delegierte zum Parteitag zu wählen sind, möglichst eine Genossin darunter sein soll, gestrichen wissen will. Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag abzulehnen. Kaum zwei Jahre sind ins Land gegangen, seit das neue Organisationsstatut in Anwendung ist, und die Kom-mission, die es ausgearbeitet hat, hat sich in eingehender Weise mit der Frage beschäftigt, wie die Delegation der Frauen zu regeln ist. Sie wissen, früher hatten die Frauen das Recht, wenn in einem Kreise eine weibliche Delegierte nicht mitgewählt war, noch gefordert die Wahl vorzunehmen. Dies Recht, das aus den Verhältnissen herausgewachsen war, wünschten wir nicht in die neuen Verhältnisse übernommen. In der einheitlichen Organisation wünschten wir auch eine einheitliche Wahl der Delegierten. Wir waren uns aber sehr wohl bewußt, daß die Möglichkeit bestand, es würden viel weniger Frauen gewählt werden, und dieser Hinweis im Statut sollte eine Ermahnung der Genossen sein, bei der Delegiertenwahl die Frauen nicht zu vergessen, aber auch eine Mahnung an die Genossinnen, in stärkerem Maße von ihrem Recht der Delegation Gebrauch zu machen. Bischoff meinte, dieser Hinweis im Statut wäre nicht überall beachtet worden. Das wußten wir vorher. Es heißt ja, „möglichst“ soll eine Genossin gewählt werden, wo mehrere Dele-gierte zu wählen sind. Eine zwingende Bestimmung ist das nicht. Ich müßte aber nicht, wie diese Bestimmung zu einem Wirrwarr geführt haben sollte, und ich habe den Verdacht, daß unsere lieben Altknaer und Wandsbeter Ge-nossen den Passus nur deshalb aus dem Statut herausheben wollen, weil sie zum Ausdruck bringen wollen, daß nicht nur eine, sondern mehrere weibliche

Delegierte gewählt werden könnten (Geiterkeit), denn sie haben die Liebens-würdigkeit besessen, in diesem Jahre zwei weibliche Delegierte aus einem Kreise zur Frauenkonferenz und zum Parteitag zu wählen. Wollten Sie mit dem Antrag zum Ausdruck bringen, daß das überall geschehen soll, so danke ich Ihnen für Ihre Liebenswürdigkeit. Den Parteitag aber bitte ich, den Antrag abzulehnen. (Großer Beifall und Geiterkeit.)

Dr. David: Diese anderthalbtägige Debatte ist ja reich an interessanten Momenten vom Standpunkt der inneren Parteigeschichte gesehen. Ob sie aber unter dem Gesichtspunkt der gegenwärtigen politischen Situation not-wendig und nützlich ist, möchte ich stark bezweifeln. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wohl aus dem Gefühl heraus, daß ihr Vorstoß zu einem vollkommenen Schiffbruch für sie geführt hat, hat die Genossin Luxemburg versucht, das ge-strandete Schiff dadurch wieder flottzumachen, daß sie den alten Erid an-wandte, diese Debatte noch im letzten Moment in eine Richtungsdebatte um-zuwandeln. Wenn es niemals nicht am Platze war, Richtungsdebatten und Richtungsgegenätze aufzuwerfen, so in der gegenwärtigen politischen Situa-tion. Die Marokkofrage hat eine so ernste Bedeutung, daß es sich verbieten sollte, hier Gegenätze hineinzutragen, die nicht vorhanden sind. (Lebhaftes Sehr wahr!) Andere noch müden die Behauptung der Genossin Luxemburg zurückzuweisen, daß die Zustimmung, die Debel fand, nur von den süddeutschen und westdeutschen Genossen stammte; das ist einfach eine Entstellung der Tat-sachen (lebhaftes Sehr richtig!), die weiteren Abstimmungen werden das ergeben. Besondere Verwahrung aber muß ich dagegen einlegen, daß die Genossin Luxemburg es für angebracht hielt, die süddeutschen Genossen zu disqualifizieren als Genossen zweiter Ordnung, deren Zustimmung oder Mißfallen minderwertig sei. Wir können ja nicht alle aus der Heimat der Genossin Luxemburg sein (stürmische Geiterkeit), aber wir beanspruchen als vollwertige Genossen angesehen zu werden und lassen uns dies Recht von ihr am wenigsten nehmen.

Wir haben die Ankläger gehört und die Rechtfertigung des Parteivor-standes. Die Ankläger geben selbst zu, es ist sachlich nichts veräußert worden, nichts von dem, was geschehen mußte, ist ungeschehen geblieben. Nun sucht man noch einen letzten berechtigten Kern der Anklage darin, daß man sagt, es hätte zeitiger geschehen müssen, man ist nicht früh genug aufgestanden. Genosse Liebnecht und Genossin Luxemburg haben noch einmal die Marokkovor-gänge so dargestellt, als ob ein früheres Eingreifen des Parteivorstandes unbedingt notwendig gewesen wäre. Sobald der deutsche Kreuzer vor Agadir erschien, meinen sie, war der Moment gegeben, sofort zur Protestaktion überzugehen. Diese Auffassung kann ich nicht teilen. (Webel: Sehr richtig!) Mit der bloßen Tatsache, daß ein Kreuzer dort landete mit der Motivierung, es ge-schehe zum Schutz deutscher Reichsangehörigen und mit der gleichzeitigen Er-klärung der Regierung, man denke nicht an eine Besitzergreifung — und bis heute wird diese Erklärung von der Regierung aufrecht erhalten —, war noch nicht der Moment zu einer besonderen großen Protestaktion gekommen. Das hätte nur den Kriegsehekrern ihr Geschäft erleichtert, indem es die künstliche Aufregung, die sie erregen wollten, auch unsererseits unterstützt hätte. Des-halb erfolgten natürlich doch überall, wo wir zu Worte kamen, in Versamm-lungen, in der Presse, die parlamentarischen Rundgebungen unserer Auf-fassung. Wo ist denn das ausgeblieben? Gaben wir es ja daran fehlen lassen? Seit Jahren und längst ehe die Marokkofrage wieder aktuell wurde, haben wir da ja einen Zweifel gelassen, wie wir darüber denken, um Marokkos willen einen Weltbrand entfesseln zu lassen? Wenn eine solche Sache sich an-spinat, ist es nicht richtig, auf alle Sensations- und Schwindelnachrichten hin,

die Aufregung erregen sollen, sofort zu handeln. Es gibt Genossen, die meinen, für den Politiker gelte die Maxime des Onkel Bräsig, die Zügigkeit sei die Hauptsache; ich halte es für besser, die Habermannsche Maxime zu befolgen: Auf die Wichtigkeit kommt es an. Und dazu gehört eine scharfe Prüfung und nüchterne Überlegung. Das müssen wir von dem Parteivorstand, dem Generalsekretär unserer Armee, verlangen, und da sehe ich nicht, daß darin irgend etwas veräußert ist. (Lebedour: Armer Parteivorstand! — Webel: Unerhört!) Auf den Zwischenruf Lebedours gehe ich nicht ein, er richtet sich von selbst. Wir müssen von unserer Führung verlangen, daß sie eine Situation kalt prüft und nicht in hysterisch-nerbiger Hast mit ihren Aktionen hineinrast.

Nun spricht man vom Recht der Kritik. Ich habe es gewiß genugsam in Anspruch genommen und bin der letzte, der es bei theoretischen und taktischen Fragen beschränkt sehen möchte. Aber dem Recht der Kritik steht eine Pflicht der Zurückhaltung gegenüber, wenn eine Demokratie sich in der Aktion befindet. Es ist stets eine verhängnisvolle Schwäche der Demokratie gewesen, wenn sie in kritischen Situationen sich in Kritik übte und sich dadurch innerlich selbst schwächte. Auf dem vorigen Parteitag in Jena ist gesagt worden, wir sollen aus der russischen Revolution lernen. Das eine wollen wir daraus lernen, daß man mitten im Kampf, bevor noch die Errungenschaften feststehen, die inneren Gegensätze zurückstellen und Geschlossenheit wahren muß. (Zuruf: Nürnberg!) Da handelte es sich nicht um eine Aktion dieser Art. Aber das Marzoffflugblatt war zum Beispiel der Teil einer Aktion und gerade die, die sich beschwert hat, die Aktion sei nicht frühzeitig und energig genug erfolgt, hat es unternommen, diese Aktion dann zu durchkreuzen. (Webel: Sehr wahr!)

Auf das Hochkomische dieses Intermezzos ist schon hingewiesen worden, darauf will ich nicht eingehen, Genosse Kautsky, wohl aber auf die praktischen Wirkungen. Es wird ein Flugblatt des Parteivorstandes im Lande von den Genossen verbreitet und dann kommt die gegnerische Presse, die Lokals- und Kreisblätter, und drucken aus der „Leipziger Volkszeitung“ ab, daß das ein ganz oberflächliches, fadens Gewächs sei, ein kleinbürgerliches, prinzipienloses Elaborat. Meinen Sie denn, daß das geeignet ist, einer Protestaktion, die von uns unternommen wird, Energie und Stoßkraft zu geben. (Zuruf: „Monatshefte“!) Dieser Fall ist charakteristisch dafür, wie eine Aktion der Partei durchkreuzt wird. Ein solcher Fall ist noch nicht vorgekommen. (Erneuter Zuruf: „Monatshefte“!) In den „Monatsheften“ wird wie in der „Neuen Zeit“ die Theorie und Taktik kritisch beleuchtet, daß aber je eine Aktion der Partei von ihnen durchkreuzt wurde, das ist nicht wahr. Dieser Fall ist der erste derart, und er zeigt, wo die Kritik gefährlich ist.

Zum Schluß will ich das eine hervorheben, und da stimme ich mit dem Genossen Liebknecht überein. Wenn Zweifel hätten entstehen können, daß die Partei in der Marzofffrage, in der Abwehr der Kriegshetze, in der Hochhaltung der internationalen Solidarität nicht einheitlich und nicht geschlossen sei, so mag es immerhin begrüßenswerter Erfolg des Verlaufs der Debatte sein, daß jeder solche Verdacht als hinfällig erwiesen ist. Es galt als eine Selbstverständlichkeit, daß man sich auf die internationale Solidarität der deutschen Partei verlassen kann, daß man in der deutschen Partei stets mit allen Kräften die Geschäfte der chauvinistischen Kriegshetze und Kriegsspekulanten, die Elemente, die aus Unverstand oder Profitgier die Völker gegeneinanderheben, bekämpft hat. Das Mißliche dieser Debatte war es, daß künstlich Zweifel an dieser Selbstverständlichkeit erregt wurden, daß man sogar von imperialistischen Tendenzen sprechen konnte, die in der Parteileitung vora-

handen seien. (Lebedour: Wer hat das getan?) Lenck hat das gestern von dieser Tribune herab ausgesprochen. (Lenck: Das ist eine Verletzung der Tatsachen!) Nun weiß ich ja, daß Lenck nicht ernst zu nehmen ist. Aber in dieser ernstesten politischen Situation, die noch ernster werden kann, müssen wir betonen und aussprechen: In dieser Frage gibt es keine Richtungsunterschiede und keine Unterschiede zwischen Nord und Süd und West und Ost. Die Kriegsspekulanten und Kriegshetze mögen es sich gesagt sein lassen, daß die Sozialdemokratie in dieser Beziehung einig ist, einig bis zum letzten Mann, alle Versuche abzuwehren, die Völker gegeneinanderzuheben und ihre Kulturarbeit zu vernichten. Im Interesse der Arbeiter, im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse der Humanität und der Kultur werden wir geschlossen alle Versuche abwehren, die Völker in den Krieg zu treiben, sei es um Marokkos willen oder aus sonstigen kapitalistischen Interessen. (Lebhafte Beifall und Gänbelstischen.)

Webel: Ich bedaure, die Zeit des Parteitages, wenn auch nur kurz, in Anspruch nehmen zu müssen. Noch einmal zu sprechen, war nicht meine Absicht, aber die Reden der Genossin Luxemburg und des Genossen Lebedour zwingen mich dazu. Ich kann mir um so mehr längere Ausführungen sparen, als die Angriffe, die von jener Seite gegen den Parteivorstand und sein Verhalten gerichtet worden sind, von Genossen David, wie ich anerkennen muß, in ausgezeichneter Weise widerlegt worden sind. Ich muß auch erklären, daß ich bis auf einige Ausführungen, die nicht zur Sache gehören, mit allen seinen Ausführungen, die er über die Tätigkeit des Parteivorstandes und über die Marzoffpolitik gemacht hat, voll und ganz mit ihm einverstanden bin (Bravo!), auf die Gefahr hin, daß mich Lebedour und Luxemburg in die Wolkgrube der Revisionisten werfen. (Große Beifall.) Als David einige Worte zur Rechtfertigung des Parteivorstandes sagte, rief Lebedour: „Armer Parteivorstand!“ Das zeigt den Tiefstand seiner Auffassung. (Lebhafte Zustimmung.) Also, wenn ein Revisionist, mag er noch so richtig gesprochen haben, für den Parteivorstand eintritt, so ist das in Lebedours Augen eine Herabsetzung des Parteivorstandes. (Lebedour: Ja, die Argumentation!) Ich kenne Sie schon. (Sehr gut!) Ich bedaure es auch in Ihrem eigenen Interesse, daß Sie die Ausführungen Molkenbuhns als Lüge charakterisiert haben. (Bewegung.) Der Genossin Luxemburg erwidere ich: Hübsmans soll nicht nur gesagt haben, daß die Indiskretionen der Genossin Luxemburg das Internationale Bureau zur Vorsicht nötige, er hat es gesagt. (Hört!) Und ich begehe damit keine Indiskretion, denn er hat mir gesagt, es sei ihm sehr angenehm, wenn ich von dieser seiner Äußerung Gebrauch mache. (Große Bewegung.) Aber ich stimme darin mit der Genossin Luxemburg überein, daß das Sekretariat des Internationalen Bureaus das Recht nicht hat, der Genossin Luxemburg oder anderen Mitgliedern Schriftzüge und Informationen vorzuenthalten. Ich habe schon gestern hervorgehoben, daß eine solche Frage nur in gemeinschaftlicher Sitzung des Bureaus entschieden werden kann. Ich glaube, damit ist die Sache klar gestellt. Genossin Luxemburg hat mir des weiteren vorgeworfen, daß ich die Bezugnahme ihres Artikels auf mich ganz außer Betracht gelassen habe. Ich habe gestern in meiner Rede der Genossin Luxemburg gegenüber zwei Standpunkte vertreten. Der eine, soweit der Artikel in Frage kommt, war, daß ich mich ausschließlich mit ihrer Haltung zu dem Briefe Molkenbuhns und ihren Folgerungen daraus befaßte, und in dem anderen Teil meiner Rede habe ich mich auf ihre Rede hier bezogen und auf das, was sie hier nicht gesagt hat. Den Artikel der Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“ kennt die Versammlung nicht. Was brauche ich also darauf Bezug nehmen? Aber Sie haben (zur Genossin Luxemburg ge-

twendet) in Ihrer Anklagerede auf die Aktienstücke nicht genügend Bezug genommen, und deshalb war ich verpflichtet, auf meinen Brief vom 12. Juli hinzuweisen, worin ich die Einberufung einer Konferenz bei dem zunächst friedlichen Verlaufe der Angelegenheit nicht für nötig hielt, damit wir unser Pulver nicht zu früh verschießen. Ich habe weiter, und das will ich insbesondere für die weitere Oeffentlichkeit feststellen, wie aus den Aktienstücken hervorgeht, mich an das Internationale Bureau sofort gewendet, als England eingriff, mit dem Antrage, Stellung zu nehmen. Mehr konnte ich doch wohl in der Tat nicht tun. Man muß festhalten, welche Schwankungen die Marokkofrage in zwei Monaten durchgemacht hat, keine drei Tage war dieselbe Situation, immer wieder war sie anders. (Sehr richtig!) Als ich Guysmans sagte, seien Sie auf dem Posten, gehen Sie sofort vor, binnen drei Tagen muß das Bureau beisammen sein, da erwiderte er, das geht nicht, die Mitglieder sind über die ganze Welt zerstreut und alle wollen doch Nachricht von der Sitzung haben. Ich habe aber dringend zugeredet, alsdann mit möglichstster Beschleunigung in der Sache vorzugehen. Ich habe damals auch geschrieben und gesagt, und das hat sich bis jetzt bestätigt, daß ich an einen Krieg nicht glaubte. Frankreich werde sich hüten, mit Deutschland wegen Marokko einen Krieg zu führen, bei dem es allein die Kosten zu tragen habe. (Hört! hört!) Der offenbar vorhanden gewesene Versuch der englischen Regierung, Frankreich in der Marokkofrage zu beeinflussen, sei außerordentlich bedauerlich. Wir haben uns im Reichstage und andernwärts öfter auf die Äußerungen der englischen Minister über die Abrüstung berufen und nun hielt Lloyd George eine Rede, die sich ganz im Geiste der Chaubwinisten bewegte und den Krieg als unter gewissen Umständen notwendig bezeichnete, genau so, wie es sein deutscher Kollege von Bethmann Hollweg im Reichstage tat. (Sehr wahr!) Eine andere Äußerung der Genossin Lugemburg könnte den Eindruck erwecken, als ob wir beide eine besonders lebhaft und besonders gereizte Korrespondenz geführt hätten. Sie sprach davon, ihre Briefe könnte ich nicht hinter den Spiegel stecken. Diese Äußerung mußte diesen Anschein erwecken. Parteigenossen! Wenn Sie meinen, daß dieses richtig sei, irren Sie sich gewaltig. (Hört! hört!) Unser beiderseitiger Briefwechsel war bis zum letzten Augenblick, ich glaube den letzten Brief haben wir vor 3 oder 4 Monaten gewechselt, durchaus freundlich. Wenn sie an mich schrieb, schrieb sie „Lieber Genosse Wibel“ und wenn ich antwortete, schrieb ich „Liebe Genossin Lugemburg“. (Stürmische Heiterkeit.) (Wibel zur Genossin Lugemburg) Sie werden das mir wohl bestätigen. (Die Genossin Lugemburg nickt zustimmend. Erneute große Heiterkeit.) Aus diesen Anreden ersehen Sie schon, daß wir in der Tat ganz freundschaftlich miteinander verkehrt haben. (Übermals lebhaft Heiterkeit.) Freilich muß ich gestehen, die Anrede „Lieber“ kann ich künftig nicht mehr anwenden (schallendes Gelächter), nachdem, was heute vorgekommen ist. (Zur Genossin Lugemburg) Ich nehme an, das ist auch auf Ihrer Seite der Fall. (Wachsende Heiterkeit bemächtigt sich des Parteitages während der letzten Sätze des Redners.) Weiter hat die Genossin Lugemburg besonders den Wortwurf gegen mich erhoben, daß der Weisfall, den gestern meine Worte fanden, nur von der revidenistischen Seite kam, also sie jagt damit etwas Ähnliches, wie der Juruf Ledebours. Ich gebe Ihnen mein Wort, ich weiß nicht, von welcher Seite der Weisfall kam. Wenn ich von der Tribüne herunterkomme, gucke ich immer schamhaft zu Boden. (Heiterer Weisfall.) Ich bin überhaupt kein Mensch, der nach Weisfall geizt, das glaube ich in meinem langen Leben bewiesen zu haben. (Sehr wahr!) Kein Zweiter in der Partei hat ja so oft gewagt, der Partei seine abweichende Meinung zu sagen, wie ich. Ich kann mich hier auf meine Vergangenheit berufen. (Bewegung.) Aber ist denn der Weisfall der Genossen,

die sich Revisionisten nennen, weniger wert als der der radikalen Genossen? Wenn man nun sagt, ich hätte selbst zugegeben, ich wäre mit dem Vorstande noch ganz anders ins Gericht gegangen, wie hier die Redner, wenn ich ihn nicht angehört, — ja, warum denn nicht? In meinem langen Leben habe ich leider mein Oppositionsbedürfnis durchaus nicht befriedigen können (große Heiterkeit) in Rücksicht auf die Parteileitung, und zwar weil ich von den 50 Jahren, die ich in der Partei stehe, 47 in der Parteileitung war oder ihr nahegestanden habe. Aber herumgeschlagen habe ich mich alle Zeit ehrlich. Wenn Ihr glaubt, es gehe zwischen uns immer still und friedlich zu, es sei stets alles ein Herz und eine Seele, i, fällt uns gar nicht ein. (Heiterkeit.) Weder haben sich andere etwas von mir gefallen lassen, noch ich von anderen. Aber wir waren schließlich immer freundschaftlich verbunden und es herrschte volle Harmonie und so wird es auch, solange ich noch die Ehre habe, im Parteivorstand zu sein, künftig bleiben. Darauf könnt Ihr Euch verlassen. (Beifall.)

Lebedour sprach davon, daß man mich vorgeschoben habe, um den Parteivorstand aus der Patzche zu helfen, in der er angeblich sitze; und zwar mich, der ich nach seiner Meinung doch von einer ganzen Reihe von Dingen nichts geruht habe. Ich habe mich gegen den Wortwurf, vorgeschoben zu sein, durch den entsprechenden Zwischenruf bereits verwahrt. Ich kann zu meinem Bedauern den Zwischenruf nicht zurücknehmen. Es ist doch in der Tat ein sehr starkes Stück, einem Manne, der 50 Jahre in der Bewegung steht und 47 Jahre mit an der Spitze, zuzumuten, er lasse sich schieben, als habe er keine eigene Meinung. (Bewegung.) Ich hoffe, daß Ledebour niemals dieses Kompliment gemacht wird. (Sehr gut!) Es ist ja Mode geworden, von den Alten zu reden, die zur Leitung der Partei nicht mehr geeignet seien. (Heiterkeit.) Bringt doch einen Geschenktwurf ein, daß künftig, wer über 50 Jahre alt ist, kein Amt mehr in der Partei bekleiden darf und pensioniert werden muß. Wenn schon Kautsky mit seinen 57 Jahren und Wehring mit seinen 62 jenil sind, dann wird es vielleicht bald heißen, daß man schon mit 50 Jahren jenil sei. (Heiterkeit.) Müller-Windchen: Mancher bringt die Senilität mit auf die Welt! Es wäre also Zeit, einen Invalidenfonds zu schaffen, für den würde ich schließlich auch ein paar tausend Mark hergeben. (Stürmische, anhaltende Heiterkeit.) (Zu Ledebour, gegen den verschiedene heitere Zurufe gerichtet werden:) Sie können selbstverständlich auch unter die Invaliden, Sie sind ja auch bereits erheblich über 50 Jahre alt. (Erneute große Heiterkeit.)

Nun zur Stellung des Parteivorstandes gegenüber der französischen Partei in der Demonstrationsangelegenheit, die Ledebour als einen großen Fehler bezeichnet. Ich kann Ledebour die beruhigende Mitteilung machen, daß auf einen Brief des Parteivorstandes vom 13. August dieses Jahres vorgestern, am 8. September, die französische Partei Socialiste durch ihren Sekretär dem Parteivorstand geantwortet hat, daß sie durchaus anerkennen müsse, daß wir völlig korrekt gehandelt hätten und daß sie für das longae Entgegenkommen danke, das der deutsche Parteivorstand zu allen Zeiten den französischen Genossen bewiesen habe. (Hört! hört!) Ledebour, der ja französisch versteht, kann den Brief einsehen. Vielleicht behauptet man aber, ich hätte den Brief in Paris bestellt, das würde mich bei den Anschuldigungen von jener Seite gar nicht wundern. Denn das gehört zu der Methode, in der man bisher gegen den Parteivorstand gekämpft hat. (F r o h m e: Das gehört zum System.) Ich schüttele dergleichen Verdächtigungen ab, ich vertraue auf den gesunden Sinn der Parteigenossen, die in ihrer übergroßen Mehrheit wohl wissen werden, auf welche Seite sie sich in dieser Frage zu stellen haben.

(Sehr gut!) Außerdem konstatiere ich, daß in jener Demonstrationsversammlung bereits der Abgeordnete Labaud, also einer unserer Genossen, gesprochen hat. (Sehr richtig!) Von irgendwelcher Mäßigung oder irgendwelchen Differenzen zwischen uns und den französischen Genossen kann also gar keine Rede sein.

Damit könnte ich schließen, ich bin aber genötigt, noch auf etwas anderes einzugehen. Ich habe am Sonntag in meiner Rede darauf Bezug genommen, daß die „Königliche Zeitung“ gelegentlich der Miquel'schen Steuerreform gedroht habe, man werde unter solchen Umständen seine monarchischen Anschauungen revidieren müssen. Die Redaktion hat mir nun heute einen Brief geschrieben, worin sie befreit, daß der Inhalt ihres damaligen Artikels diesen Sinn gehabt habe. Sie bedauert, die betreffende Nummer nicht mitbringen zu können, da sie vergriffen sei, sie schickt mir aber einen Artikel, der sich gegen die „Königliche Volkszeitung“ richtet, die auch diese Anklage erhoben hatte. In diesem Artikel vom 31. Oktober 1908 führt sie aus, sie habe auf frühere Demokraten verwiesen, die anfangs, ihre monarchischen Auffassungen zu revidieren, also nicht auf die Nationalliberalen im ganzen. Ich hielt mich für verpflichtet, diesen Irrtum, der mir unterlaufen war, in lokaler Weise richtigzustellen. Die Presse wird für die Weiterverbreitung sorgen. Im übrigen habe ich zu der Sache nichts mehr zu sagen. (Lebhafte Beifall. Weber ruft einigen süddeutschen Genossen, die ihm Beifall spenden, zur Woll: Ihr wohl ruhig sein, Ihr Revisionisten! Stürmische Heiterkeit.)

Weber-Griesheim: Wir alle haben es peinlichst empfunden, daß, nachdem die Marokkofrage schon lange in der Presse diskutiert war, der Parteivorstand nicht Stellung dazu genommen hat. Aber wir sind die allerletzten, die dem Parteivorstand deshalb den Vorwurf der Vernachlässigung machen, wir glauben vielmehr, daß er die Lage richtig erkannt hat, obwohl er nach Meinung verschiedener Parteigenossen früher hätte eingreifen müssen. Gestatten Sie mir als Gewerkschaftler einige Worte über die Stellung der Parteipresse gegenüber den Gewerkschaften. Ich habe es immer freudig empfunden, wenn seitens der Parteipresse unseren Gewerkschaftsführern gezeigt wurde, wie das proletarische Klassenempfinden geweckt wird, anstatt es einzulassen. In den letzten Tagen hatte ich Gelegenheit, einmal das Kassensbuch und die Schrifmappe eines Turnvereins zu sehen und da konnte ich feststellen, daß ein großer Teil Gewerkschaftler dieses Vereins ein Wittgesuch an den Landrat gerichtet hatten um Staatsbeihilfe aus dem Reptilienfonds zur Bekämpfung der proletarischen Jugendorganisation. Da muß man sich doch fragen: Hat die Gewerkschaftspresse es verstanden, die proletarischen Massen zum Klassenkampf zu erziehen, hat sie alles getan, was notwendig ist, um das proletarische Gefühl in ihnen zu wecken? Weiter möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Agitationsbroschüren und Handbücher der letzten Jahre, die der Agitation dienen sollen, für die in Arbeit stehenden Genossen viel zu umfangreich sind. Diesen Genossen müßte etwas an die Hand gegeben werden, damit sie in der Lage sind, zu jeder Zeit den Gegnern schlagfertig zu antworten. Der Erklärung des Parteivorstandes betreffend die Anstellung von Sekretären bitte ich Sie, zuzustimmen. Ich bin zum ersten Male auf einem Parteitag, und ich muß sagen, es macht keinen guten Eindruck auf die Arbeiter, wenn sie sehen, wie aufgepöbelt die Diskussion hier geführt wird. Hunderttausende von Proletariern wünschen, daß die Diskussion in einem anderen Ton geführt wird. Die Partei wird davon nur Vorteil haben. (Bravo!)

Klara Wien-Berlin: Genossin Luxemburg hat gewissermaßen dem Vorstande vorgeworfen, er habe sich von der Generalkommission scheiden lassen. Western haben wir aber doch dem Vorstande Beifall gespendet, weil er in

nähere Fühlung mit den Gewerkschaften getreten ist. Dittmann entrüstet sich über den Geheimrat. Es wäre besser gewesen, wenn man abgemariet hätte, bis die Organisationen zur Buchdruckerfrage Stellung genommen hätten. Ich bin Buchdruckerhilfsarbeiterin, und wir waren bei diesem Streik außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen. Es wäre besser gewesen, wenn die Parteipresse sich mehr Reserve auferlegt hätte. Auch die Buchdruckerhilfsarbeiter und -hilfsarbeiterinnen haben eine Gaubortischerkonferenz gehabt. Dort wurde daselbe Resultat gezeitigt, wie in der Buchdruckerkonferenz. Die Parteipresse hatte die Pflicht, sich zu fragen, ob sie mit ihren Angriffen die Gewerkschaften nicht schädigte. Es war aber durchaus schädlich, weil wir im Buchdruckergerwerbe vor einer Revision unserer Tarife stehen. Man schimpft auf den Verband der Buchdrucker, hat aber keine Veranlassung dazu. Ueberall, wo es galt, haben die Buchdrucker ihre Solidarität bewiesen. (Weber: Sehr richtig!) Man hat die Buchdrucker außerordentlich beschuldigt, als sie den Tarifvertrag eingingen. Heute sehen wir das Schauspiel, daß alle Gewerkschaften die Tarifgemeinschaft anstreben. Sie ist nicht das Schlechteste, sie ist aber nur den Verbänden möglich, die gut organisiert sind und einen Machtfaktor bilden. In der Sache Scherl hätten sich die Parteiblätter zurückhalten müssen und warten sollen, bis die Gewerkschaften gesprochen hätten. Sie haben gesprochen. Die Vorstände sind zusammengetreten und haben ihre Meinung geäußert. Also ist die Sache für die Partei erledigt. (Beifall.)

Vorsitzender Diez teilt mit, daß ein Antrag Zettin eingegangen ist, den Antrag 11 wie folgt abzuändern: Der Parteitag bedauert, daß der Parteivorstand nicht früher energische Initiative zu einer umfassenden einheitlichen Aktion ergriffen hat, die die Massen über die Ursachen und die Tragweite des Marokkoabenteuers aufklärte und zu machtvoller Willensstimmung für den Weltfrieden aufforderte.

Klara Zettin: Der Antrag 11 ist im ersten Teile unberechtigt, im zweiten Teile trifft er aber nicht den Kern dessen, um was es sich handelt. Nach dem ersten Teil könnte es scheinen, als ob demängelt würde, daß der Vorstand, daß die Partei nicht genügend zur Aufklärung über den Militarismus tue. Ein solcher Vorwurf wäre durchaus ungerichtet. Der Vorstand und die Partei haben es an einer aufklärenden Agitation nicht fehlen lassen. Auch in der Marokkosache hat es der Vorstand nicht an der Initiative fehlen lassen. Wir bemängeln aber, daß diese Initiative nicht früher und energischer erfolgte. Genosse Fischer hat mit jener tiefen inneren Enttäuschung und mit jener Anmut des Geistes, die zu seinen wesentlichen Charaktereigenschaften gehören und ihm so überaus wohl anstehen, sich gegen Genossin Luxemburgs „Indiskretion“ gewendet. Trotz allem, was gesagt worden ist, steht aber nach meiner Ansicht das Interesse der lebendigen Partei über dem Rechte der toten Form. Und bei der „Indiskretion“ ging es um das Interesse der Partei. Hand aufs Herz, Genossen: Sie alle, die sich über die „Indiskretion“ entzündeten! Wäre Ihre Enttäuschung gleich lebhaft, gleich stürmisch gewesen, wenn Genossin Luxemburg an die Veröffentlichung des Briefes statt einer Kritik eine Zustimmung und Verherrlichung des Verhaltens unseres Parteivorstandes geknüpft hätte? Sie werden sagen, auch dann hätten wir die „Indiskretion“ verurteilt. Aber es hat dem Menschen zu allen Zeiten wie dem seltsamen Dänenprinzen noch nie an Gründen gefehlt, wenn er sich selbst benehmen will, daß er das Richtige getan habe. Genosse David hat uns Kritikern den guten Rat gegeben, unserer Verantwortlichkeit bewußt zu sein und nicht durch unzeitgemäße Kritik Aktionen der Partei zu stören. Ich hoffe, daß Genosse David den nationalliberalen sozialistischen „Monatsheften“ (Heiterkeit) auch diesen Rat gibt. Nicht nur durch theoretisch-kritische Auseinander-

fehungen, nein, auch von den Männern der Praxis ist gerade von jener Seite die Aktion der Partei in wichtigen Momenten schon gestört worden. Ich erinnere an die Zustimmung zum Budget in Zeiten, wo die Sozialdemokratie gerade genug mit den Gegnern zu tun hatte. (Rufe: Aha!) Monatselang dauerten damals die Auseinandersetzungen. In einer Zeit, wo der Absolutismus herumgeht wie ein brüllender Löwe, wo wir den Kampf gegen das persönliche Regiment und das monarchische Prinzip zu führen haben, was geschieht da? In dieser Zeit beteiligen sich Genossen an höfischen Veranstaltungen, legen sie Gewicht darauf, sich vor allem als Träger zivilisierter europäischer Höflichkeit vor der Krone zu erweisen. Wird etwa durch Vorgänge dieser Art — bis herunter zur Anteilnahme von sozialdemokratischen Abgeordneten an dem Ministereffen in Stuttgart — die Aktionskraft der Partei gestärkt? (Sehr richtig! und Rufe: Na endlich!) Wenn man schon abrechnet, dann soll man auch nach beiden Seiten hin abrechnen. (Dr. Frank: Das ist Ihr Kampf gegen den inneren Feind!) War es wirklich gerechtfertigt, daß die Protestaktion der Partei erst einsetzte, als die Agitation der Alldeutschen die höchsten Wellen schlug? Wir scheint es: nein. Wir bekämpfen nicht nur die alldeutschen Kriegsheher, sondern die Regierung, die imperialistische Kolonialpolitik treibt und im letzten Grunde das Instrument dieser Kriegsheher ist. Ueber die Bedeutung dieser Kriegshehe und ihre Wirkung im Auslande konnte man nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Wenn Genosse Wollenbutz der Ansicht ist, daß das Datum seines Briefes uns zu einem anderen Urteil über die Haltung des Parteivorstandes hätte befähren müssen, so fühle ich mich veranlaßt, ihm variierend zuzurufen: Gekochten, Du ahnungsloser Engel Du! (Geisterkeit.) Konnte jemand darüber im Zweifel sein, wie die Entsendung des Kanonenbootes „Panther“ in England wirken mußte? In dem England, das vor der Feindschaft Deutschlands in Marokko gittert, weil diese seine Machtposition in Gibraltar erschüttern würde, das die zwei Wege nach Indien schützt. In England setzte die Kriegshehe gegen Deutschland sofort nach der Entsendung des „Panther“ ein. Da war es unsere Pflicht, um so eher zur kraftvollen, einheitlichen Protestaktion zu schreiben, als wir ganz genau wußten, daß in England unsere Bruderparteien unter viel schwierigeren Verhältnissen wie wir in Deutschland für die Erhaltung des Weltfriedens eintreten mußten. Und die Hege in England war nur das Pendant der Kriegstreiberien im eigenen Lande. Gewiß, es war noch nicht zu spät, als der Parteivorstand eingriff, es konnte noch vieles geschehen. Daß es aber nicht zu spät war, ist doch wahrhaftig nicht die Tugend und das Verdienst des deutschen Parteivorstandes gewesen. (Sehr richtig!) Niemand wußte von vornherein, daß es dann noch nicht zu spät sein würde. Es hätte auch anders kommen können. Wenn heute die Sonne auf uns herunterlacht, wenn nicht ein furchtbares Gewitter losbricht, ist das unser Verdienst? Eberisowenig ist es das Verdienst des Parteivorstandes, daß die Situation in dem Marokkohanbel eine Wendung nahm, die aus unserer Veräumnis nicht einen großen Schaden entstehen ließ. Wir hatten aber noch einen besonderen Grund, sofort gegen die Entsendung des Kanonenbootes zu protestieren. Sie war erfolgt ohne die Zustimmung des Reichstags. Das ist ein neuer Vorweis für die selbstherrliche Art und Weise, wie in Deutschland gewirtschaftet und gerade die ausländische Politik betrieben wird. Deshalb war es unsere Pflicht, so rasch wie möglich zu handeln. Nun ist gesagt worden, wir hätten wegen der Wahlen vorsichtig zurückhalten sein müssen, Gerade aber die Rücksicht auf die Ausnutzung des Marokkoadventurers zu Wahlgewinnen war der stärkste Ansporn für uns, sofort auf den Plan zu treten. Es gibt keine bessere Vorbereitung unseres Aufmarsches zu den nächsten Reichstagswahlen, als

Wenn wir unter die breitesten Massen die Aufklärung über die geschichtlichen Zusammenhänge tragen, aus denen das Marokkoadenteuer naturnotwendig als reife Frucht hervorgewachsen ist. Dadurch heugen wir einer Ausnutzung zu Wahlgewinnen vor. Wir Kritiker sind übrigens nicht — wie Genosse Fischer behauptete — klagende Jeremiaße gewesen. Wir haben nicht still geessen und geweint, wir sind unter die Massen gegangen und haben damit gehandelt, soweit das uns möglich war. Die Protestbewegung ist vielerorts ohne die Initiative des Parteivorstandes und vor ihr ins Leben gerufen worden. Der Parteivorstand ist mit seinem Aufruf hinterher gehumpelt.

Wir ist die politische Unterlassungssünde des Parteivorstandes um so schärfer zum Bewußtsein gekommen, als dieser in seiner Eigenschaft als verwaltende Körperschaft sich in jeder Situation mit einer Umsicht, Besonnenheit und Energie betätigt hat, die das höchste Lob, die uneingeschränkte Anerkennung verdienen. Aber im Gegensatz dazu steht seine politische Inaktivität, die meiner Meinung nach — darin stimme ich mit Genossen Quard überein — durch eine Reorganisation des Parteivorstandes behoben werden muß und nicht durch das provisorisch nötige, mechanische Mittel der Anstellung weiterer Sekretäre beseitigt werden kann. Wenn diese neue Etappe im Ausbau unserer Parteiorganisation von Auseinandersetzungen eingeleitet worden ist, so brauchen wir uns darob nicht zu bekümmern. Solche Auseinandersetzungen werden nicht ausbleiben, solange die Sozialdemokratie ein jugendfrischer Organismus bleibt. Von dem Tage an, wo sich die Entwicklung der Partei lediglich routinemäßig auf bürokratischem Wege vollziehen würde, von dem Tage hätten wir die Befundung, daß die Sozialdemokratie anfängt, zu versteinern, zu verkrusten, daß sie altersschwach wird. Die Zusammenstöße der Meinungen sind das Zeugnis für das rastlose Vorwärtstreiben, die Kraft der Partei. Und wenn wir gelegentlich auch miteinander um die Erkenntnis der richtigen Mittel und Wege ringen, so hält uns das nicht ab, geschlossener und stärker als je zusammenzutreten, wenn es gilt, den gemeinsamen Feind zu schlagen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag von Lütj-Hamburg wird die Debatte geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Lebesaur: Bernstein hat bestritten, daß meine Darstellung über das Verhalten des englischen Genossen MacDonald richtig sei, und zwar sowohl in bezug auf das, was ich seine nationalpolitische Anschauung genannt habe, als auch in bezug darauf, daß er nachträglich diese Ausführungen zu rechtfertigen gesucht hat mit dem Hinweis darauf, daß die deutsche Partei nichts tun wolle. Das hat er getan in einem Artikel oder einer Note, die ich jetzt allerdings nicht vorlegen kann, und außerdem in einem Briefe an Longuet-Paris, den ich selbst von Longuet zu lesen bekommen habe. Darin heißt es: Die deutsche Partei will nichts tun. Bebel hat eine ganze Reihe persönlicher Angriffe gegen mich gerichtet. Er hat meine Darstellung, daß die deutsche Partei nicht dafür gesorgt habe, daß die französische Partei zu der Demonstration in Paris eingeladen worden sei, als unrichtig bezeichnet, da ja Labaud in Paris gesprochen habe. Hätte Bebel meinen Artikel im „Volksblatt für Halle“, gegen den er polemisiert hat, aufmerksamer gelesen, so würde er wissen, daß ich diese Tatsache sehr deutlich dargestellt habe, weil ich selber der Haupturheber der nachträglichen Heranziehung von Labaud gewesen bin. Das exkulpiert den Parteivorstand Ebert aber nicht, denn diese Heranziehung erfolgte am Mittwoch, den 4. August. Als ich nach Paris kam — das kann ich durch Zeugen beweisen —, wußte die französische Partei überhaupt noch nichts von der Beteiligung der deutschen Partei, außer durch eine Annonce, auch die „Humanité“ wußte nicht, daß wir an der Versammlung beteiligt sein sollten.

(Zurufe: Das sind doch keine persönlichen Bemerkungen!) **Webel** fühlt sich getränkt, daß ich den Ausdruck gebraucht habe, er sei vorgehoben. Das sollte kein Tadel für **Webel** sein, sondern für diejenigen seiner Kollegen, die ihn vorgehoben haben. (Müller: Unwahr!) Wenn **Webel** sich dagegen wehrt und sagt, er sei nicht geschoben, so ist das begreiflich. Es kann jedem passieren — mir ist das wahrscheinlich auch schon passiert —, daß man geschoben wird und es nicht weiß. (Lachen.) Du glaubst zu schieben, und Du wirst geschoben! Das ist etwas ganz Befanntes, das kommt nur auf die Geschicklichkeit der Schieber an. (Weiterkeit.)

Lenzsch: David hat behauptet, ich hätte gestern erklärt, ich deutsche Parteivorstand sei imperialistisch durchsetzt und durchseucht, mit anderen Worten, er betreibe eine kapitalistische, imperialistische Politik. Nach dem Protokoll habe ich gesagt: „Hier handelt es sich nicht darum, ob die Genossin Luxemburg taktlos gewesen ist, ob sie unterschlagen hat oder sonst was, hier handelt es sich überhaupt nicht um die Genossin Luxemburg, sondern nur um die Frage: Hat der Parteivorstand in der Marokkofrage seine Pflicht erfüllt oder nicht? Das ist die Frage, die wir uns nicht verdunkeln lassen wollen. Die deutsche sozialdemokratische Partei hat einen Anspruch darauf, zu wissen, welche Anschauungen in der Frage der Weltpolitik im Parteivorstande herrschen, sie hat ein Recht darauf, zu wissen, aus welchen Gründen diese Marokkoaktion nicht vorgenommen worden ist. Und da sage ich ganz offen, daß diese Veröffentlichung des Mollenbuhrschen Briefes, die man der Genossin Luxemburg oder der „Leipziger Volkszeitung“ als Verbrechen auslegt, ein Verdienst gewesen ist. Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im deutschen Parteivorstande betrieben wird.“ (Zurufe: Na also!) Aus den Zwischenrufen erziehe ich, daß David mir das Wort „betrieben“ zum Vorwurf macht. Man muß doch einen Redner nach dem Sinn seiner Worte beurteilen. Wenn er mir unterstellt, ich hätte den Parteivorstand eine kapitalistische, imperialistische Verseuchung unterschoben, so weise ich das als eine Unterschlebung zurück; es ist mir nicht im Traum eingefallen, dem Parteivorstand einen solchen Vorwurf zu machen.

Robert Schmidt: Als Teilnehmer an der Pariser Kundgebung stelle ich nochmals fest, daß die Behauptung von Ledebour, der Parteivorstand habe auf die Einladung der französischen Partei verzichtet, unrichtig ist, daß im Gegenteil alles von uns getan ist, diese Einladung herbeizuführen und daß der Kontakt in Paris durch nichts anderes gestört wurde, wie durch das ungehörige Auftreten von Ledebour. (Hört! hört!) Alle Teilnehmer, mit Ausnahme von Ledebour, der über die Vorbehandlungen gar nicht informiert war, sind nach Paris mit der Absicht gegangen, durch persönliche Rücksprache am Ort die Differenzen zu beseitigen und herbeizuführen, daß der französische Parteivorstand eingeladen wird. Das ist uns gelungen. Zu was denn dieser ganze Streit und die Rechthaberei, wenn nachher — nicht durch Ledebour, sondern durch das gemeinsame Wirken aller deutschen Delegierten — diese Differenzen beseitigt sind, und zwar, wie uns auch Vertreter des Parteivorstandes in Paris persönlich erklärt haben, zur Zufriedenheit der französischen Partei? Infolge unseres Verlangens und unserer Einladung ist schließlich auch ein Vertreter der französischen Partei auf der Kundgebung zu Worte gekommen.

Webel: Ledebour hat nicht nur seine erste Behauptung, ich sei vorgehoben, um den Vorstand aus der Patzche zu helfen, aufrechterhalten, sondern sie noch verschärfert, durch die Erklärung, es komme auch vor, daß man geschoben wird, ohne es zu wissen, d. h. er hat mich als einen Menschen hingestellt, der unfähig sei, zu beurteilen, aus welchen Motiven heraus er aufgetreten

sei. (Widerspruch von Ledebour.) Keiner meiner Vorstandskollegen hat gemerkt, daß ich mich zum Worte melden würde und gemeldet hatte; ich stand etwa als 20. Redner auf der Liste und das war mir unangenehm, weil ich fürchte, nicht mehr zum Wort zu kommen. Ich habe das am Vorstandstisch auch gemerkt, darauf war Mollenbuhre so freundlich, mir seine Stelle abzutreten, genau wie heute **Wels** aus eigener Initiative mir seinen Platz eingeräumt hat. Das ist der wahre Sachverhalt. Aber es scheint mir, daß Ledebour gar nicht mehr begreift, welche Bedeutung seine Worte haben. Ich kann nur sagen: An Taktlosigkeit übertrifft er alle Parteigenossen. (Unruhe und Zustimmung.)

David: Lenzsch macht mir den Vorwurf, ihm etwas unterschoben zu haben. Ich habe ausgeführt, daß in eine Sache, über die man gar keinen Zweifel erwartet habe, nämlich hinsichtlich der internationalen Solidarität und der Kriegsfeindschaft der Sozialdemokratie, Zweifel getragen worden seien. Als ich von dieser Seite (links) aufgefordert wurde, das zu beweisen, da erklärte ich, daß Lenzsch gestern dem Parteivorstand imperialistische Tendenzen vorgebracht habe. Von Verseuchung sprach ich nicht. Das nennt Lenzsch eine Unterschlebung. In seinen Ausführungen, die er eben verlesen hat, fragt er, welche Stellung der Parteivorstand in der Marokkopolitik einnimmt. Ich halte glaube, diese Frage sei höchst überflüssig, das wisse jeder Mensch innerhalb und außerhalb der Partei. Er fährt dann fort: „Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im Parteivorstande getrieben wird.“ (Hört! hört!) Nun frage ich: Habe ich unterschoben, oder macht Lenzsch jetzt den Versuch, etwas wegzufragen, was er gestern gesagt hat? (Sehr gut!)

Ledebour: Gegenüber Robert Schmidt stelle ich nochmals ausdrücklich fest — ich werde den Beweis dafür später schriftlich erbringen, um die Zeit des Parteitag's nicht aufzuhalten —, daß die Generalkommission und der Parteivorstand, soweit er durch einzelne Personen dabei beteiligt ist, sich auf die Pariser Verhandlungen eingelassen haben, obwohl die Schindlististen ausdrücklich erklärt hatten: „Wir können die Beteiligung der französischen sozialdemokratischen Partei nicht akzeptieren.“ (Mollenbuhre: Sie haben sie doch akzeptiert!) Ja, nachher in Paris, als diese für die französische Partei wenig angenehme Form gefunden wurde, um wenigstens den äußeren Schein zu wahren. Der Vertreter der Schindlististen erklärte ausdrücklich: „Auf Wunsch der deutschen Delegation erhält jetzt Labaud das Wort.“ Labaud hat dann fünf Minuten gesprochen. Das ändert an der Anschuldigung und der Verantwortlichkeit der Generalkommission und des Parteivorstandes nichts.

Lenzsch: Ich behaupte, daß gestern kein Mitglied des Parteitages den Eindruck hatte, daß ich den Parteivorstand imperialistische Tendenzen oder die Durchführung einer kapitalistischen Politik vorgeworfen habe. (Zustimmung und Widerspruch.) Als heute vormittag der Bericht da war, da war man glücklich in der Lage, ein Sächchen herauszufinden, das man nach einigem Bemühen eventuell so drehen konnte, als ob dem Parteivorstand vorgeworfen wird, er betreibe imperialistische Politik. Ich habe schon gesagt, wenn man einen Redner loyal interpretieren will, dann muß man ihn im Zusammenhange seiner Ausführungen nehmen, und wenn David sich nicht an das Wort „betreibt“ klammern würde, sondern dafür das Wort „behandelt“ setzt, dann lautet der Satz: „Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im deutschen Parteivorstand behandelt wird.“ Niemand kann im Zweifel sein, daß das der richtige Sinn meiner Ausführungen ist.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.
Vorsitzender Diez: Der Antrag 11 ist zurückgezogen, ebenso der Antrag 22.
 (Weiterkeit und Bravo!)

Genossin Zettin (zur Geschäftsordnung): Ich habe zu erklären, daß die drei Anträge, die sich im wesentlichen decken, nur eine klärende Aussprache herbeiführen sollten. (Lebhafte Ausruf: Ah, ah! bei den Süddeutschen und Gelächter.) Dieser Zweck ist ausreichend erreicht worden, als wir zu hoffen gewagt hätten. Deshalb ziehen wir die Anträge zurück. (Große Heiterkeit und Beifall bei einem großen Teil des Parteitagés.)

Genke-Bremen (zur Geschäftsordnung): Ich muß die Worte der Genossin Zettin ergänzen; nicht nur aus den von ihr angeführten Gründen wird der Antrag Bremen zurückgezogen, sondern (Zuruf von den Süddeutschen: Weil er abgelehnt wird! — Große Heiterkeit.) weil in den bisher gepflogenen Debatten und besonders in den von 42 Genossen aus Berlin und Brandenburg unterstützten Antrag Auer zum Ausdruck kommt, daß die Reorganisation des Parteivorstandes allgemein gewünscht wird. Darin erblicken wir das, was wir erzielen wollten, und es genügt uns vollkommen (türmige Heiterkeit bei einem großen Teile des Parteitagés); im übrigen sind wir auch mit dem Resultat der Aussprache vollständig zufrieden. (Erneute große Heiterkeit.)

Es tritt die Mittagspause ein. Vor Beginn der Nachmittags-sitzung soll der Kranz an dem Denkmal für Ernst Abbe niedergelegt und morgen eine gruppenweise Besichtigung der Zeißwerke vorgenommen werden.

Nachmittags-sitzung.

Vorsitzender Dieß eröffnet die Sitzung.

Müller erhält das Schlußwort: Als heute morgen der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt wurde, wurde betont, daß das Pro und Kontra der wichtigen schwebenden Fragen genügend erörtert sei. Es ist auch nicht meine Absicht, auf alle diese Dinge noch einmal in breiter Weise einzugehen. Allerdings muß ich auf einige Punkte zurückkommen, um nochmals hervorzuheben, wie in der betreffenden Situation die Sachlage gewesen ist. Es ist behauptet worden, daß der Parteivorstand, soweit er in der kritischen Zeit in Berlin anwesend gewesen ist, gar nicht in der Lage gewesen wäre, genügende Fühlung mit seinen auswärts befindlichen Mitgliedern zu nehmen. Der Zweck der Uebung war ja, einen Gegensatz zwischen dem Genossen Webel und den übrigen Parteivorstandsmitgliedern zu konstruieren. Ich kann feststellen, daß die in Berlin befindlichen und die auswärtigen Mitglieder in den letzten Jahren in keiner Frage in so unigem Kontakt gewesen sind, als gerade in der Marokkofrage. Es ist ja selbst ein Mitglied des Vorstandes in Holland gewesen, um mit Webel über diese Frage zu konferieren. Was geschehen ist, ist mit dem vollen Einverständnis aller Vorstandskollegen geschehen. In der Sitzung der Kontrollkommission mit dem Parteivorstand hat ein Vorstandsmitglied allerdings mit Rücksicht auf die vorher stattgehabten Versammlungen betont, daß zu dieser Zeit gerade nicht der geeignete Moment sei, große Marokkoversammlungen über das ganze Reich zu machen. Dem ist aber auf das allerentschiedenste von den anderen Mitgliedern widersprochen worden. Es ist nicht erst auf Initiative der Kontrollkommission etwas geschehen, sondern der Parteivorstand war die ganze Zeit vorher darin einig, daß eine großzügige Agitation einzusetzen habe und daß man den günstigsten Moment aussuchen müsse, um eine allgemeine imposante Aktion zustande bringen zu können. Schon vor unserem Aufrufe war viel geschehen. Die Zulversammlungen hatten sich bereits neben der preussischen und elässischen Wahlrechtsfrage mit der Marokkofrage beschäftigt. Wir haben für den Aufruf den Moment ausgewählt, als in

der Presse der bürgerlichen Parteien die große Kriegsbegeisterung. Nun wurde gesagt, die Kriegsbegeisterung sei schon früher losgegangen, dabei wurde auf die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „Post“ verwiesen. Das waren die Organe der Panzerplattenfabriken und der Interessentenkreise. Die offiziellen Blätter der bürgerlichen Parteien, die „Nationalliberale Korrespondenz“ und die „Zentrumsprelle“ unterstützten die kriegerische Sache der Alldeutschen erst später, in der Zeit, bevor wir den Aufruf veröffentlichten. Nun sollte die Aktion im ganzen Lande mit unserm Flugblatt veröffentlicht werden. Es ist nun bestritten worden, daß die Angriffe auf das Flugblatt lähmend auf die Agitation gewirkt hätten. Es ist gesagt worden: Seht Ihr, nachdem der Artikel gegen das Flugblatt erschienen war, hat doch noch die große Berliner Demonstrationsversammlung stattgefunden. Daß die große Berliner Versammlung dadurch nicht beeinträchtigt werden würde, war selbstverständlich. Aber darauf kam es nicht an. Es kam darauf an, daß in die entlegenen Dörfer hinein ein Flugblatt verteilt werden sollte, über das ein so schlechtes Urteil von einem großen Parteiblatt gefällt worden war. Die bürgerlichen Blätter haben sich das gewünschte Fressen natürlich nicht einigehen lassen. Weiter wurde gesagt: Was kann es schaden, wenn ein Blatt einen solchen Artikel bringt? Haben aber dann nicht alle anderen Blätter dasselbe Recht? Das würde ein hübsches Töhmabohu geben, wenn mitten in einer Aktion alles heruntergerissen werden dürfte, was von leitender Stelle geschieht. Aufklärung über die Marokkofrage sollte unser Flugblatt geben. Diese Absicht ist durch die Angriffe der „Leipziger Volkszeitung“ durchkreuzt worden. Ich möchte die Leitartikel sehen, die erschienen wären, wenn ein anderer Genosse so etwas gegen das Flugblatt geschrieben hätte. Mit welchen sensationellen Ueberschriften wäre man dann gegen den Verfasser losgezogen. Die Parteipresse hat es erfreulicherweise abgelehnt, ein solches Vorgehen zu verteidigen, weil sie in solchen Fragen der Organisation und Agitation Gott sei Dank keinen Spaß versteht. Fälschlicherweise ist nun behauptet worden, bei uns wäre weniger geschehen als in anderen Ländern, besonders in Frankreich und Spanien. Ich habe schon gesagt, man solle mir das Land nennen, wo mehr geschehen ist, wo das Land mehr in die Tiefe und Breite hinein aufgewühlt worden ist. Diesen Beweis ist man mir schuldig geblieben. Wenn das nun der Fall ist, dann verzeihe ich nicht, warum der Parteivorstand als reuiger Sünder dastehen und Absolution verlangen soll. (Zustimmung.) Der Parteivorstand hat seine Pflicht vollkommen getan. Er hat für die internationale Situation mehr Verständnis bewiesen als seine Kritiker. Im übrigen ist das erfreulichste an der ganzen Geschichte, daß wir eigentlich zum Schluß wieder ganz einig sind. (Heiterkeit und Beifall.) Die beiden Bedauerungsanträge sind zurückgezogen worden und die Antragsteller haben erklärt, sie könnten es tun, weil sie zufrieden sind. Dazu kann ich Ihnen im Namen des Parteivorstandes erklären, daß wir sehr zufrieden mit dem Ausgang der Debatte sind. Damit ist die allgemeine Einmütigkeit der Partei wiederhergestellt. (Lebhafte Beifall.)

Nun zur französischen Demonstration im speziellen. Wie lagen die Dinge? Es kam eine Deputation der Confédération generale nach Deutschland, um Fühlung mit den deutschen Gewerkschaften zu nehmen. Sie kennen ja die preussischen Ansichten der französischen Syndikalisten. Sie können begreifen, daß sie nicht allzuviel Bedürfnis hatten, mit der deutschen Partei in Fühlung zu treten. Sie haben nicht einmal unsere Parteieinrichtungen besichtigt. Wir hatten zunächst keine Veranlassung, mit ihnen in Verbindung zu treten. Da verschärfte sich gerade in jenen Tagen die Marokkokrises sehr. In dieser Situation wurde angeregt, eine Friedensdemonstration zu veranstalten, die die deutschen Gewerkschaften ohne die deutsche Partei nicht veranstalten wollten.

In dieser Situation mußten wir mitwirken, und die Internationale ist uns dankbar gewesen, daß wir es getan haben. Im Anschluß an die Berliner Demonstration wurde eine ähnliche Demonstration in Paris angeregt. Nach Schluß der Berliner Versammlung wurde über die Möglichkeit der Pariser Demonstration geredet und über die Einladung der ausländischen Bruderparteien aus den an der Marokkofrage besonders beteiligten Ländern. Ich kann da im Einverständnis mit Ebert erklären, daß nicht die Rede davon gewesen ist, daß der Parteivorstand seine Zustimmung zur Nichteinladung der französischen sozialdemokratischen Partei gegeben hat. Die Versionen über jene Unterredung waren verschieden. Auch nachdem Ledebour bei uns gewesen war und Vortrag gehalten hatte über seine Pariser Erfahrungen, haben wir noch gehört, daß an jenem Abend in sehr entschiedener Weise die Einladung der französischen Partei verlangt wurde. Die Situation stand damals aber nicht so, daß von der Nichtbeteiligung der französischen Genossen absolut die Rede sein konnte. Alle Delegierten, die nach Paris gingen, hatten die Absicht, dort das nachzuholen, was noch zu tun war, damit die französische Bruderpartei eingeladen würde. Einer der französischen Genossen hatte es übrigens übernommen, das offizielle Organ der französischen Partei „L'Humanité“ zu inermieren, was er allerdings, wie später festgestellt wurde, unterlassen hat. Nun verlangt Ledebour, daß wir eine Verichtigung dessen bringen sollen, was der „Vorwärts“ am 4. August in unserer Erklärung gebracht hat. Es ist damals weder absichtlich etwas Falsches behauptet worden, noch steht etwas Falsches in jener Notiz. Als die Notiz von der Beteiligung der französischen Genossen abgefaßt wurde, war man der Meinung, daß die Demonstration zusammen mit der französischen Partei stattfinden würde. Genosse Labaud, ein französischer Parlamentarier, hat tatsächlich auch daran teilgenommen und für die französische Partei gesprochen. Wozu also eine Verichtigung? Heute früh wurde gesagt, man solle mehr Gewicht legen auf die lebendigen politischen Kräfte und sich nicht so sehr an Formen halten. Wenn jemand auf diesem Parteitage auf Formen herumgeritten ist, mehr als jeder andere, so ist das in dieser Frage der Genosse Ledebour.

Uebrigens hat Genosse Nebel bereits am Vormittag darauf hingewiesen, daß über die ganze Affäre damals in eingehender Weise von uns mit dem Sekretariat der französischen Partei korrespondiert wurde, und daß die so freundliche Antwort des Genossen Dubreuilh so spät hier eingetroffen ist, liegt daran, daß er nicht auf eigene Hand antworten wollte, sondern eine Sitzung der „Kommission administrative permanente“ abwartete.

Nun einige Worte zu dem, was zu unserem „Geheimerlaß“ gesagt ist. Man fragte, warum der Vorstand nicht bloß die Parteiblätter in Solingen und Elberfeld, sondern auch das in Essen gerügt hat. Das ist nicht richtig. Aber allerdings war in der nichtveröffentlichten Erklärung der Generalkommission das Essener Blatt auch genannt worden, aber nicht wegen seiner geschäftigen Schreibweise, sondern weil der Geschäftsführer am 13. Juli dem Tarifamt mitgeteilt hatte, daß in Essen ähnliche Differenzen im Betriebe gewesen seien wie in Berlin. Als dann die Redaktion am 10. August bei uns anfragte, ob auch sie getroffen werden solle, schrieb ich ihr postwendend zurück, sie solle nicht unter die Blätter mit geschäftiger Schreibweise. Das ganze Zirkular hatte überhaupt weniger den Zweck, die beiden Parteiblätter zu rügen, als vielmehr im Sinne der Jenaer Resolution zu verhindern, daß solche Schreibweise noch weiter einreißt. Der Zweck war ein prophylaktischer, und es kann nicht die Rede davon sein, daß die Parteiblätter im Stich gelassen sind. Im Gegenteil sollten sie Gelegenheit haben, auf der Redakteurkonferenz ihren Standpunkt gegenüber der Generalkommission eingehend zu äußern.

Daß dann wurde von Waller gerügt, daß zwei bayerische Landtagswahlen in unserm Bericht nicht verzeichnet sind. Das ist richtig. In Zukunft kann man den Bericht in dieser Richtung vervollständigen. Als unrichtig ist ferner bezeichnet worden, daß dem Bildungsausschuß von der Stadt Frankfurt 1000 Mk. zur Verfügung gestellt seien. Dem Genossen Schulz war nicht mitgeteilt worden, daß der Magistrat den betreffenden Beschluß der Stadtverordneten beanstandet hat, und so ist eine kleine Unrichtigkeit hineingekommen.

Zu Stubbes Ausführungen über die Hilfsarbeiter bemerkte ich, daß selbstverständlich nicht die Rede davon sein kann, irgendwelche verantwortungsvolle Arbeit von Hilfsarbeitern erledigen zu lassen. Es handelt sich da nur um mechanische und Rechnungsarbeiten, und man wird doch nicht zu dem Zustand vor zehn Jahren zurückkehren wollen, als die Vorstandsmitglieder selbst die Arbeit zu lieben hatten. Ferner wurde gesagt, der Vorstand sei bei verschiedenen Konferenzen nicht vertreten gewesen. Mir ist nur eine bekannt, bei der dies der Fall war, und da war das bereits delegierte Mitglied durch Krankheit in seiner Familie verhindert worden.

Zu dem Antrag 73, Quard-Nuer, der inzwischen hier verteilt wurde, habe ich mich in meinem einleitenden Referat, soweit er die Anstellung zweier neuer Parteisekretäre fordert, schon geäußert. Der ganze Antrag ist unter Mitwirkung des Parteivorstandes festgestellt, und es ist deshalb selbstverständlich, daß wir ihn akzeptieren. Wir sind gern bereit, die Frage der Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission in einer Kommission eingehend zu prüfen. Es kann in ihr dann eingehend die Frage der Notwendigkeit des besoldeten Vorsitzenden geprüft werden. Daß wir uns jetzt darauf festlegen, halte ich für falsch, weil dadurch auch die Zahl der Persönlichkeiten beschränkt würde. Es ist sehr wohl möglich, daß es geeignete Genossen für den Posten des ersten Vorsitzenden gibt, die nicht in der Lage sind, auf dem Bureau arbeiten zu können oder zu wollen. Wir hatten ja auch bisher nicht einen ersten und einen zweiten Vorsitzenden, sondern einfach zwei Vorsitzende, und es kann doch nicht so gedacht sein, daß etwa der besoldete Vorsitzende der eigentlich präsidierende ist und der andere sozusagen in die Ecke gestellt wird. Der Vorstand ist bisher ein Kollegium gewesen, in dem die Entscheidungen kollegial gefällt wurden, und der Vorsitzende hat keineswegs als „Chefredakteur“ gewirkt. Alle diese Fragen können, wie gesagt, in der Kommission geprüft werden. Das Bedenken, daß in dieser Woche ein geeigneter Vorsitzender nicht gefunden werden könnte, kann ich nicht teilen. Das wäre in einer Dreimilionspartei noch schöner.

Nun zu den Anträgen. Was der Antrag 12 bezweckt, eine planmäßige Landtagation auf verbandtschaftlicher Grundlage, haben wir in Preußen mit unserm Flugblatt zu den Landtagswahlen „Liebe Verwandte“ erfüllt. Ähnlich könnte man bei den Reichstagswahlen vorgehen. Durch den Antrag 15, meinte Gölner, könne ein gemeinschaftlicher Papiereinkauf erzielt werden und zufolge der besseren Revision würden manche Parteigeschäfte Ueberschüsse abwerfen. Wir können doch keinen Druck auf alle Parteigeschäfte ausüben, sich revidieren zu lassen. Wir sind noch nicht auf dem Wege zu dem großen sozialdemokratischen Zeitungstrust der Zukunft, bei dem auch die Ueberschüsse aus allen Geschäften in die Zentral-Parteikasse geliefert werden müssen. Fest steht, daß wir auf Wunsch überall revidieren ließen, auch dort, wo die Geschäfte nicht in finanziellen Beziehungen zur Zentralkasse stehen. Die Frage der Zuschüsse zu letzteren wird stets genau geprüft. Antrag 18 verlangt, daß der Bericht des Parteivorstandes zugleich mit der Tagesordnung zu veröffentlichten ist. Das ist bei den augenblicklichen Verhältnissen, wo das Geschäftsjahr am 30. Juni schließt, undurchführbar. Antrag 63 wünscht, daß die Reso-

tionen der Referenten früher zur Verfügung gestellt werden sollen. Verschiedentlich haben wir schon versucht, hierin reformierend zu wirken, und in einzelnen Fällen ist es uns auch gelungen, aber durch einen beratigen generellen Beschluß ist für alle Fälle in der Praxis so gut wie nichts getan. Der Antrag 16 wünscht, daß die Flugschriften der Partei schneller und billiger in den Verkehr kommen wie jetzt und daß sie besser bearbeitet sind. Mit dem Pressebureau hat eine solche Einrichtung nichts zu tun. Aber im Anschluß an die „Partei-Korrespondenz“ haben wir schon einen Genossen berufen, der die Flugschriften bearbeiten soll. Im Reime ist also schon vorhanden, was hier gewünscht wird. Und eine Erweiterung kann nach Bedarf eintreten. In bezug auf die Billigkeit können wir erklären, daß es unmöglich ist, die Flugschriften noch billiger abzugeben als es jetzt geschieht, soweit es sich wirklich um Flugschriften für die Massen handelt, die auf der Rotationsmaschine hergestellt werden. Sühheim führte an, der katholische Volksverein gebe die Flugschriften für 5 Pf. ab. Wir geben bei Massenabsatz an die Organisationen für 1 Pf. das Stück ab. Das ist der billigste Preis, der mir bekannt ist. Daß eine Broschüre, wie die der Genossin Vera Fiegner, „Russische Gefängnisse“, nicht hierunter fällt, ist bei der kleinen Auflage selbstverständlich. Uebrigens haben wir soviel Material herausgegeben, daß von allen Seiten schon gesagt wird, es ist zu viel. Ich halte diese Klagen nicht für berechtigt, denn es handelt sich nicht darum, ob eine Flugchrift augenblicklich für einen Wahlkreis zu gebrauchen ist, sondern die Flugblätter und Flugschriften müssen da sein, um bei passender Gelegenheit Verwendung finden zu können. Außer unseren Flugschriften kommt auch noch das von den Landes- und Bezirksorganisationen herausgegebene Material in Betracht. Es kommt also tatsächlich eine ungeheure Menge von Material heraus. Bald nach dem Parteitag und vor den Wahlen werden wir selbstverständlich die Bezirks- und Landesvorstände nach Berlin zusammenrufen und alle diese Dinge, sowie alles, was vor den Wahlen zu besprechen ist, mit ihnen durchsprechen. Wir werden da für unsere Rüstung sorgen und trotz Marofforummel und trotz der nationalen Wahlparole, nach der gesucht wird, werden wir für den kommenden Wahlkampf uns eine Rüstung schaffen, mit der die Sozialdemokratie den Kampf in Ehren bestehen kann. (Weißall.)

Es folgt die Abstimmung über die zur Agitation und Organisation gerichteten Anträge. Der Antrag 12 wird dem Parteivorstand überwiegen, Antrag 14 abgelehnt, Antrag 15 dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, Antrag 16 abgelehnt, Antrag 18 abgelehnt, Antrag 23 abgelehnt. Der Antrag 23 ist zurückgezogen. Der Antrag 73 wird angenommen.

Vorsitzender Dietz: Ich bin ersucht worden, hier festzustellen, daß die Beratungen dieser einundzwanziggliedrigen Kommission sich auch darauf zu erstrecken haben, daß sie, falls sich dies als notwendig erweist, auch das Organisationsstatut zu prüfen hat.

Es folgt die Beratung der zu Presse und Literatur gestellten Anträge. Unterstützt werden alle hierzu gestellten Anträge, außer Antrag 81.

Dr. Sühheim-Nürnberg begründet den Antrag 82: Die große Mehrheit der Delegierten kann mit dem Sinn und Zweck dieses Antrages ohne weiteres einverstanden sein. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter nimmt von Jahr zu Jahr wesentlich zu. Aufgaben von großer Bedeutung, schwierige Fragen harren unserer Genossen in den Gemeindevertretungen. Da ist der Besitz des nötigen Aufklärungsmaterials noch viel nötiger als in der politischen Agitation. Es ist dem einzelnen sonst schwer möglich, richtig vorzugehen. Erfolgreicherweise haben wir im „Kommunalen Jahrbuch“ und in der „Kommun-

nen Praxis“ wertvolle Hilfsmittel, die aber noch zu wenig benutzt werden. Der Gautag Nordbayerns stellt seinen Antrag, damit die „Kommunale Praxis“ noch weitere Verbreitung erfahre als bisher. Der Preis muß herabgesetzt werden. Wir würden damit einem Bedürfnis, namentlich der Gemeindevertreter auf dem Lande, entgegenkommen, denen der jetzige Preis zu hoch ist. Die Partei sollte keine Mittel scheuen, um der „Kommunalen Praxis“ weitere Verbreitung zu sichern. Dazu leistet besteht für unsere weniger erfahrenen Gemeindevertreter die Gefahr, sich von momentanen Vorteilen verlocken zu lassen, auf Anschauungen der Gegner einzugehen. Die Tätigkeit unserer Vertreter in den Gemeinden muß geleitet sein von den Grundfragen der Partei, die für Staat und Gemeinde gelten. Wiederholte Fehler und Mißgriffe mahnen zur genaueren Befolgung unserer Grundsätze im Interesse fruchtbarer Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

Barthel-Lunzenau begründet den Antrag 87. Der 11. und 14. sächsische Kreis erheben 5 Pf. von den weiblichen Mitgliedern und liefern ihnen dafür die „Gleichheit“. Da die Ortsgruppen 60 Proz. an die Kreisliste abliefern, so wird dadurch gerade die „Gleichheit“ gedeckt, und es bleibt nichts für die ländliche Agitation. Die beiden Kreise haben die Absicht, sich finanziell selbstständig zu machen, und deshalb bitten wir, unsern Antrag anzunehmen. Um die ländliche Agitation fördern zu können, beantragen wir eine Herabsetzung entgehe der Hauptkasse eine Einnahme, aber da nun unser Finanzminister entgegen der Hauptkasse eine Einnahme, aber da nun unser Finanzminister von dem gutgefüllten Parteifiskus berichtet hat, dürfte diese verminderte Einnahme bei der Hauptkasse nicht sehr unangenehm empfunden werden.

Müller-Dreslau motiviert den Antrag 88: Es ist unsere Aufgabe, in die Kleinbäuerlichen Kreise einzudringen, deshalb beantragen wir die Herausgabe einer populären Schrift, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbesitz dargelegt wird, und zwar noch vor den Reichstagswahlen. Hier besteht in unserm Agitationsmaterial eine fühlbare Lücke. Da uns weiter die ländliche Agitation von den Junkern und Beförden erheblich erschwert wird, ist die Herausgabe dieser Schrift um so nötiger.

Schmann-Hamburg II führt zur Begründung des Antrages 83 aus: Unser Antrag ist aus dem seelischen Wunsch der Parteischüler entstanden. Der Vorwärtsverlag soll die Schriften an die Parteischüler ebenso billig abgeben, wie zurzeit schon der Verlag Dietz in Stuttgart. Da die Bildungsbestrebungen in der Arbeiterbewegung immer größeren Platz einnehmen, ist es nötig, daß der Vorwärtsverlag die Preise so ermäßigt. Die Parteischüler haben ja kein übriges Geld, und schon auf früheren Parteitagen sind ähnliche Anregungen gegeben worden. — Die vom Vorwärtsverlag herausgegebenen „Kulturbilder“ sind große, unhandliche Werke und deshalb recht schlecht zu gebrauchen. An Stelle der „Kulturbilder“ könnte eine große Anzahl von Schriften treten, die der Arbeiterschaft viel mehr Nutzen bringen, als die „Kulturbilder“. Nehmen Sie daher unsern Antrag an.

Schwent-Verlin: Antrag 84 ist scheinbar von untergeordneter Bedeutung. Er will aber auch dem Bildungsbedürfnis unserer Arbeiter Rechnung tragen. Die „Neue Welt“ ist ein ganz vorzügliches Unterhaltungsblatt. Aber leider ist sie so ausgestattet, daß man sie nicht lange aufbewahren kann. Wenn uns entgegengehalten wird, daß schon eine besser ausgestattete Ausgabe der „Neuen Welt“ existiert, so ist zu erwidern, daß diese Exemplare speziell bezahlt werden müssen, so daß die Masse der Arbeiter nichts davon hat. Wir wünschen, daß die Verbesserung der Ausstattung ohne Preiserhöhung, das heißt, ohne daß ein Zuschlag zum Zeitungsabonnement bezahlt wird, geschehe. Freilich wird

dadür eine größere Summe erforderlich sein. Wenn wir aber bedenken, daß durch die bessere Ausstattung die „Neue Welt“ weit mehr als jetzt ausbelehrt und das in ihr enthaltene Material dann immer wieder durchgearbeitet würde, so kann man sagen, daß sich auch größere Aufwendungen bezahlt machen werden. Ferner würden die Illustrationen auf besserem Papier mehr zur Geltung kommen, und es ist unsere Aufgabe, den Keim guten Geschmacks in den Proletariern zur Entfaltung zu bringen und nicht vollends zu ersticken.

Stellung-Lübeck begründet den Antrag 32: Unser Antrag deckt sich in gewissem Sinne mit den Anträgen, die bereits begründet sind, er weicht nur insofern davon ab, als wir wünschen, daß die Agitationsbroschüren zu dem billigen Preise nicht nur an die Bildungsausschüsse, sondern ganz allgemein abgegeben werden sollen. Obwohl ich nicht verkenne, daß ganz allgemein betrachtet im Vergleich zu der Arbeit die Preise nicht sehr hoch sind, muß ich doch sagen, daß für einzelne literarische Erzeugnisse ziemlich hohe Preise gefordert werden. Aber wir müssen mit unseren Broschüren immer weiter in das Volk eindringen, und dazu ist nötig, daß wir den vorwärtsstrebenden Proletariern auch die Möglichkeit geben, sie zu erwerben. Weiter wünschen wir die Herausgabe von populären Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung, nicht nur für die Landarbeiter, sondern auch für die kleinen Bauern, die Häusler usw. Vierseitige Flugblätter in enger Schrift haben für diese Leute keinen Wert, sie werden nicht gelesen oder nicht verstanden. So schwer der Plan auch ist, aber der Versuch muß gemacht werden. Was den letzten Teil des Antrages 32 betrifft, so hatte schon der Vordrucker darauf hingewiesen, daß die „Kulturblätter“ ihren Zweck nicht mehr erfüllen. Die Illustrationen lassen außerordentlich viel zu wünschen übrig, man sollte sie deshalb beseitigen und geeigneteres Material an ihre Stelle setzen.

Zur Begründung des Antrages 44 erhält das Wort

Möller-Garburg: Wir wünschen eine Ausgestaltung des Pressebureaus dahingehend, daß allen Parteizeitungen auch Illustrationen zugänglich gemacht werden. In der größeren Parteipresse ist das bereits eingeführt, auch bei der Reichstagswahl wird so verfahren, und auch die bürgerliche Presse bringt Illustrationen, für die sich besonders die Landbevölkerung interessiert. Bei der Agitation sind wiederholt solche Wünsche geäußert. Die Möglichkeit, das auszuführen, ist gegeben, denn was bei der großen Presse möglich ist, muß auch bei der kleineren Presse möglich sein, man möge nur die Stelle schaffen, die die gebräuchlichen Motern sammelt und an die Parteipresse versendet, diese Stelle ist das Pressebureau. Wir haben in unserem Kreise dadurch, daß wir einige Nummern unserer Presse mit Illustrationen ausgeführt haben, die größten Erfolge erzielt. Die Kosten sind nicht so groß. Ich bitte den Parteitag, den Antrag einstimmig anzunehmen.

Vorsitzender Dietz teilt mit, daß seitens der Antragsteller gewünscht wird, den Antrag 43 dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Debatte über die Anträge wird verbunden.

Ebert: Es wird die Verhandlungen wesentlich abkürzen, wenn ich vorweg die Stellung des Parteivorstandes zu den einzelnen Anträgen darlege. Auf die Anträge, deren Ueberweisung vom Parteivorstand selbst gewünscht wird, brauche ich nicht näher einzugehen, es sind das alle Anträge außer 34 und 44. Zunächst aber ein Wort über den Antrag 36 betreffend die „kommunale Praxis“. Sie wissen alle, daß die „kommunale Praxis“ bisher ganz erhebliche Zuschüsse erfordert hat und auch heute noch jährlich eines ganz erheblichen Zuschusses bedarf. Dazu kommt, daß die Anforderungen an das Blatt

fortgesetzt steigen, so daß der Umfang erweitert werden muß, was natürlich mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist. So wird jetzt beabsichtigt, die Korrespondenz wesentlich auszubauen und nach Landmannschaften geordnet zu bringen. Es soll auch darauf geachtet werden, daß die Verhältnisse und die Bedürfnisse der kleinen Gemeinden mehr als bisher zur Geltung kommen. (Bravo!) Wir stehen dem Antrage wohlwollend gegenüber, aber große Verzögerungen hinsichtlich der Verbilligung kann ich Ihnen nicht machen. Ich bitte Sie, ihn trotzdem zu überweisen. Was der Redner zur Begründung des Antrages 38 gesagt hat, dem kann ich ohne weiteres zustimmen. Seine Ausführungen wären noch besser gewesen, wenn er uns zugleich auch den Verfasser einer solchen Broschüre genannt hätte. Es ist ungemein schwierig, für die gewünschten Broschüren einen geeigneten Verfasser zu finden. Ich bitte, den Antrag zur Erwägung zu überweisen.

Dann zu den Anträgen, die eine Verbilligung der Literatur verlangen, die die Vorwärts-Buchhandlung herausgibt. Den Organisationen werden jetzt schon erhebliche Vorzugspreise gewährt, das fordert aber den Widerspruch der örtlichen Buchhandlungen heraus. Wir haben die Frage im Vorstand wiederholt behandelt und sind zu dem Entschluß gekommen, nach dem Parteitag eine eingehende Prüfung aller dieser Wünsche vorzunehmen. Auch die zu berufende Konferenz der Sekretäre und Geschäftsführer der Parteigeschäfte soll gehört werden. Wir wollen dann versuchen, den Vertrieb unserer Literatur einer Neuorganisation zu unterwerfen und dabei die Wünsche möglichst berücksichtigen. Es darf allerdings nicht bekannt werden, daß die technische Herstellung aus begründlichen Gründen von Jahr zu Jahr teurer geworden ist, auch die Honorare sind gestiegen.

Antrag 34 wünscht eine bessere Ausstattung der „Neuen Welt“, sie soll auf besserem Papier hergestellt werden. Das würde eine ungeheure Mehrausgabe verlangen. Würde das Papier genommen, das zur sogenannten besseren Ausgabe genommen wird, so würde die Herstellung pro Nummer 1450 Mark mehr kosten, das macht pro Jahr 180 000 Mk. Die Parteiblätter, die die „Neue Welt“ beziehen, würden da erhebliche Schwierigkeiten machen. Wenn man uns durch einen Beschluß zwingen würde, so würde man die Existenz der „Neuen Welt“ geradezu gefährden. Wir beabsichtigen aber, durch technische Neuerungen Einrichtungen zu treffen, daß die illustrative Ausstattung künftig wesentlich besser wird. Damit sind berechtigte Wünsche wohl erfüllt. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Nun zum Antrag 44. Vom parlamentarischen Bericht werden heute schon Motern an die Parteipresse geschickt und von ihr verwendet. Von der letzten großen Demonstration sind auch die Zeichnungen der Illustrationen den Parteiblättern zur Verfügung gestellt worden. Wir tun, was möglich ist. Wir bitten aber, den Antrag abzulehnen, weil er zu weit geht.

Vorsitzender Dietz teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, sämtliche Anträge in bezug auf Presse und Literatur dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Bérand-Gamburg: Als Repräsentant des Verlags der „Neuen Welt“ kann ich nur bestätigen, was Ebert ausgesprochen hat. Ich freue mich, daß anerkannt wird, daß sich die „Neue Welt“ wesentlich zu ihren Gunsten entwickelt hat. Sie hat einen Redakteur, der mit großem Eifer und großer Aufmerksamkeit arbeitet. Die Beiträge werden auch anständig honoriert. Ueber den Inhalt läßt sich wohl nicht klagen. Vergleichen wir die „Neue Welt“ mit ähnlichen bürgerlichen Blättern, so muß man feststellen, daß sie diese weit übertrifft. Ich gebe zu, daß die Illustrationen viel zu wünschen übrig lassen. Aber es

handelt sich um eine Auflage von 555 000, die in Hamburg und Berlin gedruckt wird. Wir wollten schon einmal die Auflage auf besserem Papier drucken lassen, aber es meldeten sich dafür nur 1515 Abnehmer. Es ist überflüssig, den erwähnten Antrag zu überweisen, es ist richtiger, ihn abzulehnen. Es ist bedauerlich, daß diese Frage hier immer wieder vorgebracht wird. Der Parteitag kann doch nicht über diesen Kleinramt entscheiden, da er die Verhältnisse gar nicht kennt, die ihm nur durch ein längeres Referat vorgeführt werden könnten, wofür es aber an der nötigen Zeit fehlt.

Dr. Gradnauer-Dresden: Ebert hat eine Angelegenheit nicht mitbesprochen, die mir doch sehr erwägenswert und dringend erscheint. Wir haben alle Veranlassung, die Gedanken, die in den Hamburger Anträgen 33 und 39 niedergelegt sind, soweit sie die Herausgabe von Monographien aus dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaften betreffen, in Erwägung zu ziehen. Die Partei ist zwar an Literatur mannigfacher Art sehr reich geworden, wir haben neben den Agitationschriften eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur. Es fehlen uns aber fast vollständig solche Schriften, die geeignet sind, das sozialistische Wissen in populärer Weise an die breiteren Massen der Arbeiter heranzubringen. Unsere wissenschaftliche Literatur bleibt allzusehr auf kleine Kreise der fortgeschrittensten Parteigenossen beschränkt, aber an weitere Kreise der bildungsbedürftigen Arbeiterklasse kommt sie nicht heran. Diese Lücke wird um so fühlbarer, seitdem wir in Bildungs- und Unterrichtskursen Anregungen zu weiterer Ausbildung geben. Da sind wir schwer imstande, den jung heranwachsenden Genossen genügend Auskunft zu geben, wenn sie fragen: wo sind die Bücher, in denen wir weiter lernen und uns über die beschriebenen, den Arbeiter interessierenden Gebiete des Wissens orientieren können. Auf den Gebieten der Wirtschaftsgeschichte, der politischen Geschichte, der Literaturgeschichte usw. fehlt es an handlichen Büchlein, die knapp und einfach, verständlich für den Arbeiter gehalten sind, die in erster Linie das Tatsächliche anschaulich zur Darstellung bringen, die aber auch im Preise den Verhältnissen des Arbeiters gerecht werden. Wir haben ja nicht einmal ein Buch über die deutsche Wirtschaftsgeschichte, wir haben keine Darstellung von der Entwicklung des deutschen Handels, des Verkehrswesens, des Handwerks, des Bank- und Börsenwesens usw. Ich empfinde es geradezu als einen ungeheuren Mangel, daß wir noch nicht einmal eine Parteigeschichte für die Masse der Arbeiter haben, denn die große vierbändige Geschichte von Franz Mehring stellt selbstverständlich große Anforderungen an die Arbeiter. Es fehlt eine Uebersicht über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland usw. Die naturwissenschaftlichen Fragen könnten wir ruhig der bürgerlichen Literatur überlassen, da wir darin es auch nicht besser machen können. Wir dürfen aber die Arbeiter nicht zwingen, in den für uns so wichtigen Fragen der Gesellschafts-, Geschichts- und Kulturwissenschaften zur gegnerischen Literatur zu greifen, weil wir nicht selbst die nötigen einfach gehaltenen Schriften haben. Die Bücher aus der Gödden- und Teubner-Sammlung, in denen solche Probleme behandelt werden, sind oft sehr reaktionär, konservativ oder national-liberal gehalten. Es ist sehr zu bedauern, daß auch die Arbeiterklasse zu solchen Schriften zu greifen veranlaßt ist. Darum haben wir alle Veranlassung, diesen Unternehmungen von bürgerlicher Seite etwas von uns aus entgegenzusetzen. Das wird eine wichtige Aufgabe sein, mit der sich der Parteivorstand nach den Wahlen ernstlich beschäftigen möge.

Bussold-Friedberg: Von Jahr zu Jahr häufen sich die Anträge, der Landagitation mehr Beachtung zu schenken. In dem Maße, wie sich die Abwanderung der Arbeiter aus den Großstädten nach dem Lande vollzieht, wird es

notwendig sein, die Landagitation eifriger zu betreiben. Gerade in meinem Wahlkreis hat es sich gezeigt, daß es möglich ist, unter den Kleinbauern Erfolge zu erringen. Den Antrag Breslau unterstütze ich, soweit er die Lieferung von weiterem Agitationsmaterial verlangt. Die Gelegenheit zur Agitation auf dem Lande ist jetzt so günstig wie noch nie. Die Kleinbauern merken jetzt, wie schädlich die Zollpolitik ist, und wie auch bei der Finanzreform ihre Interessen mit Füßen getreten worden sind. Ganz besonders bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung sind die Kleinbauern zugunsten des Großgrundbesitzes schamlos benachteiligt worden. Es gibt keinen Paragraphen dieses umfangreichen Gesetzes, der bäuerliche Fragen berührt, an dem sich dieses nicht nachweisen ließe. Ich erinnere an die Zulassung der Kleinsten Betriebsklassen mit 50 Mitgliedern auch nur an 2 Monaten im Jahre, an die Zulassung der Befreiung der Groß- und Mittelbauern mit ihren Arbeitern von den Landfrankenlassen. Dadurch hat man die Kleinbauern ausschließlich zu Trägern der Landfrankenlassen gemacht und ihnen die Lasten derselben auferlegt. Umgekehrt hat man das Wahlrecht zu diesen Klassen denen gegeben, die keine Beiträge zahlen, den Großbesitzern in den Kreistagen. Das alles muß den Kleinbauern noch vor den Wahlen zum Bewußtsein gebracht werden. Eine Aufklärungsschrift ist also dringend notwendig. Ein Verfasser muß gefunden werden. Wenn es heute nicht möglich ist, wird es nie möglich sein. Ich möchte Sie bitten, den Antrag Breslau dem Vorstande nicht zur Erwägung, sondern in dem von mir erwähnten Teile zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stengel-Hamburg: Hoffentlich wird aus der vom Parteivorstande zugesagten Berücksichtigung eine Ausführung der Anträge, insbesondere der Hamburger, auch des negativen Teils. Die „Kulturbilder“, die im offiziellen Vorwärtsverlag erscheinen, erfreuen sich — leider, muß man sagen — einer weiten Verbreitung. Sie sind in der sozialistischen Presse schon scharf kritisiert worden, aber der Verlag kümmert sich nicht darum. Vielleicht wird er weniger dickfellig sein, wenn der Parteitag in dieser Frage Stellung nimmt. Ich kritisiere in erster Linie nicht den textlichen Inhalt, sondern weise hier nur auf die Illustrationen hin. Jetzt, wo man überall gegen die Mid-Carter-Literatur auftritt, bringt ein sozialistischer Verlag in den „Kulturbildern“ so merkwürdige, geradezu bluttriefende Illustrationen. Ich habe immer gefürchtet, es würde einmal von bürgerlicher Seite darauf hingewiesen werden. Die „Geschichte der Revolutionen“ bringt geradezu eine Sammlung von Schimberfücken. Diese Bilder stehen zum größten Teil in gar keinem oder ganz losem Zusammenhang mit dem Inhalt und sind anscheinend nur gewählt worden, um das Auge eines Menschen mit niedrigem Geschmack und niedrigen Intinkten auf sich zu lenken. Es ist traurig, daß man auf dem Parteitage so etwas von einem Werk, das in einem offiziellen Verlag der Partei erscheint, sagen muß. Ich verweise auch auf die „Hohenzollern-Legende“, wo die Bildnisse wohl sämtlicher preussischen Potentaten gebracht sind. Wozu soll das? Sollen sich die preussischen Genossen etwa eine Menagerie der hochseligen Hohenzollern anlegen? Die ganze Sache macht den Eindruck, als ob ein Ramschhändler ältester Schwarten an den Mann gebracht werden soll. Das ist unwürdig und muß unterbleiben.

Wolf Hoffmann: Ich möchte zu den Anträgen 34 und 35 sprechen. Ebert meinte, es wäre richtig, diese Anträge glatt abzulehnen, welcher Meinung auch der Genosse Berard beistimmte, und ich muß gestehen, daß die Erfahrungen mit Uebersetzungen an den Parteivorstand wirklich nicht zu einer Wiederholung ermutigen. Die „Neue Welt“ ist ja etwas besser geworden, wenn auch

selbst Gérard ausdrücklich erklärt hat, daß die Illustrationen viel zu wünschen übrig lassen. Es kann nicht bestritten werden, daß in Parteikreisen ein starkes Verlangen nach einem illustrierten Blatt vorhanden ist, deshalb sollen wir uns auch Mühe geben, ein solches Blatt unseren Genossen zu bieten. Stadnauer sagte sehr treffend, daß wir die breiten Massen unserer Anhänger nicht mit gegnerischer Literatur versorgen lassen sollten. Wohl auf keinem anderen Gebiete wird wohl so viel gegnerische Literatur gekauft wie gerade auf dem der illustrierten Zeitungen. Die „Berliner Illustrierte Zeitung“ und die entsprechenden Blätter in anderen Städten existieren zum großen Teile dank ihrem Absatz unter den Arbeitern. Es wäre wohl möglich, vielleicht aber nicht als Unterhaltungsbeilage zur Tagespresse, eine selbständige illustrierte Zeitung zu schaffen. Da dies aber nicht durch Ueberweisung an den Vorstand gemacht oder ohne weiteres beschlossen werden kann, beantrage ich die Einsetzung einer neungliedrigen Kommission, die uns geeignete Vorschläge machen soll. Die Einwendung, daß die Masse nicht mal die 5 Pf. für besseres Papier der „Neuen Welt“ aufbringen könnte, halte ich für vollständig hinfällig. Die Genossen, die jetzt 10 Pf. für die gegnerischen illustrierten Zeitungen ausgeben, werden viel lieber diese 10 Pf. für ein illustriertes Parteiblatt geben.

Mittel-Leipzig: Die im Antrage 37 gewünschte Verbilligung der „Gleichheit“ liegt lediglich in deren eigener Interesse. Der Leipziger Bezirk liefert die „Gleichheit“ den treulichen Mitgliedern gratis. Dem 13. Kreis entstanden in den letzten drei Jahren inklusive der prozentual abzuführenden Beiträge an Parteivorstand und Bezirksvorstand jährlich 206—290 Mark mehr Ausgaben, als er an Beiträgen der Frauen eingenommen hat. Zur Agitation und anderen Festen können deshalb die weiblichen Mitglieder nichts beitragen. Die Verbilligung der „Gleichheit“ liegt aber im Interesse größerer Agitation, denn es sind nur sehr wenig Kreise vorhanden, die das Blatt ihren Mitgliedern gratis liefern. Wenn die „Gleichheit“ pro Exemplar um 2 Pf. verbilligt würde, wäre es vielen Organisationen möglich, das Blatt obligatorisch einzuführen. Im ganzen Leipziger Agitationsbezirk wird auch die „Kommunale Praxis“ gratis abgegeben. Im Interesse der Versorgung unserer Gemeindevertreter mit dem nötigen Material muß der Preis der „Kommunalen Praxis“ ermäßigt werden, um dieselbe auch allgemein durch die Organisation unentgeltlich liefern zu können. Wenn gemäß Antrage 41 die Abstimmungslisten aus dem Reichstage unter den Massen verbreitet würden, so würde das bedeutend mehr wirken können, als manche einzelne in Broschürenform erscheinende Rede. Den Abstimmungslisten müßte eine Fußnote zur Erklärung dieser oder jener Materie zum Verständnis der Haltung des betreffenden Abgeordneten und der Frage, um die es sich handelte, beigegeben werden.

Louise Zieg: Zu dem von Leipzig begründeten Antrag auf Verbilligung der „Gleichheit“ habe ich folgendes zu sagen: Genosse Diez als Verleger hat selbstverständlich ebensowohl wie wir alle daran Freude, wenn die „Gleichheit“ immer mehr verbreitet wird, und vom Verlag ist alles gesehen und wird in Zukunft alles gesehen, um die „Gleichheit“ möglichst billig an die Kreise abzugeben. Genosse Diez hat mir nun soeben erklärt, daß die Ermäßigung von der Höhe der Auflage abhängt, die die Kreise beziehen. Der Verlag wird dem Parteivorstand eine Aufstellung über die Beziehung zwischen der Höhe des Absatzes und dem Preise übermitteln, der Vorstand wird sie an die einzelnen Kreise weiterleiten, um den billigeren Bezug zu ermöglichen. Damit wird der Wunsch der Leipziger erfüllt.

Gérard-Hamburg: Der Antrag Hoffmann bezweckt ja ganz etwas anderes als der Antrage 34. Hoffmann meint, es müßte doch sonderbar sein, wenn nicht

ein Blatt herzustellen wäre, das auch einwandfrei in Bezug auf die Illustrationen ist und auf besserem Papier gedruckt für 10 Pf. abgegeben wird. Das wäre ja sehr erfreulich. Wenn das durchgehen würde, würden wir zeigen, daß wir auch etwas leisten können, und zwar Besseres, als die bürgerliche Presse. Aber Hoffmann irrt, wenn er meint, ein solches Blatt würde seine Abnehmer finden. Der Beschlussschreiber von Antrage 34 hat ja angeführt, wie schlecht unsere Parteigenossen gestellt sind, so daß sie auch noch nicht ein Blatt für 5 Pf. abnehmen können. Ich halte das für übertrieben, Hoffmann hat ganz recht, wenn er sagt, die bürgerliche Presse wird vom Proletariat unterstützt. Aber die besseren illustrierten Blätter der bürgerlichen Presse haben es natürlich sehr viel leichter, weil sie Inserate aufnehmen, und das wollen Sie nicht, und auch der Parteivorstand nicht. Als die „Neue Welt“ Inserate hatte und dadurch Ueberfluß erzielte, wurde ja gegen die Inserate so gewirkt, daß beschlossen wurde, sie wieder fallen zu lassen, und damit trat wieder das große Defizit ein. Ich würde mich freuen, wenn der Antrage Hoffmann angenommen würde auf Einsetzung einer neungliedrigen Kommission, die dem nächsten Parteitag Vorschläge zu machen hat. Sie können sich wohl denken, daß Fischer und ich als Geschäftsführer lieber ein besseres Blatt herausbringen, an dem nicht so viel zu tabeln ist. Aber bei dem gegenwärtigen Preis können wir nichts Besseres liefern. Die Leser der „Neuen Welt“ zahlen ja gar nichts dafür, und die Expeditionen weigern sich, auch nur 50 Pf. mehr für das Tausend zu zahlen.

Vorsitzender Diez: Es ist folgender Antrag eingegangen:

„Der Parteitag beschließt, eine Kommission von neun Genossen einzusetzen, welche die Frage der Begründung eines selbständigen illustrierten Blattes vorzubereiten und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge zu machen hat.“

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Adolf Hoffmann-Berlin: Solange wir in unserer politischen Parteipresse Inserate aufnehmen und durch die Gestaltung der ganzen Verhältnisse dazu gezwungen sind, brauchen wir uns auch nicht zu scheuen, in ein solches Blatt Inserate aufzunehmen. Nur gegen eine Verpachtung der Inserate an eine Inseratenfirma würde ich mich wenden, und das ist wohl bei der „Neuen Welt“ der Fall gewesen. Nehmen Sie den Antrag auf Wahl der Kommission an, das verpflichtet ja noch zu nichts. Die Kommission kann dann aber etwas Gutes schaffen, wodurch die bürgerlichen Blätter aus den Händen der Parteigenossen entfernt werden.

Die Diskussion schließt.

Ueber den Antrag, alle Anträge, die sich auf Presse und Literatur beziehen, dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen, wird als dem weitgehendsten zuerst abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen, damit sind die übrigen Anträge zu diesem Punkte erledigt.

Es folgt der letzte Punkt des Vorstandsberichtes

Jugendagitation.

Hierzu gehören die Anträge 24, 25, 69a, 75 und 76.

Sämtliche Anträge werden genügend unterstützt.

Heinrich Schulz: Im Namen der Zentralfelle für die arbeitende Jugend möchte ich Sie bitten, die Anträge 24, 25 und 70 und auch den soeben eingebrachten Antrag uns zu überweisen. Der Antrage 26 ist eigentlich überflüssig, da die Zentralfelle schon jetzt derartige Agitationskouriers veranstaltet. Wir werden auf diesem Wege weiterschreiten und erwägen, ob wir auch Wanderredner, ähnlich wie der Bildungsausschuß, entsenden können. Was der An-

trag Kiel will, ist schon öfters Gegenstand der Besprechungen der Zentralstelle gewesen. Wir haben uns bisher noch nicht entschließen können, ein Korrespondenzblatt herauszugeben, wir haben geglaubt, auf anderem Wege zu denselben Ziele zu gelangen. Ueberweisen Sie uns den Antrag, wir werden dann erneut die Anregung prüfen. Der Antrag 24 ist uns in seiner Tendenz durchaus sympathisch. Der erste Absatz deckt sich ja auch mit unserer Resolution, der zweite Absatz dagegen enthält einige bestimmt formulierte Aufträge, die wir schon aus einem formalen Grunde nicht ohne weiteres entgegennehmen können, denn die Zentralstelle der arbeitenden Jugend ist nicht ein Organ der deutschen Partei, sondern ein von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam eingerichtetes Organ, dem außerdem auch Jugendliche über 18 Jahre angehören. Wir können also die uns hier gewordenen Aufträge nur der Zentralstelle vortragen und dort gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Jugendlichen beraten. Außerdem geschieht das, was der Antrag wünscht, zum Teil schon heute. Daß wir stets neue Anregungen prüfen, und auch aus eigener Initiative weitergehen, ist selbstverständlich. Auch den Antrag auf Anstellung eines Sekretärs werden wir erneut prüfen, wie wir uns ja schon früher mit dieser Anregung beschäftigt haben. Es lassen sich derartige Wünsche nicht sofort erfüllen, es muß vor allem überlegt werden, ob die geeigneten Personen da sind.

Nun zu dem Antrage 75, worin wir Sie auffordern, gegen die Verfolgungen der Arbeiterjugend durch Polizei und Justiz zu protestieren. Dieser Protest muß immer wieder aufs neue von der deutschen Arbeiterklasse ausgesprochen werden, denn seitdem wir eine proletarische Jugendbewegung haben, hören die Schikanierungen im großen und kleinen nicht auf. Früher haben sich weder Staat noch Kirche noch sonstige hochmündende Herren und Damen um die Jugend gekümmert; für die Arbeiterkinder hat man eine recht kümmerliche Volksschule geschaffen und im übrigen überließ man die Jugend der Arbeiterklasse der Ausbeutung durch den Kapitalismus. Höchstens blühten im Schutze der Kirche einige Jünglings- und Jungfrauenvereine wie Weilsen im Verborgenen. Jetzt aber hat die bürgerliche Gesellschaft den Kampf um die Arbeiterjugend aufgenommen, und zwar nicht im Interesse der Arbeiterjugend, sondern im Kampfe gegen die Arbeiterklasse. Ueber alle konfessionellen, über alle politischen Gegensätze hinweg hat sich die bürgerliche Gesellschaft geeinigt, will sie alles mögliche tun, um die Arbeiterjugend von dem eigentlichen Wege, den sie beschreiten muß, zurückzuhalten, und sie wendet ganz raffinierte Mittel an, um die Jugend zu fesseln. Während man in der Schule die Jugend durch Zwang, durch rücksichtslosen Drill im Sinne der herrschenden Klassen bearbeitet, wendet man gegenüber der schulentlassenen Jugend besondere Mittel an. Man sagt sich, man kann diesen jungen, zum Freiheitsbewußtsein erwachsenen Leuten nicht mit Zwang kommen, und so begegnet man ihnen äußerlich mit augenverdrehender Heuchelei, man gebrauchte honigsüße Worte, während man etwas anderes im Schilde führt. In unehrlicher Weise redet man den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen etwas anderes vor, als man eigentlich meint. Derartige Bestrebungen entgegenzutreten, ist unsere Pflicht. (Sehr richtig.)

Man hat für diese Bestrebungen der herrschenden Klassen ein Wort gefunden, hinter dem man seine eigentlichen reaktionären Absichten verdeckt. Das ist das Wort „staatsbürgerliche Erziehung“. Diese ganze staatsbürgerliche Erziehung, so verschiedenartig sie auch deklariert wird, ist in ihrem innersten Kern nichts anderes als reaktionärer Jugendfang. (Sehr wahr!) Das ganze Wesen der staatsbürgerlichen Erziehung erblickt ein Wort des bekannten Münchener Stadtschulrates Kerchensteiner, des theoretischen und praktischen Vorkämpfers dieser neuen Bewegung. In seiner bekannnten grundlegenden Broschüre schwingt er

sich zu dem interessanten Wort auf: „Die oberen Stände sind und bleiben die Erzieher des Volkes“. Ich denke, auch diejenigen Genossen, die Kerchensteiner aus anderen Gründen, vielleicht wegen seiner zweifellosen pädagogischen Verdienste sympathisch gegenübersehen, sollten nicht vergessen, daß er mit seiner staatsbürgerlichen Erziehung letzten Endes die Gesagte der herrschenden Klassen besorgt. Die Arbeiterklasse muß sich für die Erziehung durch die „oberen Stände“ bestens bekanken. (Lebhafte Zustimmung.) Wie die Reaktion diese Bestrebungen zum Fange der Jugend einschätzt, kann man daraus ersehen, daß sogar der preussische Staat, der, wenn er für die Volksschule einmal 1000 Mark mehr bewilligen soll, in unerhörter Weise knauser, neuerdings eine Million bewilligt hat, um die Jugendbewegung zu befrieden. Kultusminister, Handelsminister und andere Organe der Regierung haben außerdem durch Erlasse den Eifer der sogenannten „Jugendpflege“ anzuregen gesucht. Man will die bürgerliche Jugendbewegung durch die Schule fördern. Vielleicht ist hier und da auch schon bei Ihren Kindern von Volksschullehrern versucht worden, die Schüler der oberen Klassen zu Jugendclubs zusammenzufassen. Man sucht ferner durch die Fortbildungsschule an die Jugendlichen heranzukommen, die Kirche wirft nach wie vor ihren Köder aus, und auch die Kasernen unterstülzen neuerdings den preussischen Jugendfang. (Hört! hört!) Nicht nur, daß Offiziere und Unteroffiziere sich in seinem Dienste stellen, man stellt sogar die Kasernen bei Ausflügen der bürgerlichen Jugend den jungen Leuten nachts zur Verfügung. (Hört! hört!) Die Kriegsspielerei ist ein besonders beliebtes Mittel, mit dem man die Jugend einzufangen sucht. Auch der preussische Fortbildungsschulgesenktwurf sollte bis zu einem gewissen Grade diesen Bestrebungen dienen.

Ich empfehle allen Genossen, die sich mit der Jugendbewegung beschäftigen — und ich wünsche, es wären möglichst viele —, daß sie sich den Erlaß des preussischen Kultusministers „betreffend Jugendpflege“ anschaffen, sie können daraus manches für ihre Tätigkeit lernen. Der Erlaß ist eine Kollektivarbeit der preussischen Regierungsbureaucraten und einer Reihe zweifellos gewandter Pädagogen. Die Schulmänner geben den Ton, die Mittel und die Methoden an, durch die man die Arbeiterjugend fangen will, sie wissen es in geschickter Weise darzustellen, wie man an die Jugend herangehen, wie man sie behandeln muß, wenn man sie gewinnen will. Es steht aber ausdrücklich in dem Erlaß, daß Lehrer, Ärzte, Geistliche, Ingenieure, Offiziere sich an die Jugend heranzumachen sollen, „ohne viel Aufhebens davon zu machen“.

Mit welchen Mitteln will man an die Jugend herankommen? Man spekuliert auf ihren Freiheitsdrang, auf ihr Bedürfnis nach Selbstbetätigung, auf ihr Bedürfnis nach Vereinsameierlei. Während man die sozialdemokratischen Organisationen der Jugend rücksichtslos aufgelöst hat, begünstigt man die bürgerlichen. Durch Sport und Spiel, durch ihre Freude am Kampf und am Kriegsspiel will man die Jugend einfangen. Und alles dieses soll letzten Endes der Reaktion dienen, ist gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Es ist zweifellos ein ganz geschicktes Vorgehen und wir dürfen erwarten, daß durch die Million, die sich jetzt anregend auf die freiwilligen Helfer ergießt, der Eifer dieser Leute lebhaft befördert wird. Alle strecken schon heute die Hände aus, um etwas davon zu erhalten.

Die konzentrierteste Heuchelei dieses Erlasses ist der einleitende Satz: „Die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Veränderung der Erwerbverhältnisse mit ihren nachteiligen Einflüssen auf das Leben in Familie und Gesellschaft, hat einen großen Teil unserer heranwachsenden Jugend in eine Lage gebracht, die ihr leibliches und noch mehr ihr sittliches Gedeihen auf das schwerste gefährdet.“ In diesem Satz ist in denkbar knappster Form die denkbar schärfste

Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung ausgesprochen. Diese „schwerste Gefährdung“ der Arbeiterjugend geschieht schon seit Jahrzehnten! Das gibt die preussische Regierung zu, wenigstens sagt es der preussische Kultusminister seiner preussischen Regierung mitten ins Gesicht: daß durch die soziale Entwicklung seit Jahrzehnten das sittliche und leibliche Wohl der Arbeiterjugend aufs schwerste gefährdet wird. Ist dem Herrn nicht zum Bewußtsein gekommen, was er mit dieser kühnen Konstatierung einer furchtbaren Tatsache der Regierung eigentlich antut? Und wenn in einem lichten Augenblick der Kultusminister zu dieser Erkenntnis gelangt ist, was tut der Herr dann zur Beseitigung des furchtbaren Notstandes? Leitet er eine große Hilfsaktion ein? Will er alle sozialpolitischen Maßnahmen, die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten versucht hat, durchführen, um dadurch die Gefährdung der Arbeiterjugend zu verhindern? Das fällt ihm gar nicht ein. Der Herr bietet zur Hebung dieser Gefahr — eine Million! Eine Million für „Jugendpflege!“ Das ist der blutigste Hohn auf die feierliche Einleitung dieses Erlasses. Die moderne Entwicklung hat allerdings nachteilige Einflüsse in übergroßem Maße für die Arbeiterjugend gehabt. Marx hat nachgewiesen, wie die kapitalistische Entwicklung in England von Anfang an in unglaublicher Weise die Kinder ausgebeutet hat. Ebenso ist es in Deutschland gewesen. Die ganze Entwicklung der kapitalistischen Industrie hat eine Unsumme von Kinderelend im Gefolge. Marx hat dafür das zutreffende Wort vom heilheymitischen Kindermord geprägt. Was hat die Regierung bisher dagegen getan? Nichts Positives. Wohl aber hat sie die Arbeiterklasse, die diese Hebung in die Hand genommen hat, eben jetzt daran gehindert. So oft die Arbeiterklasse aus eigener Kraft sich dazu anschickte, ist ihre bürgerliche Gesellschaft in den Arm gefallen. Unsere sozialpolitischen Anregungen hat sie nicht akzeptiert, die Bestrebungen der Gewerkschaftsbewegung sucht sie zu hindern, die politische Aufklärung will sie unmöglich machen, jeder neue Versuch der Arbeiterklasse, durch Demokratisierung der Verwaltung in Staat und Gemeinde aus dem heutigen Elend herauszukommen, wird von der Regierung unmöglich gemacht.

Einer der neuesten Versuche der Arbeiterklasse ist der, die schulenklassene Jugend auf den richtigen Weg zu führen. Auch das will man verhindern. Das darf sich die Klassenbewußte Arbeiterklasse nicht gefallen lassen. Wohl sagen gerade wir Sozialdemokraten, daß die Kinder nicht unser persönliches Eigentum sind, daß wir nicht über sie verfügen können, wie über einen toten Gegenstand. Noch weniger aber wollen wir anerkennen, daß unsere Kinder etwa Eigentum des heutigen Klassenstaates sind, der heutigen herrschenden Gesellschaft. Gerade wir wollen die freie Selbstbestimmung der Kinder. Wir wollen sie urteilsfähig machen, damit sie selbständig entscheiden können. Wir lassen es den Jugendlichen vollkommen frei, welcher politischen Partei sie sich später anschließen wollen. Wir wissen nicht, ob sie zu uns kommen oder anderswo hingehen. Wir haben aber das Vertrauen zu unserer Sache, daß sie den Weg zu uns finden werden, eben wenn sie urteilsfähig geworden sind. Derselbe preussische Staat, der den Schwangerenschutz, den Wöchnerinnenschutz, die Säuglingspflege, die unentgeltliche Ernährung von Kindern und alle anderen wirksamen Mittel zur Linderung der Notlage verweigert, der die Kinder vom Mutterleibe an schädigt und sie um ihre natürlichen Rechte bringt, sucht auch noch durch die Vergewaltigung des kindlichen Geistes in der Kleinkinderschule, in der Volksschule, in der Fortbildungsschule sie um ihre gesellschaftlichen Rechte zu bringen. Jetzt sollen sie auch noch außerhalb der Schul-, der Lehr- und Arbeitszeit unter Kontrolle genommen werden. Sie sollen zu geistigen Krüppeln erzogen werden, wie sie die heutige herrschende Klasse wünscht. Wenn Ihnen die gerade, aufrechte Entwicklung aller Kinder

am Herzen liegt, wenn Sie bedenken, daß für unsere ganze Bewegung eine aufrechte, hartschauende Jugend notwendig ist, wenn Sie zugeben, daß wir die Pflicht haben, uns nicht nur unserer Väter würdig zu erweisen, sondern noch mehr unserer Enkel, dann nehmen Sie sich der Jugendbewegung mit allem Ernst an. Dann scheuen Sie keine Mittel, um die Organisation der Jugend auszubauen. Wenn die bürgerlichen Wölfe im Schafsfleide sich an unsere Kinder und jungen Freunde heranmachen, dann jagen Sie diese Herren fort. Wenn diese Herren kommen und unsere Arbeiterjugend mit Jaderbrat überrennen wollen, dann weisen Sie ihnen die Tür. Warnen Sie auch die Jugend vor den Versuchen der falschen Freunde, sie an sich zu fesseln.

Wir müssen aber auch etwas Positives tun. Darum fordere ich Sie zugleich auf, die Jugendlichen, Ihre Kinder, die Lehrlinge, mit denen Sie arbeiten, die jungen Freunde, auf die Sie sonst Einfluß haben, auf die proletarische Jugendbewegung hinzuweisen. Machen Sie sie aufmerksam auf die Jugendauschüsse, weisen Sie sie hin auf die Jugendheime, auf die Vorträge und Vortragskurse, geben Sie ihnen Literatur in die Hand, die für die Aufklärung geeignet ist, führen Sie sie den geselligen Veranstaltungen zu, die wir für die Jugend einrichten, gehen Sie mit den Jugendlichen hinaus in die freie Natur, machen Sie mit ihnen Wanderungen, das wird Ihnen selbst das Herz stärken und wird für Ihre Anteilnahme an der Jugend, für Ihre Erkenntnis der jugendlichen Höhe von bleibendem Werte sein. (Bravoi)

Im übrigen wollen wir bei den Bestrebungen der bürgerlichen Auch- und Scheinjugendfreunde ruhig Blut bewahren. Wir haben gegenüber diesen scheinheiligen Freunden der Jugend gute Bundesgenossen. Auf unserer Seite ist das Recht, die Vernunft, die gesellschaftliche Notwendigkeit, und vor allen Dingen ist die Jugend selbst auf unserer Seite. In dem Erlass, von dem ich gesprochen habe, ist auch die Rede von dem der heranwachsenden Jugend eigentümlichen Freiheitsdrang. Das ist eine ganz zutreffende physiologische Erkenntnis. Es steckt in der schulenklassenen Jugend, in den jungen Menschen vom 15. bis zum 25. Lebensjahre — hoffentlich auch noch später bis ins Alter hinein! — ein außerordentlich entwickelter Freiheitsdrang. Wir dürfen hoffen, daß er in Verbindung mit dem proletarischen Klasseninstinkt die Jugendlichen beherrschen wird vor den Lockungen und Fallstricken der bürgerlichen falschen Jugendfreunde und daß er sie, wenn sie so weit sind, hineinführen wird in die Kämpferscharen des modernen Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Max-Kiel begründet den Antrag 69a: Trotz der erfreulichen Fortschritte, die wir in der Jugendbewegung zu verzeichnen haben, fehlt es an recht vielen Orten an für diese Bewegung geeigneten Kräften. Die Zentralkasse hat sich bisher nicht entschließen können, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, wir wären sonst schon weiter. Deshalb beantragen wir, ein Korrespondenzblatt für die Jugendauschüsse herauszugeben, in dem den in der Jugendarbeit tätigen Genossen Anregung und Aufklärung über die Jugendarbeit gegeben wird. Genosse Schulz hat Uebereinstimmung zur Erwägung beantragt; ich will hoffen, daß die Zentralkasse dieses Organ einführt.

Schlein-Zena tritt für den Antrag 76 ein: Die trefflichen Ausführungen, die Schulz soeben gemacht hat, stimmen nicht überein mit den von ihm a priori abgegebenen Gutachten über die vorliegenden Anträge. Er hätte doch entsprechend dem Sinne seiner Rede sagen müssen, daß von seiten der Zentralkasse alles geschehen muß, um die proletarische Jugend möglichst schnell vorwärts zu bringen und zu uns zu führen. Der von uns geforderte Jugendsekretär der Zentralkasse hätte den Verkehr mit den einzelnen Jugendauschüssen im Reich zu besorgen, alle Arbeiten zu verrichten, die glatt erledigt

werden sollen, kurz alle Angelegenheiten der Jugendbewegung zu leiten. Auch von den Bezirken Oberrhein und Nieberrhein ist ein solcher Antrag gestellt worden. Sie haben heute gehört, wie unbedingt notwendig es ist, daß die jetzigen Sekretäre des Parteivorstandes entlastet werden, weil die Vielgeschäftigkeit der ihnen übertragenen Geschäfte dazu drängt. Wir in Thüringen haben eine Reihe von Beschwerden zu erheben, daß die Korrespondenz mit dem, wenn man so sagen will, Geschäftsführer der „Arbeiter-Jugend“ sich nicht so glatt abwickelt, wie es notwendig ist. Es ist ein Konflikt ausgebrochen zwischen dem Genossen Ebert und dem Vorsitzenden des Thüringischen Bezirksjugendausschusses. Der Vorsitzende hatte am 19. Juli nach Berlin geschrieben, um anzufragen, wie man sich dazu stelle, daß gelegentlich des Parteitages von den Jugendlichen hier eine Darstellung unserer und der gegnerischen Jugendbewegung den Delegierten vorgeführt werde. Darauf erfolgte keine Antwort. Am 29. Juli wurde abermals geschrieben, und erst am 8. August kam eine Antwort, die aber nicht klar war. Es wurde nur gesagt, daß eine Verbindung dieser Veranstaltung der Jugendbewegung mit dem Parteitag aus vereinsgesetzlichen Gründen nicht möglich sei. Es handelt sich aber nicht um eine Veranstaltung der Jugendbewegung, sondern die Ausstellung war berechnet auf die hier anwesenden Parteitagdelegierten. Das hat mit dem Vereinsgesetz gar nichts zu schaffen. Am 10. August sind von hier aus Fragebogen an die Jugendausschüsse versandt worden. Da fand man rasch eine Antwort. Bereits am 12. August hat die Zentrale in Berlin einen Aufruf an die verschiedensten Jugendausschüsse im Reich versendet, wonach das erbetene Material nicht eingeschickt werden sollte. Gleichzeitig traf auch ein Brief ein, worin der Jugendzentrale für Thüringen das Recht bestritten wurde, solche Erhebungen zu veranstalten. — Die Zentrale ist tatsächlich überlastet. Es gehören ihr an die Genossen Ebert und Müller vom Parteivorstand, Schulz vom Bildungsausschuß, Genossin Pich vom Frauenbureau und von der Generalkommission die Genossen Schmidt, Regien und Sassenbach, sowie vier Jugendliche, wovon drei im Verufe tätig sind und einer in der Vorwärtsbuchhandlung angestellt ist. Alle diese Genossen sind mit Arbeit so überhäuft, daß sie selbst beim besten Willen nicht in der Lage sind, alle Geschäfte in dem Umfange zu erledigen, wie es notwendig wäre, wenn das eintreten soll, was Genosse Schulz als erforderlich bezeichnet hat. Wie arbeiten unsere Gegner? Die katholische Jugendbewegung hat über 100 Sekretäre; die evangelische hatte schon 1910 147 Sekretäre, die neutralen Jugendvereine haben eine ganze Reihe Beamte, Lehrer usw. freigestellt, damit sie sich nur der Jugendbewegung widmen können. Sie ersehen daraus, daß unser Antrag nicht etwa aus Uebermut gestellt ist, sondern um dem Bestreben der Jugendbewegung vorwärts zu helfen. Das Korrespondenzblatt haben wir so nötig wie das liebe Brot. Da sollte die Zentrale nicht erst lange Erwägungen anstellen. Diese Einrichtung muß unbedingt geschaffen werden, wenn wir auf der Höhe bleiben wollen. Das Korrespondenzblatt kann unmöglich mit der „Arbeiter-Jugend“ verquittet werden, einmal aus pädagogischen Rücksichten, denn die Jugendlichen sollen nicht in der Zeitung lesen, was ihnen ihre Funktionäre vorzutragen haben, sondern was auf sie selbst berechnet ist und was ihnen direkt zugute kommen soll. Es ist auch nötig, daß endlich im ganzen Deutschen Reich Jugendbezirksausschüsse geschaffen werden. In Süddeutschland besteht überhaupt noch kein solcher Ausschuß; sie sind aber sehr notwendig, um die Fühlung mit ihren Bezirken einerseits und andererseits mit der Zentrale in Berlin aufrechtzuerhalten. Heute sind überhaupt erst 10 bis 12 Bezirksjugendausschüsse vorhanden, das ist für das ganze Reich entschieden zu wenig, um erspriehliche Arbeit zu leisten. Die Anstellung eines besoldeten Sekretärs für die Jugendbewegung ist unausschießbar. Eine Ueberweisung

dieses Antrages würde nur ein Begräbnis erster Klasse bedeuten; ich bitte deshalb, durch Annahme des Antrages zu bezeugen, daß Sie gewillt sind, die Jugendbewegung sofort und ausgiebig zu fördern. (Beifall.)

Helene Grünberg-Nürnberg: Vor drei Jahren auf dem Parteitag in Nürnberg wurde beschlossen, den bestehenden Jugendvereinen Rechnung zu tragen und der Resolution eine Deklaration dahin anzuhängen, daß der Betätigung der lokalen Jugendorganisationen nichts im Wege steht. Wir haben in Deutschland jetzt 454 Jugendausschüsse, die verschiedenartig zusammengesetzt sind. Es fehlt an einer Einheitlichkeit in der Verwaltungsform und das führt vielfach zu Verwaltungskämpfen der Jugendlichen. Wir sollten uns doch mit der Frage beschäftigen, ob wir nicht eine einheitliche Form für die Jugendagitator und Jugendausschüsse schaffen wollen. Wäre eine solche einheitliche Form vorhanden, so hätte die Jugendbewegung sicherlich noch bessere Fortschritte gemacht als wir zu bezeichnen haben. Und deshalb bitte ich Sie, sich mit dem Gedanken zu beschäftigen, daß hier eine Reorganisation vorgenommen wird. (Beifall.)

Dr. Liebnach: Die proletarische Jugend leidet unter einem Doppelschlag; es ist die Jugend des Proletariats, und die Jugend des Proletariats, die unter der kapitalistischen Ordnung besonders hart getroffen wird. Zu dem, was Schulz angeführt hat, kommt noch die kriminelle Seite der Sache hinzu. Die Statistik über die Kriminalität der Jugendlichen zeigt, daß die größte Zahl von Straffällen der Jugendlichen auf dem Gebiet der Eigentumsvergehen liegt, Diebstahl, Unterschlagung, dazu Bettelerei, Landfreierei und andere Notdelikte, die den Charakter sozialer Krankheitserscheinungen tragen; bei den weiblichen Jugendlichen sieht daneben noch die entsetzliche Mubrik der Gewerbs- und Zuchtstrafe, d. h. der Verfehlungen gegen die Polizeibestimmungen über die Kontrolle der Prostituierten. Da wird ein solcher grauenhaftes Bild aufgerollt. Eine Regierung, die den Ernst dieser Frage nicht begreift, sondern ihn sogar zu verschleiern und den Kampf gegen diese Erscheinungen zu verwirren und zu unterdrücken sucht, der dient das Brandmal verbrecherischer Frivolität auf die Stirn gedrückt zu bekommen.

Wichtig ist, daß in dem Antrage 75 hinter dem Wort Polizei noch das Wort „Schulaufsichtsbehörden“ eingeschoben wird. Diese Schulaufsichtsbehörden tragen in ganz insofern Weise zur Bekämpfung der Jugendlichen bei. Auf alle besoldete Regierungsverordnungen, Kabinettsordres wird zurückgegriffen. Unterrichts-erlaubnischeine werden gefordert, auch wenn gar kein Unterricht erteilt wird, auch bei Unentgeltlichkeit und bis zum Alter von 21 Jahren. Was in dieser Beziehung vom preussischen Unterrichtsminister und den ihm untergeordneten Instanzen an Schikanen und Gesehbeserböhrnung geleistet wird, gehört zum Niederträchtigsten, was von der preussischen Regierung in ihrer langen Sünden-gegeschichte geleistet ist. Bekannt ist, wie in Preußen bis zum heutigen Tage die Reichsgerichtsentcheidung gegen Weber und Widung benutzt misachtet wird. Schulz hat auf die verschiedenen Formen gegnerischer Jugendorganisationen hingewiesen und auf den Korruptionsfonds von einer Million, der in den dreijährigen preussischen Etat eingestellt ist. Ich will noch auf die Jugendvereine und Schülerschießtruppen hinweisen und auf die sogenannten Scouts, die man aus dem vielgehabten Albion übernommen hat und die man jetzt umgetauft hat in Pfadfinder. Bei der letzten Kaiserparade wurde diesen lächerlichen Soldatenspielern, wie Sie wissen, Gelegenheit gegeben, ganz offiziell an der Paradeausstellung teilzunehmen. Man sieht, wohin der Kurs geht. Auch durch Sportfegerei will man bei den Jugendlichen eine Stimmung erzeugen, die sie von dem großen proletarischen Kampfe abwendet. In Amerika und England erschwert diese Sportfegerei unseren Genossen die allgemeine Auf-

Nährungs- und Organisationsarbeit ganz ungemein. Es ist das Heimtückische an dieser Art der Jugendbekämpfung, daß sie den Freiheitsdrang der Jugend ausnützt, um sie in die Sklaverei hineinzuführen, zu proletarischen Sklaven nach ihrem Willen zu erziehen. Es ist ganz selbstverständlich, daß alle diese kämpfhaften Abwehrbewegungen der Regierung und der herrschenden Klassen von uns nur als ein ehrendes Zeugnis für die Wucht der proletarischen Jugendbewegung und für die Furcht der herrschenden Klassen vor ihr aufgefaßt werden. Wir müssen aber die jugendliche Abenteuerlust und den jugendlichen Freiheitsdrang auch für uns nutzbar machen; Dackmäuser können wir nicht gebrauchen. Freilich wollen wir das nicht tun durch militaristische Spiele; nicht durch Kriegsspiele, wie etwa Deutsche und Franzosen; aber wir können die Kampflust sich austoben lassen in Spielen wie z. B. Sozialdemokraten und Gendarmen, wobei es natürlich schwer fallen wird, für die Partei der Gendarmen die nötigen Freiwilligen aufzutreiben.

Den herrschenden Klassen mag die Hoffnung schwinden, durch alle ihre Mittelchen uns die Jugend abwendig zu machen; „man hemmt uns, doch man zwingt uns nicht“. Ja, man hemmt uns nicht einmal. Nie und nimmer hätte die Jugendbewegung so rasch eine solche einmütige Billigung in Partei und Gewerkschaften gefunden, wenn sie nicht so verfolgt worden wäre. So ist sie durch die infame Taktik ihrer Verfolger gefördert worden. Die herrschenden Klassen werden es erleben, daß alle ihre Wünsche und Hoffnungen zerfallen. Wir rufen ihnen zu: „e pur si muove“ — und sie — die proletarische Jugend — bewegt sich doch! Die Jugend des Proletariats wird Sieger bleiben über alle ihre Feinde und die Scharen liefern, die dereinst die Kämpfe weiterführen werden, die jetzt von den Erwachsenen gesucht werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Diez: Genosse Liebknecht beantragt, im Antrage 75 in Zeile 3 hinter „Polizei“ noch zu setzen: Schulaufsichtsbehörden.

Agnes Fahrwald-Berlin: Genosse Schulz hat uns aufgefordert, kräftiger an der Jugendbewegung mitzuarbeiten. Ich füge den Wunsch hinzu, mit der proletarischen Erziehung nicht zu warten, bis die Kinder aus der Schule entlassen sind, sondern sie schon, sobald sie anfangen lernen zu begreifen, in die Wagnen zu lenken, die sie später zu geben haben. Die herrschenden Klassen und unsere Behörden werden dann die Millionen, die sie jetzt zur Bekämpfung der Jugendbewegung ausgeben, als überflüssig ausgeben erkennen, und lieber für kommunale Zwecke verwenden. Sorgen wir also für eine noch größere Ausbreitung der Jugendbewegung. Wenn die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft. Im Namen von Berlin IV habe ich dann noch zu erklären, daß wir damit einverstanden sind, daß der Antrag 24 der Zentrale für Jugendbewegung überwiesen wird.

Schubert-Spandau: Wie weit die Behörden sich bereits den Bestrebungen des Ministeriums für die bürgerliche Jugendbewegung angepasst haben, dafür nur ein Beispiel. In Potsdam liefert die Militärbehörde der Jugend bei ihren Spielen den markierten Feind und fährt mit ihrem Fuhrwerk diese Gegenseite bis an den Spielplatz. Auch in Spandau sind die Schüler organisiert und die Schulverwaltung verlangt von ihnen einen Meitrag von 10 Pf. Dieses Verlangen der Schulbehörde ist zweifellos ungeschicklich. Wahrscheinlich wird auch an anderen Orten die Schulbehörde zu solcher Mitteln greifen, die ungeschicklich sind und denen wir auf das entschiedenste widersprechen müssen.

Was in Spandau zu Seban vorgekommen ist, spottet jedoch jeder Beschreibung. Dort hat man die Schulkinder aus den Spandauer Depots mit dem Gewehr 98 und mit Seitengewehren bewaffnet und Übungen veranstaltet. Dagegen haben wir zu protestieren. Das zeigt deutlich, wohin der Weg führt,

aber nicht nur die Kinder unserer Gegner treiben diesen Mummel, sondern unsere eigenen Proletarierkinder beteiligen sich daran. Es ist Pflicht der Parteigenossen, darauf zu halten, daß wenigstens ihre Kinder von solchen Veranstellungen ferngehalten werden. Auch die Gewerkschaftsmitglieber müssen in diesem Sinne tätig sein.

Obert: Ich bedauere lebhaft, daß Höllein hier eine Differenz zur Sprache gebracht hat, die sich zwischen der Zentralfstelle und der Bezirksleitung von Thüringen ergeben hat. Ich bedauere das aus taktischen Gründen. Es ist uns nicht, wie er es dargestellt hat, von der Bezirksleitung mitgeteilt worden, daß sie in Verbindung mit diesem Parteitage eine Ausstellung für die Propaganda der Jugendbewegung beabsichtige, sondern es ist in dürren Worten angefragt worden, was die Bezirksleitung in Verbindung mit dem Parteitag zur Propaganda der Jugendbewegung tun solle. Wir haben darüber gesprochen und aus taktischen Gründen empfohlen, eine derartige Veranstaltung nicht zu treffen. Auf diese Antwort, die sofort nach der Beschlußfassung erfolgte, ist eine Erklärung der Bezirksleitung zunächst nicht erfolgt. Erst am 10. oder 12. August erhielten wir eine Mitteilung, daß die Bezirksleitung doch eine derartige Veranstaltung treffen wolle. Zugleich wurde uns ein Zirkular und Fragebogen beigelegt, der an die gesamten Jugendausschüsse Deutschlands ging und die Einigung von Material forderte. Das Material, das gefordert wurde, deckte sich zum großen Teil mit dem, das die Zentralfstelle kurz vorher mit Hilfe eines umfangreichen Fragebogens von den Jugendausschüssen eingeholt hatte. Es war also die große Wahrscheinlichkeit gegeben, daß dasselbe Material, das von der Zentralfstelle bearbeitet und dem Parteitag in Form eines eingehenden Berichtes vorgelegt werden sollte, auch noch von der Bezirksleitung in Jena eingeholt und bearbeitet werden würde, also zwei vielleicht sich widersprechende Berichte über eine und dieselbe Sache dem Parteitage vorgelegt worden wären. Das mußte verhindert werden. Dazu kamen organisatorische Gründe. Zirkulare und Umfragen, Einforderungen von Material, das für die allgemeine Jugendbewegung von Bedeutung ist, hat durch die Zentralfstelle zu erfolgen, und die Bezirksleitung hatte kein Recht, die Zentralfstelle hier einfach beiseite zu schieben. Wir haben über diese Angelegenheit gesprochen und daraufhin den Jugendausschüssen mitgeteilt, daß sie auf das Zirkular der hiesigen Bezirksleitung nicht reagieren sollen. So wird jede Zentralfstelle verfahren müssen. Denken Sie sich, irgendeine Wahlkreisorganisation oder eine Bezirksleitung würde plötzlich durch Zirkular bei den Organisationen im Reich Material einfordern, um es auf dem Parteitag zur Kenntnis der Delegierten zu bringen! Das geht nicht, das ist Sache der Zentralfleitung. (Sehr richtig!)

Noch ein paar Worte zur Jugendbewegung selbst. Ueber die Tätigkeit der Zentralfstelle informiert Sie unser schriftlicher Bericht und auch Müller ist ja in seinem Bericht darauf eingegangen. Mit dem, was von den Genossen hier ausgeführt ist über die Notwendigkeit einer intensiven, nachhaltigen Propaganda unter der Jugend, sind wir völlig einverstanden. Von uns geschieht alles, was die Propaganda fördern kann. Nun ist es ganz klar, daß in einer so jungen Bewegung, in der das junge Element ausschlaggebend ist, es nicht an Wünschen, Anregungen und Forderungen, die sehr oft das überschäumende jugendliche Temperament erkennen lassen. Aber alle Anregungen sind von uns sachlich geprüft und alle wesentlichen Beschlüsse sind einmütig gefaßt worden. (Bravo!) Mit der Frage des Korrespondenzblattes hat sich die Zentralfstelle wiederholt beschäftigt. Wir beabsichtigen die „Arbeiter-Jugend“ nach der Richtung hin auszubauen, daß sie künftighin mehr Material bringt zur Schulung in der praktischen Jugendarbeit. Das sollte

man zunächst abwarten. Ob es dann noch notwendig ist, ein besonderes Mitteilungsblatt für die Jugendfunktionäre zu schaffen, wird die Erfahrung lehren. Die Zentrale wird diese Frage gern noch einmal prüfen. Mit der Sekretärfrage hat sich die Zentrale schon in der letzten Sitzung beschäftigt und beschlossen, sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Die Dinge müssen sich erst entwickeln. Es muß erst fester Grund vorhanden sein, ehe man weiterbauen kann. Die Arbeiten haben sich gehäuft, sie sind ganz erheblich angewachsen und wir wären Loren, wollten wir uns weigern, wenn die Notwendigkeit gegeben ist, einen Sekretär anzustellen. Also auch dieser Antrag wird gründlich geprüft werden. Im übrigen kann ich mich dem Appell der verschiedenen Redner nur lebhaft anschließen. In unserem Bericht ist schon gesagt worden, daß die Jugendverbände vielfach klagen, daß sie nicht die Unterstützung von den Erwachsenen erhalten, die wünschenswert und notwendig ist. Verkennen Sie nicht die Wichtigkeit der Jugendbewegung! Es ist ein Kampf, den wir führen, gegenüber der herrschenden Klasse, um unsere Jugend. Die Arbeiterjugend müssen wir uns sichern, die Bestrebungen der bürgerlichen Kreise, sie für ihre Zwecke zu gewinnen, müssen illusorisch gemacht werden. Das wird und muß gelingen, wenn jeder Genosse und vor allem jede Genossin die Jugendbewegung nach Möglichkeit fördert. Dem Amendement Liebnecht schließen wir uns an. Ich bitte Sie noch einmal, einmütig unsere Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Sölllein-Jena (persönlich): Zu meinem größten Bedauern muß ich Ebert widersprechen; seine Daten stimmen nicht. Am 19. Juli schrieb der Jugendbezirksauschuß Thüringen nach Berlin. Wir bekamen keine Nachricht, darauf erfolgte das zweite Schreiben am 29. Juli, und erst am 3. August ist die Antwort eingetroffen, die mit keinem Wort eine Ablehnung dessen enthält, was man am 12. August inhibiert hat, und zwar in einer Form, die unbedingt verlesen mußte. Es mag sein, daß hier von Seiten der Jugend ein Fehler gemacht worden ist; aber man brauchte deshalb nicht gleich so großes Geschrei aufzuführen, wie es durch den Genossen Ebert geschehen ist.

Hierauf werden die Anträge 24, 25, 69a und 76 der Zentralkasse überwiegen.

Die Resolution 76 wird mit dem Amendement Liebnecht angenommen.

Damit sind alle Anträge zum Vorstandsbericht erledigt.

Dem Parteivorstand wird einstimmig Décharge erteilt.

Vorsitzender Dietz: Ich glaube im Namen des Parteitagés unserem Vorstande und der Kontrollkommission sowie allen anderen Kommissionen, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand im verflochtenen Jahre gearbeitet haben, Dank abstellen zu dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden vertagt

Schluß 6½ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 13. September 1911. — Vormittagsitzung.

Leber eröffnet die Sitzung und berliest einige Begrüßungsstelegramme. **Scheibe-Vochum:** Nach den Zeitungsmeldungen von heute morgen hat der massenmordende Militarismus bei seinem Krieg im Frieden gestern ein ungeheures Unglück heraufbeschworen. Es sind bei dem Durchreiten der Elbe 11 Alanen ums Leben gekommen. (Lebhaftes Gört, hört!) Ich schlage daher folgenden Antrag vor:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie spricht den Hinterbliebenen der bei den sächsischen Märdern um Birna am 12. dieses Monats ums Leben gekommenen elf Alanen das tiefste Beileid und die innigste Anteilnahme aus.

Diese Opfer des Kriegs im Frieden sollten eine neue Mahnung sein zum Kampfe gegen den Militarismus überhaupt. (Beifall.)

Alara Betkin: Mir ist die traurige Aufgabe zugefallen, hier mitzuteilen, daß in England eine unserer besten und opferfreudigsten Genossinnen verstorben ist, die Genossin Macdonald, die Gattin unseres Freundes Macdonald. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Jahrzehntlang hat sie für die Partei, die gewerkschaftliche Organisation und die politische Aufklärung des englischen Proletariats gearbeitet. Mit Lieberzeugungstreue und Aufopferung ist sie im öffentlichen Leben tätig gewesen. Trotzdem ist nie die herzergute und liebenswürdige Frau in ihr zugrunde gegangen, die wir alle, die wir mit ihr zu tun hatten, in ihr schätzen und lieben gelernt haben. Die deutschen Genossinnen insbesondere sind seit langen Jahren mit ihr als einer der Sekretärinnen, die mit uns korrespondierte, freundschaftlich verbunden gewesen. Ich möchte bitten, daß die Liebe und die Hochachtung, die wir für sie gehabt haben, hier zum Ausdruck kommen.

Vorsitzender Leber: Ich stelle fest, daß das geschehen ist, indem sich die Delegierten von den Plätzen erhoben haben.

Der Antrag Scheibe wird einstimmig angenommen.

Es folgt der

Parlamentarische Bericht.

Berichterstatter Reichstagsabgeordneter Ged: Die Reichstagsfraktion erwartet, daß der Parteitag sein kritisierendes Talent, das er in den ersten Tagen hier betätigt hat, auch gegenüber der Reichstagsfraktion und ihrem Verhalten im Parlament anwenden wird. Es wird aber nicht notwendig sein, die Wogen der Verebfamkeit so hoch gehen zu lassen, wie am Anfang unserer Tagung. Wir glauben auch nicht, daß der Parteitag dazu kommen wird, einen Antrag anzunehmen, daß die Reichstagsfraktion verstärkt werden soll, um ihre Energie zu verstärken. (Heiterkeit.) Denn das geschieht durch die Wählerschaft selbst. Wir haben in der letzten Session acht neue Kollegen in unserer Mitte begrüßen können. (Beifall.) Das zeigt, daß die sozialdemokratische Propaganda, die nach 1907 ungeschwächt einsetzte, neue Erfolge erzielt hat. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist bei den Nachwahlen in imposanter Weise gewachsen. An diesem Erfolge der Gesamtpartei kann die Fraktion einen kleinen Anteil für sich in Anspruch nehmen. Sie war im Auftrage des deutschen Volkes dort auf dem Posten, wohin sie durch das allgemeine Wahlrecht berufen worden war. Unsere Parteigenossen haben an der Haltung der Fraktion im allgemeinen wenig auszusetzen, denn es liegt dem Parteitag bis jetzt noch keine Rundgebung vor, aus der man schließen könnte, daß die Fraktion